

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: 3,30 Mk. monatlich, 1,10 Mk. vierteljährlich, 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 6 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mk. pro Monat. Eintragungen in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse: Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonette oder deren Raum 20 Pf., für politische und gesellschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf., „Kleine Anzeigen“, das erste (stetiggedruckte) Wort 20 Pf., jedes weitere Wort 10 Pf., Streifenanzeigen und Schlüsselanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf., Wort über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 28. September 1906.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

## Polizei, Justiz und Arbeiter.

„Der jetzt in Breslau verhandelte Prozeß wegen der Straßenkrawalle vom 19. April läßt mit erschreckender Deutlichkeit erkennen, wie groß die Erbitterung der sozialistisch ausgeheften Arbeiterbevölkerung gegen die Staatsgewalt auch in Deutschland bereits ist.“ Also schrieb die „Kreuz-Zeitung“ am Sonntag noch vor der Urteilsfällung in Breslau. Das Junkerorgan brauchte nicht allzu scharfsäugig zu sein, um die furchtbare Erbitterung zu erkennen, die in der Tat bei den Vorgängen in Breslau zutage trat. Indes braucht es zur Erklärung dieser Erscheinung nicht die Ereignisse in Rußland heranzuziehen, die die Phantasie der Breslauer Sozialisten gewaltig erhitzt hätten. Die deutschen Zustände, die vereinigte Tätigkeit von Unternehmertum und Behörden genügen mehr als vollaus, um diese Erbitterung zu erklären. Und die Gerichtsverhandlungen, die in der Mittwochnacht zu Breslau endeten und das Urteil, das das verlebte Recht wieder herstellen soll, werden diese Erbitterung sicherlich nicht mindern.

Am 19. April hat der Polizeiführer zu Breslau blutige Arbeit getan. Die Ruhe, Ordnung und Sicherheit war bedroht, die Polizei mußte einschreiten, wie es im Amtsstil heißt. Auf dem Striegauer Platz wurden Arbeitswillige verhöht. Arbeitswillige sind wertvollste Elemente. Sie müssen vor jeder Kränkung bewahrt bleiben. Arbeitswillige sind den Unternehmern kostbare Werkzeuge. Die Unternehmerschaft fordert: der ganze behördliche Apparat hat zu spielen, wenn zu befürchten ist, daß die Einwirkung Klassenbewußter Arbeiter in diesen Werkzeugen die Erkenntnis der Erbarmlichkeit ihres Handelns, die Scham über ihren Verrat an ihren Brüdern, an der Sache ihrer Klasse erwecken könnte. Kerze haben allenfalls das Recht, Streifbrechern zu Leide zu rücken. Daß ehrlös ist, wer gegen das Standesinteresse handelt, das weiß die Bourgeoisie — so lange es sich um einen ihrer Angehörigen handelt. Beim Arbeiter aber wird die Standesehre als überflüssiger Luxus angesehen und wenn er seiner Entrüstung Ausdruck gibt über die Verräter an seinen Klasseninteressen, wenn er den ehrlös schilt, der um Judaslohn die Sache seiner Klasse verrät, so übt er verdammenswerten Terrorismus, den die Hüter der Ordnung nicht dulden dürfen.

Freilich sind die Entrüstungsumgebungen von Arbeitern gegen Arbeiter nicht so geschliffen und poliert wie die Verfemungsmethoden der bürgerlichen Klassen. Ganz natürlich, denn die gesellschaftlichen Formen sind bei Besitzenden und Nichtbesitzenden erheblich verschieden. Der Arbeiter verleiht weniger die Kunst der verdümmten Rede, er sagt derb seine Meinung. Und sofern ihm von Gleichgestellten, von Klassengenossen in solcher Form Vorhaltungen gemacht werden, nimmt er das nicht so tragisch. Die kostbaren Arbeitswilligen gelten indes in den Augen der Richter als so zart besaitete Gemüter, daß sie dergleichen als blutigen Schimpf empfinden müssen. Das angebliche Staatsinteresse, gleichbedeutend in diesem Falle wie im allgemeinen mit dem Unternehmerinteresse, verlangt, daß sich die Arbeitswilligen beleidigt fühlen, und der Untersuchungsrichter Pirke mußte es ihnen begreiflich machen. So kam ein Arbeiter auf die Anklagebank, weil er einem Arbeitswilligen das furchtbare Wort „Elefant“ zugerufen hatte. So ist ein Mann angeklagt worden, weil er mit höhnischem Lachen gerufen hatte: „Es lebe der katholische Arbeiterverein!“ Und ein anderer soll der Ehre eines Arbeitswilligen zu nahe getreten sein, weil er sich seinen Gruß verboten und ihm dabei gesagt habe, er solle seine Pfaffen und Ministrenten grüßen.

Man muß sich diese und ähnliche Fälle vergegenwärtigen, um zu erkennen, was von den furchtbaren Anklagen auf erschrecklichen Terrorismus gegen die Arbeitswilligen übrig bleibt. Allerdings sind auch hier und da kräftige Schimpfreden gefallen und noch drastischere Bekundungen der Verachtung vorgekommen, die durchaus mißbilligt werden müssen. Aber alle Zeugenaussagen haben von ernstlichen tätlichen Angriffen auf die Arbeitswilligen nichts zu berichten vermocht. Häufte, Stöße, Wurfgeschosse und andere gefährliche Werkzeuge haben ihre Rolle erst zu spielen begonnen, als die Arbeitswilligen offenbar schon in Sicherheit waren. Sie sind in der Gegenwehr gegen die „säubern“ Polizeibeamten in Tätigkeit getreten, aber nicht gegen Arbeitswillige, von denen keiner geprügelt, keiner verlehrt worden ist. Das geht aus den Bekundungen auch polizeilicher Zeugen ganz klar hervor, daß die Menge, solange nicht die Polizei mit blanker Waffe vorgegangen war, sich auf das passive Verweilen beschränkt hat, daß einzelne auch ausfällig geworden sind gegen die Arbeitswilligen, daß aber die Tätlichkeiten erst begonnen haben, als die Polizei zum Angriff voring.

Das bedeutet: die Polizei hat ohne zwingendes Nuz die Schlacht vom Striegauer Platz geliefert; sie hätte mit ein wenig mehr Geduld durch ruhigeres Verhalten den ganzen Zusammenstoß vermeiden können. Sie sollte die Arbeitswilligen schützen. Das hätte sie ohne gewaltsames Vorgehen leisten können. Die Blutopfer hätten sich leicht vermeiden lassen. Aber solches Verfahren entspricht nicht den Traditionen der preussischen Polizei. Sie würde ihrem Ansehen und der Autorität der Behörden überhaupt

etwas zu vergeben glauben, wenn sie die erklärliche Erregung einer großen Masse als gegebenen Faktor ansehen wollte, mit dem man rechnen muß, den man nicht durch schneidige Kommandos aus der Welt schaffen kann. Und sie ist infolge ihrer ganzen Auffassung und Zusammensetzung auch gar nicht darin bewandert, eine aufgeregte Menschenmenge auf gütliche Weise auseinanderzubringen oder besser noch, sich selbst verlaufen zu lassen. Es gilt für sie als selbstverständlich, daß sie in solchen Fällen Gewalt anwenden muß, daß sie feinerlei Rücksicht auf alle die Umstände zu nehmen hat, die eine schnelle Zerstreung einer großen Menge verhindern. Es wird dreingehauen, einzelne aus der Menge suchen sich durch Gegenwehr zu schützen oder lassen sich auch zu direktem Angriff hinreißen, die Schupleute, von vornherein aufgeregt wider die Ruhestörer, im speziellen Fall auch erfüllt mit gruseligem Bildern von schwarzen Plänen der Sozialdemokratie, gegen die am 21. Januar und 18. März bereits vergeblich gerüstet worden war, geraten in Wut und schließlich in sinnlose Erregung und harmlose Passanten, gänzlich Unbeteiligte bekommen den Säbel zu fühlen. Viehwald muß seine Hand verlieren, Massenverhaftungen werden vorgenommen, mehr als 100 Menschen werden in Untersuchung gezogen, die man nachher zum größten Teil außer Verfolgung setzen muß, weil man wahllos alle gepackt hat, die der Polizei in die Hände fielen, und schließlich kommt gegen den Rest der große Aufruhrprozeß zu Laude. Das ist die Genesis des Breslauer Prozesses.

Seine Verhandlungen waren keine Annehmlichkeit für die Breslauer Polizei. Daß zahlreiche Schupleute blindwütend drauflosgehauen haben auf friedliche Menschen, das haben diese Verhandlungen über allen Zweifel erhärtet. Daß die furchtbare Erzählung von der einem Fühenden und Unbeteiligten im Hausflur abgehakten Hand nicht eine Heißhölle der Sozialdemokratie ist, wie die Ordnungspresse noch bis in die letzte Zeit mit strapelloser Frechheit behauptet hat, das werden jetzt selbst die „Post“ und ähnliches Gesichter nicht mehr bestreiten können. Natürlich ist es keinem Staatsanwalt eingefallen, wegen solcher gräßlichen Ausschreitungen Anklage gegen die betreffenden Schupleute zu erheben. Der Vorsitzende des Gerichts und der Staatsanwalt überboten sich in Suchen nach Entschuldigungs- und Rechtfertigungsgründen für diese Hüter der Ordnung und der Staatsanwalt brachte es sogar fertig, zu deduzieren, daß der unglückliche Viehwald der eigentliche Schuldige an dem Handabhacken — sein müsse. Es ist nicht nötig, dem ein Wort der Kritik anzufügen. Die deutsche Arbeiterschaft wird diese Ausführungen nicht vergessen und es wohl zu würdigen wissen, daß dem Proletarier Erregung selbst dann nicht gestattet ist, wenn er aufs äußerste gereizt ist, während für den Beamten, der gerade wegen seiner Stellung zur Selbstbeherrschung besonders verpflichtet sein sollte, bei der gräßlichen Ausschreitung von den Justizbehörden nach Rechtfertigungsgründen eifrig gesucht wird. Daß die Polizei und Justiz Breslaus bis heute noch nicht instande waren, den Handabhacker zu finden, vermehrt das ungemein Erbitternde dieser Betrachtungen. Wenn es gilt, einen Beamten zu eruiieren, der etwa mit oppositionellen Politikern in Verbindung getreten ist, dann hat man gewöhnlich immer noch ein Mittel gefunden, um ihn zu packen. In einem Prozeß gegen zwei sozialdemokratische Stadtverordnete zu Halle hat man sich seinerzeit nicht geschent, sämtliche Schupleute Halles auf den Zeugenstand zu führen, um so herauszubekommen, wer den beiden Angeklagten das der Polizeibehörde unbenutzte Material geliefert hatte. Daß man in Breslau in analoger Weise ein Verfahren gegen Unbekannt eröffnete und sämtliche Schupleute, die in Frage kommen könnten, eidlisch vernommen hätte, davon verlautet nichts.

Polizei und Justiz, beide haben keinen Grund, mit Befriedigung auf diesen Prozeß zu schauen.

Allerdings ist das Gericht nicht unerheblich von der Polizei abgerückt, da es die Angeklagte Haase, die sich der Beleidigung der Hochwohlblöblichen schuldig gemacht haben soll, als sie ihrer Entrüstung über die polizeiliche Mißhandlung ganz Unbeteiligter und Feindbildner Ausdruck gab, zu ganzen 5 R. Geldstrafe verurteilte, also zur ungefähr niedrigsten Strafe, die zulässig ist. Das Gericht hat ja überhaupt die ungeheuerlichen Strafanträge des Staatsanwalts bei Seite geschoben. Dieser Beamte, für den der Handabhacker ein pflichtgetreuer Ordnungshüter ist, beantragte 1 Jahr Gefängnis gegen den Angeklagten Leuschner, der einem älteren Arbeitswilligen ins Gesicht gespußt hatte. 4 Monate wollte er den Angeklagten ins Gefängnis gesteckt wissen, der einem Arbeitswilligen gesagt hatte: Du brauchst mich nicht zu grüßen, grüße Deine Pfaffen und Ministrenten! So schlimm sind die Urteile ja nicht ausgefallen. Aber die Strafen, die für die Hauptangeklagten herausgekommen sind, bleiben immer noch hart genug und ihre juristische Stich- und Stiefbestigkeit ist eine höchst bedenkliche Sache. Die Beleidigungen, die die Angeklagten ausgestoßen haben, sind ihnen viel härter angerechnet worden, als es sonst geschehen wäre, weil das Gericht angenommen hat, sie stellten ein Vergehen gegen den § 153 der Gewerbeordnung dar. Dieser Paragraph bedroht, sofern nicht nach dem allgemeinen Strafgesetzbuch härtere Strafen eintreten, mit Strafe bis zu drei Monaten Gefängnis den, der durch Anwendung körperlichen Zwanges, durch Drohung, Ehrverletzung oder Verurteilung andere bestimmt oder zu bestimmen versucht, an Verabredungen zur Erlangung günstiger Lohn- und

Arbeitsbedingungen teilzunehmen. Nun handelte es sich in Breslau aber gar nicht um eine solche Verabredung zur Erlangung günstiger Arbeitsverhältnisse; die große Mehrzahl der Metallarbeiter streifte ja nicht, hatte sich also nicht zur Erlangung besserer Arbeitsbedingungen verabredet, sondern sie war von den Unternehmern ausgesperrt worden, und ihr ganzes Verlangen ging dahin, daß sie wieder zu ihren früheren Löhnen in Arbeit treten könne. Das Gericht aber hat dennoch eine solche Verabredung zur Erlangung günstiger Arbeitsverhältnisse konstruiert, indem es deduziert, die Arbeiter hätten ihre Lage dadurch zu verbessern getrachtet, daß sie wieder Beschäftigung haben wollten, und daß sie sich zu diesem Zwecke verabredet hätten, die Arbeitswilligen zur Niederlegung der Arbeit zu bewegen. Die Verabredung aber sei durch die Versammlungen und die Kontrolle der Aussperrten sowie dadurch erwiesen, daß sie auf dem Striegauer Platz wie auf Kommando gehandelt hätten. Diesen Eindruck hat nämlich — ein Polizeibeamter gehabt!

So wird der § 153 der Gewerbeordnung auch für Aussperrungen paßlich gemacht. Eine neue Ausdeutung ist in die Praxis eingeführt; die Trodenlegung des Koalitionsrechtes durch die Befehlsauslegung, die seit Jahren von deutschen Gerichten eifrig gefördert wurde, ist um einen großen Schritt vorwärts geführt.

Zu den Aussperrungsdrohungen der Unternehmer, in dem schmachtvollen Aufstimm: „Entweder Austritt aus dem Verbands, entweder Verrat an den Klassengenossen oder Verlust der Arbeit!“, einem Aufstimm, das der Unternehmerverband empfahl und das nur einzelne Unternehmer zu stellen ablehnten, vermochten bisher zwei Instanzen dieser in der Auslegungswissenschaft so bewanderten Justiz keine Drohung, keinen Erpressungsversuch zu erblicken, sondern nur eine Ankündigung!

Wir begreifen es: Richter sind Menschen, und die Menschen sind geschieden in Klassen, und die Klassen der Besitzenden und der Proletarier sind von einander weit geschieden und haben verschiedene Auffassungen von Recht und Sittlichkeit. Die Richter gehören den Besitzenden an und können nur so Recht sprechen, wie sie es verstehen. Das wird nicht anders werden, so lange der Klassenstaat steht.

Solange er steht! Denn er ist nicht von ewiger Dauer, und um so kürzer ist seine Lebensfrist, je eifriger wir an die Arbeit gehen. Der Breslauer Spruch, der Breslauer Prozeß, die Breslauer Polizeitaten sollen uns daran mahnen!

## Die russische Revolution.

Stolypin demaskiert sich.

Die „Russ. Korresp.“ erhält folgendes Telegramm: Petersburg, 27. September. Der verächtliche Katschkoßky, der an der Spitze der Pogromorganisation stand und Leiter jener Geheimdruckerei war, die sich im Polizeidepartement des Ministeriums des Innern befand und in der die Aufrufe zu Judenmassakern und die Pamphlete gegen den Grafen Witte hergestellt wurden, ging nach den Enthüllungen des Fürsten Urussov in der Duma ins Ausland. Er wird jetzt durch Ministerpräsident Stolypin in den aktiven Dienst wieder eingestellt. Gendarmerieoffizier Komissaroff, der die rechte Hand Katschkoßkys war, wird zum Direktorgehilfen der politischen Geheimpolizei ernannt! Endlich bewilligte der Kaiser auf Vorstellung Stolypins dem „Verbande des russischen Volkes“ (das ist jene Organisation, die die Pogrome gegen Intelligenz und Juden vorbereitet) eine Subvention von 25 000 Rubel!!

Es ist nicht mehr daran zu zweifeln, daß der „Verband des russischen Volkes“ heute die offiziöse russische Politik vertritt.

Auch sonst scheint dem Herrn Stolypin wenig daran zu liegen, sich noch des weiteren im Geruche des „Liberalismus“ zu erhalten. So wird z. B. die durch ihn bewirkte Heranziehung des ehemaligen Ministers des Innern, Senators Durnowo, zur Beratung über die wichtigsten Staatsangelegenheiten dahin ausgelegt, daß die von der russischen Regierung in „liberalen“ Sinne gedachten Reformprojekte keine Verwirklichung finden werden, zumal in der von Durnowo für den Zaren bestimmten Denkschrift, mit deren Inhalt sich Minister Stolypin bei seiner jüngsten Audienz beim Zaren in Björkö einverstanden erklärte, nachdrücklich hervorgehoben wird, daß die Energie der russischen Revolutionäre sehr bald nachlassen wird, da ihnen von jetzt ab die Unterstützung vom Auslande durch die neugetroffenen Maßnahmen erschwert wird.

Die Hoffnungen des edlen Bruderpaars Stolypin-Durnowo auf baldiges Nachlassen der Energie der russischen Revolutionäre dürften ebenso zuschanden werden wie die in der geheimnisvollen Andeutung am Schluß niedergelegte Erwartung, durch „neugetroffene Maßnahmen“ die Unterstützung der Revolutionäre vom Auslande her zu erschweren. Wenn Stolypin-Durnowo da nicht aus dem hohlen Tasse reden, so ist es die Pflicht des internationalen Proletariats, ihren Regierungen noch mehr als bisher auf die Finger zu legen, damit diese sich nicht gar zu bereitwillig zu Zarendiensten hergeben.



## Rekrutenverweigerung.

„Proletar“ Nr. 3 meldet:

Das Moskauer Komitee der Russischen sozialdemokratischen Arbeiterpartei hat beschlossen, eine weitgehende Agitation zum Zwecke der Rekrutenverweigerung seitens der Stadt- und Dorfgemeinden sowie der Massendienstverweigerung seitens der Rekruten zu entfalten. Das Komitee beschloß:

1. Sofort die entsprechende schriftliche Agitation zu beginnen; 2. alle diejenigen, die dieses Jahr rekrutierungspflichtig sind, in Gruppen zu organisieren; 3. diese Rekrutenpflichtigen mit den örtlichen Parteiorganisationen in Verbindung zu setzen; 4. in Gemeindeversammlungen und allerlei Volksversammlungen entsprechende Resolutionen zur Annahme zu bringen; 5. den aktiven Soldaten im Heere den Sinn dieser Agitationskampagne zu erläutern. In dem hierzu erforderlichen Flugblatt soll dargelegt werden, daß Regierung und Volk zwei kriegsführende Parteien sind, für die es keine Veröhnung geben kann, daß das Volk der Regierung keine Rekruten liefern soll, da dies die Regierung stärken würde, sondern daß es die Rekruten verbergen und mit Gewalt verteidigen soll. Die Bauern sollen die Soldaten ermahnen, ihnen die Waffen abzuliefern und zum Volke überzugehen. Auf Strafexpeditionen soll mit Guerillakrieg geantwortet werden, wobei partielle Bewegungen nach Möglichkeit in einer Gesamtbewegung vereinigt werden sollen.

## Ueberall Bauernunruhen.

Petersburg, 27. September. (B. Z. V.) Wie die Blätter melden, sind im Gouvernement Kautais erste Unruhen ausgebrochen. Der Landbevölkerung sei eine Frist von 8 Tagen zur Entrichtung der Staatssteuern gestellt worden. Auch im Gouvernement Tambow beständen Unruhen. Die Verwaltungsbehörde habe die Verhängung des außerordentlichen Schutzes nachgesucht.

## Der 7. Parteitag des Jüdischen Arbeiterbundes.

Vor wenigen Tagen hat der 7. Parteitag des „Bundes“ seine Arbeiten beendet. Die von ihm gefaßten Beschlüsse sind zweifellos von hoher Bedeutung, nicht nur für den „Bund“ selbst, sondern voraussichtlich auch für die russische Sozialdemokratie, da durch sie die Vereinigung der beiden nun offiziell proklamiert wird.

Die Vereinigungsfrage bildete den Mittelpunkt des ganzen Parteitages, und ihre Lösung im bejahenden Sinne bedeutet den Abschluß einer Periode erbitterter Kämpfe, die ihren Höhepunkt im Jahre 1903 erreicht hatten, als der „Bund“ sich schwerer Herzensentscheidungen, seinen Austritt aus der Partei, der er bis dahin angehört hatte, zu erklären, da der damals in der Partei herrschende starre Zentralismus sich nach seiner Ansicht nicht nur der Entfaltung des vom Bunde verfolgten förderativen Organisationsprinzips hemmend in den Weg stellte, sondern selbst die Existenz des Bundes als einer kräftigen, historisch berechtigten und mächtig aufblühenden Organisation des jüdischen Proletariats bedrohte. Die drei Jahre, die seitdem verstrichen sind, haben an den gegenseitigen Beziehungen der beiden Parteien manches geändert und zur Milderung der scharfen Gegensätze beigetragen.

Das vom 4. Parteitag der russischen Sozialdemokratie ausgearbeitete Vereinigungsstatut bietet dem Bunde annehmbare Bedingungen, die ihm die Möglichkeit einer weiteren, ziemlich selbständigen Arbeit in den jüdischen Arbeitermassen gewähren. Der „Bund“ seinerseits hat sich auch bereit erklärt, um der im gegenwärtigen politischen Moment so schädlichen Zersplitterung der Sozialdemokratie zu steuern, vorläufig auf die Durchführung des förderativen Prinzips zu verzichten in der Ueberzeugung: das Leben werde im Laufe der Zeit dessen Richtigkeit ebenso schlagend beweisen, wie es mit der inneren Organisationsunabhängigkeit der Fall gewesen ist. Im folgenden geben wir die Hauptpunkte der vom Parteitag angenommenen Resolution über die Vereinigung wieder.

„In Erwägung dessen, daß die sich immer verwickelter gestaltenden politischen und sozialen Verhältnisse Russlands die Sozialdemokratie vor immer ernstere und schwierigeren Aufgaben stellen, die nur von einer einheitlichen Partei gelöst werden können, welche das Massenbewußte Proletariat des ganzen Landes unter der sozialdemokratischen Fahne vereinigt, und daß die gegenwärtige revolutionäre Lage der Notwendigkeit einer solchen Vereinigung noch mehr Nachdruck verleiht, erklärt der Parteitag die Notwendigkeit sowohl für den „Bund“, wie auch für die russische Sozialdemokratie, durch gegenseitige Zugeständnisse den Schwerpunkt des Streites über Organisationsfragen ins Innere einer einheitlichen Partei zu verlegen.“

Weiter erklärt die Resolution: Der „Bund“ stehe nach wie vor auf dem Standpunkte, „daß die einheitliche sozialdemokratische Partei Russlands aus nationalen sozialdemokratischen Organisationen bestehen müsse, da nur eine solche Struktur der Partei ihr die Möglichkeit gibt, bei ihrer Tätigkeit die verschiedenen Existenzbedingungen des Proletariats verschiedener Nationen in vollem Maße zu berücksichtigen“. Von diesem Standpunkte aus wird das Vereinigungsstatut einer eingehenden Kritik unterzogen, die zu dem Ergebnis führt, „daß es nicht die zur normalen Entwicklung des Parteilebens notwendigen Bedingungen schafft. Andererseits aber zieht der Parteitag in Erwägung, daß das Statut der Grundforderung des Bundes, dem Eintritt in die Partei als einer selbständigen Organisation des jüdischen Proletariats entgegenkommt.“ Indem er nun im Statut „eine Uebergangsform der Vereinigung erblickt, die es dem „Bunde“ ermöglicht, innerhalb der Partei den Kampf für den vollen Triumph seiner Prinzipien erfolgreich zu führen“, wird die Vereinigung als vollzogen erklärt.

Die zweite wichtige Frage, die auf der Tagesordnung des Parteitages stand, war die Frage nach der Taktik, welche die Sozialdemokratie in der durch die Dumaauflösung geschaffenen politischen Lage zu befolgen habe. Die hierzu angenommene Resolution geht in ihren wesentlichsten Punkten dahin, „daß die Dumaauflösung selbst in den politischen und aufgefällten Volksmassen den Glauben an die Möglichkeit erschüttert hat, die Macht des Jaren mit der des Volkes zu versöhnen, und in hohem Maße die Hoffnung auf einen friedlichen parlamentarischen Ausgang des Kampfes vernichtet hat“ und daß auf diese Weise die Logik der politischen Ereignisse die Notwendigkeit des revolutionären Kampfes für die konstituierende Versammlung den Volksmassen immer greifbarer vor Augen hält.“ Daher erklärt der 7. Parteitag des „Bundes“ die gegenwärtige Hauptaufgabe der Sozialdemokratie darin, „die Lösung der konstituierenden Versammlung zum Mittelpunkt der gesamten Agitation und Propaganda zu machen“.

\*) Einer Bitte des Zentralkomitees des „Bundes“ gemäß veröffentlichten wir diesen Bericht. Seine Aufnahme bedeutet natürlich nicht, daß wir uns mit allen im Bericht wiedergegebenen Anschauungen identifizieren. Die Redaktion.

Ferner gibt die Resolution dem Gedanken Ausdruck, „daß diese auf der Auflösung der ersten Duma hervorgegangene Stimmungsänderung breiter Volksmassen“ die Möglichkeit bietet, aus der kommenden Duma „einen Stützpunkt der Revolution“ zu machen, im Gegensatz zur ersten Duma, die nicht aus revolutionärer Stimmung, sondern aus dem Glauben an die friedliche Beilegung des Konflikts zwischen Selbstherrlichkeit und Volk hervorgegangen ist. Bei der bevorstehenden Wahlkampagne muß die Sozialdemokratie als selbständige Klassenpartei auftreten, die im Gegensatz zu den Liberalen die Lösung des revolutionären Kampfes für die konstituierende Versammlung proklamiert.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 27. September.

### Der zweite Tag der Massenstreikdebatte.

Privatdepeche des „Vorwärts“.

Mannheim, 27. Sept., 2.12 Uhr nm.

Die heutige Fortsetzung der Massenstreikdebatte konzentrierte sich wiederum auf zwei Kernpunkte. Einmal auf die Feststellung der gemeinsamen Auffassung über das Wesen und die Anwendungsmöglichkeiten des Massenstreiks, zweitens auf das Verhältnis der Gewerkschaften zur Partei. Höchst bemerkenswert ist es, daß alle Gewerkschaftsführer heute im Gegensatz zu Legien ostentativ den Standpunkt vertreteten, daß die Auffassung vom Massenstreik, wie sie Bebel in Jena und gestern geäußert hatte, sich völlig mit ihrer Auffassung decke. Der Kölner Beschluß habe sich lediglich gegen die anarcho-sozialistische Massenstreiktaktik wenden, aber den Massenstreikgedanken im Sinne der Jenaer Resolution weder bekämpfen, noch gar seine Diskussion verbieten wollen. Alle diese Redner eruchten das Amendement Legiens anzunehmen, da dadurch vollste Einigkeit der Auffassung über den Massenstreik bekundet werde. Ferner nahmen alle Redner für oder gegen das Amendement kautskij Stellung, das die Pflege des sozialdemokratischen Geistes in den Gewerkschaften betont und die Unterwerfung aller Genossen unter Parteitagbeschlüsse fordert. Während die Mehrheit der Redner die Annahme des kautskij'schen Amendements für nötig erachtete, bitten namentlich die Gewerkschaftsführer um die Ablehnung aus taktischen Gründen. Aber auch diese Gewerkschaftsführer erklärten mit allem Nachdruck, daß sie den Inhalt des kautskij'schen Antrages durchaus unterzeichnen, namentlich hielten sie für selbstverständlich, daß Parteitagbeschlüssen über politische Fragen sich alle Genossen zu unterwerfen hätten. Besonders Bömelburg gab namens seiner Gewerkschaftsfreunde in diesem Sinne eine programmatische Erklärung ab. Wahrscheinlich wird man sich bei der morgigen Abstimmung auf eine Resolution einigen, die mit der vom Parteivorstand empfohlenen Resolution den leitenden Gedanken des kautskij'schen Amendements verbindet.

Legien verzichtete, da er parlamentarischen Brauch gemäß als Korreferent das Schlusswort vor Bebel erhalten sollte, überhaupt aufs Wort. Bebel selbst widerlegte noch einmal die von einzelnen Rednern aufgestellte Behauptung, daß seine großen Worte in Jena mit seiner späteren Haltung in Widerspruch ständen. Auch wies er mit Lebhaftigkeit einige Angriffe Legiens zurück. Silber Schmidt gab darauf die Erklärung ab, daß die in den sechs Thesen niedergelegten Ansichten Bebels selbstverständlich auch von den Mitgliedern der Generalkommission nur auf die Gegenwart bezogen worden seien.

Die Debatte nahm trotz gelegentlicher Schärpen einen durchaus erfreulichen Verlauf. Auch die Massenstreikdebatte bereitete den Gegnern eine schwere Enttäuschung. Schon jetzt kann gesagt werden, daß nach den ruhigen, vom Geiste ausreichenden Zusammengehörigkeitsgefühls getragenen Verhandlungen die deutsche Arbeiterbewegung einiger und kampfergrößer dastehen wird als je!

### Agrarische Preispolitik.

Logik ist nie die starke Seite der Herren Agrarier gewesen; aber derartige logische Sprünge, wie sie sich zurzeit selbst die führenden konservativen Organe in ihren Rechtfertigungsversuchen der Grenzsperrre leisten, übersteigen doch alles bisher Dagewesene. Mag in anderen Fällen die Verlegenheit erfindert machen, bei den agrarischen „Sachverständigen“ führt sie, wie die Tatsachen beweisen, zur Verblüdung und Selbstwiderlegung.

Bei der ständigen Tariffkommission der deutschen Eisenbahnverwaltungen ist längst der Antrag gestellt worden, die Einfuhr für frisches Fleisch herabzusetzen, das heißt so lange die jegliche Fleischnot anhält, frisches Fleisch als Eilgut für den gewöhnlichen Frachtfahr zu befördern, wenn die Verwendung als Stückgut erfolgt. Dagegen soll, damit die Maßregel nicht von den Großschlächtereien zu ihrem besonderen Vorteil ausgenutzt wird, für ganze Wagenladungen der bisherige Frachtfahr bestehen bleiben.

Der Zweck des Antrages ist, Konsum- und Einkaufsvereinen, Gastwirtschaften, größeren Haushaltungen usw. den Bezug von Fleisch aus solchen Gegenden, in denen die Fleischpreise relativ niedrig sind, zu erleichtern und dadurch auf die Viehhändler und Schlächter einen gewissen Druck auszuüben.

Den Agrariern paßt jedoch dieser Antrag nicht in ihre schöne Preispolitik. Deshalb hat der Bund der Landwirte sich an die zuständigen Behörden mit einer Eingabe gewendet, in der er Ablehnung des Gesuchs fordert. In der Begründung dieser Forderung heißt es:

„Die Beschränkung der Erleichterung auf den Stückgutverkehr ihrer Ausübung durch großkapitalistische Schlacht- und Versandhäuser keineswegs entgegen. Im Wagenladungsverkehr erfolgt die Beförderung heute so wie so schon ausreichend schnell und billig, auch bei Beförderung zu gewöhnlichem Frachtfahr. Hieran würde also selbst bei der Ausdehnung jener Maßregel wenig oder nichts geändert werden. Voll wirksam wäre aber die Maßregel bei Stückgut; ihre Einführung würde es ermöglichen, daß eine netzartig auch über die Provinzialstädte sich ausdehnende Organisation für den Versand frischen Fleisches geschaffen würde, die, nach dem Vorbilde der bezüglichen Entwicklung in Amerika, schließlich die ganze Fleischversorgung in die Hände weniger großkapitalistischer Schlacht- und Versandhäuser bringen würde. Damit wäre aber weder den Interessen der deutschen Landwirtschaft, noch den berechtigten Interessen des deutschen Fleischerhandwerks, noch auch, wie gerade die amerikanische Entwicklung im letzten Jahrzehnt deutlich gelehrt hat, den Interessen der deutschen Konsumenten dauernd gedient.“

Wir halten es für die deutsche Landwirtschaft nicht für rätlich, Schlachtgenossenschaften zu gründen; die dafür erforderlichen handwerksgewerblichen Kenntnisse fehlen den Landwirten, und es ist für sie nicht rätlich, sich dabei einer fachlichen Leitung anzubehalten, deren wirkliche Tüchtigkeit sie nicht kontrollieren können.

Ebenso wenig ist sozialpolitisch erwünscht, daß die Landwirtschaft an der Verdrängung und Ausschaltung des einen

wichtigen Bestandteil des gewerblichen Mittelstandes bildenden Fleischerhandwerks mitarbeite.

Die in der vorliegenden Frage allein berechnete und wirtschaftlich erwünschte Organisation hat sich u. E. darauf zu konzentrieren: den Handel mit lebendem Schlachtvieh zwischen den Landwirten einerseits und dem Fleischerhandwerk andererseits besser zu organisieren. Dieser Weg ist vollkommen hinreichend, um aus dem deutschen Fleischmarkt diejenigen Faktoren unberechtigter Verteuerung auszuschalten, die zurzeit hierin noch wirksam sind.

Vom Standpunkt der Interessen der deutschen Landwirtschaft spricht gegen den hier erörterten Antrag insbesondere auch noch die auf die bisherigen tatsächlichen Erfahrungen sich stützende Vermutung: daß die ganze Maßregel in erster Linie nur der Entwicklung der Einfuhr ausländischen Fleisches dienen würde.

Dafür spricht die Tatsache, daß genau die gleichen Erfahrungen bisher bei allen solchen genossenschaftlichen Maßnahmen gemacht worden sind, die ursprünglich mit ganz ähnlicher Begründung als lediglich dem inländischen Produktverkehr nützlich eingeführt worden sind...

Nun wird zwar gegen die Möglichkeit, daß wir eine gleiche Erfahrung auch bei frischem Fleisch machen würden, eingewendet: die starke Erhöhung der Fleischpreise im neuen Zolltarif würde dieser Entwicklung entgegen. Die Einfuhrstatistik seit dem 1. März 1906 zeigt aber, daß diese Ansicht nicht zutrifft. Denn im neuen Vertragstarif sind die Zölle für lebendes Schlachtvieh prozentual mehr erhöht als die Fleischzölle. Infolgedessen zeigt die Statistik seit dem 1. März 1906 wohl einen Rückgang der Lebendvieheinfuhr, aber ein Gleichbleiben bezw. bei einigen Sorten eine Steigerung der Fleischzufuhr.

Die Berufung auf den amerikanischen Fleischtrust dient lediglich dem Zweck der Dekoration. Daß die Ermäßigung der Stückgutfrachtfahr zur Monopolisierung der deutschen Fleischversorgung führt, glaubt in Wirklichkeit keiner der ehrsamten Betenten. Das eigentliche Motiv ist, wie später in der Begründung selbst zugestanden wird, die Befürchtung, daß durch die Verringerung der Transportkosten auf die Viehpreise in manchen Gegenden ein Druck ausgeübt werden könnte, vor allem aber, daß die Zufuhr von frischem Fleisch aus dem Auslande steigen könnte.

In der sonstigen Argumentation der Herren Agrarier und ihrer Presse steht diese „Begründung“ in schärfstem Widerspruch. Bekanntlich behaupten sie sonst, daß die Grenzsperrre durchaus nicht dem Zweck diene, die Viehpreise im Inlande in die Höhe zu treiben, sondern lediglich den deutschen Viehstand vor der Verseuchung zu schützen. Hier läßt sich diese Behauptung nicht anbringen, denn daß durch eine vermehrte Einfuhr von frischem Fleisch als Stückgut das deutsche Vieh verdrängt wird, oder daß diese Einfuhr unter den geltenden Kontrollbestimmungen den Gesundheitszustand der deutschen Bevölkerung gefährden könnte, glaubt kein Mensch. So bleibt ihnen nur der Einwand, daß eine vermehrte Fleischzufuhr die Preise drückt. Sie gestehen also selbst ein, daß es ihnen lediglich darum zu tun ist, unter allen Umständen die fremde Konkurrenz vom deutschen Markt fernzuhalten, um sich hohe Profite zu sichern.

Doch noch in einer anderen Hinsicht widerspricht die vorstehende Begründung der üblichen Argumentation der agrarischen Presse. Hunderte von Malen ist in dieser während der letzten Monate behauptet worden, daß schon um deswegen eine Öffnung der Grenzen keinen Zweck hätte, weil die Vieh- und Fleischpreise auch im Auslande dermaßen hoch ständen, daß eine in Betracht kommende Einfuhr fremden Schlachtviehs ausgeschlossen sei. In der obigen „Begründung“ der Landwirte wird dagegen ausgeführt, daß trotz der rigorosen Einfuhrbestimmungen, trotz des hohen Zolltages (der Verfrachtpreis beträgt 27 Pf. pro Kilogramm) und trotz der hohen Transportkosten die Zufuhr von frischem Fleisch aus dem Auslande zunimmt. Es müssen also doch wohl die Fleischpreise im Auslande so viel niedriger stehen, daß sich trotz aller dieser hohen Unkosten und Spejen der Export nach Deutschland lohnt.

So strafen die Herren ihre eigenen Behauptungen Lügen. —

## Deutsches Reich.

### Römische Käuze.

In einer von konservativen Blättern abgedruckten Notiz der Schwabensburger „Berl. Pol. Nachr.“ wird die bürgerliche Presse ernsthaft ermahnt, keine langen Berichte über den Mannheimer Parteitag zu veröffentlichen, sondern die Bedeutung der sozialdemokratischen Tagungen „nach ihrem wirklichen Werte“ zu bemessen:

Die Zeitungen aller Richtungen füllen ganze Spalten mit Berichten über den sozialdemokratischen Parteitag in Mannheim. Das ist erklärlich in einer Zeit, in der die innere Politik noch ruht und daher solche Berichte zur Füllung des Raumes dienlich erscheinen, aber man wird sich doch fragen müssen, ob die breite Ausdehnung, die den Berichten und Besprechungen über jenen Parteitag auch in der Presse der bürgerlichen Parteien zumeist gegeben wird, zweckmäßig ist und ob nicht dadurch geradezu die Geschäfte der Sozialdemokratie besorgt werden. Diese Partei findet in den Massen der Arbeiter und in den anderen ihnen sozial nahestehenden Kreisen der Bevölkerung hauptsächlich Zulauf nicht wegen ihrer theoretischen Grundanschauungen oder wegen der Phantasien über den sozialdemokratischen Zukunftsstaat, sondern weil man an die gegenwärtige und auch wohl an die zukünftige Macht der Sozialdemokratie glaubt, die wirtschaftlichen Wünsche dieser Kreise der Bevölkerung in Deutschland zur Erfüllung bringen zu können. Das weiß die Sozialdemokratie selbst sehr gut und die Leitung der Partei läßt keine Gelegenheit vorübergehen, ohne ihre Wichtigkeit und Bedeutung für das staatliche Leben Deutschlands in möglichst lebhaften Farben zu schildern und damit die weniger scharf urteilenden Kreise der Bevölkerung zu blenden. So wird auch von den jährlichen Parteitagen ein großes Wesen gemacht.

Es ist klar, daß dieser sozialdemokratische Taktik wirksam dadurch Vorlauf geleistet wird, daß auch die bürgerliche Presse aller Parteien den sozialdemokratischen Parteitag als wichtig genug behandelt, um ihre Leser bis in die Details über die Vorgänge auf ihm zu unterrichten. Viel richtiger wäre es und würde zweifellos auf diejenigen Kreise der Bevölkerung, die der Gefahr ausgesetzt sind, der sozialdemokratischen Propaganda zu unterliegen, ernüchternd wirken, wenn die bürgerliche Presse die sozialdemokratischen Parteitage mit stillschweigender Übergänge. Wenn nach Lage der Dinge das aber zurzeit schwerlich zu erreichen ist, so sollten es die Tagesblätter aller Richtungen doch der sozialdemokratischen Presse überlassen, ihre Spalten mit den Einzelheiten der Verhandlungen auf den Parteitagen zu füllen, und sich auf knappe und kurze Berichte beschränken, durch die die Bedeutung sozialdemokratischer Parteitage nach ihrem wirklichen Werte charakterisiert wird.

Wir haben durchaus nichts dagegen, wenn die konservativen Presse keine Berichte über den Mannheimer Parteitag bringt und



Damit aus ihren Spalten das einzig Interessante ausmerzt, das politisch denkende Leser noch in konservativen Blättern finden. Uns würde es ganz recht sein, wenn die konservative Presse sich lediglich auf Verläste über Ordensverleihungen, Denkmalentwürfen, Kaiserreisen, Hoffestlichkeiten und silberne bezw. goldene Hochzeit in der sogenannten feinen Gesellschaft beschränken wollte. Sie würde dadurch die agitatorische Wirkung der sozialdemokratischen Parteitage auf die breite Volksmasse nicht im geringsten hindern; sich selbst aber jener Gefahr berauben, die noch höhere geistige Interessen haben, als die Beschäftigung mit Denkmalsfeiern, Pferderennen und Schweinezüge.

#### In der eigenen Dialektik gefangen.

„Die konserv. Korrespondenz“ hat — ein feltener Vorfall in ihren Annalen — eine wichtige Entdeckung gemacht. Sie hat herausgefunden, daß die jetzige Lebensmittelteuerung die Folge der sogenannten sozialpolitischen Gesetzgebung ist. In ihrer Nr. 64 schreibt sie:

„Wenn man die in ihren Gesamtbeträgen ungeheuren Summen in Betracht zieht, um welche die Arbeitslöhne gestiegen sind und die von Staaten, Kommunen und Arbeitgebern aufgebracht werden müssen, um die in Deutschland allein bestehenden sozialpolitischen Anforderungen zu decken, so muß man sich doch fragen, daß sie anderweitig aufgebracht werden müssen. Aus nichts entstehen doch diese ungeheuren Summen nicht. Dadurch sind die Herstellungskosten aller Erzeugnisse gesteigert, die Mieten erhöht, die Steuern vermehrt — ja, wer soll denn das schließlich tragen? Es ist ganz natürlich, daß diese allgemeine Erhöhung der Produktionskosten wieder einzubringen versucht wird und daß dies die Lebenshaltung der ganzen Bevölkerung verteuert, selbstverständlich also auch die der Arbeiter. Wie können denn gerade die Arbeiter dazu, daß sie von dieser Verteuerung verschont bleiben?“

Das Gedankenexperiment des ehrenwerten Blattes ist so albern, daß sich eine Widerlegung nicht lohnt. Schon die einfache Tatsache, daß nicht alle Waren von der Teuerung betroffen sind, sondern nur gewisse landwirtschaftliche Produkte, deren Zufuhr aus dem Auslande durch Grenzsperrn und hohe Zölle abgehemmt ist, zeigt jedem, der zu denken vermag, daß die Teuerung nicht einer durch die sogenannten „sozialpolitischen Anforderungen“ hervorgerufenen allgemeinen Steigerung der Produktionskosten entspringen kann. Aber nehmen wir einen Augenblick an, die Ausführungen der „Kons. Kor.“ wären richtig, was würde sich daraus ergeben? Daß nicht, wie die konservative Presse immer behauptet, die Beiträge zur Kranken-, Invaliden-, Altersversicherung usw., die von den Unternehmern entrichtet werden, von diesen aus eigener Tasche bezahlt, sondern von den Herren „Arbeitgebern“ zu den Produktionskosten geschlagen werden, so daß der Arbeiter sie ihnen beim Einkauf seiner Bedarfsartikel wieder erlegen muß. Wenn das aber die Ansicht der „Kons. Kor.“ ist, dann ist ihr bisheriges Geschwätz von der hohen Belastung der deutschen Unternehmer durch die sozialpolitische Gesetzgebung nichts anderes als eine unverkündete Fumerei.

#### Offiziers-Psychologie.

Die „Kreuztg.“ berichtet nach einer jüngst von dem General o. Voebell herausgegebenen Schrift: „Wie ist der Sozialdemokratie im Heere entgegenzuwirken?“ über allerlei tiefgründige Erfahrungen, die dieser Herr bei „sozialdemokratischen“ Landwehrbataillonen gesammelt haben will:

„Als Stabsoffizier“, erzählt das Blatt, „hatte er ein Landwehrbataillon unter sich, das aus Sozialdemokraten der Vororte Magdeburgs zusammengesetzt war. Die Leute hatten sich gut geführt, deshalb machte Herr v. Voebell mit ihnen am letzten Übungstage eine Gefechtsübung, die am Denkmal auf dem Schlachtfelde von Dennewitz endete. Nach einer kurzen Ansprache über die Bedeutung der Schlacht wurden wertvolle Preise für gute Schießleistungen verteilt. Sie bestanden aus eingerahmten Gemälden und Photographien des Kaisers, Biersidel und Tabakspfeifen mit dem Bildnisse des Kaisers und dergleichen Sachen mehr. Trotzdem den Landwehrcamrads die Auswahl überlassen war, trotzdem sie bei Tage nach der Entlassung mit den großen Gemälden durch ganz Magdeburg ziehen mußten, wählten sie mit Vorliebe gerade diese und haben sie dann wohl auch als wertvollen Zimmer schmuck aufgehängt. Bei einem Glase Bier und Zigaretten verließ die Feier am Denkmal aus den Leuten heraus ungemein patriotisch.“

Meinen Eindruck über die Mannschaften und über diese Feier schilderte ich in einem Bericht meinem Divisionskommandeur mit dem Hinzufügen, daß ich der Ansicht gewesen wäre, das Bataillon vom Feld weg in die Schlacht führen und dort Hervorragendes mit ihm leisten zu können. Der Divisionskommandeur war auf diesen Bericht ein, er trau mir dieses wohl zu, ob ich aber nicht der Ansicht sei, daß Herrn Voebel zu Pferde das Bataillon wie mir gefolgt wäre. Ich sprach die gegenteilige Ansicht aus. Der Führer müsse persönlich imponieren, die Untergebenen folgten nur mit Begeisterung einem Führer, dem sie auch zutrauten, daß er imstande sei, in der Gefahr sie richtig zu führen. Voebel, Singer und Genossen würden sich dieses Vertrauen nicht schenken. Bei denen imponierte ihnen nur der große Mund, in Stunden der Gefahr würden diese auch kein Verlangen nach Führerschaft haben.“

Der Bericht zeigt gleichermäßen von der starken Dosis Selbstbewußtsein, die Herr v. Voebell besitzt, wie von der löstlichen Kavität, mit der gewisse Kreise die Sozialdemokratie betrachten.

**Mietsteigerung.** Neben den Lebensmittelpreisen sind in den letzten Jahren auch die Mieten beträchtlich gestiegen, namentlich in den Vororten der Großstädte und den nahe bei diesen gelegenen, mit der Bahn leicht zu erreichenden Kleinstädten. Nach der bereits mehrfach erwähnten Statistik des Tarifamts der Reichsdruckerei, die sich auf Befragungen der betreffenden Kommunalbehörden stützt, ergeben sich z. B. für den Landkreis Berlin folgende Mietsteigerungen für kleine nur aus einer Stube mit Kammer, Küche und Zubehör bestehende Wohnungen:

	1901	1905	Steigerung in Prozent
Bernau i. M.	120	165	37
Köpenick	150	200	33
Friedenau	240	290	21
Kaaten	120	150	25
Dranienburg	105	120	14
Spandau	210	240	14
Steglitz	230	270	17
Weißensee	216	300	39

Daß in diesen Orten auch die Löhne entsprechend gestiegen sind, kann nicht behauptet werden. Die Verhältnisse drängen, mögen sich auch die Sanagsarrier noch so sehr sträuben, immer mehr dahin, daß die Stadterhaltungen selbst den Bau billiger Wohnungen in die Hand nehmen.

Die Folgen seiner eigenen Politik sieht das Zentrum mit Grauen und Schrecken. Es sagt sich, daß das stetige Steigen der Lebensmittelpreise schließlich so manchem Zentrumsmann, der nicht selbst von solchen Weichen Vorteil hat, die Augen offen wird für die unheilvollen Konsequenzen der agrarischen Politik des Zentrums. Ein bayrischer Reichstags- und Landtagsabgeordneter hat deshalb für den „Frankfurter Bauern“ das Organ des bayrischen

katholischen Bauernvereins, einen Artikel geschrieben, der den Bauern dringend ans Herz legt, sie möchten doch nicht so viel Vieh überwintern, denn das heutige Futter lauge ja doch nicht viel und reiche nicht aus; sie sollten also das verlästliche Vieh sofort zu Markt bringen, im Frühjahr würden die Preise viel niedriger stehen. Das „Geschrei“ würde immer stärker, das Zentrum könnte das Tor nicht länger halten, die Bauern seien nicht die Mehrheit im Lande und Reiche, sie müßten die notwendigen Lebensmittel zu entsprechenden Preisen auf den Markt bringen.

Die katholischen Bauern verschieben sich also, nach diesem Mahnruf zu urteilen, ganz gut auf die Methode, durch Zurückhalten der Ware hohe Preise noch höher zu treiben. Das interessanteste an dem Artikel des „Frankfurter Bauern“ ist jedoch das Eingeländnis, daß dem Zentrum die Konsequenzen der eigenen Politik unheimlich werden und daß es bei weiterer Entwicklung in dieser Richtung einen Sturm im Lande befürchtet, der in die agrarische Politik ein verheerendes Loch schlagen würde. Nun wir das unsere, daß sich diese Befürchtungen in möglichst kurzer Zeit erfüllen.

#### Ultramontane Wahlmanie.

Im November dieses Jahres finden in Düsseldorf die Ergänzungswahlen zum Stadtrat statt und haben unsere dortigen Genossen schon Stellung genommen. Als Kandidaten wurden die Genossen: Redakteur Vankenberg, Parteisekretär Verten und die Gewerkschaftsbeamten Schmitt und Jäger aufgestellt. In der dritten Wählerabteilung, in welcher bis vor vier Jahren die Ultramontanen maßgebend waren, steht es um deren Alleinherrschaft nicht mehr zum besten. Unsere Genossen haben bei den Wahlen vor zwei Jahren eine solche Stimmzahl auf ihre Kandidaten vereinigt, daß man hoffen darf, sie werden im November Erfolge erringen. Die Zentrumdemagogen halten es deshalb für angebracht, sich durch allerlei Praktiken die schwindende Gunst der Arbeiter und der Kleinbürger, welche für die dritte Wählerklasse in Betracht kommen, möglichst zu erhalten. Im vorigen Jahre im Dezember stellten unsere Düsseldorf Genossen bei der dortigen Stadtverwaltung den Antrag, ein aus Vertretern der Stadt, aus Ärzten und Erwählten der Arbeiter zusammengesetztes Arbeitsamt zu errichten mit der Aufgabe der ständigen Überwachung der Arbeits-, Wohnungs- und Ernährungsverhältnisse, sowie der Arbeiterkassafürsorge. Dieser Antrag wurde am 13. Februar d. J. von der Stadtverordnetenversammlung einstimmig abgelehnt. In der Begründung der Ablehnung heißt es:

„Das in der Eingabe geforderte Arbeitsamt würde sich überall an die Stelle vorhandener Einrichtungen setzen und zwar teilweise solcher, die gesetzlich vorgeschrieben, also in Konkurrenz mit der neuen Organisation fortbestehen müßten. Es ist daher in der Errichtung des geforderten Arbeitsamtes kein Nutzen zu sehen.“

Dieser Begründung stimmt die Zentrum-Stadtverordneten zu, jetzt aber, wo die Wahlen vor der Tür stehen und es ihnen für ihre Sige bangt, kommen die ultramontanen Wahlmacher selbst mit einem derartigen Antrage, wenn auch in verflümmelter und abgeschwächter Form.

Ein schlauer Trick, der jedoch den Jüngern Logosol wenig nützen wird.

#### 800 Mark Geldstrafe!

Am Dienstag wurde von der Strafkammer des Landgerichts Lüneburg Genosse Graeger vom „Lüneburger Volksblatt“ wegen Verleumdung dreier Amtspersonen zu der enorm hohen Geldstrafe von 800 Mark Geldstrafe verurteilt. Verleumdung wollen sein der Amtsgerichtsrat v. Holleufer, der Pastor Lüben und der Lehrer Schulz in St. Dionys. Der Anklage liegt ein Artikel des Blattes vom 26. Mai d. J. zugrunde. Er hat eine Vorgesichte von eigenwilligem Weisgeschmaek. Zu Beginn dieses Jahres war der Haussohn W. in St. Dionys angeklagt, mit der damals 13½ Jahre alten Magdalene L. geschlechtlich verkehrt zu haben. In der Verhandlung wurde W. auf Grund eines ärztlichen Gutachtens freigesprochen. Der Herr Sachverständige befandete nicht nur, daß das Mädchen geschlechtlich unversehrt sei, sondern bemerkte auch noch bedauernd, daß dem Mädchen durch die Beschuldigung Unrecht geschehen sei. In Verfolg bestimmter Vorgänge erfolgte nunmehr am 30. Januar d. J. vom Amtsgericht der Beschluß, daß die Magdalene L. der Fürsorgeerziehung zu überweisen sei. Am 7. Mai meldete der Vater der L. für sich und seine Tochter den Austritt aus der Landeskirche an. Der Grund zu diesem Schritte war eine im ganzen Dorfe verbreitete Mißstimmung, wenn nicht gar Mißachtung gegen L. und seine Tochter, die L. auf das Verhalten und die Tätigkeit des Pastors Lüben und des Lehrers Schulz glaubte zurückzuführen zu dürfen. Am 9. Mai teilte das Amtsgericht, gezeichnet v. Holleufer, u. a. mit: „Darüber, inwieweit Schritte gegen den Austritt ihrer Tochter einzuleiten sind, behält das unterzeichnete Gericht sich die Entscheidung vor.“ Zwei oder drei Tage darauf erfolgte plötzlich durch einen Boten des Landratsamtes die Abführung der Magdalene L. in die Fürsorgeanstalt Himmelstür bei Hildesheim. Diese in der Verhandlung festgestellten Tatsachen hatte Genosse Graeger in dem fraglichen Artikel zum Gegenstand seiner Kritik gemacht.

Der Angeklagte bleibt bei seiner Auffassung, daß das Amtsgericht kein Recht habe, sich Schritte gegen den beabsichtigten Austritt aus der Landeskirche vorzubehalten. Aus der Verfügung des Amtsgerichtes vom 9. Mai könne er beim besten Willen nichts anderes entnehmen, als daß damit die Unterbringung in die Fürsorgeanstalt gemeint sei. Eine Verleumdung des Amtsgerichtsrates v. Holleufer habe ihm fern gelegen. Er habe nur diesen, seiner Ansicht nach objektiven Mißgriff, des Amtsgerichts kritisieren wollen. Auch könne von einer Verleumdung des Pastors Lüben und des Lehrers Schulz nicht die Rede sein, da er gar nicht behauptet habe, daß diese die Hege gegen die L. inszeniert hätten, obgleich diese Annahme nicht ganz unberechtigt sei, da der Lehrer Schulz in der Schule vor allen Kindern in höchst bedenklicher Weise mit der L. über ihr angeblich unsittliches Verhalten gesprochen habe. Ferner seien Plakate im Dorfe angeklebt worden, die sich mit diesen Vorgängen beschäftigten. Beide, Lüben sowohl als Schulz, hätten diese Plakate, die gemeinen Inhaltes waren, gelesen, ohne zu ihrer Befreiung etwas zu tun.

Als erster Zeuge wurde nach Ablehnung des Antrages der Staatsanwaltschaft auf Ausschluß der Öffentlichkeit die Magdalene L. vernommen. Sie sagte aus: Der Lehrer Schulz habe in der Schule vor allen Kindern zu ihr gesagt: „Sehe nur wieder hin zu Deinem W., wenn ihr gestern abend mit Eurer Schweineerei nicht fertig geworden seid.“ Zeugin gibt Ausdrücke wieder, die der Lehrer gebraucht haben soll, und die im Umgang mit Kindern sonst nicht üblich sind. Sie sei von ihren Mitschülerinnen infolge dessen hofiert und betrachtet worden. Auf die Vernehmung zweier anderer Kinder wurde verzichtet, auch auf die Aussage des Herrn Amtsgerichtsrat v. Holleufer. Pastor Lüben sagte aus: Er habe die L. immer in ruhiger Weise zur Besserung ermahnt; als dies erfolglos gewesen, habe er sie vom Konfirmandenunterricht ausgeschlossen. In irgendwelcher Beziehung zu den Plakaten stehe er nicht. Der nächste Zeuge, Lehrer Schulz, bestreitet auch, in irgend welcher Beziehung zu den Plakaten zu stehen. Er wiederholte mehrfach, daß er es mit seinem Eide sehr genau und gewissenhaft nehme; doch könne er sich auf nichts mehr genau besinnen; er bestritt daher auch nicht, daß er der L. gegenüber so gehandelt, wie der Angeklagte es geschildert habe. Auf die Frage, weshalb er das Plakat gelesen und nichts für die Befreiung getan habe, meinte der Zeuge,

um so etwas kümmere er sich nicht; er wolle damit nichts zu tun haben. Uebrigens habe er das Plakat gar nicht ganz zu Ende gelesen. Er habe zugegeben, daß er den Kneifer beim Lesen des Plakates aufsteht! Er konnte sich nicht entsinnen, mit anderen Personen darüber gesprochen zu haben, daß B. mit der L. an einem von dem Angeklagten näher bezeichneten Orte geschlechtlich verkehrt habe, gibt aber die Möglichkeit zu.

Damit war die Beweisaufnahme geschlossen. — Der Erste Staatsanwalt Albrecht hielt durch die Beweisaufnahme die Schuld des Angeklagten für erwiesen. Der Ausdruck d. e. e. sei besonders auf die Herren Lüben und Schulz gemünzt gewesen. Es sei ihnen der Vorwurf gemacht worden, daß sie aus Voreingenommenheit gegen die L. besonders für ihre Ueberweisung in die Fürsorgeanstalt gewirkt hätten. Davon, daß Herr Amtsgerichtsrat Holleufer die Amtsgewalt mißbraucht habe, könne durchaus nicht die Rede sein; um so weniger, als der Fürsorgebeschluß schon am 30. Januar ergangen sei. Es werde überhaupt darüber gellagt, daß die Verleumdungen durch die Presse nicht scharf genug bestraft würden. Die einzelnen Personen seien gegen Angriffe der Presse nicht genügend geschützt. Der Staatsanwalt beantragte 3 Monate Gefängnis.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Herz-Altona, führte an, entgegen der Ansicht des Staatsanwalts bestesse in der großen Masse des Volkes eine gewisse Erregung über außerordentlich schwere Urteile, die in letzter Zeit gegen sozialdemokratische Redakteure wegen Freßbergehen gefällt worden sind. Es gehe nicht an, daß die politische Richtung des Blattes bei Beurteilung der Anklage herangezogen werde. Nach dem Strafgesetzbuch des Herrn Staatsanwalts zu urteilen, halte dieser den Angeklagten für einen ehrlosen Menschen. Dem müsse entschieden widersprochen werden. Der Angeklagte habe nur nach seiner Ueberzeugung gehandelt. In bezug auf Amtsgerichtsrat Holleufer habe der Angeklagte sich durchaus seiner Verleumdung schuldig gemacht. Objektiv sei der Herr Amtsgerichtsrat im Unrecht. Der Richter habe nur eine passive Tätigkeit bei dem Austritt aus der Landeskirche auszuüben, nicht aber Schritte sich vorzubehalten gegen den Austritt aus der Landeskirche. Etwas anderes habe der Angeklagte auch nicht gesagt und nicht sagen wollen. Auch in bezug auf Lüben und Schulz sei der Tatbestand der Anklage nicht erwiesen. Ganz abgesehen davon, daß der Angeklagte nicht habe beleidigen wollen und auch das, was die Anklage behauptet, gar nicht geschrieben habe, sei es doch sehr bedenklich und vom pädagogischen Standpunkt aus verwerflich, daß der Lehrer Schulz in der festgestellten Weise gehandelt habe. Ein Kind müsse mit Liebe und Güte erzogen werden, aber nicht mit Verachtung. Auch dürfe man geteilter Meinung sein darüber, ob nicht Pastor und Lehrer, welche doch in solch kleinem Dorfe die maßgebenden Personen seien, eine gewisse Verschlingung hätten, für die Befreiung von Plakaten solch unsittlichen Inhaltes Sorge zu tragen. Aus dem Artikel sei nichts anderes herauszulesen, als eine berechtigte und sachliche Kritik dieser Vorgänge. Es beruhe eigenlich, daß man vor erwachsenen Personen die Öffentlichkeit ausschließen wolle, während der Lehrer ungestrast vor Schulkindern über solche Dinge reden dürfe.

Das Gericht erkannte auf die oben angegebene außerordentlich hohe Geldstrafe.

„Der Jude wird verbrannt.“ Die „Deutsche Tageszeitung“ brachte letzter Tage eine Mitteilung, die das kurrupte Schmiergelderwesen illustrierte. Es wurde erzählt, daß der Heisende einer Fabrik von Maschinenölen, Leder- und Guffetten einem Nittergutsinspektor einen Extrarabatt bis zu 10 Proz. versprochen habe für Bestellungen, die er seiner Firma gebe.

Wenn es sich um eine jüdische Firma gehandelt hätte, so würde die gewiß nicht philosemitische „Deutsche Tageszeitung“ kaum mit dem vollen Namen hinter dem Berge gehalten haben. Die „konservative Korrespondenz“ aber, die den Fall aus der „Deutschen Tageszeitung“ übernimmt, kann sich die moralische Betrachtung nicht verkneifen: „... Die jüdische Geschäftspraxis, durch Schmiergelder oder Geschenke diejenigen für die betreffende Firma zu „interessieren“, welche entweder Lieferungen zu vergeben haben oder darüber zur Beratung gezogen werden, und die den Zweck verfolgt, durch derartige Zuwendungen die Konkurrenz herauszudrängen oder fernzuhalten, hat schon manchen ehrbaren Mann ins Elend gebracht.“

Wir sind die letzten, die leugnen, daß allerlei arge Manipulationen von jüdischen sowohl wie von christlichen Kapitalisten vorgenommen werden. Aber es gehört eine starke Portion Dreistigkeit dazu, sich stets so zu geben, als ob bloß die „schwarzen Juden“ und nicht auch die „weißen“ nur allzu häufig recht unseiner Konkurrenzmanöver ausführen. Und die Dreistigkeit ist um so größer, als ja gerade in allerletzter Zeit sich in nicht jüdischen Sphären Dinge abgespielt haben, über die Herr von Pöblich, der Freund der „konservativen Korrespondenz“, ihr allerlei Interessantes erzählen könnte.

#### Ausland.

##### Amerika.

Havanna, 27. September. (B. L. W.) Der Umschlag in der Haltung der gemäßigten Partei ist durch ein von Taft und Bacon gestelltes Ultimatum herbeigeführt worden, das besagte, daß, falls die Partei nicht der Vermunft Gehör schenken würde, die Vereinigten Staaten durch Proklamation eine Militär-Regierung einsetzen würden, die so lange bestehen bleiben sollte, bis die Ordnung wieder hergestellt und eine unbeeinträchtigte Wahl gesichert sei. Das Ultimatum wurde dem Vizepräsidenten Capote, Senator Dolz als Vertreter der Gemäßigten und Jahan als Vertreter der liberalen Partei zugestellt, nachdem die gemäßigte Partei eine Sitzung abgehalten hatte, aus der Capote mit der Forderung zurückkam, daß, ehe mit Verhandlungen begonnen würde, die Aufständischen die Waffen niederlegen müßten.

Zur Regerfrage. Unter den Regern im Süden der Vereinigten Staaten ist wieder eine Bewegung im Gange, die auf eine Auswanderung nach Afrika gerichtet ist. Bischof Turner von der Methodistischen Kirche agitiert dafür, daß seine farbigen Landleute zum Teil nach Afrika wandern sollten, damit die Lage der Neger in Amerika gehoben werde. Er hat sich mit reichen Massagenossen in Verbindung gesetzt und befindet sich jetzt in New York, um Kapitalisten für einen Plan zur Förderung seiner Vorschläge zu gewinnen; es soll nämlich eine Dampferlinie von einem Hafen im Süden der Vereinigten Staaten nach der Westküste von Afrika eingerichtet werden. Im Sinne dieser Auswanderungspläne hat auch die „Afro-Amerikanische Liga“ eine Proklamation an die Schwarzen erlassen, in der besagt wird, daß 60 Millionen amerikanische Bürger ruhig zusehen, wie 10 Millionen der farbigen Mitbürger unterdrückt werden, und erklärt wird, daß es für diese zehn Millionen Heil sei, zu ihrer Befreiung und zur Abwehr etwas zu tun. — Die große Masse der Neger sieht freilich diesen Vorschlägen zur Auswanderung nach Afrika mit großem Mißtrauen gegenüber. Auch Cooker J. Washington, der Regier-Minister, Philantrop und einflußreiche Führer der Schwarzen in den Vereinigten Staaten, will nichts von Auswanderung wissen, sondern behauptet, daß die Neger in den Vereinigten Staaten Heimats- und Bürgerrecht haben und die Hebung ihrer Lage dort erstrebt werden muß, wo sie geboten wurden.



# Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Mannheim.

Telegraphischer Bericht.

Mannheim, 27. September.

Vierter Verhandlungstag.

(Vormittags-Sitzung.)

Beginn 8 1/2 Uhr.

Den Vorsitz führt Singer.

Vom ausländischen Komitee der armenischen Sozialdemokratie ist ein Begrüßungstelegramm eingegangen.

Die Debatte über den politischen Massenstreik mit den dazu vorliegenden Anträgen wird fortgesetzt. Neu eingegangen sind die Anträge 163, 164, 165.

163. Im Amendement Kautsky zur Resolution Bebel im 2. Absatz am Schluß des ersten Satzes an Stelle „beherricht werden“, „erfüllt werden“ zu setzen. D u a r d mit 20 Genossen.

164. Zusatz zu der Resolution Kautsky (157), Ziffer 2, Zeile 3, nach dem Wort „fühlen“ hinzuzufügen die Worte: „und demgemäß dahin zu streben, daß Partei und Gewerkschaft im Sinne der Parteitagebeschlüsse zusammenarbeiten.“

165. Abänderungsantrag zum Antrag Kautsky (157): In Ziffer 2, Zeile 3 von unten, die Worte „höchste und“ zu streichen.

## Leber-Jena:

Ich habe nicht zu denen gehört, die im Februar den politischen Massenstreik erwarteten, aber ich habe doch einen gewaltigen Unterschied gefunden zwischen den vorjährigen und diesjährigen Ausführungen Bebel's. Er hat diesmal viel mehr als voriges Jahr die Schwierigkeiten einer Durchführung des Massenstreiks betont. Wodurch seine veränderte Stellung begründet ist, wird Bebel ja wohl im Schlußwort darlegen. Legien hat verlangt, daß der Parteivorstand gewissermaßen um Entschuldigung bitten soll für die Veröffentlichung des Protokolls. Es kommt etwa darauf hinaus, daß die Gewerkschaften die Einigkeit mit der Partei darin verstehen, daß sie die Oberhand haben. (Widerpruch.) Die Ansichten über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft, die sogenannte Neutralitätsfrage, haben ja im Laufe der Zeit sehr gewechselt. Ich halte die Taktik des Zusammengehens aller Gewerkschaften, wie sie namentlich für das Rheinland verlangt wird, nicht für richtig. Es hat sich gezeigt, daß die freien Gewerkschaften dabei immer den kürzeren ziehen. Genosse Siedel ja jetzt auch auf dem Neutralitätsstandpunkt; das rührt aber erst seit der Zeit, daß er mit Hue zusammenarbeitet. (Heiterkeit.) — Wir sind gewiß nicht für den anarchischen Generalstreik, den Legien als Generalantritt bezeichnet, sondern für die Anwendung des Massenstreiks zur Erreichung bestimmter politischer Ziele. Legien's Rede hatte eine große Begeisterung mit Bismarck's Rede in Köln. Er sprach hauptsächlich gegen den Massenstreik, griff die verschiedensten Parteigenossen an und erklärte dann zum Schluß: Partei und Gewerkschaften sind eins. Ich meine, wir kommen nicht zur Einigkeit, wenn wir die Resolution Bebel mit dem Zusatzantrag Legien annehmen, sondern bitte Sie, der Resolution Bebel mit dem Antrag Kautsky zuzustimmen. (Bravo!)

## Bismarck-Hamburg:

Die Erörterung der Frage des politischen Massenstreiks, das Referat Bebel's und die Ausführungen Legien's haben nach meiner Auffassung in der Sache ziemlich Klarheit geschaffen. Darüber besteht heute keine Meinungsverschiedenheit mehr in Partei und Gewerkschaft, daß, wenn einmal die herrschenden Klassen versuchen sollten, das Koalitionsrecht zu verwickeln oder das Wahlrecht zu schmälern oder gar zu beseitigen, daß dann Partei und Gewerkschaften, wenn die Stimmung in den Massen vorhanden ist, ohne weiteres von dem Mittel des politischen Massenstreiks Gebrauch machen. Meinungsverschiedenheit konnte bis zum heutigen Parteitag nur noch darüber bestehen, ob der Massenstreik event. auch in der Angriffslage angewendet werden kann. Aber auch diese Meinungsverschiedenheit ist durch die Erörterungen auf dem Parteitag und in der Presse beseitigt worden. Ich war gerade nicht sehr erfreut, als die Frankfurter „Volkstimme“ den berühmten Artikel veröffentlichte, aber als später die Antwort des „Vorwärts“ kam, habe ich mich doch über die Frankfurter „Volkstimme“ gefreut, weil wir ohne ihren Artikel vielleicht die gute Antwort des „Vorwärts“ nicht erhalten hätten. Der „Vorwärts“ stellt sich in diesem Artikel auf den Standpunkt, den Genosse Siedel in vorigen Jahre in der „Neuen Zeit“ einnahm, nämlich daß der politische Massenstreik, wenn er in der Angriffslage angewendet wird, nur ein letztes Mittel sein kann, und auch Kautsky hat sich in der „Neuen Zeit“ ähnlich ausgesprochen. Auch Bebel hat hier erklärt, daß der politische Massenstreik nur in der Angriffslage als letztes Mittel in Frage kommen könnte. Auch Genosse Luxemburg sagt in ihrer Broschüre, die uns jetzt zugegangen ist, auf Seite 23: „Technisch zeigen und die Vorgänge in England, daß der Massenstreik von der Revolution ungetrennt ist. (Hört! hört!) Ganz meine Meinung. Dasselbe habe ich bereits auch in Köln auf dem Gewerkschaftskongress ausgebracht, wo ich sagte, daß wir, wenn wir zur Revolution kommen, den Massenstreik anwenden. In der Sache selbst besteht heute nach meiner Auffassung eine Meinungsverschiedenheit nicht mehr, und sie hat auch wohl kaum geberricht. Genosse Zubeil hat gestern hier an dieser Stelle gesagt, ich hätte auf der Gewerkschaftskonferenz die Wahlrechtbewegung in Preußen verhöhnt. Genosse Zubeil hat hier etwas gesagt, was der Wahrheit nicht entspricht, und ich sehe vom Genossen Zubeil voraus, daß er, was er hier gesagt hat, an der gleichen Stelle wieder zurücknimmt. Ich glaube, daß er das Protokoll nicht gelesen hat, sonst könnte er das hier nicht erklären. Und wenn er es gelesen, dann hat er es nicht verstanden oder nicht verstehen wollen. Was die Veröffentlichung des Protokolls betrifft, so bin ich für meine Person der Meinung, daß es niemals wieder vorkommen darf in der Arbeiterbewegung, daß unter solchen Umständen Protokolle von internen Sitzungen veröffentlicht werden. (Sehr richtig! und Widerspruch.)

Wenn das Grundgesetz werden sollte, würde es für die Arbeiterbewegung sehr gefährlich sein. Jedoch bin ich der Meinung, daß es nach Lage der Verhältnisse im Interesse der Partei und der Gewerkschaften notwendig war, daß der Inhalt des Protokolls bekannt wurde. (Lebhafte Beifall.) Aber mit den Umständen, wie es veröffentlicht worden ist, bin ich nicht einverstanden. Der Veröffentlichung selbst konnten wir nicht mehr aus dem Wege gehen, um eine schädliche Legendenbildung hintanzuhalten. (Lebhafte Zustimmung.) Jedoch bin ich der Auffassung, daß, wenn in der Leitung der Arbeiterbewegung von jeher die nötige Harmonie bestanden hätte, auch die Differenzen über die Veröffentlichung nicht entstanden wären. Der „Vorwärts“ wendet sich an den Parteivorstand, der Parteivorstand schriftlich an die Generalkommission. Parteivorstand und Generalkommission haben beide ihre Sitze in Berlin. Statt nun einen Brief zu schreiben, wäre es einfacher gewesen, wenn der eine den anderen zu einer Sitzung eingeladen hätte. Das gesprochene Wort ist etwas anderes, als das geschriebene. (Sehr richtig!) Und wenn sie sich in der Sitzung richtig auseinandergesetzt hätten, dann wäre nicht einmal die Anfrage an die Zentralvorstände gekommen, man hätte einfach gesagt, die Generalkommission veröffentlicht das Protokoll. Aus den Umständen, aus denen diese Differenz entstanden ist, ist in der Arbeiterbewegung im Laufe der Jahre manch andere Differenz entstanden. Ich habe die Überzeugung, daß, wenn Parteivorstand und Generalkommission schon seit Jahren in gemeinsamen Sitzungen die Fragen, welche die Bewegung gemeinsam angehen, erörtert hätten, dann wären auch die Differenzen in bezug auf den politischen Massenstreik niemals entstanden. Da hätten sich die Dinge von vornherein anders gestaltet, wie auch vielleicht die ganze Regelung der Fragen

auf dem heutigen Parteitag einen anderen Verlauf genommen hätte. Durch diese Verhältnisse sind wir in der Arbeiterbewegung zu ganz unhaltbaren Zuständen gekommen. So lange ich Mitglied der Arbeiterbewegung bin, die Fähigkeit besitze, die Dinge zu beobachten, kann ich sagen, daß noch niemals ein solcher Wirrwarr vorhanden war wie im Laufe der letzten Zeit. (Sehr gut!) Wo sind da eigentlich die geschlossenen Meinungen in bezug auf den politischen Massenstreik? So viel Redner, so viel Verhandlungen, so viel verschiedene Meinungen. Der eine will gelegentlich die Masse in Kampf bringen, auf einige Tage einmal demonstrieren, der andere will den Massenstreik, um in dem einen oder anderen Landchen die politischen Freiheiten zu erweitern, der dritte wieder will durch den politischen Massenstreik eine Desorganisation des Staates herbeiführen. Und Leute, die das sagen, gehören nicht etwa zu denen, die auf tiefer Stufe der Bildung stehen. Leute, die geistig sehr hoch stehen, haben diesen Gedanken zum Ausdruck gebracht.

## Vorsitzender Singer:

Eigentlich ist die Redezeit zu Ende, da wir aber dem Begründer des Abänderungsantrages, dem Genossen Kautsky, die Redezeit verlängert haben, so schlage ich vor, daß wir auch dem Vertreter der gewerkschaftlichen Anschauungen die Redezeit verlängern. Es erhebt sich kein Widerspruch dagegen, der Parteitag ist also damit einverstanden.

## Bismarck (fortfahrend):

Wirrwarr an allen Ecken und Enden! Vergewaltigen Sie sich nur den ungeheuren Wirrwarr, der entstanden ist durch die Kölner Beschlüsse und durch die Jenaer Beschlüsse. In der einen Verhandlung wird gesagt, ja die Kölner Beschlüsse stehen im Widerspruch mit den Jenaer Beschlüssen; anderwärts hört man wieder das Gegenteil. Die Revisionisten sind auf einmal hier die Radikalen geworden, die Radikalen die Revisionisten. (Sehr gut!) Das ist ein Zustand, wie er unmöglich auf die Dauer fortbestehen darf, die Massen, die nicht in jedem Falle die Fähigkeit besitzen, die feinen Unterschiede zu ziehen, wie etwa die Rebalteure und die Redner, wissen schließlich zuletzt gar nicht mehr, was sie eigentlich sollen. Daher sage ich, daß die Differenzen in der Arbeiterbewegung unter allen Umständen im Interesse der Bewegung beseitigt werden müssen, und darum möchte ich den Parteitag dringend bitten, damit er der Sache endlich einmal ein Ende mache, nicht nur der Resolution Bebel, sondern auch den Amendements L e g i e n seine Zustimmung zu erteilen. (Sehr gut!)

Ich weiß, daß mancher dagegen ernsthaft Bedenken hat. Man hat nach dem Kölner Gewerkschaftskongress in den Parteizeitungen bei jeder Gelegenheit gesagt, die Beschlüsse von Köln decken sich nicht mit denen der Partei. Ja, man hat in der Masse den Gedanken wachgerufen, als wenn man beispielsweise in Köln die Diskussion des Massenstreiks verboten habe. Gestern sagten noch Genossen hier: Ja wie kommt Ihr dazu, die Diskussion zu verbieten? Sie möchte den Leuten, die uns nachweisen wollten, daß wir die Diskussion verboten haben. Legien hat Ihnen gestern das genaue Gegenteil nachgewiesen. Aber ich weiß, daß die Parteipresse sich in mancher Beziehung festgelegt hat; allein dieser Umstand sollte sie nicht dazu führen, heute durch die Ablehnung des Amendements dazu beizutragen, daß schließlich der heute bestehende Zustand noch länger weiter bestehe. (Sehr richtig!) Wenn Kautsky wünscht, daß die Mitglieder der Gewerkschaften mit sozialistischem Geist durchdrückt werden, so befindet sich dieser Wunsch völlig mit dem meinigen im Einklang. (Lebhafte Bravo!) Darin gibt es keine Meinungsverschiedenheiten, das habe ich wiederholt ausgesprochen, und ich kann von mir mit gutem Gewissen sagen, daß ich, so lange ich an der Spitze meiner Gewerkschaft stehe, in diesem Sinne gearbeitet habe. Aber wenn Kautsky meint, daß er jetzt mit seinem Antrage dieses Ziel erreicht, dann verkennt Kautsky die Verhältnisse vollständig. (Sehr richtig!) Wenn wir etwas erreichen wollen, müssen wir Hand in Hand arbeiten. Die Personen, die die Fähigkeit besitzen, der Masse in den Gewerkschaften den Gedanken des Sozialismus klar zu machen, das sind die Personen, die heute in der Gewerkschaft eine führende Stellung einnehmen. (Sehr richtig!)

Sie fordern in der „Neuen Zeit“ zum Kampf für den Sozialismus in der Gewerkschaft auf. Aber wer kann außer den Führern diese Aufgabe erfüllen? Schon heute stehen den führenden Genossen der Partei die Gewerkschaften vollständig offen. Ich habe gestern privatim gesagt, wenn Kautsky in einer Mitgliederversammlung bei uns sprechen wollte, er würde mit offenen Armen empfangen. Sie konnten bisher kommen, und sie können auch in der Folgezeit kommen. Aus rein tatsächlichen Erwägungen, nicht aus prinzipiellen Gründen muß ich gegen den Antrag Kautsky stimmen. Es ist gesagt worden, daß eigentlich der letzte Teil des Antrages Kautsky Bismarck auf den Leib zugeschnitten sei. Ich soll das darniedersagen, das Kautsky veranlaßt haben soll, den letzten Teil seines Antrages zu schreiben. Dies soll ich herbeigeführt haben durch die Erklärung, die ich im vorigen Jahre in Jena abgegeben habe. Die Erklärung lautet: „Der Gewerkschaftskongress hat seinen Beschluß gefaßt, und die Gewerkschaften ihre Tagung für sich abhalten und souverän sind, so bleibt für mich als Gewerkschaftler in erster Linie der Beschluß des Gewerkschaftskongresses bestehen. Kautsky will nun durch seinen Antrag herbeiführen, daß sich die Gewerkschaftsmitglieder, die zugleich auch Parteigenossen sind, unter allen Umständen an die Beschlüsse der Partei halten sollen. Ich gebe K a u t s k y zu, daß meine Ausführungen zu Zweifel Anlaß geben können und sofort sind sie auch nicht. Ich habe gesagt: „So bleibt für mich als Gewerkschaftler der Beschluß des Gewerkschaftskongresses bestehen.“ Das ist nicht richtig, was ich da gesagt habe. Wenn die Partei einen Beschluß faßt, so ist dieser Beschluß selbstverständlich für jeden einzelnen Parteigenossen maßgebend. (Lebhafte Beifall.) So habe ich die Sache auch aufgefaßt. Aber ich stehe auf dem Standpunkt, daß, wenn es sich bei der Partei um Beschlüsse handelt, dann können diese Beschlüsse für die Gewerkschaft als Korporation nur dann in Frage kommen, wenn in der Sache vorher zwischen beiden Teilen ein Einvernehmen herbeigeführt ist. (Sehr richtig!) Und ich habe das bereits vor einigen Monaten auf einer Wahlkreis-Konferenz zum Ausdruck gebracht. Meine damalige Erklärung lautete: „Ich betrachte es als etwas ganz Selbstverständliches, daß Beschlüsse der Parteitage, für deren Durchführung die Partei allein in Frage kommt, auch von jedem einzelnen Mitgliede der Partei gebalten werden müssen. Dagegen stehe ich auf dem Standpunkt, daß für gemeinsame Aktionen der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen nur solche Beschlüsse maßgebend sein können, die in gegenseitiger Uebereinstimmung gefaßt sind.“

Ich glaube, das ist eine Erklärung, wie sie korrekter gar nicht sein kann. (Lebhafte Zustimmung.) Aber auf eins muß ich noch aufmerksam machen. Wenn wir in Partei und Gewerkschaft gemeinsame Aufgaben zu erfüllen haben, dann ist es sehr unangenehm, daß in bezug auf diese gemeinsamen Arbeiten jede Seite für sich entscheidet. Dadurch kommen wir in eine unglückliche Lage. Wir sind auch nur Menschen und können uns nicht bald so bald anders erklären. Darum ist es im Interesse der Arbeiterbewegung notwendig, daß Beschlüsse, die miteinander im Widerspruch stehen, nicht mehr gefaßt werden und so die Einigkeit der Partei gesichert wird. Heute erlaube ich Sie, dafür zu sorgen, daß wir einig auseinandergesetzt können, und hoffentlich gelingt es uns auch in der Frage der Parteitag einen einigenden Beschluß herbeizuführen. Dann werden wir Ruhe in Partei und Gewerkschaft haben. Und diese Beschlüsse werden nicht wenig zur Förderung unserer Bestrebungen beitragen. (Lebhafte Beifall.)

## Reichel-Stuttgart:

Bismarck hat mit vollem Recht darauf hingewiesen, daß der Antrag Kautsky und über die bestehende Mißstimmung nicht hinweghilft. Dazu gehört, daß unter uns selbst der Geist der Einigkeit und ein verständlicher Ton lebendig wird und auf die Massen der Genossen in Partei und Gewerkschaften zurückwirkt. Es ist gesagt worden, wir brauchen mehr Theorie. Ich verkenne durchaus nicht,

daß es notwendig ist, die theoretische Klärung im Geiste des Sozialismus unter die Massen zu tragen, aber neben der Theorie brauchen wir auch ein großes Stück verständlichen Geistes in unseren Organisationen. Wir dürfen nicht bei jeder Gelegenheit einander geistlich: Bei aller Beachtung vor der Meinungsfreiheit meine ich doch, daß es hier und da zweckmäßiger gewesen wäre, wenn man etwas zurückgehalten hätte. Kautsky befürchtet, daß mit dem weiteren Erstarken der Gewerkschaften dieselben zu einer Brennpunkt der gesamten proletarischen Massenbewegung werden können. Diese Befürchtung halte ich nicht für zutreffend, sie wird durch die bisherigen Erfahrungen widerlegt. Wie liegen denn die Dinge? Die Gewerkschaften halten Jahr für Jahr Tausende von Versammlungen und Sitzungen ab, in denen den Arbeitern gesagt wird: Ihr müßt einig sein, es gibt nur eine Lösung eurer wirtschaftlichen Lage, wenn Ihr neben der Betätigung der gewerkschaftlichen Agitationsarbeit zugleich auch für politische Klärung sorgt. Also die Gewerkschaften lassen es an Klärung ihrer Mitglieder durchaus nicht fehlen. Aber es ist ein Fehler, wenn wir die Sache so hinstellen, daß nunmehr die Gewerkschaftsführer verpflichtet werden sollen, unter allen Umständen die sozialistische Klärung in den Gewerkschaften zu betreiben. Ich meine, wir haben es gar nicht nötig, das besonders in einem Antrag zu verlangen. Es genügt, wenn die Gewerkschaften freiwillig erklären, daß, wie sie es schon bis dato getan haben, sie auch weiterhin es an der nötigen Klärung der Gewerkschaftsmitglieder nicht fehlen lassen wollen, daß sie noch mehr als bisher sich auf diesem Gebiete betätigen wollen, daß sie es ebenfalls für notwendig halten, die sozialistischen Anschauungen in die Reihen der Gewerkschaften zu tragen. — Kautsky sagte aber dann: Die Verberberung der Gewerkschaften beruht auf den Unterhaltungen und auf ihrem Kampfescharakter. Je höher die Unterhaltungsleistungen werden, desto enger wird der Kreis derer, die die Beiträge aufbringen können, nur eine Elite bleibt noch als Gewerkschaftsmitglieder übrig, wie in England. Ich muß demgegenüber betonen, daß Kautsky hier die Tatsachen unrichtig darstellt. Nach unseren gewerkschaftlichen Erfahrungen wirken unsere Kämpfe gerade dahin, die Lage der schlechtesten Arbeiter vor allen Dingen zu heben. Nach dieser Richtung besteht zwischen den deutschen und englischen Gewerkschaften ein geradezu fundamentaler Unterschied. Ich erinnere daran, daß beispielsweise unser Verband, der Metallarbeiterverband, im letzten Halbjahre allein 60 000 neue Mitglieder gewonnen hat. Dadurch ist schon bewiesen, daß die Gewerkschaft vor den Händen der Verächter der Armen durchaus nicht Halt macht, daß im Gegenteil, je größer ihr Körper wird, dies geradezu wie ein Naturgesetz wirkt: Dieser große Körper zieht die Massen der Arbeiter um so stärker an und erfüllt sie mit wirklich sozialem Geist. Bei der verflochtenen Formbewegung, welche drohte, sich zu einer gewaltigen Aussperrung auszuwachsen, sind die Löhne derer am meisten aufgebessert worden, die am schlechtesten gestellt waren; damit werden die Arbeiter in die Lage versetzt, sehr wohl die Beiträge an die Organisation entrichten zu können. Es liegt also auch nach dieser Richtung hin keine Ursache vor, den Antrag Kautsky anzunehmen. Was er will, das wollen wir nicht beschließen, das wollen wir uns alle miteinander geloben. Wir wollen versprechen, gemeinschaftlich zu arbeiten, in unseren Organisationen verständlichen Geist walten zu lassen und alle unsere Maßnahmen von diesem verständlichen Geiste diktiert zu lassen. (Bravo!) Dann kommen wir viel weiter, als wenn wir nur den tote Buchstaben des Gesetzes beschließen, der dann vielleicht ganz das Gegenteil dessen bewirkt, was er bewirken soll. (Sehr richtig!) Wenn wir nicht selbst alle das Gefühl haben, wir müssen zusammengehen, so nützt der tote Buchstabe nichts, ebenso wie der tote Buchstabe des Gesetzes nicht wirkt; wenn hinter ihm nicht machtvolle wirtschaftliche Organisationen stehen. (Sehr richtig!) So liegen die Dinge, und ich bitte Sie daher, den Antrag Kautsky abzulehnen. Noch besser wäre es freilich, wenn K a u t s k y sich mit unseren Erklärungen zufrieden geben und den Antrag zurückziehen würde. (Sehr richtig!)

(Zurückziehung in der 1. Weisung.)

## Soziales.

### Arbeiter-Konferenzen.

In der Schlussung der internationalen diplomatischen Arbeiter-Konferenz in Bern wurde beschlossen, daß die Ratifikationen spätestens bis zum 31. Dezember 1908 dem Schweizerischen Bundesrat eingehandt werden sollen. Die Konvention betrifft das Verbot der industriellen Nachtarbeit der Frauen tritt zwei Jahre nach Schluß des Protokolls über Einreichung der Ratifikationen in Kraft. Für Nähnmaschinenfabriken, Wollkämmereien, Wollspinnereien und für außerhalb der Gruben ausgeübte Arbeit in Bergwerksbetrieben, die durch klimatische Einflüsse jährlich mindestens vier Monate unterbrochen wird, steht die Konvention die Ausdehnung der Frist für ihr Inkrafttreten auf höchstens 10 Jahre vor. Die Konvention kann vor Ablauf von 12 Jahren nach Schluß des Protokolls über die Einreichung der Ratifikationen nicht gekündigt werden.

Christlichsoziale Schandwirtschaft. In geradezu unverantwortlicher Weise haben die Christlichsozialen in Wien eine Krankenkasse verwaltet. Sie lehten einen gewissen Bernhofer, der schon von vornherein als ein zweifelhaftes Subjekt bekannt war, zum Verwalter des neuen Unternehmens ein. Bernhofers Befähigung zu dieser Stellung beruhte lediglich auf Diensten, die er der Partei geleistet haben soll. Nach etwas mehr als einem Jahre verschwand denn auch Bernhofer mit dem Rest der Kasse, die er konsequent bestohlen hatte. Die Gerichtsverhandlung ergab, daß man nicht nur mit einem Dieb zu tun hatte, sondern eine ganze Sippe Christlichsozialer sich getreulich in die Defraudation gesteckt habe. Alle Bemühungen von Seiten des Verteidigers, der die Partei reinzuwaschen wollte, vermochten nicht die Christlichsozialen von dem Mafel zu befreien, daß armer Leute Geld durch schlechte Verwaltung verloren gegangen war.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Gegen die Unterdrücker.

Petersburg, 27. September. (R. S.) Im Gouvernement Petersburg überfiel eine große revolutionäre Bande eine Reihe von größeren Besitzungen, darunter die des Fürsten Obolensk, plünderte dieselben und steckte sie in Brand. Die Revolutionäre hoffen, daß die Bewohner der Umgegend sich ihnen anschließen.

### Der Mann eignet sich zum Minister.

Moskau, 27. September. Der Vorsitzende der hiesigen Abteilung des Verbandes russischer Leute wurde wegen eines seinerzeit von ihm an den Ministerpräsidenten gerichteten Telegramms unter Anklage des Hochverrats gestellt. In diesem Telegramm war die Reichsduma als blutdürstig und nach dem Untergang Rußlands freudig bezeichnet und ihre Auflösung verlangt worden.

### Erdbeben und Unwetter.

New York, 27. September. (R. S.) In der Stadt San Juan de Portorico erfolgten kurz hintereinander mehrere heftige Erdbeben, die unter der Bevölkerung große Panik hervorriefen.

New York, 27. September. (R. S.) Aus den Südstaaten sind Meldungen eingetroffen über den schweren Schaden, den tropische Stürme namentlich in den Staaten Louisiana, Mississippi und Georgia angerichtet haben. In den Straßen von New Orleans steht das Wasser über den Fuß hoch, auch die telegraphischen Verbindungen sind unterbrochen, da die Telegraphendrähte in den von den Stürmen heimgesuchten Gegenden zum großen Teil heruntergerissen sind.



Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Mannheim.

(Telegraphischer Bericht.)

Fortsetzung aus dem Hauptblatt.

Honrath-Kachen:

Wir im Rheinland haben das Protokoll nicht aus der „Einigkeit“, sondern aus der Zentrumsdrucke kennen gelernt. (Hört! hört!) Da müßten wir mit Recht die Veröffentlichung verlangen. Und es ist mir zu billigen, daß das geschehen ist. Unglaublich ist es mir, wie Legien sagen kann, daß in der Generalkommission jetzt wenig Neigung besteht, wieder mit dem Parteivorstand zu verhandeln, und es freut mich, daß Wömelburg, wenn auch nicht wörtlich, so doch dem Sinne nach das Gegenteil behauptet hat. Der Streit zwischen Legien und Bringmann im „Vorwärts“ war schließlich, wie es bei solchen Diskussionen immer geht, nur noch ein Streit um Worte. Gegen solche langen unfruchtbaren Auseinandersetzungen besteht mit Recht ein Widerwillen in den Reihen der Genossen. Duesell sprach von härteren Mitteln. Ich bitte ihn, diese Mittel auf den Tisch des Hauses niederzulegen. (Heiterkeit.) Die Erfolge der Wahlrechtsbewegung zeigen sich in der Stärkung der Organisationen, das muß doch genügen. Oder denkt man vielleicht an Erfolge im Deutungsgebiet? (Heiterkeit.) Es wundert mich, daß niemand die Methode von Müller auf der Vorstandskonferenz gekennzeichnet hat: es war das dieselbe Methode wie in Dresden. Man sucht ganz Deutschland nach Sündenböcken ab, um dann die Sünden auf der Konferenz vorzubringen. Die Theorie, die Bringmann dann vorgetragen hat, läuft darauf hinaus, daß man nur ja nicht zu oft die sozialistische Theorie betont. Und Deinhardt sagte sogar, man müsse sich gegen die Partei zur Wehr setzen. Nun, wer die Geschichte der Partei kennt, der hat alle Ursache, stolz darauf zu sein, daß die Partei so mit jeder Faser für die Gewerkschaften eintritt. (Sehr richtig.) Seit 1893 hat sich die Partei derartig mit ihrem ganzen Können, mit ihrer ganzen Beamtenschaft, mit ihren Redaktionen in den Dienst der Gewerkschaften gestellt, daß die Parteioptionen darunter gelitten haben. Die Partei hat alles für die Gewerkschaften getan. Ich bedauere die gegenteiligen Ausführungen von Duard, denn die werden uns wieder in die Suppe gebrodt. Es ist geradezu erstaunlich, wie ein tätiger Genosse so etwas behaupten kann. Mit Reichel bin ich darin einverstanden, daß es im Interesse der Einigkeit zwischen Partei und Gewerkschaft am richtigsten wäre, Kautsky zöge seine Resolution zurück. (Beifall.)

Dr. Liebnicht-Berlin:

Parteilgenossen! Wenn Wömelburg bemerkt hat, innerhalb der Partei bestie über den politischen Massenstreik eine große Unklarheit, ein Wirrwarr, so würde aus einer solchen Auffassung nur mit besonderer Deutlichkeit die Notwendigkeit einer möglichst intensiven Diskussion dieses Kampfmittels zu folgern sein. Wenn er aber als Beweis für diesen Wirrwarr auch darauf hingewiesen hat, daß ein Redner auch die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit eines eventuellen Demonstrationsstreiks hat erörtern wollen, so befindet er sich im Irrtum. Der politische Massenstreik kann eben verschiedene Formen annehmen, zu denen auch die des Demonstrationsstreiks gehören. (Sehr richtig.) Es ist unmöglich, sich von vornherein ausschließlich auf die Möglichkeit einer einzigen Form festzulegen. Legien hat gemeint, der Massenstreik müsse unbedingt in Straßenschlacht und Blutvergießen enden. Daß dies nicht richtig ist, ist bereits mit Recht hier und in Jena hervorgehoben worden. Zu beachten ist besonders die wichtige Rolle, die die feste und proklamierte Bereitschaft zum politischen Massenstreik besitzt. Sie wird wesentlich bestimmend sein für den Zeitpunkt, an dem die Reaktion ihre entscheidenden Akte gegen das organisierte Proletariat unternimmt wird. Es kommt nicht nur darauf an, ob die Reaktion solche Akte unternimmt — denn daß sie sie unternimmt wird, ist mir klar —, sondern auch wann eine solche Akte erfolgt. Je weiter dieser Zeitpunkt hinausgeschoben wird, um so günstiger wird unsere Lage. Schon aus diesem Grunde muß es für uns heißen: Stets das Gewehr in Anschlag!

Legien hat die Meinung geäußert: Ein verlorener Massenstreik bedeute eine Vernichtung der Organisation. Das ist nicht nur durch die Vorgänge in Rußland widerlegt, auf die bereits die Genossen Luxemburg hingewiesen hat, sondern auch durch die jüngsten österreichischen Ereignisse, wo der Massenstreik, obwohl er nicht zum Ziele geführt hat, einen gewaltigen Aufschwung aller Organisationen geschaffen hat. Daß es andererseits in Belgien anders war, ist bekannt. Daraus müssen wir folgern, daß die Rückwirkung eines nicht erfolgreichen Massenstreiks auf die Organisationen je von der Spannung der politischen, sozialen und wirtschaftlichen Situation abhängt, daß ein Verlassen hier unmöglich ist und es Sache der Taktik ist, die Möglichkeiten der jeweiligen Lage richtig zu erkennen. (Sehr richtig.) Nicht mit Unrecht ist schon verschiedentlich betont worden, daß die Rede Wöbels von gestern gegenüber seiner Jenerer Rede fast wie eine Schamade gelungen hat. Aber Genosse Wöbel wird gewiß selbst noch Gelegenheit nehmen zu erklären, daß dieser Eindruck nur durch die polemische Stellung hervorgerufen ist, die er in seinem gestrigen Referat nach einer gewissen Seite hin glaubte einnehmen zu müssen. Es ist von größtem Werte, daß gerade aus den Reihen der Delegierten heraus mit fast völliger Einmütigkeit einer solchen vermeintlichen schwächmütigen Auffassung mit allem Nachdruck entgegengetreten ist. (Sehr richtig.) Damit ist bewiesen, daß der Massenstreikgedanke in den Massen lebendig geworden ist und daß er durch nichts mehr aus den Herzen der deutschen Arbeiter herausgerissen werden kann. (Lebhafte Zustimmung.) Die Stellungnahme zu Legiens Antrag ist schwierig. Ich für mein Teil glaube nicht an die Identität der Kölner und der Jenaer Resolution, wenigstens nicht, wenn die Auslegung der ersteren, wie sie bisher zumeist gegeben worden, richtig ist. Auch die Ausführungen Legiens hierzu waren ganz und gar nicht geeignet, diese Bedenken zu beseitigen. Nach den vorerwähnten Ausführungen Wöbels aber scheint es mir möglich zu sein, diesen Antrag mit einer gewissen Abänderung zu akzeptieren. Kautsky's Amendement, gegen das ich die formal-juristischen Bedenken des Genossen Sachse nicht habe, scheint mir aber wenigstens in dem Teile, gegen den sich auch Wömelburg gewandt hat, unannehmbar. Es sucht in einem Relativsatz einige grundlegende Fragen des Verhältnisses zwischen Partei und Gewerkschaft zu entscheiden, und zwar in einem Sinne, der mit der bisher überall nahezu allgemein vertretenen Auffassung über dieses Verhältnis in striktem Widerspruch steht. Dieser Teil des Amendements, der in der Tat nur zu neuen unerträglichen Reibungen führen müßte, ist zudem nach den heutigen Erklärungen Wömelburgs überflüssig. Nun noch eines. Wöbel hat in seinem Referat unter anderem bemerkt: „Es gibt im Leben der Parteien wie der Völker Situationen, in denen sie den Kampf aufs äußerste aufnehmen müssen, selbst auf die Gefahr einer Niederlage hin“. Sie stehen wir nun zur russischen Revolution, in der gerade jetzt wieder von der Konterrevolution Organe der Grausamkeit und Gemeinheit gefeiert werden, die in der Weltgeschichte ohne gleichen sind. Das Blut, das unsere Brüder drüben vergießen, vergießen sie für uns, für das Proletariat der ganzen Welt. (Bravo!) und was immer wir für unsere kämpfenden russischen Brüder von hier aus getan haben, ist nichts als ein kleines Scherlein, mit dem wir uns von den Blutopfern loskaufen, die im Osten auch für uns gebracht werden. Wir stehen trotz allem, was wir bisher getan haben, unendlich tief in der Schuld gegenüber unseren russischen Brüdern und Schwestern. Kein Zweifel, auch für uns deutsche Sozialdemokraten muß das Wort gelten und gilt das Wort: Lieber von den Henkern des Barismus und seinen

Helfershelfern gehent, als Helfershelfer der Henker des Barismus sein. (Bravo!) Darüber darf weder in Deutschland, noch in Rußland ein Zweifel sein. Das wird auch Wöbel, aus dem gestern mehr seine grauen Haare, als sein junges Herz gesprochen, dennoch mit aller unabweidlichen Schärfe dorthin rufen, wo man es zu hören hat. Auf die Stellung des deutschen Proletariats zu dieser Frage blüht nicht nur die deutsche und die russische Regierung, sondern auch die gesamte russische Freiheitsbewegung. (Zwischenruf.) Wöbel hat gestern von der Möglichkeit einer Intervention gesprochen. Die von mir angegriffenen Ausführungen handeln gerade von diesem möglichen Falle, dessen äußerste Unwahrscheinlichkeit allerdings außer Zweifel steht. Wir müssen daher einmütig betonen, daß uns kein Opfer zu groß ist für unsere russischen Freunde. Sollte versucht werden, das deutsche Volk zum Scharfrichter an der russischen Freiheit zu machen, was gleich sein würde einer Selbstschändung und kulturellen Selbstvernichtung des deutschen Volkes, so würde einfach alles aufhören, so würde eine von jenen Situationen vorliegen, von denen Wöbel gestern in dem oben von mir zitierten Satz sprach. Es soll nicht in der Weltgeschichte heißen: die russische Freiheitsbewegung ist durch das deutsche Volk, das zugleich die größte und stärkste Organisation des internationalen Proletariats bejaht, niedergeworfen worden. Vor dieser Todesünde müssen wir uns bewahren. Wir wären erbärmliche Kerle und Teufel sollte uns holen, wenn wir nicht dafür sorgen würden, daß jeder etwaige Versuch, der russischen Revolution aus Deutschland in den Rücken zu fallen, mit einer gründlichen Niederlage auch der preußisch-deutschen Reaktion enden würde. (Lebhafte Beifall.)

Schrader-Düsseldorf:

Legien sagte, der Parteivorstand habe die Lage, in die er bei der Veröffentlichung des Protokolls kam, selbst verschuldet. Ich bitte ihn, das näher zu erklären. Wäre eine bessere Harmonie zwischen Parteivorstand und Generalkommission vorhanden gewesen, dann wäre wahrscheinlich die ganze Diskussion über den Massenstreik hier überflüssig gewesen. Ich glaube nicht, daß die Mitglieder der Generalkommission sich gegen die Veröffentlichung gestäubt hätten, wenn der Parteivorstand ihnen seine Gründe mündlich auseinandergesetzt hätte. Sowohl die Kölner, als die Jenaer Resolution ist mißverstanden. Wo steht denn in der Kölner Resolution, daß der politische Massenstreik nicht diskutiert werden kann? Die Stimmung, die sich in manchen Anträgen äußert, ist die Folge der Debatten von Jena. Der Ton ist es, der die Russen macht. Legien verlangt, daß der Parteivorstand sein Vorgehen für unrichtig erklärt. Er meint, das Vertrauen der Generalkommission zum Parteivorstand sei erschüttert. Ich erwarte, daß Legien in seinem Schlusswort es als notwendig bezeichnen, daß nicht nur das alte Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften wieder eintritt, sondern daß unter allen Umständen zwischen Parteivorstand und Generalkommission noch inniger zusammen gearbeitet wird als bisher. (Sehr gut.)

Hoch-Hannau:

Wenn wir die Resolution Kautsky so, wie sie vorliegt, annehmen, so fassen wir wieder mal einen sehr zweifelhaften Beschluß, und wir werden dann nach langen Debatten auf einem späteren Parteitag wieder gezwungen sein zu sagen, was damit eigentlich gemeint sei. Die Bedeutung der Resolution geht aus der Begründung derselben durch Kautsky hervor. Er meint: Was soll geschehen, wenn keine Übereinstimmung herbeigeführt wird? Und er antwortet: Dann soll die eine Seite dem folgen, was die andere beschließt. Das ist unmöglich. Ein solches Verlangen ist undurchführbar, nicht nur mit Rücksicht auf die Gewerkschaften, sondern auch mit Rücksicht auf die Partei. Es ist auch ganz unnötig, so etwas zu diskutieren, denn wenn keine Verständigung zwischen Gewerkschaftsfunktionären und Parteifunktionären zustande kommt, dann werden schon die Wahlen im Lande einen Zwang ausüben, damit die Verständigung erzielt wird. (Sehr wahr!) Eine Verständigung ist immer möglich. Die ganze Schwierigkeit besteht doch nur darin, die richtige Form zu finden. Ob sie gefunden wird von den Parteifunktionären oder den Gewerkschaftsfunktionären, das ist ganz gleich. Also wir brauchen ein solches Zwangsmittel gar nicht, sondern wir haben nur im Geiste der Sozialdemokratie nach dieser Verständigung zu streben, und deshalb bin ich der Ansicht, wir sollten uns mit der Erklärung von Wömelburg begnügen. (Sehr richtig.) Wenn wir aber der Meinung sind, es müßte das, was Wömelburg und die anderen als selbstverständlich erklären, festgelegt werden, so nehmen Sie nicht die Form an, wie sie Kautsky beantragt hat, denn das wäre zweideutig. Für diesen Fall habe ich mein Amendement eingebracht, das jedes Mißverständnis beseitigen soll.

Paul Müller-Hannau:

Der diesjährige Parteitag charakterisiert sich gerade dadurch, das alleseitig das Streben nach Einigkeit zutage tritt und deshalb sollten wir auch in unseren Beschlüssen vor allem das Einigende betonen. Das würden wir aber durch Annahme der Resolution Kautsky nicht tun, denn dadurch würden wir das Einigende nur stören. Ich bitte dringend, dafür zu sorgen, daß der Zug nach Einigkeit, der unter den Parteigenossen im Lande besteht, auch hier in den Beschlüssen des Parteitages zum Ausdruck kommt. (Beifall.)

Paul Müller-Hannau:

Zunächst einige persönliche Bemerkungen. Ich muß es zurückweisen, daß ich auf der Konferenz der Zentralvorstände als Referent aufgetreten bin. Es war weder ein Referat noch ein Referat vorgelesen. Deshalb muß ich auch den Vorwurf des „Vorwärts“, daß ich das grundsätzliche Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft nicht eingehend dargelegt hätte, zurückweisen. Ich habe in jener Konferenz 32 Minuten geredet und jeder Parteitagsteilnehmer dürfte zugeben, daß man in der kurzen Zeit nicht das grundsätzliche Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften erklären kann. Damals konnte und sollte es sich darum auch gar nicht handeln. Der Punkt der Tagesordnung, wie er von mir für die Konferenz beantragt war, sollte gelten als eine Art Abwehrmaßregel gegenüber Angriffen auf die Gewerkschaftsführer, die insbesondere nach Köln und vor Jena in der Parteipresse und in Versammlungen erhoben worden waren. Meine Absicht war, durch die Erörterung dieser Vorgänge die Generalkommission zu bestimmen, mit dem Parteivorstand dahin Verhandlungen zu pflegen, ob es nicht möglich sei, diesen ewigen Schimpfereien, dieser Hehe gegen die Gewerkschaftsführer ein Ende zu machen. Daß ich bei der Erörterung dieser Frage Angriffe gegen uns zitierte, war selbstverständlich. Das grundsätzliche Verhältnis zwischen Partei und Zentralvorständen halte ich überhaupt für geregelt. Ich will Ihnen eine Stimme aus einem Gewerkschaftsblatte vorlesen, das die Verhältnisse darlegt: „Wir sind stets der Meinung gewesen, daß die beiden großen Armeen der deutschen Arbeiterbewegung Partei und Gewerkschaft nicht nur von einem Freundschaftsband eng umschlungen werden, sondern daß zwischen beiden eine geistige und sachliche Verwandtschaft das Bindeglied bildet und dieses Bindeglied heißt Klassenkampf.“ (Bravo!) Die Gewerkschaft hat die Aufgabe, durch ihre Aktion für die Erhöhung der Lebenslage der Arbeiter auf dem Boden der heutigen d. h. der kapitalistischen Gesellschaftsordnung und Produktionsweise einzutreten. Die Partei erfüllt bis zu einem gewissen Grade dieselbe Aufgabe, die eine auf gewerkschaftlichem, die andere auf politischem, d. h. in diesem Falle auf parlamentarischem Gebiete. Aber darin erblicken wir nur eine Teil- aufgabe der Partei. Ihr endgültiges Ziel ist die Sozialisierung der Gesellschaft, also die Aufhebung aller Klassenunterschiede, Klassenunterschiede, Klassenrechte, die ihre Ursache in der kapitalistischen Produktionsweise, also im Privateigentum an den Produktionsmitteln haben. Deshalb erstrebt die Sozialdemokratie die Aufhebung des Privateigentums an den Produktionsmitteln, will also mit der Ursache das Uebel selbst ausrotten. Erst durch die Erreichung dieses Ziels wird die volle Befreiung des Proletariats von den Fesseln der Lohn-

flaberei, also von der kapitalistischen Ausbeutung, wird die volle Menschwerdung, d. h. die unbefristete Anerkennung alles dessen, was menschenähnlich trägt, garantiert und möglich werden. Wir haben uns diese kurze Gegenüberstellung der Aufgaben von Gewerkschaft und Partei gefaltet, um Wesen und Ziel weiter richtig zu würdigen. Wir wollen damit aber auch unsere Überzeugung dahin zum Ausdruck bringen, daß jedes denkende, das Wesen der heutigen Gesellschaft und den Zusammenhang der Dinge, die dieses Wesen ausmachen, voll und ganz erkennende Gewerkschaftsmitglied ganz von selbst zum Sozialismus, zum sozialistischen Denken, Fühlen und Handeln gedrängt wird. Indem wir dem Arbeiter den ganzen Jammer seiner heutigen Lage vor Augen führen, indem wir ihm die wahren Ursachen dieses Jammers ständig klarlegen, indem wir ihn von der Notwendigkeit des Kampfes gegen unsere Ausbeuter und Bedrücker überzeugen, erziehen wir ihn zur Solidarität, mithin zum Sozialismus.“ — Diese Ausführungen stehen im Verbandsorgan meiner Organisation und sind von mir geschrieben. (Hört! hört!) Ich erhebe deshalb Einspruch dagegen, daß man in der Presse behauptet hat, ich wollte die Gewerkschaftsmitglieder vom Sozialismus abführen, wollte Disharmonie zwischen Partei und Gewerkschaften herbeiführen. Hat man doch sogar behauptet, Ketzhäuser und Müller stehen in dieser Frage auf einer Linie. Davon kann keine Rede sein. Ich siehe bezüglich der Frage des Massenstreiks durchaus auf dem Boden der geistigen Ausführungen Wöbels. Ich erkläre aber auch, daß dieselben Ausführungen wiederholt von hervorragenden, einflussreichen Gewerkschaftsführern genau in demselben Sinne erfolgt sind. Wie man es aber in Parteiversammlungen treibt, dafür nur einen Beweis. In einer Versammlung des ersten Hamburger Wahlkreises am 4. September hat die Genossin Zieg unvorbereitet und unvorbereitet nach einem offiziellen Bericht des „Hamburger Echo“ folgendes ausgesprochen: „Mit dem Massenstreik wären auch heute schon Erfolge zu erzielen, ohne die Preiserei der Gewerkschaftsvorstände.“ (Hört! hört!) In Sachsen ja selbst in Hamburg seien die Vorbedingungen gegeben gewesen, um mit begeisterten Gewerkschaftsmitgliedern etwas erreichen zu können. Aber die Antipathie der Gewerkschaftsvorstände hat uns an der Ausübung der Situation verhindert.“ (Hört! hört!) Diese Ausführungen der Genossin Zieg in Hamburg stehen in striktem Gegensatz zu dem Referat des Genossen Wöbel und zu der Auffassung der erdübenden Mehrheit des Parteitages. So wird Stimmung gemacht, so wird Vertrauen hervorgerufen, so wird eine Entfremdung zwischen Gewerkschaftsführern und Mitgliedern herbeigeführt. (Sehr richtig.) Dagegen habe ich mich gewandt, dagegen mußte ich mich wenden. Wenn die Resolution Wöbel mit dem Amendement Legien zur Annahme gelangt, dann ist die Vorbedingung für eine bessere Verständigung zwischen beiden Machtfaktoren der Arbeiterschaft gegeben. Das Amendement Kautsky ist seinem ideellen Inhalte nach für jeden Gewerkschaftsleiter selbstverständlich. Trotzdem aber ist es für die gewerkschaftlichen Organisationen unannehmbar und undurchführbar, weil es eine programmatische Forderung an die Gewerkschaften ist, die die Partei den Gewerkschaften aufzwingen will. Dagegen müssen wir uns wehren, weil die Annahme dieses Antrages eine Umwälzung in der Gewerkschaft, soweit die Statuten in Frage kommen, herbeiführen müßte. Nicht um einen Gegensatz zwischen Partei und Gewerkschaft zu konstruieren, sondern weil es nicht im Interesse von Partei und Gewerkschaft liegt, wenn wir ein derartiges Amendement annehmen, bitte ich es abzulehnen. (Beifall.)

Berbert-Stettin:

Wenn man den Massenstreik vorbereitet, muß man zunächst die Landarbeiter zu gewinnen suchen. Dadurch sind die Junker am besten zu treffen und das wird auch sehr gut gehen, die Landarbeiter für das Landtagswahlrecht zu interessieren. Die pommerische Resolution ist mit großer Mehrheit beschlossen worden. Wir sind in Pommern ernstlich entschlossen, unser möglichstes zur Erschütterung des Junkerregiments zu tun. Es ist durchaus nicht richtig, daß das Junkertum so unüberwindlich sei. Durch die zunehmende Industrialisierung wird ihm von Jahr zu Jahr der Boden abgegraben. Das Bürgerium aber ist gar nicht so reaktionär, es betrachtet Konzessionen an die Arbeiter auf sozialpolitischem Gebiet als das Ventil gegen eine revolutionäre Erhebung. Wenn man also ernstlich will und die Opfer nicht scheut, läßt sich wohl durch die Gewinnung der Landarbeiter und die Propagierung des Massenstreiks zur Erringung des allgemeinen Wahlrechts in Preußen etwas gegen das Junkertum ausdrücken. Den Antrag Kautsky bitte ich Sie abzulehnen. Seine Annahme würde nur böses Blut unter den Gewerkschaftlern erregen. (Bravo!)

Silberschmidt-Berlin:

Nachdem Genosse Wöbel im Gegensatz zu der Erklärung, die er im „Vorwärts“ veröffentlicht hat, gestern nicht mehr gesagt hat, daß eine absichtliche Entstellung seiner Ausführungen im Protokoll enthalten sei, und nachdem Legien in seinem Referat noch einmal chronologisch dargelegt hat, wie die Verhältnisse sich entwickelt haben, kann ich mir ersparen, darauf noch einmal einzugehen. Was den Generalkomitee anbelangt, darf nicht vergessen werden, daß zwischen dem, was in dem Referat Wöbels dargelegt wurde, und dem, was nach dem Jenaer Parteitag öffentlich diskutiert worden ist, ein kolossaler Abstand besteht. Damals wurde angedeutet, daß bei einer Wahlrechtsbewegung der politische Massenstreik in Anwendung kommen solle. Das Ablehnen des politischen Massenstreiks hat dann in den Kreisen der Parteigenossen ein besonderes Gefühl, das Gefühl der Enttäuschung hinterlassen. Es ist erreglich, daß Wöbel nun dießmal in der präzisesten Form gesagt hat, daß der Massenstreik nur angewendet werden soll als letztes Mittel. Aber was ich nicht verstehen kann und was die große Menge draußen nicht versteht, ist, daß man sie so lange in der falschen Auffassung gelassen hat. Genosse Wöbel und andere hätten längst zur Klärung der Situation das ansprechen müssen, was hier ausgesprochen worden ist. Aber sie haben geäußert, daß nach Jena in einem der Begründung der Resolution ganz entgegengelegten Sinne für den Massenstreik gewirkt worden ist. Das ist ein Versehen, das nicht scharf genug gemißbilligt werden kann. (Sehr richtig.) Genosse Kautsky glaubt sicher, daß er mit seiner Resolution der Partei und den Gewerkschaften einen Dienst erweist. Ich glaube aber nicht, daß er diese Absicht erreicht. Der erste Teil seiner Resolution sagt absolut nichts Neues. So haben bisher die deutschen Gewerkschaften immer gehandelt. Kein Gewerkschaftsführer wird eingehender als bisher sozialistischen Geist propagieren können. Wir ist von den Vorständen bis zu den Funktionären und Gauleitern herab kein Genosse bekannt, der nicht jede Gelegenheit benutzte, in diesem Sinne zu wirken. Diese andächtige Festlegung in der Resolution Kautsky's kann deshalb nur einen trügerischen Sinn haben. Und dieser kommt im nächstfolgenden Satz zum Ausdruck, das es heißt, daß es Pflicht eines jeden Parteigenossen sei, bei der gewerkschaftlichen Tätigkeit wie bei jeder anderen öffentlichen Betätigung sich an die Beschlüsse der Parteitage gebunden zu fühlen. Das ist eigentlich des Pudels Kern. Kautsky will hier eine obere Instanz für die Beschlüsse der Gewerkschaften bilden und degradieren damit die Gewerkschaften zu Filialen der Parteioptionen, von der die Direktive ausgehen soll. (Sehr richtig! und Widerspruch.) So gut gemeint das sein mag, so geht es doch nicht. Beide Organisationen müssen ihre Selbständigkeit, ihre Freiheit der Entfaltung behalten. Das ist doch ganz selbstverständlich, daß die Gewerkschaftsführer als Sozialdemokraten niemals auf Gewerkschafts-Kongressen etwas tun werden und dürfen, was einer der beiden Bewegungen schädlich wäre. Aber zu erklären: ihr habt euch zu fügen, ihr habt die Direktiven von dieser Stelle zu empfangen, das muß zur Folge haben, daß die christlichen, die polnischen und Stroh-Dunderschen Gewerkschaften uns vorhaben, wir



ständen im Abhängigkeitsverhältnis zur Partei. Aus diesen Gründen bitte ich Sie dringend, dem Antrag Kautsky Ihre Zustimmung nicht zu geben und es dem gesunden Sinn der Führer beider Bewegungen zu überlassen, daß sie bei jeder kritischen Frage sich gegenseitig verständigen. (Beifall.)

#### Lebedour:

Es handelt sich in der Debatte um zwei Fragen: erstens die Stellung der Partei zum Massenstreik und zweitens um das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften. Ueber den ersten Punkt ist, soweit ich das zu beurteilen vermag, praktisch schon so ziemlich eine Verständigung herbeigeführt worden. Daß die Gewerkschaftler, die noch auf dem Parteitag in Jena gegen die Resolution Bebel gestimmt haben, allerdings in etwas gewundenen Ausführungen, aber doch tatsächlich in dieser Debatte erklärt haben, daß sie sich künftig auf den Standpunkt der Jenaer Resolution stellen werden, das ist zweifellos das erfreuliche Ergebnis der bisherigen Debatten in der Presse, in Versammlungen und auf dem Parteitag. Wir können das alle mit Genugtuung registrieren und brauchen uns nicht auf Auseinandersetzungen darüber einzulassen, ob früher auf der einen oder anderen Seite Fehler gemacht worden sind. Vor allem ist es ganz gleichgültig, ob bei der Veröffentlichung des Protokolls der Gewerkschaftskonferenz ganz korrekt das bureaukratische Verfahren eingehalten worden ist. Daß mit der Erörterung darüber soviel Zeit vergeudet ist, finde ich sehr bedauerlich.

Rum noch ein paar Bemerkungen über den Massenstreik. Genosse Silberstein hat es für nötig befunden, gegen die Parteileitung einen Tadel auszusprechen, weil sie geduldet haben soll, daß der Massenstreik nicht als letztes Mittel, sondern als sofortiges Mittel propagiert worden ist. Davon, daß das geschehen ist, habe ich niemals etwas gehört. Es haben sich lediglich nachträglich einige der Genossen darüber beklagt, daß diese Propagierung des Massenstreiks bei der preussischen Wahlrechtsbewegung nicht erfolgt ist. Sie sehen aber ganz vereinzelt da und haben bisher, wie auch auf die Beschlüsse dieses Parteitages gar keinen Einfluß gehabt. Nun haben die Gewerkschaftler bei dem anerkanntswerten Wunsch, sich auf den Standpunkt der Jenaer Resolution zu stellen, die Taktik befolgt, ein Amendement einzubringen, in welchem sie die Identität der Jenaer und Kölner Resolutionen behaupten. Wenn die Genossen selber sich das so zurechtlegen, ist ja nichts dagegen einzuwenden, wir vermögen aber diese Identitätsklärung nicht mitzumachen. (Sehr richtig!) Das Amendement muß in irgend einer Weise so modifiziert werden, daß es als die Ansicht der Antragsteller Legien und Genossen erscheint. Der Parteitag als solcher, ich für meine Person auch, vermag diese intellektuelle Konstruktion nicht nachzubilden. Was die Resolution anlangt, so sehe ich allerdings auf dem Standpunkt, daß wir sie annehmen müssen! Zu meinem Bedauern ist auch mein lieber Freund Karl Liebknecht, der sich in seiner Rede noch päpstlicher gezeigt hat als der Papst, gegen den Antrag Kautsky aufgetreten. Wir verlangen in der Resolution aber durchaus nicht, daß die Gewerkschaften als Organisation und daß jeder einzelne Gewerkschaftler sich an die Beschlüsse des Parteitages gebunden fühlt, aber von jedem Parteigenossen verlangen wir das allerdings. Ich begreife nicht, wie Parteigenossen dagegen überhaupt Widerspruch erheben können. Wenn ich den Genossen Bömelburg richtig verstanden habe, erkennt er prinzipiell das auch an. Ich konstatiere also mit Befriedigung, daß sie im Gegensatz zu Silberstein diese Fassung für richtig halten, sie haben nur taktische Bedenken. Aber die prinzipielle Anschauung Silbersteins, der das so auffaßt, als sollte dadurch den Gewerkschaften ein Programm aufoktroiert werden, ist durchaus falsch. Die Notwendigkeit des Antrages Kautsky ergibt sich daraus, daß wir es erlebt haben, daß einzelne Parteigenossen es für richtig befunden haben, zu erklären, sie würden sich in solchen Fragen nicht an die Beschlüsse der Parteitage gebunden erachten. — Wenn ich recht unterrichtet bin, waren darunter sogar Reichstagsabgeordnete. Dem gegenüber muß der Parteitag ein entscheidendes Wort sprechen und in Erinnerung bringen, daß jeder Genosse an Parteitagsbeschlüsse gebunden ist, überall, in allen Situationen des Lebens. Davon, daß die Gewerkschaften untergeordnet werden sollen, liegt nichts in der Resolution Kautsky. In ihren eigenen Angelegenheiten sollen sie selbständig sein, aber in politischen Angelegenheiten hat die Partei zu entscheiden und gerade die sogenannten gemeinschaftlichen Angelegenheiten sind im Kern ihres Wesens politische Angelegenheiten. Da muß es eine Instanz zur endgültigen Entscheidung geben. (Sehr richtig!)

#### Adolf Braun-Münsterberg:

Es ist mir peinlich, daß ich mich zu einem der Ältesten und mir am nächsten stehenden Parteigenossen, zu Kautsky in starken Widerspruch setzen muß. — Ich bin der Meinung, daß wir auf keinem Parteitag, am allerwenigsten in Mannheim etwas beschließen dürfen, was der Gewerkschaftsbewegung schaden könnte. Wir können deshalb nicht dem Wunsch von Lebedour nachkommen, der uns sagt, wir müssen die Resolution Kautsky annehmen. Dieses muß es auf diesem Parteitag nicht geben. Wir dürfen aber auch nichts beschließen, was irgendwelche der politischen Arbeiterbewegung schaden könnte. Deshalb ist es ungeheuer erfreulich, daß eine Form gefunden wurde, die jedem von uns annehmbar ist: ein derartiger Antrag wird sofort verteilt werden. Und ich glaube deshalb im Einverständnis mit meinen Freunden erklären zu können, daß wir unseren Antrag 100 zurückziehen zugunsten dieses Antrages, der zweifellos die Zustimmung der großen Mehrheit der Delegierten finden wird. In der Resolution Kautsky finden sich eine Reihe von Bemerkungen über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaften, die wir, ganz abgesehen, wie wir sonst dazu stehen, schon aus reinen vereinsgesetzlichen Rücksichten nicht annehmen können. Die Maurer, die Dachdecker, die Bierbrauer könnten der Resolution ganz anstandslos zustimmen, aber unmöglich ist das für den Buchbinderverband, für die Zettlarbeiter, die Holzarbeiter, die Metallarbeiter. Diese Verbände haben erfreulicherweise in den letzten Jahren Zehntausende von weiblichen Mitgliedern gewonnen und denen würden wir die Tür verschließen, wenn wir in dieser Form die Gewerkschaften zu politischen Organisationen stampeln würden. (Sehr richtig!) Das dürfen wir nicht und deshalb müssen wir es unterlassen. Nach den wertvollen Erklärungen von Bömelburg und Reichel glaube ich, ist auch diese zwangsmäßige Gesetzmäßigkeit nicht nötig, denn wenn Kautsky sagt: Disziplin ist das höchste Maßmaß des proletarischen Kampfes, so darf das nicht eine aufgezwingene Disziplin sein, sondern eine, der wir uns freiwillig unterwerfen. (Sehr richtig!) Die freiwilligen Erklärungen von Bömelburg und Reichel sind uns viel wertvoller, als die allerlängste Resolution. (Sehr wahr!) Das sind wichtige Aktenstücke. Bei einer Resolution sagt man: Ach, es sind schon 52 gefaßt, man kennt sie nicht alle, man weiß ja, daß der Parteivorstand sie nicht einmal alle gekannt hat. (Weiterkeit.) Kautsky sagte am Schluß: Unsere Resolution soll die Grundlage schaffen, um vereint dem Feinde Widerstand zu leisten, dem wir nur vereint zu widerstehen vermögen, dem Kapital. Aber gerade deshalb müssen wir eine Resolution fassen, die nicht mit 170 gegen 103 Stimmen angenommen wird (Sehr gut!), sondern eine Resolution, für die alle stimmen können, eine solche Resolution wird Ihnen gleich vorgelegt werden. Wir werden dadurch das Ziel erreichen, daß dem Mannheimer Parteitag eine historische Bedeutung geben wird, nämlich Einheit zwischen Partei und Gewerkschaft. (Beifall.)

#### v. Elm:

Ich bin in der erfreulichen Lage, meine Zustimmung zu dem Referate Bebel's geben zu können. Dasselbe habe ich auch in Jena getan. Wenn Probleme, welche ich nun seinerzeit nachträglich eine Erklärung in der Parteipresse erlassen haben, so geschah dies, weil sich in der Parteipresse und in der Partei wesentliche Abweichungen von der Auffassung Bebel's in Jena ergeben hatten. Es war nun unsere Absicht, unsere Parteigenossen auf die Bedeutung der Jenaer Resolution aufmerksam zu machen und zu verhindern, daß ihr eine vollständig andere Deutung gegeben werde. Heute ist nun die Auffassung der sogenannten Hirtenbriefler von der

Jenaer Resolution die Auffassung der Mehrheit der Partei. Der Referent hat dies zum Ausdruck gebracht und auch zahlreiche Redner. Nur die eine Genossin Luxemburg war einer gegenteiligen Anschauung. Ihre Auffassung stützt sich im wesentlichen auf die russischen Verhältnisse, die für uns nicht in Frage kommen können. Deshalb ist ihre Schlussfolgerung für Deutschland auch vollständig falsch. Worauf es heute ankommt, ist, daß wir durch die Annahme der Resolution Bebel-Legien befunden, daß eine gegenseitige Auffassung zwischen Partei und Gewerkschaft nicht besteht, daß Gewerkschaft und Partei einig sind für den Fall, daß es gilt, Volksrechte zu verteidigen. Das soll durch irgend eine Fassung bewirkt werden. Die Stellung Legiens ist bemängelt worden. Eine Reihe von Genossen glaubt, dieser Stellung nicht zustimmen zu können. Nun weiß ich auch, daß eine Fassung vorgelegt werden wird, von der wir annehmen, daß sie alsseitige Zustimmung finden wird. Es muß uns daran liegen, diesen Streit, der seit den Kölner Beschlüssen in der Partei und Gewerkschaft, mit diesem Parteitag endgültig zu beseitigen. Meine Auffassung der Kölner Resolution habe ich nach dem Kölner Kongress kund gegeben, aber nach der Feststellung des Antragstellers selbst und der Verfasser der Resolution glaube ich, daß wir keine Verantwortung haben, den Sinn, der von ihnen der Resolution beigelegt wird, zu bestreiten, denn wir müssen ihnen ohne weiteres auf das Wort glauben, daß sie das so gemeint haben und können dies annehmen, um zu verhindern, daß nochmals ein Beschluß gefaßt wird, der nochmals zu neuen Differenzen Veranlassung geben könnte. Die Resolution Kautsky bitte ich Sie, unter allen Umständen abzulehnen. Es ist schon von Bömelburg betont worden, daß die Gewerkschaftsführer aus taktischen Erwägungen heraus sich unter allen Umständen gegen die Resolution Kautsky erklären müssen. Wenn die Gewerkschaftsführer sagen, wir müssen dagegen sein, dann muß Kautsky einsehen, daß wir solche Beschlüsse nicht fassen dürfen. Jedoch bin ich mit Kautsky in bezug auf den geistigen Inhalt der Resolution vollkommen einverstanden. Ich habe das speziell in Köln betont. Wenn die Resolution Kautsky zum Beschluß erhoben wird, so bedeutet das etwas anderes, als wenn jeder Parteigenosse für sich in diesem Sinne innerhalb der Gewerkschaftsbewegung wirkt. Es ist absolut unmöglich, der Resolution Bebel noch irgend ein anderes Amendement zu geben. (Sehr richtig!) Es steht schon in der Resolution Bebel, welches Ziel die Partei hat, nämlich das Klassenbewußtsein der Arbeiter in den Gewerkschaften zu stärken. Mehr soll doch in der Resolution Kautsky auch nicht ausgedrückt werden, als daß die endliche Befreiung von der Lohnsklaverei auch von den Klassenbewußten Gewerkschaftlern erstrebt werden muß. Wozu das noch wiederholen und hier eine Verpflichtung festlegen für die Parteigenossen, in erster Linie die Beschlüsse der Partei für sich als maßgebend zu betrachten. Wenn ich auch glaube, daß unser Parteivorstand sich von ruhiger Einsicht immer leiten läßt, so liegt doch die Möglichkeit vor, daß einmal ein Beschluß gefaßt wird, mit dem sich die einzelnen Gewerkschaftler nicht einverstanden erklären können. Darum dürfen wir eben eine solche Verpflichtung nicht aussprechen. Wir haben schon bisher gesehen, daß das ideale Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft so wie wir es wünschen, noch nicht besteht, nämlich daß Parteivorstand und Generalkommission sich immer vorher verständigen. (Sehr richtig!) Nicht Unterordnung des einen Teiles unter den anderen, sondern gegenseitige Verständigung muß unsere Lösung sein. (Lebhafte Beifall.)

Vorsitzender: Von den Antragstellern der Resolution Kautsky wird eine Änderung dieser Resolution vorgeschlagen: Im ersten Satz soll in der dritten Zeile das Wort „Gewerkschaft“ durch die Worte „gewerkschaftliche Bewegung“ ersetzt werden, im zweiten Satz der zweiten Zeile die Worte „in den Gewerkschaften“ gestrichen werden und in der vierten Zeile des zweiten Satzes soll hinter dem Worte „Gesamt“ eingefügt werden „in dem Sinne, wie Bömelburg es definiert hat“. Die Resolution Kautsky heißt nun mit allen Amendements:

„Um aber jene Einheitlichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des proletarischen Klassenkampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht wird. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen in diesem Sinne zu wirken und sich bei der gewerkschaftlichen Tätigkeit, wie bei jeder anderen öffentlichen Betätigung, an die Beschlüsse der Parteitage gebunden zu fühlen, in dem Sinne, wie es Bömelburg definiert hat. Das ist geboten im Interesse der gewerkschaftlichen Bewegung selbst, denn die Sozialdemokratie ist die höchste und umfassendste Form des proletarischen Klassenkampfes, und keine proletarische Organisation, keine proletarische Bewegung kann ihrer Aufgabe vollständig gerecht werden, die nicht von dem Geiste der Sozialdemokratie erfüllt ist.“

Es ist ferner der Antrag eingegangen und zwar im Einverständnis mit dem Antragsteller, daß über den zweiten Punkt der Resolution Kautsky getrennt abgestimmt wird. Ferner ist ein Antrag eingegangen von Legien und Bebel, der das Amendement Legiens abändert und beantragt, der Resolution Bebel, Absatz 1, folgende Fassung zu geben:

„Der Parteitag bestätigt den Jenaer Parteitagsbeschluß zum politischen Massenstreik und hält nach der Feststellung, daß der Beschluß des Kölner Gewerkschaftskongresses nicht im Widerspruch steht mit dem Jenaer Beschluß, allen Streit über den Sinn des Kölner Beschlusses für erledigt.“ (Lebhafte Beifall.)

#### Richard Fischer-Berlin:

Von Elm hat seine Ausführungen mit der Rohmung beschlossen, wir sollten bestrebt sein, die Einigung zu erzielen und nicht die Unterwerfung einer Minderheit. Auch ich bin der Meinung, daß die Parteitage keine Konzile sind, aus denen Glaubenssätze festgelegt und die Genossen auf Buchstaben verpflichtet werden sollen. (Sehr richtig!) Unsere Parteitage sind Zusammenkünfte, bei denen wir gegenwartspolitisch treiben und uns über den besten Weg verständigen, der im Interesse der Arbeiterklasse zu beschreiten ist, um am besten die Ansichten unserer Gegner bereinigen zu können. Darüber sind wir doch alle einig, daß das nur möglich ist, wenn Partei und Gewerkschaft geschlossen in Gedanken und einig im Handeln sind. Der Antrag Kautsky ist, wenn auch unbedeutend, geeignet, diese Aktionskraft, dies gemeinsame Fühlen und Denken zu hindern und zu lähmen. (Sehr richtig!) Es unterliegt für mich keinem Zweifel, daß es eigentlich am zweckmäßigsten wäre, die Resolution Kautsky überhaupt auszuschneiden. (Lebhafte Zustimmung und Widerspruch.) Was sie uns sagt, ist selbstverständlich und Selbstverständlichkeiten beschließt man nicht, aber nach den Darlegungen von Kautsky und namentlich nach den Worten von Frau Zieh könnte man dranhin glauben, daß mit der Ablehnung des Antrages Kautsky auch der Sinn dieses Antrages abgelehnt sei, und das müssen wir vermeiden. Ich glaube, wir können das erreichen, wenn wir den ersten Teil des Antrages Kautsky annehmen und den letzten Teil ablehnen. Er selbst hat schon, beeinflusst durch die Beweggründe der Gewerkschaftler, sich damit einverstanden erklärt, daß das Wort Gewerkschaften ersetzt wird durch „gewerkschaftliche Bewegung“, und daß in dem Satz „es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne in den Gewerkschaften zu wirken“, die Worte „in den Gewerkschaften“ gestrichen werden. Wir können diese Änderungen nur begrüßen. Deshalb wenden sich die Gewerkschaftsvertreter aber trotzdem noch weiter gegen die Resolution Kautsky? Nicht, weil sie sagen: Wir wollen nicht, daß die Gewerkschaften vom Geiste der Sozialdemokratie getragen werden, daß der sozialistische Geist in den Gewerkschaften herrscht, denn so lange wir in Deutschland eine Gewerkschaftsbewegung haben, ist sie im Geiste der sozialdemokratischen Partei und mit der Partei getrieben worden. (Sehr richtig!) Nun fragen sich die Gewerkschaftsführer aber, ob denn die Resolution Kautsky geeignet ist, die gewerkschaftliche und die Parteipropaganda zu fördern, und da sagen Sie „Nein“, wir haben uns an die indifferentesten der indifferenten Arbeiter zu wenden, wir haben die Leute zu gewinnen, die eigentlich politisch noch ganz im Sinne unserer Gegner stehen. Zu diesem Zwecke müssen wir frei

sein in der Aktion, man darf uns nicht entgegenhalten: Ach was, Ihr Gewerkschaftler betreibt angeblich gewerkschaftliche Zwecke, Ihr agitiert angeblich für Befreiung der Arbeiter aus dem Elend, aber im Grunde seid Ihr doch nichts anderes als Sozialdemokraten, die sich eine gewerkschaftliche Maske ungelegt haben. Ihr könnt nichts tun, was der sozialdemokratische Parteitag Euch nicht vorschreibt. Man muß diese Klagen-Glabbaader Scheinzeugnisse kennen. (Sehr gut!) Man muß alle die Vorurteile kennen, und dann muß man sich fragen, ob es notwendig ist, die Schwierigkeiten noch zu vermehren. Wird denn etwas an dem gegenwärtigen Zustand geändert? Wollen wir, daß die Gewerkschaftsbewegung sich abspaltet von der politischen? Und weiter. Der Parteivorstand und die Kontrollkommission haben sich bereits gegen die Resolution Kautsky ausgesprochen. Es ist selbstverständlich, daß die Gewerkschaftsleiter nach den Erklärungen, die wir gehört haben — und lokaler als Bömelburg kann man den Parteivorstand nicht definieren (Sehr richtig!), und ebenso hat Reichel gesprochen — ich sage, es ist selbstverständlich, daß eine große Anzahl von Parteigenossen, die ebenso gut sind wie die anderen, gegen den Antrag Kautsky stimmen werden. Was wäre denn das für eine Resolution, die der Parteitag gegen den Willen derer, um die es sich handelt, annimmt? (Sehr richtig!) Die Leute können dann sagen: Gegen diese Resolution hat sich sogar die Parteileitung gewendet. Man erreicht auch praktisch nichts, wenn man die Resolution Kautsky in der vorliegenden Form gegen den Widerstand der tätigen Gewerkschaftler annimmt. (Sehr richtig!) Nun hat Kautsky geglaubt, er könne die Resolution mildern, indem er hinzufügt, daß dies sich gegenwärtig nur zu verstehen sei im Sinne der Anforderungen von Bömelburg. Schon! Aber dadurch wird doch nach außen hin nichts geändert, höchstens, daß die moralische Oberfläche, die den Gewerkschaften erteilt wird, nicht ausgesprochen wird. Empfinden werden sie sie trotzdem. Und wie kommt man von dem Parteigenossen zuerst verlangen, daß er im Sinne der Sozialdemokratie wirkt, und hindert denn sagen, er soll sich gebunden fühlen? Wenn ich es als selbstverständlich voraussetze, daß ich in diesem Sinne wirke, dann brauche ich doch nicht nochmals zu verlangen, daß er sich gebunden fühlt. (Sehr gut!) Das Fühlen kann der Parteitag doch nicht vordrängen. (Weiterkeit.) Dann der Schlußsatz, daß wieder die Partei als die allein legitimierende Form der Arbeiterbewegung hingestellt wird! Das ist ein Widerspruch zu dem Gedanken von Bebel, daß beide Richtungen gleichberechtigt sind. Wenn das der Fall ist, dann können wir nicht einen Zulageantrag annehmen, worin es heißt: Aber die einzig richtige Form ist die sozialdemokratische Partei! (Zuruf: „Das schließt sich doch nicht aus!“) ... Aber das kann man daraus folgern, und wir dürfen keine Beschlüsse fassen, die erst in jeder Versammlung erklärt werden müssen. Ich möchte einen anderen Vorschlag besprechen, für den die Vertreter der Gewerkschaften stimmen werden und den sie als annehmbar bezeichnen. Der Antrag geht dahin, daß wir die Resolution Kautsky bis zu dem Worte „wirken“, abgelehnt und die Schlusssätze ablehnen. (Sehr richtig!) Wir sagen also: „Um aber jene Einheitlichkeit des Denkens und Handelns von Partei und Gewerkschaft zu sichern, die ein unentbehrliches Erfordernis für den siegreichen Fortgang des proletarischen Klassenkampfes bildet, ist es unbedingt notwendig, daß die gewerkschaftliche Bewegung von dem Geiste der Sozialdemokratie beherrscht wird. Es ist daher Pflicht eines jeden Parteigenossen, in diesem Sinne zu wirken.“ Ich glaube, dieser Antrag enthält alles, was die Resolution Kautsky an Gedanken enthält, und sie sagt das, was notwendig ist. Es ist ein sozialdemokratisches Glaubensbekenntnis, das dadurch ausgesprochen wird. Es wird zugleich den Gewerkschaftsführern, die dafür stimmen, die Verpflichtung auferlegt, im Sinne der Sozialdemokratie zu wirken. Alles andere ist nur die Wiederholung desselben Gedankens, ist nur die Schlussfolgerung, ist nur ein bittere Medizin in den Köpfe gegossen, damit den Gewerkschaftlern das Schlußwort erschwert wird, und wir wollen nichts verschärfen haben von den Gewerkschaftlern, sondern wir, die wir jahraus jahrein Schulter an Schulter mit den Gewerkschaftlern kämpfen, die wir mit ihnen arbeiten müssen und die wir an Zahl und Einfluß geschwächt würden, wenn wir nicht in allen Fragen die gewerkschaftlichen Organisationen mit dem sozialdemokratischen Geiste hinter uns hätten, ich meine, wir müssen eine Resolution fassen, die es uns ermöglicht, gemeinsam in den Kampf zu ziehen. Ich nehme an, daß die angekündigte namentliche Abstimmung nicht als Abschreckungsmittel dienen soll. (Zuruf: „Im Gegenteil!“) Ich bitte Sie für den von mir angekündigten Antrag zu stimmen, dann wird die Gemeinsamkeit der Auffassung zwischen Partei und Gewerkschaften in der Frage des Massenstreiks nach außen zum Ausdruck kommen. (Lebhafte Beifall.)

Lebedour (zur Geschäftsordnung): Ich bitte darum, daß der Vorsitzende den Genossen Bömelburg auffordert, seine Definition der Kautskyschen Resolution hier noch einmal zu geben, so daß sie stenographisch protokolliert werden kann. Wenn wir aufgefordert werden, für eine Resolution zu stimmen, die sich auf den Wortlaut der Bömelburgschen Erklärung bezieht, so müssen wir die Erklärung gegenwärtig haben, sonst können wir nicht darüber abstimmen.

Vorsitzender Singer: Ich habe keine Veranlassung dem Wunsch Lebedours stattzugeben. Ich bin der Meinung, Bömelburg wird die Erklärung im Protokoll festlegen. Ob er sie noch einmal wiederholt, ist gleichgültig. (Sehr richtig! Widerspruch.) Jedenfalls möchte ich nicht eine Aufforderung, an den Genossen stellen, die von dem Geiste des Mißtrauens durchweht ist. (Beifall.) Ein Antrag auf Schluß der Diskussion ist eingelaufen. Nachdem Kimmel-Hamburg den Antrag begründet hat und Fischer-Berlin, der mit Fischer-Berlin getauscht hatte, und so und so Wort zu kommen fürchtete, sich gegen die Annahme dieses Schlußantrages ausgesprochen hat, da die letzten Phasen der Diskussion eine andere Wendung gegeben hätten und so eine heillose Verwirrung in die ganze Situation hineingetragen worden sei, wird mit großer Mehrheit der Antrag auf Schluß der Debatte angenommen. Zur persönlichen Bemerkung erhält das Wort

#### Frau Zieh-Hamburg:

Der Genosse Paul Müller hat nach einem Zeitungsbericht meine Äußerungen, die ich in einer Mitgliederversammlung des ersten Hamburger Wahlkreises getan haben soll, folgendermaßen berichtet. Ich hätte gesagt: Wenn die Gewerkschaftsführer nicht gebremst hätten, so hätte in Sachsen und Hamburg bei den Wahlrechtskämpfen etwas erreicht werden können. Durch das Bremsen der Führer sei das verhindert worden. Ich erkläre, daß das unrichtig ist. (Hört, hört!) und rufe meine Hamburger Mitbesitzer zum Zeugnis dafür auf. Ich habe im ersten Hamburger Wahlkreise lediglich die Chancen erörtert, die ein eventuell ausgebrochener Massenstreik für uns beim Wahlrechtskampf hätte haben können und habe darauf hingewiesen, daß für Sachsen und Hamburg allerdings mehr Chancen für den Erfolg gewesen wären, wie für Preußen; wobei ich hinzufügte: „Aber allerdings unter gewissen Voraussetzungen“. Und zu diesen Voraussetzungen habe ich unter anderem gerechnet die Befreiung der Antipathie, die in den Kreisen der Gewerkschaftler nach dem Kölner Gewerkschaftskongress gegen den Massenstreik vorhanden gewesen ist. Ich erkläre also, daß meine Ausführungen absolut nicht in Widerspruch stehen zu der Meinung, die hier zum Ausdruck gebracht worden ist, und die auch in Jena ausgesprochen worden ist.

Vorsitzender Singer: Das ist keine persönliche Bemerkung.

Frau Zieh (fortfahrend): Ich muß dem Genossen Singer widersprechen, Müller hat erklärt, daß diese Ausführungen ...

Vorsitzender Singer: Das ist keine Ansicht und daran können Sie keine persönliche Bemerkung knüpfen. (Weiterkeit.) Eine persönliche Bemerkung kann nur die Richtigstellung enthalten von dem, was ein bestimmter Redner von einer Person sagt.

Frau Zieh (fortfahrend): Müller hat behauptet, daß ich die unrichtige Wiedergabe meiner Rede im „Hamburger Echo“ nicht bestritten hätte und jetzt erkläre ich, daß ich sie bestritten habe. (Sehr richtig! Glocke des Präsidenten.) Das muß mich doch Genosse Singer erst entwickeln lassen. (Große Heiterkeit.) Ich erkläre also, daß ich diese unrichtige Wiedergabe bestritten habe und zwar in der kombinierten Versammlung der drei Hamburger Wahlkreise, die sich



mit der Frage: „Partei und Gewerkschaften“ beschäftigt hat. (Sehr richtig!) Und diese Verächtlichkeit ist auch in das „Hamburger Echo“ übergegangen. Und so gut wie Müller den ersten Bericht gelesen hat, wird er auch den zweiten gelesen haben. Aber das hätte ihm nicht in den Kram und darum wird er es weggelassen haben. (Lebhafte Beifall.)

Sachse (persönlich): Genosse Leber behauptet, ich hätte in Bezug auf die Neutralität früher einen anderen Standpunkt eingenommen wie gestern. Das entspricht nicht den Tatsachen. Genosse Goldstein ist Zeuge, daß ich diesen Standpunkt schon im Jahre 1897 in Wismar eingenommen habe. Es trifft also nicht zu, daß mich Genosse Que erst eines Besseren belehrt hat.

Que: Genosse Leber hat behauptet, ich hätte eine Reihe von Genossen im Sinne der gewerkschaftlichen Neutralität befehrt. Ich habe dazu zu sagen, daß es mir nicht eingefallen ist, Belehrungsversuche zu machen. Doch wenn die Parteigenossen und die Gewerkschaftsführer, die mit mir in Verbindung gekommen sind, sich von meinen Anschauungen haben überzeugen lassen, so ist das ein Beweis dafür, daß unter Umständen auch ein Neutralitätsbefeher einmal vernünftige Anschauungen haben kann. (Hört! hört! Große Heiterkeit.)

Jubel (persönlich): Ich erkenne an, daß ich mich geirrt habe, und daß sich das Sachen Bömelburgs in der Berliner Konferenz nicht auf die Demonstrationen vom 21. Januar bezogen hat, sondern auf die Protestbewegung gegen den Kölner Gewerkschaftskongress. (Lebhafte Beifall.)

Paul Müller (persönlich): Genossin Zieg hat ausgeführt, daß ich Unwahrheit auf dem Parteitag berichtet hätte. Frau Zieg hat auf die kombinierte Versammlung der drei sozialdemokratischen Vereine hingewiesen, und behauptet, diesen Bericht im „Hamburger Echo“ richtig gefaßt zu haben. Ich habe auch diesen Verlesungsbericht gelesen, aber aus den dort wiedergegebenen Ausführungen der Genossin Zieg entnehme ich eine Verächtlichkeit nicht. Sie hat ihre Ausführungen in der Versammlung nur etwas deklariert.

Singer will nunmehr Legien das Schlusswort erteilen.

Legien: Zuerst muß doch der Referent sprechen.

Vors. Singer: Es ist parlamentarischer Brauch, den Korreferenten zuerst das Schlusswort zu geben.

Legien: Auf dem Kölner Tag hat auch zuerst der Referent und dann erst der Korreferent das Schlusswort gehabt. Das wäre eine ganz neue Art der Geschäftsordnung, wenn nicht der Referent zuerst spricht. Dann verzichte ich auf das Schlusswort.

Singer: Wir können ja den Parteitag entscheiden lassen. Hierauf beschließt der Parteitag, daß zuerst der Korreferent sprechen soll.

Legien verzichtet auf das Schlusswort.

Rebel:

Zu meinem Bedauern muß ich auf eine Reihe von Äußerungen eingehen, die über meine Meinung in Jena zum Ausdruck gebracht wurden. Zu meinem noch größeren Bedauern muß ich mich mit dem Anlaufe der Ausführungen Legiens beschäftigen, indem er sehr ausführlich und aggressiv namentlich gegen meine Person sich gewandt hat. Es handelt sich zunächst um die Vorgänge innerhalb der Konferenz im Februar zwischen Parteivorstand und Generalkommission und um die Erklärungen, die angefertigt und infolge jener Vorgänge sowohl von Seiten des Parteivorstandes als auch der Generalkommission veröffentlicht worden sind. Legien hat gestern mit lebhafter Enttäuschung hervorgehoben, daß es eigentlich eine Kühnheit von mir gewesen sei, ohne Rücksicht auf den Parteivorstand, nachdem die „Einigkeit“ einzelne Teile jenes Protokolls veröffentlicht hatte, gegen die Ausführungen des Protokolls und namentlich gegen die 6 Thesen, die Silberbach formuliert hatte, Stellung zu nehmen. Wenn ich jemals in meinem Leben Ursache hatte, mich persönlich gegen Unterstellungen, die in der Art, wie sie veröffentlicht wurden, die schwersten Verleumdungen gegen mich enthielten, zu wehren, so war das bei jener Gelegenheit der Fall. (Lebhafte Widerspruch Legiens.) Und als meine Auffassung des Vorganges von Seiten der Generalkommission mit einer Gegenerklärung beantwortet wurde, mußte ich dringend wünschen, daß der Parteivorstand seinerseits nun erklärte, wie er die Sachlage auffaßte. Jene Verhandlungen waren unverbündelt. Was von den einzelnen Rednern vorgebracht worden ist, war ihre persönliche Anschauung. Und nun die sechs Thesen Silberbachs, deren erster Punkt eine Darstellung meiner Auffassung gibt, die, wenn sie richtig wäre, mich nicht nur unwürdig machte, Mitglied des Parteivorstandes zu sein, sondern auf Grund deren ich aus der Partei herausliegen müßte. (Hört! hört!) Ich hatte also alle Ursache, zu einer Nichtteilnahme in der ich ausföhre, daß der erste Satz in der allgemeinen Form, die Silberbach ihm gegeben hatte, unmöglich Geltung haben könnte, da doch niemand glauben könnte, daß ich gegen meine eigene Resolution handeln könnte, sondern daß es sich nur um einen gegenwärtigen Massenstreik anlässlich der preussischen Wahlrechtsbewegung handelt. (Zuruf Silberbachs: Anderes haben wir ja nicht behauptet.) Was Sie weiter noch behauptet haben in der Konferenz, das weiß ich nicht, aber der Wortlaut dieser sechs Thesen stimmt mit den Ausführungen Ihres Referats überein, und daraus geht allerdings hervor, daß in der Tat diese Darstellung einen vollständigen Frontwechsel meinerseits nicht nur, sondern einen direkten Verrat an meiner früheren Auffassung bedeutet. (Zuruf Silberbachs: Das ist niemand eingefallen.) Sie haben dem Parteivorstand und mir große Verlegenheiten erspart haben, wenn Sie das, was Sie mir jetzt eben zugerufen haben, damals sofort in einer öffentlichen Erklärung gesagt haben würden. Eine große Masse von Streit, Bitternis und Enttäuschung wäre mit einer Reihe aus der Welt geschafft worden. (Sehr richtig!) Sie begreifen also, daß ich in dieser Situation jene Erklärung abgeben mußte, da ich nur für meine Person die Ausführungen gemacht habe. Noch eins: Legien hat selbst, bevor er gestern seine Angriffe gegen meine Person richtete, am Abend des vorhergehenden Tages als seine Veredsamkeit angeboten, um mich zu bestimmen, daß ich in der gestrigen Parteitagsführung ohne Rücksicht auf den Parteivorstand und die Kontrollkommission, die meine Resolution mit verfaßt haben, eine persönliche Erklärung abgeben sollte, daß ich mit meinem Amendement einverstanden sei. (Hört! hört!) Das steht außerordentlich im Widerspruch zu der Anlage, die er gestern gegen mich geschrieben hat. (Lebhafte Zustimmung.) Legien hat dann von uns verlangt, daß der Parteivorstand öffentlich vor dem Parteitag zugebe, daß er mit der Veröffentlichung des Protokolls ein Unrecht begangen habe. Er verlangt also nichts mehr und nichts weniger von uns als einen Zufall vor der Generalkommission. (Sehr wahr!) Ich habe selber ausgeführt, daß wir einen Schritt getan haben, der sich mit den strengen Formen des Rechts nicht in Einklang bringen läßt, aber auch zu gleicher Zeit auf die Umstände hingewiesen, die uns genötigt haben, dem allgemeinen Drängen aus der Partei heraus nachzugeben und angesichts der großen Verwirrung, die durch die sogenannte „Einigkeit“ hervorgerufen wurde, diesen Teil des Protokolls der gesamten Partei und auch den Gewerkschaften mitzuteilen, damit sie aus dem Inhalt desselben sich ein wahres Bild von den Vorgängen machen könnten. Ich setze hinzu, wenn wir nicht so gehandelt hätten, wären die Verhandlungen, die wir gestern und heute über diesen Gegenstand gepflogen haben, gar nicht in der Weise möglich gewesen. (Sehr wahr!) Ich behaupte, daß die Veröffentlichung auch im Interesse der Generalkommission lag, weil aus den Bruchstücken, die die „Einigkeit“ veröffentlichte, allgemein der Glaube entstehen mußte, daß noch viel Schlimmeres drin stehen müßte. Die „Einigkeit“ hat ja auch durch allerlei dunkle Andeutungen dazu reichlich Veranlassung gegeben. Ich habe mich freilich gesagt, das gebe ich offen zu, nachdem ich zufälligerweise Gelegenheit gehabt hatte, von dem Zirkular Einsicht zu nehmen, daß die Generalkommission an die Mitglieder jener Konferenz schickte, indem sie ihnen unseren Antrag zur Kenntnis brachte, daß die große Mehrheit der Verbände ihn ablehnen würde. Ich glaube aber, daß auch die große Mehrheit der Mitglieder jener Konferenz, die gegen die Veröffentlichung sich ausgesprochen haben, jetzt auch erlaunt haben sollten, daß diese Veröffentlichung ein Akt der Klugheit nicht nur, sondern der Notwendigkeit war für sie selbst. (Sehr richtig!) Ich will nicht längere

Ausführungen machen über die Lokalfisten und ihr Verhalten der Generalkommission, dem Parteivorstand und speziell mir gegenüber. Ich gebe auf all diese Dinge nicht ein, weil sie nicht zu diesem Punkte der Tagesordnung gehören, sondern zu den Anträgen, die uns im weiteren Verlauf der Debatte noch beschäftigen werden und die sich speziell mit den Lokalfisten befassen. Ich kann nur erklären: Wenn irgendwo auf dem Parteitag der Glaube vorhanden sein sollte, daß der Parteivorstand irgendwelche Sympathien nach irgendwelcher Richtung mit den Lokalfisten habe oder ihnen irgend eine moralische oder sonstige Unterstützung in ihrem Treiben habe angedeihen lassen, so ist das eine durchaus falsche und irrtümliche Meinung. Wenn wir das getan hätten, hätten wir in schwerer Weise die Parteinteressen verletzt.

Wie der Parteivorstand und die einzelnen Mitglieder desselben über diese lokalistische Organisation denken, ganz abgesehen von dem anarcho-sozialistischen Charakter, den sie erst in den letzten Jahren angenommen haben, das haben wir wiederholt in Resolutionen und Erklärungen zum Ausdruck gebracht. Wir sind einstimmig der Ansicht, daß eine lokalistische Organisation vom Standpunkt der heutigen ökonomischen und sozialen Entwicklung einfach ein Kontrast ist, daß, wenn die Arbeiterklasse Erfolge im Kampfe gegen den Kapitalismus erringen will, es des Zusammenfassens aller Kräfte bedarf. Es war und ist das immanente Gesetz der Entwicklung, daß alles auf Konzentration hinausläuft. Wir sehen die gewaltige Entwicklung des Großkapitals, wie sehen diese Gestaltung des ökonomischen Entwicklungsprozesses innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft in allen Staaten der Welt, in denen moderne Kultur und damit moderne Industrie vorhanden ist, wie sehen, wie die Unternehmer sich organisieren. Wie man angesichts einer solchen Entwicklung und einer solchen Macht der Unternehmer gegenüber der Arbeiterklasse durch lokalorganisierte Gewerkschaften etwas ausrichten zu können glaubt, das verstehe, wer mag. Jedenfalls ist der Parteivorstand und die Partei in ihrer großen Mehrheit der Meinung, daß diese lokalistischen Gewerkschaften vollständig ohnmächtig sind, die Aufgaben der Arbeiterklasse zu erfüllen. (Lebhafte Zustimmung.)

Legien hat weiter gemeint, wir seien zur Veröffentlichung des Protokolls ganz wesentlich durch den moralischen Druck der Berliner veranlaßt worden; er meint, es scheint ihm überhaupt, daß der Parteivorstand gar zu sehr dem Druck von außen folgt. Soll damit gesagt sein, daß der Parteivorstand aufmerksam die Stimmungen in der Partei verfolgt und danach seine Maßnahmen trifft, so erkläre ich, daß der Parteivorstand das allerdings bisher getan hat und daß er es für seine verdamnte Pflicht und Schuldigkeit hält, das auch weiter zu tun. (Sehr gut!) Und wenn speziell eine so gewaltige Parteiorganisation wie die von Berlin mit einer so großen Zahl intelligenter und bewährter Genossen mit Wünschen an den Parteivorstand herantritt, hätten wir allerdings die Pflicht, die Wünsche zu prüfen und, wenn sie berechtigt sind, zu erfüllen. (Sehr richtig!) Es war eine ganz selbstverständliche Pflicht des Parteivorstandes, dem Wunsche der Berliner Genossen auf Veröffentlichung des Protokolls nachzukommen; das war nicht nur ein Wunsch der Berliner, sondern der Wunsch der ungeborenen Mehrheit der Genossen in ganz Deutschland. (Lebhafte Zustimmung.) Damit verleihe ich die persönlichen Auseinandersetzungen, obwohl ich noch manches zu sagen hätte. Ich möchte im Interesse des Bieles, das uns alle vereint, nicht das Trennende hervorheben, sondern möglichst das Einigende. (Sehr richtig!) Ich werde aus diesem Grunde auch nicht auf die Begründung des Amendements durch Legien eingehen. Wenn diesen seinen Ausführungen nicht andere Reden seiner Gewerkschaftscollegen gegenüber ständen, und wenn ich nicht wüßte, daß sein Amendement nicht von ihm persönlich, sondern von fast allen Gewerkschaftlern ausgeht, die hier im Saale anwesend sind, dann wäre uns das Stimmgen für sein oder ein ähnliches Amendement außerordentlich schwer gefallen. Legien hat gestern in so polemischer Weise gegen die Beschlüsse des Jenaer Parteitages über den Massenstreik gesprochen, daß ich mich wiederholt gefragt habe, wie er seine Rede mit seinem eigenen Antrage in Einklang bringt. (Sehr gut!) Der weitest große Teil seiner Rede war eine fortgesetzte Polemik dagegen, daß man den Massenstreik als Kampfmittel für die Partei gegebenenfalls öffentlich proklamiert. Dagegen mache ich gar kein Hehl daraus, daß seine weiteren Ausführungen in einem erschrecklichen Gegensatz zu dem übrigen Inhalt seiner Rede standen, und daß auch die Ausführungen Bömelburgs und Reichels uns klar die Absicht und den Willen gezeigt, der unsere Parteigenossen in den Gewerkschaften befehle und über den wir uns nur freuen können. (Sehr richtig!)

Der erste Absatz meiner Resolution ist nunmehr durch ein von Legien und mir gemeinsam beantragtes Amendement verändert. Wir haben den dringenden Wunsch, daß Sie dem zustimmen. Ich gebe zu, daß die Zustimmung zu dem Amendement Legien, wie es gestern vorlag, weiten Streifen des Parteitages sehr bedenklich sein konnte, denn es läßt sich doch nicht bestreiten, daß die Kölner Resolution in Jena von einer Anzahl Gewerkschaftlern so verteidigt wurde, daß allgemein die Ueberzeugung zutage trat, daß zwischen den Beschlüssen von Köln und Jena ein scharfer Gegensatz besteht. Es ist ferner unbestreitbar, daß in der Polemik, die sich nach Jena über die Frage des Massenstreiks entspann und auch in der Gewerkschaftspresse selbst fast allgemein die Anschauung vertreten wurde, daß sich schwer zu vereinbarende Gegensätze zwischen dem Kölner und dem Jenaer Beschluß herausstellten, sodas die Gewerkschaftler zu ihrem eigenen Bedauern nicht in der Lage seien, mit der Resolution von Jena übereinzustimmen. Nachdem nun aber die Vertreter der Gewerkschaften und auch Legien dargelegt haben, daß nach ihrer Auffassung und Interpretation des Kölner Beschlusses ein wirklicher Widerspruch zwischen diesem und dem Jenaer Beschluß nicht besteht, und da ferner doch die Antragsteller die besten Interpreten sind, so hat der Parteitag nicht die geringste Ursache, zu bestreiten, daß ein Gegensatz nicht vorhanden ist. Sind die Interpreten der Ansicht, daß in der Tat ein Widerspruch zwischen Köln und Jena nicht besteht, und haben sie selbst Veranlassung genommen, das ausdrücklich hier zu erklären und werden sie auch nicht ansetzen, weiter draußen vor ihren eigenen Freunden dieselbe Erklärung abzugeben, so hat auch der Rigoroseste unter uns keine Veranlassung, diese Auffassung zu bekämpfen.

Ich kann Vorschlag nur dringend wünschen, daß Sie unserem Amendement zustimmen. Ich betrachte es als einen ungeheuren moralischen Gewinn, wenn nach dieser Richtung hin endlich zwischen Partei und Gewerkschaften volle Einigkeit und Frieden herrscht. (Beifall.) Es ist ein ungeheurer moralischer Gewinn, wenn durch Annahme des Amendements zugleich ausgesprochen wird, daß damit der Streit über den Sinn des Kölner Beschlusses ein für allemal beendet ist. (Sehr richtig.) Dieser moralische Gewinn ist so ungeheuer, ist nach meiner Auffassung für die gesamte Partei- und gewerkschaftliche Entwicklung so außerordentlich erfreulich, daß die Genossen ihre Bedenken fallen lassen und dem Amendement zustimmen sollten, damit ein möglichst einstimmiger Beschluß zustande kommt. (Beifall.) Ich glaube erklären zu dürfen, daß auch die Mitglieder des Parteivorstandes und der Kontrollkommission unser Amendement für besser und einwandfreier halten, als das ursprüngliche Amendement Legiens.

Nun habe ich schon gestern erklärt, daß die Parteileitung nicht in der Lage ist, der Resolution Kautsky in ihrem zweiten Teil zuzustimmen. Wir haben keinerlei prinzipielle Bedenken gegen den Sinn und den Wortlaut der Resolution Kautsky, aber wir müssen uns die Aufgaben vergegenwärtigen, die wir hier zu erfüllen haben. Wir sollen vor allem Frieden und Eintracht zwischen Partei und Gewerkschaften herbeiführen, und deshalb muß alles vermieden werden, was mit Recht oder Unrecht so angelegt werden könnte, als sollte der eine Teil aus Kosten des anderen benachteiligt werden. — Es kommt hinzu, daß nach unserer Ueberzeugung der erste Wortlaut der Resolution Kautsky geeignet war, die Gewerkschaften gegenüber den Behörden in allerlei bedenkliche Situationen zu bringen und wir halten es für eine der größten Unklugheiten, die ein Parteitag begehen könnte, eine solche Handlung auszuüben und sich des Fehlers erst später bewusst zu werden, wenn

eine Reparatur nicht mehr möglich ist. Wir sind weiter der Meinung, daß der zweite Teil der Resolution Kautsky die Gewerkschaften gegenüber der Partei in eine Situation bringt, die notwendigerweise ein Gefühl der Verbitterung, ja noch mehr, ein Gefühl der Zurücksetzung bei den Gewerkschaftsführern hervorruft. (Sehr richtig!) Wir müssen alles vermeiden, was einer derartigen Stimmung Vorkaufen könnte. Dazu kommt, daß die Erklärungen von Bömelburg und Reichel die denkbar befriedigendsten sind, die wir verlangen können. (Sehr richtig!) Wird nicht überzeugt, daß diese Genossen im Sinne ihrer Gewerkschaftsfreunde gesprochen haben, und daß sie als ehrliche Männer alles tun werden, um ihrer Ansicht Geltung zu verschaffen. Andererseits bin ich überzeugt, daß selbst die Annahme der Resolution Kautsky an dem tatsächlichen Zustand absolut nichts ändern würde. (Lebhafte Zustimmung.) Wir können als Partei keine Macht auf die Gewerkschaften ausüben. Wir müssen von der freiwilligen Betätigung der Genossen erwarten, daß sie das tun, was ihre parteigenössliche Pflicht ist. Wenn man glaubt, daß der eine oder der andere das bisher nicht getan hat, so mag man das tabeln, aber eine Klage zu erteilen, und eine Direktion zu geben, die wieder gegen die Gewerkschaften ausgenutzt werden könnte, dazu sollte sich ein Parteitag der deutschen Sozialdemokratie unter keinen Umständen hergeben. (Lebhafte Zustimmung.) Die Bedenken, die wir bisher gegen den ersten Absatz der Resolution Kautsky hatten, sind durch die von ihm vollzogenen Änderungen beseitigt. Dagegen muß ich Sie auf das nachdrücklichste bitten, gegen den zweiten Absatz zu stimmen und dadurch einen Stein des Anstoßes zu beseitigen, denn dadurch werden unsere ganzen Verhandlungen einen unangenehmen und bitteren Geizschmack erhalten, und das sollte im Interesse der Einheit und des Friedens zwischen Partei und Gewerkschaften, den wir mit unserer Resolution besiegeln wollen, vermieden werden. Eine ganze Reihe von Rednern hat die Anschauung vertreten, daß zwischen meinen gestrigen Ausführungen und meinen Ausführungen in Jena ein gewisser Widerspruch besteht. Meine Rede in Jena soll eine Fanfare, meine gestrige Rede eine Chamade gewesen sein. Nichts falscher als das. (Sehr richtig!) In Jena mußte ich die Gründe darlegen, die dafür sprachen, unserem Waffenarsenal eine neue und wie ich glaube, gegebenenfalls sehr wirksame Waffe zu liefern. Es versteht sich von selbst, daß eine Natur wie die meine, die hundertmal mehr zum Angriff als zur Verteidigung neigt, mit dem ganzen Feuer ihres Temperaments eine derartige Angriffswaffe zu verteidigen sucht. Nun sind aber eine Reihe von Auslegungen der Jenaer Resolution und eine Reihe von Ausführungen gegen meine Rede von Jena gemacht, die mich gestern in eine Verteidigungsstellung genötigt haben. Ich habe es gestern erklärt, ich habe es in der Konferenz mit der Generalkommission erklärt, und ich kann es heute nur wiederholen, daß zwischen meinen Ausführungen in Jena und meiner gestrigen Rede nicht der geringste innere Gegensatz besteht. (Sehr richtig!) Ich hätte dringend gewünscht, daß die Genossen, die anderes behaupten, es auch bewiesen hätten. Ich bin leider zu meinem Bedauern, aber doch in berechtigter Selbstverteidigung genötigt, einige entscheidende Sätze aus meiner Rede in Jena vorzulesen, die sich insbesondere auf die Frage der Propagierung des Massenstreiks zum Zwecke der Eroberung des Wahlrechts beziehen. Auf Seite 307 des Jenaer Protokolls sage ich: „Wir wollten nicht — das sagt auch meine Resolution nicht — die Massen blindlings in den Streit treiben; es versteht sich doch von selbst, daß wir die unorganisierte Masse nicht blind in den Streit gehen lassen werden.“ (Zuruf.) Seine fragt: „Werdet Ihr sie im Jügel haben?“ Das beweist nur, daß Sie (zu Seine) von den Gefühlen und Instinkten der Masse der Arbeiter in diesen Dingen, und das nehme ich Ihnen nicht abel, das bringt Ihre Lebensstellung mit sich, keine genaue Kenntnis haben. (Sehr richtig!) Ich sage, was noch fehlt, sollen wir schaffen. (Seine: Sehr richtig!) Dahin geht meine Resolution: was vorhanden ist, ist noch nicht genügend, aber das kann geschaffen werden. Wenn Sie alle im Sinne meiner Resolution entschlossen zu handeln von diesem Parteitage weggehen und wenn draußen im Lande die Parteigenossen geschlossen im Sinne der Resolution handeln, wenn die Parteipresse in weit größerem Maße als bisher ihre Schuldigkeit tut und wenn nicht bloß die Parteipresse, sondern auch die Gewerkschaftspresse die Massen aufklärt, ihnen nachweist, daß sie politisch sich betätigen müssen, sie darüber aufklärt, was für sie als Staatsbürger, als Gewerkschaftler auf dem Spiele steht, welche ungeheure Wichtigkeit das Wahlrecht hat, dann werden die Vorbereitungen für den Massenstreik, falls er nötig werden sollte, geschaffen werden.“ Wer unter Ihnen kann auf Grund dieser Rede behaupten, daß nun auf Grund der Beschlüsse vom September bis Mitte März nächsten Jahres die von mir als für den Massenstreik notwendigen Vorbereitungen geschaffen seien. (Sehr richtig!) Am Schlusse meiner Rede, wo ich noch meinen Gedankenengang zusammenfasse, sage ich: „Die Gewerkschaftsblätter und -Redner haben alle die Pflicht, immer wieder ihren Mitgliedern zu sagen; ihr seid Arbeiter und als solche Staatsbürger, und als Staatsbürger an allen Fragen des Staates und der Gesetzgebung interessiert. Wenn so an der Aufklärung der Arbeiter gearbeitet wird, dann mache ich mich anheischig, ein Gewerkschaftsblatt das ganze Jahr hindurch so zu redigieren, daß das Wort Sozialdemokratie überhaupt nicht fällt und die Leser doch Sozialdemokraten werden.“ (Lebhafte Zustimmung und Heiterkeit.) Dies zu gleicher Zeit Charakterisierung meiner Neutralitätsauffassung. Ich habe allerdings die Anschauung, daß wir die Gewerkschaften nicht zu Parteipositionen machen können und dürfen. (Sehr richtig!) Aber ich bin auch der Meinung, daß jeder, der für die Aufklärung der Arbeiter zu wirken hat, ihnen klar machen muß: Ihr seid Arbeiter nicht bloß, sondern auch Staatsbürger, Ihr könnt eure Forderungen nur dann erreichen, wenn Ihr zugleich völlig gleichberechtigte Staatsbürger seid. (Sehr richtig!) Das ist der Gedanke, den ich auch in meiner Berliner Rede und meiner Broschüre über die Neutralität der Gewerkschaften vertreten habe. (Que: Den vertreten wir auch!) Ich setze noch auf diesem Standpunkt, und wenn die Gewerkschaftsagitatoren und die Presse in diesem Sinne handeln, so werden nach und nach alle Gewerkschaftler Sozialdemokraten sein. (Lebhafte Zustimmung. Zuruf: „Das muß aber auch gemacht werden!“) Das steht auf einem anderen Blatt. Wenn Ihr glaubt, daß das nicht gemacht wird, könnt Ihr da, wo das der Fall ist, eure Stimme dagegen erheben. (Sehr richtig!) Wir haben das Vertrauen zu der Masse, daß es sehr leicht ist, ihr beizubringen, daß die Politik des einen oder anderen Führers nicht richtig ist. (Sehr wahr!) Wenn Ihre diese Ueberzeugung nicht habt, dann müßt Ihr ja überhaupt zweifeln. Wir brauchen durchaus nicht pessimistisch zu sein. Ich sage mit diesen Worten nichts anderes wie: Ihr habt zu agitieren, aber so, daß Ihr die, die nicht auf unserem Standpunkt stehen, nicht vor den Kopf stoßt; Ihr sollt geschickte Leute sein. (Sehr gut!) Ichahre dann in Jena fort: „Wenn dann gleichzeitig auch die Parteipresse mehr als bisher den Organisationsfragen sich widmet, wenn überall im Sinne meiner Resolution an der Organisation gearbeitet wird, wenn überall die Agitation im Sinne einer gründlichen politischen Aufklärung betrieben wird, wenn vor allen Dingen auch wiederum das Studium der grundlegenden Schriften des Sozialismus zu Ehren kommt und in ganz anderer Weise als bisher betrieben wird, dann wird es kein Meisterstück sein, im Laufe eines Jahres die Mitgliederzahl unserer Vereine zu verdoppeln, die der Gewerkschaften mindestens um 25 Proz. zu steigern und die Leser unserer Organe um 50 bis 100 Proz. zu heben. Dadurch werden wir im Maß von Mitteln zur Aufklärung der Parteigenossen und zur Vorbereitung auf die schweren Kämpfe, die kommen werden, erhalten, wie es großartiger aber auch selbstverständlicher nicht gedacht werden kann. In diesem Sinne bitte ich Sie, meine Resolution zuzustimmen. In diesem Sinne wollen wir arbeiten und kämpfen, bis der Sieg voll und ganz errungen ist.“ Wer, Parteigenossen, frage ich wieder, kann aus diesen Worten irgendeinen Satz herleiten, der auch nur entfernt den Schluß zuläßt, als wenn ich zur Anschauung hätte kommen müssen, es sei eine Notwendigkeit, in der preussischen Wahlrechtsagitazione bereits mit der Möglichkeit eines Massenstreiks zu rechnen? Das Gegenteil ist der Fall und ich meine,



was uns Verstand in seinem Verstand über die Ausbreitung und die Entwicklung unserer Organisation aneinandergelegt hat, das sollte auch dem optimistischsten Parteigenossen die Ueberzeugung wehren, daß wir noch ein gewaltiges Stück Arbeit zu leisten haben, ehe wir die Macht besitzen, um mit Erfolg in einen Massenstreik eintreten zu können. (Lebhafte Zustimmung.) Soweit mein persönliches Urteil und meine persönlichen Empfindungen in Betracht kommen, werde ich gegenwärtig unter keinen Umständen mitzumachen geneigt sein. Und weil ich meine persönliche Auffassung und Empfindung in der Jenaer Rede und in meiner Resolution zum Ausdruck gebracht habe, und in dem halben Jahr seit jener Zeit in keiner Weise die Bedingungen, die danach für einen Generalstreik vorhanden sein müßten, eingetreten waren, daher die Stellungnahme, die ich dem Verlangen nach dem Massenstreik gegenüber damals eingenommen habe. Ich muß also noch einmal mit altem Nachdruck und aller Entschiedenheit zurückweisen, daß man mir aus meiner Resolution im gewissen Sinne einen Streik glauben drehen zu können. Ich kann nicht zugeben, daß der Ton meiner Rede diesmal ein anderer gewesen wäre, wie in Jena. Inhalt und Gedankengang bedeuten sich vollständig. Dem Genossen Duesel gegenüber, der gestern hier behauptete, daß die Jenaer Rede in ihrem zweiten Teile an Unklarheiten leidet, oder ich manches nicht gesagt hätte, was gesagt werden sollte, bemerke ich, daß es im höchsten Grade unklug gewesen wäre, in einer Rede mit Situationen zu rechnen, von denen man gar nicht weiß, ob und wann und in welcher Gestalt sie eintreten werden. Damit läßt man auf das Gebiet der Spekulation. Einem Doktor der Philosophie kann es wohl anstehen (Heiterkeit), derartige Betrachtungen zu machen, aber Politiker müssen sich damit begnügen, die allgemeinen Richtlinien anzudeuten, sie können sich darauf beschränken, die allgemeine Perspektive zu geben, wenn gewisse Situationen eintreten. Wie sie dann im einzelnen handeln, das muß ihnen für den gegebenen Fall vorbehalten bleiben. Anders zu handeln würde sehr unklug sein. Weiter hat Duesel mich gefragt, ob ich denn nicht wüßte, daß Oesterreich ein Einheitsstaat sei. Nun, ein Einheitsstaat, wie England, Frankreich und Italien ist Oesterreich nicht; die Einheit dokumentiert sich nur in der österreichischen Monarchie; aber es besteht ein äußerst scharfer Gegensatz zwischen Cisleithanien und Transleithanien. Wenn nun die österreichischen Genossen mit vollem Recht daran gegangen sind, für die cisleithanische Reichshälfte das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht zu erörtern, so schließt das nicht aus, daß die einzelnen Länder und Provinzen in ganz ähnlicher Weise wie bei uns eine hochgradige Selbstständigkeit besitzen, so daß mein Gleichnis also vollkommen berechtigt war. Wenn auch Oesterreich nicht so wie Deutschland ganz selbständige Einheitsstaaten hat, so haben die einzelnen Provinzen Oesterreichs doch eine große Selbstständigkeit. So gehört zu den Kompetenzen dieser Provinzen, daß sie für die Landtagswahlen sich das Wahlrecht selber schaffen, und dies ist bis heute nirgends das demokratische Wahlrecht. Das sie zugleich das Recht haben, für alle übrigen Körperschaften das Wahlrecht festzusetzen. Also eine vollständige Autonomie. Ferner liegt bei ihnen die ganze Ausführung des vom Reich gegebenen Schulgesetzes. Sie haben die innere Steuererhebung, die Volksgesundheitspflege, die Kranken- und Armenpflege, den Straßenbau, das Recht zum Bau eigener Landesbahnen, zu Kanalbauten usw. in der Hand. Nun haben eine Reihe von Männern, namentlich Freiwaldt, erklärt, die Mehrheit der Nieder-Osterr. Genossen sei zur Annahme der dortigen Resolution veranlaßt worden, weil nach ihrer Meinung der Wahlrechtskampf nicht in geeigneter Weise geführt sei. Das höre ich und meine Kollegen im Vorlande hier zum ersten Male. Die Genossen hätten doch als Mitglieder der Organisation von Groß-Berlin die Möglichkeit gehabt, ihre Anschauungen zu vertreten oder mit Anträgen an den Parteivorstand zu kommen. Aber sie hatten nicht das Recht, für eine Resolution zu stimmen, die sie innerlich selbst für einen Unsinn ansahen. Die Genossin Lugeburg sowie die Genossen Dunder und Liebknecht haben in meinen Ausführungen eine Stellungnahme zu einer event. Intervention Deutschlands in die russischen Angelegenheiten vernimmt. Ich will zugeben, daß ich in der Höhe des Gefechts es unterlassen habe, hierüber eine Erklärung abzugeben. Aber es versteht sich doch ganz von selbst, daß, wenn eine derartige ungeheuerliche Aktion wie eine Intervention der deutschen Regierung in Rußland geplant werden sollte, wir alle aufstehen müßten, um einen solchen Schritt zu verhindern. (Bravo!) Was wir dann alles tun werden und tun können, das müssen Sie unserem eigenen Ermessen überlassen, da können wir heute keinerlei Versprechungen und Zusagen geben. Aber daß wir einer solchen Handlungsweise nicht stillschweigend, gemüßwillig bei Seite gehen, das ist doch so selbstverständlich wie etwas. Die Regierung müßte doch, wenn sie etwas derartiges unternehmen wollte, zunächst den Reichstag zusammenrufen, um die nötigen Kredite zu erhalten. (Hoffmann-Berlin: Das macht sie auch ohnedem!) Wie ein Abgeordneter so etwas behaupten kann, verstehe ich nicht, wo die deutsche Reichskasse leer bis auf den letzten Boden ist! Ja, Genosse Hoffmann, in einem gewissen Moment wird eine Regierung, wenn es sich um ihren eigenen Kopf und Stragen handelt, alles machen; daß aber selbst die Mehrheit dieses Reichstages, die nicht die unsere ist, einen Einmarsch in Rußland-Polen dulden werde, ohne daß der Reichstag in Form der Mittelbewilligung seine Zustimmung gibt, das traue ich diesem Reichstag und dieser Regierung trotz alledem nicht zu. (Oh! Oh!) Das wäre ein revolutionärer Akt, der alsbald andere revolutionäre Akte zur notwendigen Folge hätte. (Sehr richtig!) Nun sind mir — ich habe das gestern vergessen — zahlreiche Briefe seitens russischer Freunde vor einem Jahre zugegangen, die auf die starken deutschen Garnisonen in den Ostprovinzen hinwiesen. Darauf habe ich geantwortet, es wäre unrecht zu glauben, daß diese starken militärischen Ansammlungen zum Zwecke der Bekämpfung der russischen Revolution eingetrennt seien. Nein, diese Ansammlungen im Osten und auch im Westen sind als notwendige Folgen der internationalen Situation anzusehen. Seit 1887, wo Bismarck die berühmte Rede im Reichstag hielt, wo er dem Gedanken Ausdruck gab, daß alle seine Versuche, Rußland für sich zu gewinnen, nichts genützt hätten, und seit der französisch-russischen Freundschaft haben wir diese militärischen Dislokationen. Genau so wie Rußland in Rußland-Polen 300 000 Mann seit jener Zeit angeammelt hat, so hat die deutsche Regierung, um im Kriegsfall den nötigen Widerstand leisten zu können, ihrerseits große Truppenansammlungen im Osten und Westen veranlaßt. Selbstverständlich wünschen unsere Staatsleiter im übrigen lieber heute als morgen die russische Revolution zum Zweck, selbstverständlich haben sie die deutsche Vorkriegszeit zu bestimmen versucht, dem russischen Despotismus mit einer Kutsche unter die Arme zu greifen, selbstverständlich haben sie etwas mehr Truppen als bisher an der Grenze zusammengezogen, um dort einen Aorddon zu bilden gegen gewisse Ueberläufer; aber an eine bewaffnete Intervention ist nach meiner Ueberzeugung nicht zu denken. Sollte sie dennoch eintreten, so ist es ganz selbstverständlich, daß die deutsche Sozialdemokratie kraft ihrer internationalen Beziehungen und ihrer internationalen Solidarität sowie aus dem Interesse heraus, einem Volke die Möglichkeit zu geben, für seine Bestrafung aus dem Banden des Despotismus zu kämpfen, alles aufbietet wird, um derartige Pläne der deutschen Regierung zu durchkreuzen. (Lebhafte Zustimmung.) Dasselbe gilt auch für den Fall eines anderen europäischen Krieges. Auch da werden wir natürlich nicht mit Hurra! Hoch! in den Krieg hineingehen, sondern unsere Kulturmission für den Frieden zu erfüllen suchen. Nun hat zuletzt noch Genosse Liebknecht sich dazu verhalten, wenn ich ihn recht verstanden habe, zu sagen, wir müßten doch unter allen Umständen vermeiden, die Meinung aufkommen zu lassen, daß wir dem russischen Proletariat in den Rücken fallen wollten. (Luruf: Er meinte das Deutsche Reich.) Dann ist das freilich ein Mißverständnis. Ich denke, er wird dann mit den Erklärungen, die ich eben abgegeben habe, einverstanden sein. Damit bin ich fertig. Ich kann mir noch den Wunsch aussprechen: Stimmen Sie im Sinne der Ausführungen, die ich zu der vorgelegten Resolution gemacht habe, derselben zu. Sie tun ein gutes Werk damit, ein Werk, das nicht nur bei der ganzen deutschen

Partei und den deutschen Gewerkschaften, sondern auch weit darüber hinaus — es beweist Ihnen die zahlreiche Anwesenheit ausländischer Vertreter, welche lebhaftes Interesse man gerade an diesen Fragen nimmt — bei der ganzen internationalen Sozialdemokratie nur freudigen Widerhall wecken wird. (Lebhafte Beifall.)

Zu einer persönlichen Bemerkung erhält das Wort

Silberschmidt: Ich muß den Vorsitzenden bitten, bei meiner persönlichen Bemerkung etwas loyal zu verfahren.

Singer: Ich glaube, daß ein Appell an meine Lokalität nicht notwendig ist.

Silberschmidt: Ich bin in der unangenehmen Lage, hier eigentlich für eine Körperschaft eine persönliche Bemerkung zu machen. (Singer: Dann hätten Sie vielleicht besser gesagt „tolerant“!) Gut, dann will ich sagen: etwas tolerant. (Heiterkeit.) Vebel hat ausgeführt, die Generalkommission hätte erklären sollen, daß die von Vebel geäußerte Ansicht in bezug auf die Durchführung des politischen Massenstreiks im Februar sich nur auf die gegenwärtige Situation bezogen hat. Ich bemerke hierzu im Einverständnis mit allen Konferenzteilnehmern, daß keiner von uns das anders aufgefaßt hat, als daß die ganzen Verhandlungen sich auf die gegenwärtige Situation bezogen. (Hört! hört!) Das geht aus dem ganzen Protokoll 1. wie aus allen folgenden der sechs Theile hervor. Eine Erklärung hierzu wäre auch von mir oder besser gesagt von der Körperschaft erfolgt, wenn die Veranlassung dazu nicht eine ganz komische wäre und die hat Vebel gegeben. Nachdem Vebel am 27. Juni erklärt hatte, daß die Darstellung des Protokolls stark entfiel, nachdem der gute Glaube genommen war und an dessen Stelle die böswillige Absicht von uns behauptet wurde, da hätte ich persönlich und auch die anderen Vertreter der Körperschaft erwartet, daß Genosse Vebel, ehe er diese Erklärung, die uns in der öffentlichen Achtung herabsetzen mußte, abgab, uns gefragt hätte, wie die Dinge stehen. Dann hätte sich mit Leichtigkeit ein Weg gefunden, alle Irrtümer auszuschießen. Ich bitte ihn, in Zukunft den Satz zu beherzigen: Was Du nicht willst, daß man Dir tu — in bezug auf die Achtung im öffentlichen Leben — das füg' auch keinem andern zu.

Liebknecht bestätigt, daß Vebel seine Bemerkung mißverstanden habe, und akzeptiert den Sinn seiner Ausführungen, wie er durch den Zwischenruf wiedergegeben wurde.

Die Abstimmung über die Resolutionen wird auf Freitag 8 1/2 Uhr vertagt.

Singer: Zu unserer großen Freude ist Genosse Plechanow, ein Mitglied des Zentralkomitees der russischen Sozialdemokratie, auf unserem Parteitage eingetroffen. (Bravo!) Ich heiße auch diesen Genossen herzlich willkommen. Plechanow ist vielen der Delegierten durch seine Anwesenheit auf den internationalen Kongressen bekannt. Aber auch, wer ihn nicht persönlich kennt, weiß, was Plechanow für die Sozialdemokratie bedeutet. Ich möchte das kurz dahin ausdrücken: Plechanow ist der russische Kautsky. (Heiterkeit.) Er kommt nicht als offizieller Delegierter — das offizielle Mandat hat ja die Genossin Wallabanow — aber ich darf im Namen aller Teilnehmer des Parteitages aussprechen, daß er darum ein nicht minder gern gesehener Gast ist. Ich heiße ihn nochmals herzlich willkommen. (Lebhafte Beifall.)

Eingegangen ist ein Telegramm, wonach eine Mitglieder-versammlung des Berliner Kirchenvereins vom 28. September gegen die Versuche, wie sie durch den Antrag Elm und Genossen gemacht seien, der Freien Vereinigung deutscher Gewerkschaften die Parteipresse zu sperren, Protest erhebt. Weiter sind einige Vergrüßungs-Telegramme eingelaufen.

Schluß der Sitzung 12 1/2 Uhr.

Genosse Heinrich Braun erucht uns um Aufnahme einer Erklärung, wonach ihm unser Bericht von der Dienstagssitzung an vielen Stellen „ungeheuerlichen Unsinn“ sagen läßt. Genosse Braun verweist gegenüber diesem Bericht auf den Wortlaut des korrigierten Stenogramms, wie ihn das offizielle Protokoll bringen wird.

## Aus der Partei.

### Parteiliteratur.

**Rassenstreik, Partei und Gewerkschaften.** Von Rosa Luxemburg. Im Auftrage des Vorstandes der sozialdemokratischen Landesorganisation Hamburgs und der sozialdemokratischen Vereine von Altona, Ottensen und Wandsbek. Im Verlage von Erdmann Duller in Hamburg als Manuskript gedruckt.

Die 64 Seiten starke Broschüre ist am Schlusse datiert: Petersburg, 15. September 1906. Sie stellt also eine Arbeit dar, die Genossin Luxemburg noch auf russischem Boden fertiggestellt hat, nachdem sie eben die Gefängnisse des Jaren verlassen hatte. Die Verfasserin will in dieser Schrift die Lehren der russischen Revolution, soweit sie in das Thema der Arbeit einschlagen, für die deutsche Sozialdemokratie fruchtbar machen. Ein äußerst reichhaltiges Material wird zu diesem Zwecke in trefflicher Darstellung und Gruppierung gegeben, so daß schon als Informationsquelle die Schrift von großem Wert ist.

**Sozialistische Propaganda in der Bretagne.** Genosse Poisson von der französischen Sozialdemokratie hat auf einer Propagandareise nach der Bretagne einen außerordentlichen Erfolg gehabt. Er hat stets in ausverkauften Sälen gesprochen und wurde mit begeistertem Beifall aufgenommen. Nach einer Konferenz bildete sich sofort ein Zweigverein von 25 Mitgliedern.

**Wahltag in Cremona.** Bei den letzten Wahlen der Verwaltungsbeamten in Cremona errang die radikalste Richtung der sozialistischen Partei einen großen Sieg, was um so überraschender war, als die Genossen voriges Jahr eine starke Niederlage erlitten hatten. 32 Gewählte wurden von der Partei durchgebracht und die Stimmen der gemäßigtraditionale Partei blieben außerordentlich weit zurück.

### Pollzeiliches, Gerichtliches usw.

**Preussisches Vereinsrecht.** Den § 2 des Vereinsgesetzes sollte Genosse Endmann als Vorsitzender der Zahlstelle Recklinghausen des Vergarbeiterverbandes abtreten haben, weil die Statuten und das Mitgliederverzeichnis der Zahlstelle nicht binnen drei Tagen nach Stiftung des Vereins der Ortspolizeibehörde eingereicht worden seien. Das Landgericht Bochum sprach ihn jedoch wegen Verjährung frei. Das Kammergericht hat indessen jetzt das Urteil wieder aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurückzuweisen, indem es unter anderem ausführte: Das Landgericht irre, wenn es annehme, daß bei Uebertretungen des § 2 des Vereinsgesetzes die Verjährungsfrist mit dem Ablauf des dritten Tages nach Stiftung des Vereins zu laufen beginne. Es handle sich dabei vielmehr um ein sogenanntes *Ommissiv-Dauerdelikt*. Die Verjährungsfrist beginne erst zu laufen, wenn das Erfordernis des § 2 nach Einreichung von Statuten und Mitgliederverzeichnis erfüllt sei. Deshalb könne hier von einer Verjährung keine Rede sein, da Statuten- und Mitgliederverzeichnis nach Stiftung des Vereins überhaupt nicht eingereicht seien. Das Landgericht müsse nunmehr prüfen, ob die Zahlstelle eine Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten bezwecke.

Zur Frage der Flugblattverbreitung auf öffentlicher Straße hatte das Kammergericht in seiner letzten Sitzung grundsätzlich Stellung zu nehmen in zwei Strafprozessen gegen Parteigenossen Inzeratenteil veranlagt: Th. Glode, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts

auf Danzig und Breslau. Timmi, Bess und Burda hatten ohne polizeiliche Erlaubnis in Danzig vor der kaiserlichen Wurst auf der Straße Flugblätter verteilt, die zu einer sozialdemokratischen Versammlung einluden. Jeder hatte vor der Verteilung 50 Pf. vom Austraggeber erhalten. Das kam ihnen zugute beim Ausgang des Strafverfahrens, welches gegen sie auf Grund des § 10 des preussischen Preßgesetzes eingeleitet worden war. Während das Landgericht sie zu Geldstrafen verurteilte, wurden sie vom Kammergericht in letzter Instanz mit folgender Begründung freigesprochen: § 10 des preussischen Preßgesetzes sei durch § 30 des Reichspreßgesetzes hinsichtlich des öffentlichen unentgeltlichen Verteilens von Druckschriften nur insoweit aufrechterhalten, als er von einer polizeilichen Erlaubnis abhängig mache die unentgeltliche Verteilung von Aufzügen, Plakaten und Bekanntmachungen. Das Landgericht habe nun angenommen, daß es kein entgeltliches Verteilen sei, wenn die Verteiler vom Austraggeber ein Entgelt erhielten, wie hier. Das Landgericht gehe davon aus, daß ein entgeltliches Verteilen, auf das § 10. des preussischen Preßgesetzes nicht Anwendung finde, erst dann vorliege, wenn die Verteiler vom Empfänger der Druckschrift ein Entgelt erhielten. Diese Auffassung sei aber falsch. Nach Auffassung des Kammergerichts sei es ein entgeltliches Verteilen, wenn der Austraggeber des Verteilers ihm ein Entgelt gebe. Da nun § 10 des preussischen Preßgesetzes nur das unentgeltliche Verteilen treffe, hier aber ein entgeltliches Verteilen im Sinne der Auffassung des Kammergerichts vorliege, so könnten die Angeklagten gleich freigesprochen werden, denn ein Inhalt dafür, daß etwa das Entgelt von 50 Pf. nur zum Schein gegeben sei, wäre im Urteil des Landgerichts Danzig nicht gegeben.

In dem Falle aus Breslau lagen die Dinge so: Die Genossen Peudert und Frank hatten im Februar zur Zeit des Saalbonfotts auf der Straße Flugblätter ohne polizeiliche Erlaubnis verteilt, die zur Weidung bestimmter Lokale aufforderten. Auch gegen sie war auf Grund des § 10 des preussischen Preßgesetzes eingeschritten worden. Sie behaupteten, es gegen Entgelt getan zu haben. Der eine hatte einige Tage später eine Karte erhalten. Auch der andere hatte eine Karte bekommen, das Geld aber nach seinen Angaben drei Wochen später dem Aktionskomitee des sozialdemokratischen Vereins freiwillig zurückgegeben. Das Landgericht Breslau verurteilte sie. Es ging zwar von der Auffassung aus, die das Kammergericht bezüglich der Unentgeltlichkeit beziehungsweise Entgeltlichkeit des Verteilens vertritt, meinte jedoch, es liege kein entgeltliches Verteilen vor, indem es für „festgestellt“ erachtete, daß erstens B. die Karte mehrere Tage später nur zum Zwecke der Umgehung des Gesetzes (um vor Strafe bewahrt zu werden) erhalten habe und daß die Zahlung der Karte an B., die er ja auch zurückgegeben hätte, ebenfalls nur zum Schein erfolgt sei. Das Kammergericht hob zwar das Urteil auf, sprach aber zugleich aus, daß die „Feststellung“ des Landgerichts, es läge Scheinmündlichkeit vor hinsichtlich der Geldzahlung und in Wirklichkeit handele es sich um unentgeltliches Verteilen im Sinne des § 10, von ihm nicht beanstandet werden könne. Die Sache sei jedoch in das Landgericht zu nochmaliger Verhandlung zurückzuweisen, weil das Landgericht es unterlassen habe, festzustellen, ob es sich hier um Aufrufe, Plakate oder Bekanntmachungen handelte.

## Verfammlungen.

Von einer vom Zentralverband der Fleischer und Berufsgenossen einberufenen gut besuchten öffentlichen Protestversammlung referierte Paul Hensel über das Thema: „Der Innungs-Arbeitsnachweis als internationales Streikbrecher-Vermittlungsbureau“. In seinen Ausführungen geißelte Referent scharf das Verhalten des Innungssprechmeisters Hermann Träbert, welcher schon seit Jahren Arbeitswillige nach verschiedenen Orten, wo Streiks ausgebrochen waren, gesandt hat. Speziell während des Stettiner Hafenarbeiterstreiks habe man mit allen Mitteln versucht, Arbeitswillige nach dort zu locken. Das einzige Mittel, diesem Treiben ein Halt entgegenzusetzen, sei eine starke Organisation, und deshalb sei es Pflicht aller Fleischergehilfen, dem Verband beizutreten.

Genosse Janzon, als Vertreter der Hafenarbeiter, schilderte die Entstehung des Kampfes der Stettiner Hafenarbeiter und die Rücksichtslosigkeit des Unternehmertums. Er ersuchte die Anwesenden, alles Mögliche zu tun, um Arbeitswillige vom Kampfsplatz fern zu halten.

Hierauf referierte Paul Vergmann über: „Sonntagsruhe, Fleischermeister und Polizeibehörde“. Redner ging mit dem Verhalten der Berliner Fleischermeister, welche ihre Gesellen Sonntags in künstlicher Röchelstube 6-8 Stunden ausbeuten, scharf ins Gericht. Die Polizei fördere indirekt die Sonntagsarbeit, weil sie sich zu wenig um die Fleischerbetriebe kümmere. Hier könnte nur eine starke Organisation Remedur schaffen. Nach einer kurzen Diskussion wurde eine im Sinne der Referate gehaltene Resolution einstimmig angenommen. (Wiederholt, weil nur in einem Teil der Auflage.)

Die Arbeitsverhältnisse der Kernmacher wurden in einer Versammlung besprochen, die am Dienstag für die dem Deutschen Metallarbeiter-Verbande angehörenden Kernmacher einberufen war. Der Besprechung lag das Resultat einer Statistik zugrunde, die Ende August und Anfang September über die Verhältnisse der in Eisen- und Stahlbetrieben beschäftigten Kernmacher und Kernmacherinnen aufgenommen worden ist. In den betreffenden Eisenbetrieben sind im ganzen 3595 Personen beschäftigt, davon sind 1189 Arbeiter (darunter 1069 organisierte), 677 Maschinenformer (477 organisiert), 109 Angelehrte (78 organisiert), 493 Kernmacher (377 organisiert), 31 Kernmacherinnen (10 organisiert), 502 Puffer und Schleifer (267 organisiert), 91 Schlosser und Decker (78 organisiert), 25 Schmiede (5 organisiert), 541 Schnellereihilfsarbeiter (169 organisiert), 52 Tischler (26 organisiert), 49 sonstige Arbeiter (15 organisiert). Die Organisierten verteilen sich auf verschiedene Gewerkschaften, darunter auch der Handels- und Transportarbeiter-Verband, sowie der Verband der Fabrik- und Hilfsarbeiter. In der Diskussion wurde hervorgehoben, daß diese beiden Verbände nicht als zuständig für Arbeiter der Metallindustrie betrachtet werden können und daß es nicht zu billigen sei, wenn diese Verbände unter den genannten Arbeitern Mitglieder zu werben suchen. — Betreffs der Arbeitszeit hat die Statistik ergeben, daß in 18 Betrieben 9 Stunden, in 7 Betrieben 9 1/2 Stunden und in 12 Betrieben 10 Stunden gearbeitet wird. Stundenlöhne von 30-40 Pf. erhalten 72, 40-50 Pf. 119, mehr als 50 Pf. 16 Kernmacher. Im Mittel ist der Stundenverdienst nach den vorliegenden Angaben etwas höher, die Lohnarbeiter machen deshalb mitunter gern Überstunden, um einen höheren Wochenlohn herauszubringen. Die beim Kernmachen beschäftigten weiblichen Arbeitskräfte sind im allgemeinen erheblich schlechter gestellt als die männlichen Arbeiter. Von einer Gleichei wurde berichtet, daß die Arbeiterinnen anfangs einen Stundenlohn von 20 Pf. erhalten, dann bekommen sie aber bald Akord und verdienen so Wochenlöhne von 9 bis herunter zu 6, ja manchmal nur 5 M. Einzelne Kernmacherinnen erzielen jedoch, wenn sie durch lohnende Arbeit begünstigt werden und wenn sie die Arbeitszeit bis ins Unendliche ausdehnen, einen ziemlich hohen Wochenverdienst. In einer Gießerei, wo die männlichen Arbeiter ihre weiblichen Kollegen organisiert haben, sind die Löhne der Arbeiterinnen gleichmäßiger und besser. — In einer späteren Versammlung soll über die Lohnverhältnisse weiter diskutiert werden.

Wasserstand am 27. September. Elbe bei Ruyß — 1,1 Meter, bei Dresden + 0,30 Meter, bei Magdeburg + 3,30 Meter. — Havel bei Strausfurt — 1,1 Meter. — Oder bei Rathor + 2,92 Meter. — Neißemündung + 3,50 Meter. — Oder bei Briesg + 3,98 Meter. — Oder bei Breslau Unterpelz + 1,46 Meter.



Parteitag der sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Mannheim.

(Schluß der Mittwoch-Verhandlungen.)

Queffel-Stettin:

Webel hat seine Verwunderung darüber ausgedrückt, daß seine Jenaer Resolution so verschieden verstanden ist. An der bedauerlichen Massenstreikwelle in den letzten Monaten trägt er selbst Schuld. Hätte er die praktische Bedeutung der Sache erklärt, die den Generalstreik als taktisches Problem behandeln, so hätte man gewußt, der Parteitag hat sich dieser Deklaration angeschlossen und dem müssen wir uns als gute Demokraten fügen. Das hat er heute zum Teil nachgeholt. Er hat klipp und klar ohne Einschränkung erklärt, daß wir zum politischen Massenstreik als Abwehr gegen einen Angriff auf das allgemeine Wahlrecht greifen werden. Diese Klarheit hörte auch, sobald es sich um die Frage handelte, ob der Massenstreik als Angriffsmittel dienen könne. Ich gebe zu, daß wir noch viel in der Organisation zu tun haben, aber sie ist doch heute viel stärker, als in den Ländern, wo ein Massenstreik freigelegt zur Ausführung gekommen ist. Wichtig ist auch nicht, daß in den Massen keine Stimmung für den Massenstreik war. Speziell an dem glorreichen 21. Januar dachte man sehr wohl daran. Es ist auch nicht wahr, daß die Partei 50 Jahre nicht an den Landtag gedacht hat. Laffalle hat seine Agitation damit angefangen, daß er zu der Erringung des allgemeinen Wahlrechts zum Landtag aufrief. Erst durch die Gründung des Deutschen Reiches trat der Landtag in den Hintergrund. Um dem Massenstreik jede praktische Bedeutung zu nehmen, hat er darauf verwiesen, daß man in Oesterreich nicht daran denke, das Wahlrecht zu den Landtagen zu erringen. Ich war ganz starr, als ich das hörte. Weich Webel nicht, daß in Oesterreich die Landtage nur die Bedeutung unierer Provinziallandtage haben, daß dort alle Bedeutung beim Reichsrat liegt. Schließlich ist auch nicht richtig, daß die Junkerklasse bei uns so kolossal mächtig ist. Wir haben häufig genug in der „Neuen Zeit“ gelesen, daß unserer Junkerklasse das Wasser bereits an den Hals reiche. (Sehr gut.)

Freiwald-Paulow:

Der Antrag Nieder-Barnim ist gegen alle Tradition dort zustande gekommen. Er erklärt sich aus der Stimmung, die in dem Kreise herrschte. Man hatte etwas anderes von der Wahlrechtsbewegung erwartet. Der geistige Urheber der Resolution ist übrigens der Genosse Maurandbrecher, der auf Grund der Stellung, die ihm der Parteivorstand eingeräumt hat, durch ein ganz sonderbares Referat die Versammlung hypnotisiert hat. Wenn der Parteivorstand Genossen, die erst eben aus den bürgerlichen Parteien zu uns gekommen sind, zu Lehrern der Geschäfte für die Parteigenossen macht, so sind solche Folgen nicht zu vermeiden. Webel meinte, der Parteivorstand müsse gehoben werden. Ich habe allerdings die Auffassung, daß er gehoben ist, und zwar durch die Generalkommission. Diese ist augenblicklicher Herr der Situation, und der Parteitag wird erklären müssen, daß er sich in dieser Weise nicht schließen lassen will. Ich habe die feste Zuversicht, daß Sie die Jenaer Resolution und den Antrag Kautsky annehmen. Die Nieder-Barnimer stehen auch auf diesem Standpunkte.

Frau Siez-Hamburg:

Wenn irgend jemand den Wunsch hat, daß Partei und Gewerkschaften einig sind und einheitlich handeln, so gewiß ich. Dafür zeugt meine ganze Tätigkeit innerhalb der Arbeiterbewegung. Aber ich meine, dieses einheitliche Handeln muß auch basieren auf gleichen Grundanschauungen. Wenn Sie dieser Auffassung sind, Genossen, dann können Sie aber unumwunden die Resolution Kautsky ablehnen, wie es Ihnen der Vorstand vorgeschlagen hat. Alle, die mit Jubel den Anspruch Bömelburgs: „Partei und Gewerkschaften sind eins“ begrüßt haben, dürfen den Antrag Kautsky nicht ablehnen. Dieser Antrag besagt nichts weiter, als daß wir die Verabschiedung haben, dafür zu sorgen, daß in den Gewerkschaften sozialistischer Geist herrscht, daß unsere Gewerkschaftler dahin wirken und arbeiten sollen, daß dort auch die Vorkämpfer, denen wir als Parteigenossen unterstehen, respektiert und durchgehört werden. (Sehr richtig!) Wenn Sie heute diesen Zusatzantrag ablehnen, dann verstoßen Sie damit unserer Gesamtpartei einen Faustschlag ins Gesicht. (Lebhafte Zustimmung.) Sie erklären dann, daß Sie Angst haben vor dem sozialistischen Geist. (Zustimmung und Lachen.) Ich bin vor der Meinung, daß es unumwunden ist — und ganz besonders nach dem heutigen Vortrag Legiens —, daß wir erklären können, die Resolutionen von Jena und Köln seien gleichbedeutend. (Lachen.) Genosse Legien hat gerade die Probe aus Exemplar gegeben, wie notwendig es war, über den Massenstreik eingehend zu debattieren, um Klarheit über das Wesen desselben und über die Bedeutung der Jenaer Resolution zu schaffen. Er hat gesagt, wie man ihm zumuten könne, nachdem so lange die Auffassung vertreten sei: Generalstreik ist Generalismus, nun eine andere Anschauung zu vertreten. Was sei denn inzwischen geschehen? Damit hat Genosse Legien bewiesen, daß er in das Wesen des politischen Massenstreiks, wie wir Sozialdemokraten es verstehen, absolut nicht eingedrungen ist, daß er tatsächlich noch heute in ihm den anarchischen Generalstreik sieht. Er hat damit bewiesen, daß er absolut nicht geneigt ist, den lebendigen Anschauungsunterricht, den wir erhalten durch die russische Revolution und die daraus resultierenden Anschauungen für sich akzeptieren zu können. (Legien: Sehr richtig.) Ich kann das im einzelnen jetzt nicht näher begründen. Wenn Genosse Legien aus den Ausführungen der „Leipziger Volkszeitung“, des „Vorwärts“ und der „Neuen Zeit“, die auf die russische Revolution hinweisen und betonen, daß wir mit derselben Energie und Leidenschaftlichkeit derselben Aufgabe für die Arbeiterbewegung tätig sein müssen — wenn er da herausheißt, daß die Absicht vorhanden war, bei den Wahlrechtskämpfen in Preußen und Sachsen den politischen Massenstreik anzuwenden, so ist damit bewiesen, daß Genosse Legien und alle die ihm zustimmen, auf dem ganz ungeschichtlichen und ideologischen Standpunkte stehen, daß nur der Wille und unsere Wünsche einzig und allein in erster Linie entscheidend seien und nicht die jeweilig gegebene Situation. Es ist zum Andrud gekommen, daß Legien und seine Anhänger tatsächlich der Anschauung gewieken sind, daß der Massenstreik in dem Sinne propagiert werden sollte, wie die Anarchozustalisten verstehen, die ihn nicht als ein Mittel ansehen zur Abwehr reaktionärer Anschläge, sondern als das Allheilmittel, um von der kapitalistischen Gesellschaftsordnung mit einem Kopfsprung in den Sozialismus hineinzukommen. Er war offenbar der Meinung, daß der Generalstreik von der Partei in dem Sinne propagiert werde, daß zu seiner Durchführung nicht erst die geeignete wirtschaftliche und politische Situation gegeben sein müsse, sondern daß es nur nötig sei, den Massen zu suggerieren: Hier habt ihr ein Allheilmittel, das ihr an Stelle der Gewerkschaftskämpfe gebrauchen könnt, um euch ein für allemal vom Kapitalismus zu befreien. Und nachdem Legien hier heute morgen in der ersten Hälfte seines Vortrages geradezu den politischen Massenstreik, wie wir als Sozialdemokraten ihn verstehen, verhöhrt hat und wenn er dann noch sagt, wir sind uns ja vollständig einig — das verziehe ich dann allerdings nicht, das kann ich nicht begreifen. Ich bin der Meinung, es muß hier Klarheit geschaffen werden, und das tun Sie, wenn Sie den Zusatzantrag Kautsky annehmen. (Lebhafte Beifall.)

Stelling-Lübeck:

Der politische Massenstreik ist nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum Zweck zur Erreichung bestimmter Ziele. Die andere Auffassung ist die anarchische, für die leider auch von Parteiblättern Propaganda gemacht worden ist. Man darf nicht mit dem Feuer spielen.

Ehe wir an den Generalstreik denken können, müssen die Massen weit mehr aufgeklärt sein. — Widerprechen muß ich der Anschauung Kautsky, daß der Massenstreik mildere Formen annehme. Breslau ist wieder ein Beweis, daß er schärfere Formen annimmt. (Sehr richtig!) Desto mehr ist es notwendig, daß Partei und Gewerkschaft nicht nur dem Worte, sondern auch der Tat nach einig sind. Dazu haben die Ausführungen auf der Konferenz nicht beigetragen. Dort ist das einigende Moment nicht hervorgehoben. (Sehr richtig!) Ich begrüße es, wenn der Parteitag einen Weg findet, eine praktische Einigung herbeizuführen. Ob das aber möglich ist auf der Grundlage des Vorschlages, den der Vorstand vorlegt, bezweifle ich. Es darf nicht bei den Gewerkschaften der Glaube plagieren können, als ob sie zu bestimmen hätten, sondern wir wünschen, daß beide Teile der Arbeiterbewegung das gleiche Recht haben. (Bravo.)

Quark-Frankfurt a. M.:

Was die Genossen drüben erwarten, das ist eine größere Annäherung der Gewerkschaften und der Partei in bezug auf den Massenstreik. Ich habe den Eindruck, daß wir uns bereits auf diesem Wege zur Annäherung befinden. Wir sind auf dem Wege, daß einerseits die mehr hierischer veranlagte Auffassung des Massenstreiks (Heiterkeit) zurückgedrängt, andererseits die schärfere Auffassung vom Massenstreik verhärtet wird. Aus den Worten Webels, denen ich auch sehr gern zustimmen kann, geht diese Annäherung ja deutlich hervor; die Worte, die Legien in demselben Sinne sprach, waren so übereinstimmend, daß man nicht notwendig hat, diese Übereinstimmung durch einen gelehrten Schriftvergleich von Jena und Köln zu stören. (Heiterkeit.) Ich bin im Gegentrag zu den beiden Vorrednern der Meinung, daß das Gros der Partei und der Presse in der Veröffentlichung des Gewerkschaftsprotokolls nicht irgend etwas gegeben hat, was den Gewerkschaftsführern zu Schäden gereichen könnte, sondern die Partei war einig darin, daß die Verhandlungen in der Gewerkschaftskonferenz getragen war von sozialistischem Geist. (Sehr richtig!) und daß sie getragen waren von dem Bestreben, der Partei und der Gewerkschaft zu dienen. Daß einige scharfe Dinge bei der Gelegenheit unterlaufen sind, erklärt sich aus den Umständen der anderen Seite. (Sehr richtig!) Wenn das aber der Fall ist, dann begreife ich eine nicht: daß noch kein Wort gesagt worden ist über den einen Punkt der Vereinbarung auf der Gewerkschaftskonferenz, ich glaube den Punkt 2, daß die Gewerkschaften sich nicht offiziell beteiligen sollen an Massenstreiks. Der Punkt muß allerdings fallen. Wie ist es möglich, einen Massenstreik jemals zu durchzuführen und wie hat Genosse Webel nur daran denken können, daß der Punkt aufrecht zu erhalten wäre? (Widerpruch Webels.) Die Partei darf nicht sagen, wir haben den Vortritt und die Gewerkschaften müssen folgen. Nein, die Gewerkschaften müssen gleichberechtigt sein, das ist erkenntlicherweise in der Resolution Webels enthalten, die sich wesentlich von dem unterzeichnet, was Kautsky vorbrachte. Dem während Kautsky die Gewerkschaften erfüllen will mit sozialistischem Geiste, betrachtet er andererseits noch immer die gewerkschaftliche Bewegung als eine Art untergeordneter Bewegung gegenüber der politischen. (Widerpruch.) Doch! Es muß einmal gesagt werden, daß dies lange Zeit der Grund gewesen ist, warum es Heiberlein gegeben hat. Wenn von Kautsky gesagt worden ist, die Gewerkschaften dürften die Interessen ihrer Mitglieder nicht über die allgemeinen Arbeiterinteressen stellen, so unterschreibe ich das vollkommen. Aber wo in der deutschen Gewerkschaftsbewegung ist das geschehen? Wohl aber ist umgekehrt in der politischen Bewegung nicht der richtige Wert auf die gewerkschaftliche gelegt worden. (Widerpruch.) Noch 1896 wurden die Vorschläge von Parteiseite lebhaft bekämpft, daß die Gewerkschaft Sozialpolitik treiben soll. Heute üben die Gewerkschaften längst die sozialpolitische Tätigkeit im weitesten Sinne aus. Ich erinnere nur an Köln und die Klagen im letzten Gewerkschaftsprotokoll. Also, wie gesagt, es sind auch Mißverständnisse auf der Parteiseite gewesen. Was ich deshalb vermisse an den Beratungen über das Zusammenarbeiten das ist, daß wir wünschen, daß ebenso, wie in den lokalen Organisationen heutzutage gewerkschaftliche Kartelle und sozialdemokratische Vereine, wenn auch nicht statutenmäßig, so doch praktisch Hand in Hand arbeiten, daß das endlich übertragen wird auf die Gesamtorganisation, daß gesagt wird, wir beraten nicht von Fall zu Fall. Wir beraten in einem zusammen. Denn ich behaupte, es gibt keine Parteianglegenheit, zu der wir nicht die Gewerkschaften brauchen, und die aus der gewerkschaftlichen Praxis heraus nicht gefördert werden könnte. Wenn das geschieht, und dies die Folge der Massenstreikdebatte ist, dann wird der Massenstreik selber gut dabei fahren. Es wird auch unsere Partei außerordentlich dabei gewinnen. Wichtiger als alle Resolutionen ist dieser Punkt, durch dessen Erfüllung Sie sich den heißen Dank der ganzen deutschen Proletariatswelt verdienen werden! (Lebhafte Beifall.)

Riesel-Berlin:

Genosse Quark wird nicht den Beweis führen können, daß die politische Partei die Gewerkschaften niemals vernachlässigt hätte. Ein Mann, der die Gewerkschaftsbewegung negieren wollte, wäre in unserer Partei unmöglich. Die Diskussion über den Massenstreik ist nach dem kleiner Gewerkschaftskongreß in Fluß gekommen, der sie gerade verhindern wollte. Es war sicher kein Fehler, daß diese Frage diskutiert wurde, wir haben nachweisen können, daß wir noch nicht stark genug sind, ihn sofort anzunehmen, daß er aber ein geeignetes Abwehrmittel gegen Attentate auf Volksrechte ist. Gegen die Behauptung des Genossen Kold, daß die Klassenengegenseit mildere werden, muß ich ebenfalls entschieden protestieren. Gerade das Gegenteil ist der Fall, und daher gilt es vor allem die Gewerkschaften mit sozialistischem Geiste zu durchdringen. (Bravo.)

Ströbel-Berlin:

Genosse Kold hat erklärt, der „Vorwärts“ habe in den letzten Monaten eine sehr verständige Haltung eingenommen. Das ist nicht erst in den letzten Monaten der Fall gewesen, sondern die ganze Auffassung des „Vorwärts“ deckt sich durchaus mit der Auffassung, welche Kautsky und die Genossin Roland-Holtz vertreten haben. Diese ging gerade dahin, daß der politische Massenstreik in der gegenwärtigen Situation in Deutschland nicht angewendet werden könne, weil die politische Situation nicht danach angetan ist. Es sei von vornherein ausgeschlossen, mit einiger Aussicht auf Erfolg den Massenstreik zur Verschärfung der gegenwärtigen Wahlrechtsbewegung in Anwendung zu bringen. Aus diesen Anschauungen heraus konnten wir und auch mit den Ideen, wie sie unlängst von Stampfer und der „Frankfurter Volksstimme“ vertreten wurden, nicht einverstanden erklären. Nun darf man aber auch nicht sagen, der politische Massenstreik darf nicht diskutiert und propagiert werden, weil man gar nicht weiß, ob er einmal zur Anwendung kommen kann. Auch heute ist wieder die Auffassung vertreten worden von Legien, daß der politische Massenstreik erst dann erfolgreich angewendet werden könne, wenn wir die Majorität besäßen und dann brauchen wir ihn nicht. Webel hat schon früher in Jena darauf hingewiesen, daß alle Anzeichen bei uns auf Sturm deuten, daß sich die herrschenden Klassen auf die Dauer nicht das langsame, ruhige, energische Vordringen der Arbeiterbewegung gefallen lassen, daß sie versuchen würden die Arbeiter zu inebeln, so lange sie die Macht noch in Händen hätten. Dann sind wir vor die Frage gestellt, was tun wir dem gegenüber, lassen wir uns das gefallen? Dazu müssen wir eben den Massenstreik erdornen und propagieren. Die Vorbereitung zum politischen Massenstreik besteht im Ausbau unserer Organisationen auf politischem und gewerkschaftlichem Gebiete, wie das schon in der Amsterdamer Resolution der Genossin Roland-Holtz so unzweideutig ausgesprochen ist. Aber die Vorbereitung besteht auch darin, daß diese

erwarteten ausgebildeten Organisationen vom Geiste des Sozialismus befeelt sind und dem Zwecke dient ja gerade die Resolution Kautsky, daß dies in noch höherem Maße erreicht wird als bisher. Man hat gesagt, wenn wir diesen Antrag annehmen, so werden die Gewerkschaften terrorisiert von der Partei, sie sind ein gleichberechtigter Faktor. Selbstverständlich wird es der Partei niemals einfallen, in spezifischen Gewerkschaftsfragen den Gewerkschaften irgend welche Vorschriften machen zu wollen, so wenig wie das bisher der Fall gewesen ist. Wenn es sich aber um allgemeine politische Fragen handelt, wie die Verteidigung des Wahlrechts usw., dann muß allerdings die Partei als die führende Instanz das Recht haben, den Weg und die einzuschlagenden Mittel für den Kampf zu beschließen. Die Gewerkschaften werden nicht terrorisiert, weil die führenden Gewerkschaftler als Parteigenossen auch in ihrer politischen Organisation ihren Einfluß geltend machen können, wenn sie nur recht zahlreich zu uns kommen. (Sehr richtig!) Ich möchte aber auch betonen, daß es ganz selbstverständlich ist, daß für Sozialdemokraten die Vorkämpfer der sozialdemokratischen Parteitage geltend sein müssen. Es ist unumwunden, daß irgendeiner Kategorie von Genossen ein Ausnahmerecht eingeräumt werden kann, wie das Kautsky ausgeführt hat. Wenn die sozialdemokratischen Führer in den Gewerkschaften dahin wirken, daß niemals Beschlüsse gefaßt werden, die Parteitagebeschlüssen zuwiderlaufen, so ist jede Möglichkeit von Konflikten und Kollisionen ausgeschlossen. (Sehr richtig!) Es ist ganz unrichtig, daß der radikale Flügel der Partei die Bedeutung der Gewerkschaftsbewegung irgendwie unterschätzt. Speziell ich bin 1898 für den Antrag Kronz eingetreten und siehe auf dem Standpunkt, daß die Gewerkschaften Fleisch vom Fleische der sozialdemokratischen Partei sind. Das hat auch Legien betont, daß geistig Sozialdemokratie und Gewerkschaften eins sind. Dann kann man aber auch für die Resolution Kautsky eintreten. (Widerpruch.) Würde diese Resolution abgelehnt, so würde das ein allgemeines Kopfschütteln erregen nicht nur in den Kreisen der Parteigenossen, sondern auch in den breitesten Kreisen der Gewerkschaften. (Bravo.)

Grunow-Niederbarnim:

Die übergroße Mehrzahl der Genossen unseres Kreises sind mit der Resolution 59 nicht einverstanden. Sonderbar finde ich es, daß der Parteivorstand heute in der Mittagspause zu der Erkenntnis gekommen ist, daß zwischen den Resolutionen von Jena und Köln kein Unterschied besteht. Ich kann dieser Ansicht nicht zustimmen. Deshalb bin ich für die Resolution Kautsky, die den Widerspruch, der tatsächlich besteht, beseitigt. (Sehr richtig.)

Hoffmann-Hamburg:

Die Veröffentlichung des Protokolls der Konferenz der Gewerkschaftsvorstände war eine Notwendigkeit; das ist die Ansicht nicht nur der politischen, sondern auch der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter Hamburgs in ihrer großen Mehrzahl. Der Parteivorstand hat keinen Grund, um Entschuldigung zu bitten, ich erwarte auch von dem Solidaritätsgefühl der Gewerkschaftsführer, daß sie die angeordnete Drohung, es in einem ähnlichen Fall ähnlich zu machen, nicht erfüllen. In Hamburg hatte man noch nicht empfunden, welcher Schlag der Arbeiterschaft durch den Wahlrechtsraub zugefügt werden sollte, später stieg dann die Begeisterung. Daß das geschah, verdanken wir der fortgesetzten agitatorischen Tätigkeit der Partei und der Gewerkschaften. Das war der Erfolg von Jena. Der 17. Januar 1906 hat gezeigt, daß die Voraussetzungen von den Verfassern des Hirtensbriefes gornicht zutrafen. Will man die Massen begeistern, dann muß man sagen, was ist. Die Schuld daran, daß Artikel geschrieben sind, daß einem die Haare zu Berge stehen, trifft beide Teile. Was ist nicht ansäglich des „Vorwärts“-Konfliktes alles von Gewerkschaftsführern geschrieben worden! Ich treue mich über den Artikel, den Kautsky in der „Neuen Zeit“ veröffentlicht hat, worin er die Gewerkschaften auffordert, für die Ausbreitung der sozialistischen Ideen zu agitieren. Was soll man aber dazu sagen, wenn das „Korrespondenzblatt“ in dem Artikel einen Kampf gegen die Gewerkschaftsführer erblickt und sich dagegen wendet! Das ist eine Unterstellung, die nicht am Platze war. Ungegründet ist es, wie Legien und andere gegen die Jenaer Resolution stimmen konnten, wenn sie dieselbe besagt wie die von Köln. (Sehr richtig!) Es ist richtig, daß wir, wie David sagt, heute im Rahmen der Gefährlichkeit kämpfen, aber angesichts der Bestrebungen unserer Gegner, die mit Gewalt uns das Wahlrecht nehmen wollen, ist diese Taktik nicht für alle Zeiten angebracht. Wir Genossen aus dem ehemaligen Hamburger Belagerungsgebiet sind mit einer Ausnahme der Meinung, daß die Resolution Webel nur dann Wert hat, wenn das Amendement Kautsky angenommen wird. (Lebhafte Beifall.)

Gewehr-Eiberfeld:

Webel hat in seinem Referat allen Gegenüberführungen von Legien von vornherein die Spitze abgebrochen. Legien bewegt sich in Widersprüchen, er erklärt den Massenstreik für überflüssig und ist trotzdem damit einverstanden. Ich bebauere den Standpunkt des Parteivorstandes, der sich mit dem Zusatz Legien einverstanden erklärt. Kautsky und seine Anhänger werden immer als Dogmatiker hingestellt, aber wer das Referat von Legien gehört hat, der wird wissen, wo die größten Dogmatiker sitzen. Die Sache geht nicht von selbst ihren Gang, sie will geschoben werden durch die bewußte Taktik der Sozialdemokratie. Legien hat uns keinen Weg angegeben, was wir tun sollen, wenn das eintritt, was Webel und andere uns vorgeschrieben haben. Was sollen wir tun, wenn uns das Wahlrecht genommen wird? Ich sehe nicht auf dem Standpunkt, daß wir in Deutschland keinen Einfluß haben. Eine Eventualität, wo wir den Massenstreik anwenden, könnte ich mir sehr wohl denken. Wenn uns das Wahlrecht genommen werden soll, dann werden wir die christlichen Arbeiter, die heute dem Zentrum nachlaufen, gewonnen haben, und dann ist vielleicht der Zeitpunkt gekommen. Wie man immer und immer sagen kann, die Gewerkschaften werden zurückgesetzt, begreife ich nicht. Gerade das Gegenteil ist der Fall. Wir sollten uns mit der Theorie beschäftigen, dann werden wir nicht zum Freilichtbühnen kommen, denn das führt in den Sumpf. Wir sollten die Resolution Kautsky annehmen, nicht weil wir Gegner, sondern weil wir die wärmsten Freunde der Gewerkschaften sind. (Lebhafte Beifall.)

Weiß-Berlin:

Legien sagt, der Parteivorstand habe sich von den Berliner Genossen scheiden lassen. Allerdings haben die gesamten Parteifunktionäre Berlins die Veröffentlichung des Protokolls als im Interesse der Arbeiterbewegung unbedingt notwendig erachtet und die Folge hat uns ja recht gegeben. Mag auch die Generalkommission formell im Recht sein, das Interesse der Partei steht höher. (Sehr wahr!) Mit einer bloßen Erklärung des Parteivorstandes wäre es nicht abgetan, die Genossen hatten ein Recht, die volle Wahrheit zu erfahren. Nichtwissen ist eine demokratische Tugend, und nichts wäre mehr geeignet, die Partei vom Grund aus zu erschüttern als wenn wir ein übermäßiges Vertrauen zu denen hätten, die einen Posten bekleiden; auch sie müssen kontrolliert werden. (Sehr richtig!) Die Resolution Kautsky verlangt, daß die Beschlüsse der Parteitage von jedem, der zur Partei gehört, an jeder Stelle befolgt werden. Es geht nicht, daß man sagt, für uns sind die Beschlüsse des Gewerkschaftskongresses und nicht die des Parteitages maßgebend. (Sehr richtig!) Woher würden wir dann kommen? Hue hat auf der Konferenz gesagt: „Woher die gewerkschaftliche Neutralität der Arbeiter politisch führt, das kann und muß dem Gewerkschaftsführer gleichgültig sein. Ist es ihm nicht gleichgültig, so zeigt er damit, daß er den Verursacher nicht um seiner selbst willen fördern.“ (Hört! hört! Zuruf: Das hat er ja garnicht gesagt!) Ja, dann ist das Protokoll nicht zutreffend. (Auf: Es steht ja auch nicht im Protokoll!) Es steht in



der Professur von Hue, das ist seine Ansicht. 1894 hatte er noch andere Ansichten, damals ging er mit Veibel scharf ins Gericht, weil er außerordentlich nach rechts geschwenkt sei. Solche Ausführungen, wie in der Professur, müssen hartes Mißtrauen hervorrufen. Nur im Interesse der Selbsthaltung fordern wir das Amendement Kautsky. (Sehr wahr!) Ohne das Amendement hat die Resolution Veibel keinen Wert. Ich persönlich bin bereit, auch das Amendement Legien mit zu schließen, wenn nur auch das Amendement Kautsky mit angenommen wird, um so einen möglichst einheitlichen Beschluß herbeizuführen. Wir müssen uns vergegenwärtigen, wie verschieden die Führer der Partei und der Gewerkschaften zu der Frage der Anwendung des Massenstreiks stehen. Veibel sagt, im Falle eines Wahlrechtsraubes müssen wir alle daran, und wenn wir auf der Strede bleiben. Legien sagt, er glaubt nicht, daß auch bei einem Wahlrechtsraub die Vorbedingungen für einen Massenstreik gegeben sind. — Den Beschlüssen des Parteitagess hat sich jeder zu fügen. Deshalb bitte ich nochmals, die Resolution Kautsky anzunehmen. (Lebhafter Beifall.)

#### Dr. Gradnauer-Dresden:

Der Delegierte unserer französischen Bruderpartei äußerte bei Eröffnung des Parteitages, daß man im Auslande den Wunsch habe, die deutsche Sozialdemokratie möge zu der Grundsicht, die sie schon habe, auch noch die Schlagfertigkeit erwerben. Ich meine, daß dieser Wunsch berechtigt ist. Die Schlagfertigkeit ist nicht in dem Maße vorhanden, wie es wünschenswert wäre. Wir wollen die Einheit, Geschlossenheit und Schlagfertigkeit der Partei bei den künftigen Bewegungen sichern. Wenn von diesem Gesichtspunkt aus die Resolutionen betrachtet werden, so bin ich der Auffassung, daß uns die Resolution Veibel ein gutes Stück vorwärts zu bringen imstande ist. Dadurch wird erreicht, was schon längst hätte geschehen müssen, daß ein gutes Zusammenarbeiten zwischen den beiden Hauptinstanzen der Arbeiterbewegung herbeigeführt wird. Das begrüße ich auf das Lebhafteste. Aber ich kann mich gar nicht befreunden mit dem Amendement Kautsky. Ich bedauere zwar sehr, daß die Parteileiter hier mit autoritativer Macht, ohne die Diskussion abzuwarten, die Stellung gegen Kautsky zum Ausdruck gebracht haben. Durch diese Methode sind die Genossen nur aufgereizt worden. (Sehr richtig.) Die Resolution Kautsky wirkt wie ein Pantoffel, der hineingeworfen worden ist. (Sehr wahr!) Wir wollen, daß Partei und Gewerkschaften sich vertragen und zusammenarbeiten können. Das erwarten die deutschen Arbeiter von uns, aber nicht, daß wir Schritte tun, die geeignet sind, die Streitigkeiten, wenn wir von hier auseinandergehen, von neuem zu entfachen. Das aber ist die Wirkung der Resolution Kautsky (Sehr wahr! Widerspruch), nicht Selbstverständlichkeiten bringt die Resolution, sondern Mißverständlichkeiten. Was soll das denn heißen, daß es den Genossen zur Pflicht gemacht wird, sich gewerkschaftlich zu betätigen, daß sie aber an die Beschlüsse des Parteitages gebunden sein sollen? Weiter wird dann die Sozialdemokratie als die höchste Form des Klassenkampfes bezeichnet. In der Situation, in der wir uns befinden, kann das nur das eine bedeuten, daß man den Gewerkschaften sagen will: „Ihr steht unter uns“. Kautsky hat eine Unterscheidung zwischen Sozialdemokratie im engeren und weiteren Sinne gemacht. Ebenso könnte man die Gewerkschaftsbewegung in eine engere und weitere teilen. Also, die Gewerkschaftsbewegung muß als vollständig gleichberechtigt angesehen werden. (Sehr wahr!) Ich will nun auf Veibels Referat eingehen. Ich kann nicht verhehlen, daß auch ich den Eindruck gewonnen habe, daß Veibel sich heute ebenso defensiv verhalten hat, wie er in Jena aggressiv vorgegangen ist. (Sehr richtig! Heiterkeit.) Damals hat er gesagt, wir können all die Schmach, die uns auferlegt wird, nicht mehr ertragen. Heute hat er uns die Schwierigkeiten vorgehalten. Das hat vieles Unglück verschuldet, daß man nicht die nötige einheitliche und klare Politik befolgte und sich immer in Superlativen bewegt hat: „Quert himmelhoch aufjauchend und dann zum Tode betrabt“. Ich halte es für falsch, daß man die preussische Bewegung mit dem 21. Januar und dem 18. März in Verbindung gebracht hat. Dadurch mußte bei den Massen der Eindruck entstehen, als sollte auch bei uns so etwas geschehen und heute erklärt man, man habe daran gar nicht gedacht. In dasselbe Kapitel gehört auch die Petition. Gewiß haben wir solche Schritte schon früher getan, aber in einer solchen Situation, wo man die russische Revolution verherrlichen will, zugleich an das preussische Herrenhaus petitionieren, harmoniert nicht zusammen. (Sehr richtig!) Es ist nicht wahr, daß im Anfang dieses Jahres nicht eine große Stimmung unter dem Volke vorhanden gewesen wäre. Da hat man in unnatürlicher Weise die Dinge übertrieben, mit revolutionären Aufstellungen in Zusammenhang gebracht, und jetzt will man leugnen, daß eine gewaltige Bewegung vorhanden gewesen ist. Wir haben in Sachsen eine Bewegung gehabt, wie wir sie vorher nicht gesehen haben, eine nachhaltige Begeisterung unter den Massen. Wir haben auch in Sachsen damals etwas erreicht. Was die Genossen aus Hamburg erzählen, beweist dasselbe. Und wie steht es in Berlin? Veibel sagt, es war keinerlei Leistung vorhanden, die Bewegung weiter zu steigern. Wir haben ja keinen Massenstreik verlangt, aber was wir kritisieren, das ist, daß die Begeisterung so mächtig abgeflaut und so schnell wieder zurückgegangen ist. (Sehr richtig!) Nun also, ich halte es für das Wichtigste im Referat Veibels, daß er klar gesagt hat, daß wir den Zweck der Wahlrechtsbewegung bestimmt umgrenzen auf das Reichstagswahlrecht und auf die Eroberung von Wahlrechten in den Einzelstaaten. Dadurch wird allen diesen Dingen, die die Bewegung erschwert haben, ein Riegel vorgehalten; damit kriegen wir klare Bahn, und durch gemeinsame Arbeit mit den Gewerkschaften hoffe ich, daß wir durch den jetzigen Beschluß schlagfertiger werden, als wir bisher waren. (Lebhafter Beifall.)

#### Dunker-Dresden:

Als wir am Sonntag auf Anraten Singers den Antrag des vierten sächsischen Wahlkreises zurückzogen, da dachten wir nicht daran, daß wir in dem Referat Veibels Worte finden würden, die nicht die Zustimmung des Parteitages finden können. Ich will nicht darauf eingehen, wie weit eine deutsche Intervention unmöglich ist. Ich meine, sie ist nicht absolut unmöglich und immerhin ist kein Schaden, wenn man sich auf alles einrichtet. (Sehr richtig!) Von sieben Rednern ist auf diese Möglichkeit hingewiesen worden, so von Rosa Luxemburg, die gesagt hat, das deutsche Proletariat müsse gegen eine solche Intervention Front machen und dies muß auch vom Parteitag zum Ausdruck gebracht werden. Die großen Ereignisse, denen wir entgegengehen, müssen auch bei uns ein hartes Gesicht finden. (Sehr richtig!) Ich möchte auch dem Wunsche der Genossin Luxemburg beitreten, daß Veibel in seinem Schlusswort sich etwas energischer ausspricht. Er weiß, wie die russischen Genossen zu uns herüberblicken und er weiß es, was es bedeutet, wenn in Mannheim ein entscheidendes Wort gesprochen wird. Bezüglich der Massenstreikstimmung trete ich dem Vordrucker bei. In Leipzig und Dresden war die Stimmung eine sehr starke und wurde noch energischer gesteigert. Man war der Meinung, daß ein Demonstrationsstreik diese Stimmung der sächsischen Regierung gegenüber zum Ausdruck bringen sollte. Veibel möge in seinem Schlusswort zeigen, inwiefern unter Umständen ein Demonstrationsstreik für die Arbeiter von Bedeutung sein kann. Es gibt Momente, wo wir auf einen solchen Demonstrationsstreik nicht verzichten können. Den Zusatz Kautsky zur Resolution bitte ich anzunehmen. Sie alle sind nach Mannheim gekommen, um gerade gegenüber den Erscheinungen in Dresden und Nürnberg geschlossen zusammen zu stehen. Aber diese Einigkeit kann nur erzielt werden durch offene Aussprache. Wir müssen zu der Anschauung gelangen, daß wir in den Gewerkschaften gleichberechtigte Genossen erblicken. (Sehr richtig!) Etwas anderes wird in der Resolution gar nicht verlangt. Der Zusatz ist ja auch ganz selbstverständlich. So etwas sagt man nicht, aber man tut es. (Sehr wahr! Hört! hört!) Ich möchte bitten, daß durch möglichst einstimmige Annahme bewiesen wird, daß wir alle zusammenstehen, daß es nicht möglich ist, daß Parteigenossen als

Gewerkschaftler erklären, für uns ist der Beschluß von Köln bindend. (Lebhafter Beifall.)

#### Leipmann-Berlin:

Legien hat behauptet, die wenig freundliche Haltung des Parteivorstandes gegenüber den Gewerkschaften wäre auf das Verlangen der Berliner Genossen zurückzuführen. Das ist total unrichtig und durch nichts begründet. Gegenüber der Behauptung, daß die anarchosozialistische Schieberkolonne in Berlin einen ungebührlichen Einfluß habe, verweise ich darauf, daß unter den Berliner Funktionären und dem Parteivorstande sich auch nicht ein einziger Genosse befindet, der lokalorganisiert wäre. Wir werden doch nicht unsere eigenen Kinder verpeien. (Große Heiterkeit.) Sassenbach wurde gerade als Gewerkschaftler von der anarchosozialistischen Schieberkolonne in die Stadtverordnetenversammlung gewählt und als Robert Schmidt Zentralarbeitssekretär wurde, haben wir ihn, trotzdem das Mandat im 5. Wahlkreise anzunehmen, es wäre für die Gewerkschaften von immensen Nutzen, wenn er Reichstagsabgeordneter wäre. Das war auch eine solche anarchosozialistische Schiebererei. (Sehr gut!) Als sich Berlin zentralisierte, wurde Böste aus dem Deutschen Holzarbeiterverband zum Beamten gewählt, weil man eben einen Gewerkschaftler wollte, von meiner Person ganz abgesehen. Und weiter! Von der Perlenfrage ganz abgesehen! Als der neue Zentralverband für Groß-Berlin sein Statut ausarbeitete, wurde jedem Mitgliede zur Pflicht gemacht, sich der Gewerkschaft seines Berufes anzuschließen. Wer also behauptet, die Berliner Genossen ständen den Gewerkschaften nicht freundlich oder nicht mit vollem Verständnis gegenüber, der behauptet Unwahrheit. (Sehr richtig!) Ich erinnere weiter daran, daß jetzt in Berlin den Lokalisten keine eigenen Kandidaten für die Gewerkschaftswahlen mehr eingeräumt werden. So steht die anarchosozialistische Schieberkolonne aus. (Hört! hört!) Sie sind nun wohl überzeugt, daß Legien etwas über die Berliner Funktionäre behauptet hat, was er nimmermehr beweisen kann. Die Resolution Kautsky drückt das Richtige aus, ich bitte, ihr zuzustimmen. (Beifall.)

Die weitere Beratung wird auf Donnerstag verlagert.

### 4. Generalversammlung des Zentralvereins der Bildhauer.

Frankfurt a. M., 24. September.

Im Gewerkschaftshause traten gestern die Delegierten obigen Verbandes zu ihrer vierten Generalversammlung zusammen. Anwesend sind 26 Delegierte, deren Mandate alle für richtig befunden worden sind. Die Generalkommission hat ihr Mitglied Knoll entsandt. Den Vorsitz übernahmen Dupont und Keller-Berlin.

#### Erster Verhandlungstag.

In der Montagssitzung teilte zunächst Dupont mit, daß zu den Klassenständen einige Anträge vorliegen, diese Ausstände den betreffenden Fiskalen teilweise zu erlassen. Zum Klassenberichte gab Zentralfassierer Behrens noch einige kurze Ausführungen, die aber mehr persönlicher Natur waren.

Im Auftrage der internationalen Agitationskommission gab Dupont eine kurze Uebersicht über die internationale Bewegung, die von Berlin aus geleitet wurde und aus welcher hervorgeht, daß auch im Auslande alles vorwärts geht.

Zum Berichte des Ausschusses wüßte Lüttich, daß die Rechte desselben etwas erweitert werden möchten; ebenso sei der Ausschuß zu der Ansicht gekommen, daß bei Lohnbewegungen die Instanzen etwas mehr eingehalten werden zwecks Zusammenarbeit. Besonders die Verichterstattung muß mehr gewürdigt werden. Die in Betracht kommenden Korporationen ständen immer vor der fertigen Tatsache.

Es folgen nunmehr einige Beschwerden über den Zentralvorstand. J schon bringt einen Fall aus Dresden zur Sprache, wo nach seiner Ansicht im Falle des Kollegen Weich nicht richtig gehandelt worden sei. Ueber den Fall Weich selbst kommt es zu einer lebhaften Auseinandersetzung, die ergibt, daß der Fall sehr verschieden beurteilt wird. Die Verhandlungen dauern bei Schluß des Berichtes noch weiter.

Inzwischen ist von J schon-Dresden folgende Resolution eingegangen:

„Der Zentralvorstand wird beauftragt, in Zukunft in solchen Fällen, wie der Fall Weich, eine Entschädigung zu verweigern.“

Ueber die Zulässigkeit der Resolution entsteht eine ausgedehnte Geschäftsordnungsdebatte; die Resolution wird schließlich gegen eine Stimme abgelehnt.

Der 3. Punkt der Tagesordnung betrifft die Genehmigung des Rechenschaftsberichtes und Entlastung des Zentralvorstandes. Hierzu bemerkt Kiesbach-Berlin, daß er den Fall Weich-Dresden ausgefallen wissen will, da er davon keine Zustimmung zur Entlastung überhaupt abhängig macht. Die Generalversammlung stimmt dem zu. Ueber den Fall Weich entscheidet die Mehrheit gegen den Zentralvorstand. Wegen der Gesamtentlastung desselben erhebt sich nur eine Stimme. Dem Ausschuß wird einstimmig Entlastung erteilt.

Nunmehr wendet sich die Generalversammlung zum 4. Punkt: Bericht von der Bezirksvertreter-Konferenz. Referent ist Keller-Berlin. Am Sonntag tagte hier im Gewerkschaftshause eine Konferenz, die über die Taktik bei Lohnbewegungen, Kartellverträge usw. verhandelte; es waren sämtliche Bezirksvorstände, der Hauptvorstand, die Generalkommission und der Holzarbeiterverband vertreten. Auch die Verschmelzungsfrage wurde naturgemäß dabei berührt, und es ist ganz verständlich, daß Kartellverträge zu einer Verschmelzung hinderlich seien. Es dürfen dabei aber nur tatsächliche Erwägungen in Betracht kommen. Die Konferenz war gut geeignet, diese Frage zu besprechen, da ja auch Internes zur Sprache gebracht wurde. Die Diskussion darüber war eine sehr lebhaft, man stand wohl anfangs auf dem Standpunkte, die Frage der Verschmelzung der Generalversammlung zu überlassen; verschiedene Gründe sprachen jedoch dagegen. Für den Zusammenschluß mit dem Holzarbeiterverband kam vor allem in Betracht, daß die großen Verbände mit ganz anderen Mitteln und Einrichtungen die Agitation betreiben können, die wir nicht haben. Die Unterhaltungsfrage selbst wurde gar nicht oder doch nur vorübergehend gestreift; die Lohnbewegungen drückten der ganzen Diskussion den Stempel auf. Hervorgehoben wurde auch, daß unser Verband zum Teil schon bessere Lohnverhältnisse besitzt. Die Beziehungen des Holzarbeiterverbandes sind sehr gute, und der Vertreter Leipzig hat der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß eine Verständigung sehr leicht möglich ist. Die Konferenz einigte sich schließlich auf eine Resolution, welche die bisherige Organisationsform beibehalten wünscht und den Zentralvorstand beauftragt, mit den in Betracht kommenden Organisationen Kartellverträge abzuschließen. Dieser Resolution bitte ich Ihre Zustimmung zu erteilen.

Dupont-Berlin berichtet über den 3. Punkt der Konferenz, welche sich mit den Bezirkskommissionen und ihrer Tätigkeit beschäftigte. Bei dem 3. Punkte spielte die Frage der Kartellverträge gleichfalls eine wichtige Rolle. Vor allem war es auch die Resolution Basse, die in Köln tot gemacht wurde. Daraus konnte man schließen, daß jeder Verband aufnehmen könne, wen er wolle. Der Vertreter der Holzarbeiter gab auf eine dahingehende Anfrage die Auskunft, daß sie auf dem Standpunkte stehen: Bildhauer gehören in den Bildhauerverband. In anderen Organisationen ist man dieser Ansicht nicht, das beweist die Vorstandskonferenz in Berlin. Bei dem Punkt Agitation war es notwendig, auf einzelne Ungleichheiten einzugehen und es mußte einmal Klarheit geschaffen werden. Die Generalversammlung muß unbedingt dahin kommen, die Bezirksvorstände anzuweisen, dem Hauptvorstand Folge zu leisten. Es geht nicht anders, sonst können wir nicht vorwärts kommen. Wir müssen das Beispiel anderer Verbände nachahmen und auf ein Zusammenarbeiten drängen. Dem müssen sich auch die örtlichen Agitationskommissionen anschließen. Darin liegt unsere Aktionsfähigkeit. Eine Zersplitterung darf unter keinen Umständen eintreten; sie braucht auch bei einem Uebertritt

in einen anderen Verband nicht in Betracht zu kommen. Redner wendet sich nunmehr zu Einzelvorstellungen im Beruf. Vor allem nimmt Dupont die Lohnbewegung der Holzbildhauer in Berlin unter die Lupe; sie war recht untaftlich infolge. Man sollte den leitenden Körperschaften doch mehr Vertrauen entgegenbringen und nicht unnötig Schwierigkeiten machen. Zum Schluß wird dann dem Zentralvorstand alles in die Schuhe geschoben. Auch in Frankfurt a. M. ist erst dann, als schon alles in Fluß war, dem Zentralvorstand Mitteilung gemacht worden. Vor allem wählten wir uns gegen die Freigabe des ersten Rai im Frankfurter Tarif. Wenn wir die Forderung auf Verbesserung der Arbeitszeit stellen, dann hat die Meißener damit nichts zu tun; die feiern wir sowieso, wenn wir stark genug sind. Auch die Vertragsfrage beschäftigte die Konferenz.

#### Nachmittags-sitzung.

Es wird in die Debatte über die Beratungen der Bezirkskonferenz eingetreten. Als erster Redner betont

Königsfeldt-Ragdeburg: Er müsse die ganze Frage resp. die Art und Weise, wie der Generalversammlung von der Konferenz Mitteilung gemacht wird, als nicht richtig anerkennen. Zunächst erkläre er sich gegen die Ansicht Duponts, als ob wir immer dem Zentralvorstand Folge zu leisten haben. Man darf seinen Vergleich ziehen mit den angestellten Beamten anderer Organisationen. Wenn gesagt wird, wir haben es noch nicht notwendig, uns einem Industrieverband anzuschließen, so trifft das zurecht zu, aber wir müssen mit der Zukunft rechnen. Die Unternehmener können Maßnahmen treffen, die uns bankrott machen können. Diese Ansicht ist nicht neu; ich habe schon 1895 davon gesprochen. In den Industrieverbänden wird doch manches geboten, was die kleinen Organisationen nicht zahlen können; so Unterstützung bei Arbeitslosigkeit, Krankheit und Streiks. Dingu kommt noch, daß die Erziehung zum Klassenkampf in den großen Organisationen mehr gepflegt wird, als bei den kleinen, denen es an agitatorischen Kräften mangelt. Nur wenn ein einmütiger Uebertritt erfolgen würde, bin ich für die Verschmelzung. Ich sehe auf dem Standpunkt der Resolution, in diesem Sinne wollen wir handeln.

Schlaucher-München konstatiert mit Freuden, daß die Frage der Verschmelzung angeknüpft wird, obgleich er persönlich nicht dafür ist. In München sind die Steinbildhauer nicht für Eintritt in den Holzarbeiterverband. Was gäbe das für eine Zersplitterung, wo die Arbeitsmethode so schnell wechselt! Mit dem Uebertritt in den Holzarbeiterverband würden unsere Interessen nicht mehr so vertreten. Für Kartellverträge bin ich sehr; ich hätte gewünscht, wir hätten schon eher solche abgeschlossen. Für die Zukunft könnten wir dann viel besser zusammenarbeiten.

Veibel-Berlin gibt die Erklärung ab, daß die größte Zahl der Berliner mit dem Zentralvorstand sich im Widerspruch befindet. Der Zentralvorstand hat manche Schwächen, die wir wohl kennen. Die Generalversammlung kann über die Berliner Verhältnisse nicht entscheiden, wollen Sie aber hier eine Ansprache herbeiführen, gut, dann bin ich in der Lage Rede und Antwort zu geben. Was den Anschluß an den Holzarbeiterverband betrifft, so ist das kein Wunsch einzelner Personen, sondern der Drud der wirtschaftlichen Verhältnisse. Es berührt komisch, wenn man sagt: wir haben nichts dagegen, wenn diese Frage besprochen wird; aber wir sind noch nicht reif. Lassen Sie nur eine gründliche Aussprache stattfinden, geben Sie die notwendigen Erklärungen, und bei einer Abstimmung werden Sie eine große Zahl finden, die für Uebertritt in den Holzarbeiterverband sind. Wir sind auch keine Berufsorganisation, sondern drei verschiedene Berufe fassen wir zusammen. Was uns vereint, sind die geistigen Interessen. Genau so gut können wir bei den Schneidern organisiert sein. Wir haben nicht nur unsere, sondern auch die Kämpfe anderer Organisationen.

Bohl-Kürnberg wünscht die Frage: Uebertritt in den Holzarbeiterverband getrennt von der Frage Taktik bei Lohnbewegung zu behandeln. Der Anzeiger wird zugestimmt.

Knoll als Vertreter der Generalkommission bemerkt zu der Frage: Uebertritt in den Holzarbeiterverband, daß in den großen Organisationen die Erziehung zum Klassenkampf besser sei, als in den kleinen; dagegen muß doch im Interesse Ihres Berufes Protest erhoben werden. Gerade die Bildhauer sind verächtlich gelobt worden. Es liegt nur an dem Geiste, mit dem die Organisation durchgeföhrt ist. Wir haben eine ganze Reihe kleiner Organisationen, die sich das Zeugnis nicht nehmen lassen wollen, daß sie ihre Mitglieder zum Klassenkampf erziehen. Daß aber der Zusammenschluß der Organisationen die Herabsetzung der Beiträge zur Folge haben könnte, damit darf nicht operiert werden. Leistung bedingt immer Gegenleistung. Der Bildhauerverband ist noch nicht reif zum Uebertritt in den Holzarbeiterverband; eine ganze Reihe von Kleinbetrieben stehen dem noch gegenüber. Sie haben in Ihrem Verband noch ein großes und dankbares Arbeitsfeld.

Bohl-Kürnberg stellt sich auf den Standpunkt des Kollegen Dupont. Er polemisiert gegen die Ausführungen Königsfeldts bezüglich der Klassenkampferziehung und betont, daß gerade die kleinen Verbände nach der Richtung viel leisten. Auch die ganze Argumentation des Kollegen Veibel sei nicht zutreffend. Die Kämpfe in den Industrieverbänden spielen sich ganz anders ab, als wir Veibels ansieht. Was bringt uns der Uebertritt in den Industrieverband? Wir haben unsere Aktionsfähigkeit bewiesen. Durch den Uebertritt können wir vorläufig gar nichts gewinnen.

Hebel-Stuttgart gibt der Hoffnung Ausdruck, daß jetzt durch die Diskussion wieder reine Bahn für die Agitation geschaffen wird. Auch dieser Redner polemisiert entschieden gegen Veibel. Auf der einen Seite wollen Sie zentralisieren, auf der anderen Seite zeigt man Berufsgruppen auseinander. Die Gegensätze werden dadurch nur verschärft. In den hohen Beiträgen wollen wir nicht tüteln, wir können dafür auch etwas leisten. Von einem Uebertritt kann vorläufig noch keine Rede sein.

Tschorn-Leipzig gibt Auffklärung über die Entschuldigsgeschichte der Leipziger Anträge — im übrigen betont auch dieser Redner, daß vorläufig an einen Uebertritt noch nicht zu denken sei. Wade-Berlin ist gleichfalls gegen einen Uebertritt unter besonderer Berücksichtigung der Berufsverhältnisse, die er einer eingehenden Besprechung unterzieht.

Kjmann-Berlin hält den Industrieverband nicht für die richtige Form, gerade Veibels hätte als strenger Marxist alle Veranlassung, anders zu urteilen.

Hildebrand-Berlin erklärt, daß die große Masse der Berliner Kollegen gegen den Anschluß an den Holzarbeiterverband ist. Er sei ein prinzipieller Gegner der Industrieverbände. Dem die Erfahrungen im Metallarbeiterverband zeigen, daß auch die großen Verbände nicht alles Heil für die Arbeiterschaft bringen. Im weiteren polemisiert Hildebrand gegen Veibel.

Schmidt-Rühlhausen erklärt sich ebenfalls gegen den Uebertritt in den Holzarbeiterverband, weil jetzt noch die Tischler im Holzarbeiterverband das Uebergewicht haben und naturgemäß auch die Interessen dieser Berufsgruppe am meisten vertreten werden.

Keller-Berlin meint, man solle doch nicht Einzelvorstellungen generalisieren. In der vertraulichen Besprechung hätten die Vertreter des Holzarbeiterverbandes erklärt, daß sie jederzeit die Interessen der Bildhauer zu vertreten gewillt seien.

Frank-Dannover erklärt namens der Steinbildhauer, daß bei ihnen keine Sympathie für einen Anschluß an den Holzarbeiterverband vorhanden sei. Wir wären eventuell gezwungen, zu den Steinarbeitern überzugehen.

Königsfeldt-Ragdeburg rechtfertigt nochmals seinen Standpunkt gegenüber einzelnen Vordrücken. Er ist nach wie vor ein Verteidiger und Anhänger der Industrieverbände.

Fladung-Frankfurt a. M. meint, man solle sich doch nicht durch die großen Zahlen der Industrieverbände täuschen lassen; die kleinen Verbände seien prozentual mindestens so leistungsfähig. Auch das geistige Uebergewicht der Bildhauerarbeiter im Holzarbeiterverband würde sehr verschwinden. Auch sonst sind für uns die Nachteile eines Anschlusses an den Holzarbeiterverband so groß, daß er sich unter keinen Umständen für den Uebertritt erklären



Wanne. So lange nicht die Arbeiter aus sich heraus den Anschlag propagieren, sollten wir davon absehen, die Frage allzu sehr in den Vordergrund zu stellen und dadurch Streit in unsere Reihen zu tragen.

Bethle-Berlin vertritt nochmals seinen Standpunkt zu rechtfertigen. Er sei nach wie vor überzeugt, daß die Bildhauer von einem Uebertritt in den Holzarbeiterverband nur Vorteile hätten.

Es spricht noch eine Anzahl Redner zu der Frage. Fast alle erklären sich gegen den Anschlag an den Holzarbeiterverband. Denn ob die Industrieverbände die beste zukünftige Organisationsform seien, siehe daraus noch nicht fest. Auch die Industrieverbände müssen sich noch bewähren. Inzwischen ist eine Resolution eingelaufen, in der erklärt wird, an dem Zentralverein der Bildhauer festzuhalten, d. h. den Uebertritt in den Holzarbeiterverband abzulehnen.

Im Schlußwort verteidigt Dupont seinen im Referat vertretenen Standpunkt, wobei er scharf gegen einzelne Redner, wie Königstedt und andere polemisiert. Er sei entschieden dafür, daß die Bildhauerorganisation ihre Selbstständigkeit behauptet. Aber falsch sei es, dem Holzarbeiterverband illoyale Motive zu unterstellen. Einige dahin abzielende Bemerkungen müsse er entschieden zurückweisen.

In namentlicher Abstimmung wird hierauf die oben mitgeteilte Resolution mit 25 gegen 1 Stimme angenommen. Damit sind alle anderen Anträge erledigt.

**Zweiter Verhandlungstag.**

**Vormittags-Sitzung.**

Es wird in den Punkt Kartellverträge, Agitation und Taktik bei Streiks eingetreten, wobei vor allem lokale Vorgänge geschildert werden. So von Wiesbach-Berlin, der von verschiedenen Lohnbewegungen eine eingehende Schilderung gibt, dabei demonstrierend, daß durch Kartellverträge bessere Zustände geschaffen werden können. Des ferneren wünscht er, daß der Zentralvorstand mehr aktiv eingreifen soll, um die Lohnbewegungen vorzuziehen, in andere Wege zu leiten; vor allem die Bewegung der Holzbildhauer zur Erreichung des Achtstundentages erklärt dieser Redner als vollständig untauglich.

Bethle-Berlin polemisiert entschieden gegen Wiesbach und betont, daß die Berliner Bewegung aus taktischen Gründen notwendig war. Die Aufgabe einer Agitationskommission sei immer vorwärts. Die Kollegen müßten Forderungen stellen, um so agitatorisch zu wirken. (Lebhafter Widerspruch.) Redner geht ausführlich auf die Lohnbewegung in Berlin ein, um die Berechtigung derselben zu beweisen. Wenn eine Bewegung schlecht ausläuft, so gibt diese Tatsache noch keinen Anlaß, die Forderung derselben damit in Zusammenhang zu bringen.

Drahe-Berlin zieht eine Parallele zwischen der Holz- und Steinbranche in Berlin und betont, daß die Steinbildhauer wesentlich anders vorgegangen sind und auch vorgehen konnten; sie sind zu 95 Proz. organisiert. Auffallend ist der enorm große Zugang nach Berlin nach der Bewegung; er betrug über 100 Proz. Hier muß Remedur geschaffen werden.

Fladung-Frankfurt a. M. gibt der Meinung Ausdruck, daß nach seiner Ansicht die leitenden Instanzen in Berlin nicht einig sind. Er unterzieht ebenfalls die Berliner Lohnbewegung einer Kritik und ersucht die Generalversammlung, daselbe an der Frankfurter Bewegung zu tun, wenn sie es für gut befindet. Gerade der Frankfurter Streik habe den Beweis der Notwendigkeit von Kartellverträgen mit dem Steinarbeiterverband erbracht. Auch die Frage der Waisefer schneidet Fladung an; er steht auf einem wesentlich anderen Standpunkt als der Zentralvorstand und bedauert, daß diese Forderung nicht schon früher und dringender gestellt worden ist. Wir wären dann mit der Waisefer jedenfalls weiter. Zum Schluß plädiert Fladung eindrucklich für Kartellverträge mit den verwandten Organisationen.

Dupont-Berlin begründet nochmals die Stellung des Zentralvorstandes zur Waisefer. Derselbe steht nicht auf dem Standpunkt, daß eine solche Forderung in das Gewerkschaftsprogramm gehört. Sollte die Generalversammlung anderer Meinung sein, dann müssen Sie das heute hier beschließen.

Wohl-Rürnberg erklärt sich als warmer Anhänger von Kartellverträgen, weil jedes einigende Moment darin festgelegt werden kann.

Woenig-Berlin hält Kartellverträge auch für sehr nützlich, vorausgesetzt, daß wir uns dabei auch auf unsere eigene Kraft immer mehr stützen. Auch müssen wir mehr moralische Festigkeit bei Streiks beweisen. Das öftere und energische Eingreifen des Zentralvorstandes bei Streiks ist nicht immer taktisch, da oft das Gegenteil bewirkt wird. Bezüglich der Berliner Vorgänge schließt sich Woenig den Ausführungen Wiesbachs an.

Ein Antrag, eine Viertelstunde Redezeit zu gewähren, wird abgelehnt.

Hmann-Berlin führt noch einige Details aus der Berliner Bewegung an und bekämpft ebenfalls die Stellung Bethles.

**Nachmittags-Sitzung.**

Vor Eintritt in die Tagesordnung wird zunächst vom Bureau Aufklärung über die Geschäftslage gegeben. Die Leitung wünscht, die Diskussion über Punkt 4 heute zu beenden.

Lüttich-Leipzig kommt auf die vom Ausschuss gewünschte Taktik bei Lohnbewegungen zu sprechen und erweitert sie zu einer prinzipiellen Ueberlegung der Taktik bei Lohnbewegungen. Wert legt Lüttich vor allem auf das Eingreifen des Zentralvorstandes bei Streiks und wünscht eine strengere Handhabung der Statuten. Seine weiteren Ausführungen gelten der Taktik Bethles, die er als vollständig verfehlt bezeichnet.

Frankl-Hannover legt, von dortigen Verhältnissen ausgehend, den Wert von Kartellverträgen dar. Die Statutenure beginn der Hauptvorstand derselben haben bei der dortigen Lohnbewegung vollständig versagt. Eine Beschwerde bei der Generalkommission blieb ohne Wirkung.

Knoll-Berlin bemerkt, daß die Generalkommission keinen Beschluß in solchen Streitfällen herbeiführen kann, da nicht von beiden Seiten ein Schiedsspruch gewünscht wurde.

Sedlau-Düsseldorf bemerkt, daß nicht immer das von Lüttich Gewünschte eingehalten ist. Vor allem weidnet sich dieser Redner gegen die lange Dauer von Streiks; es sollte nie länger wie sechs Wochen gestreikt werden. Unsinn sei es, wegen „der Ehre“ weiter zu streiken. Zum Schluß plädiert er für weitere Anstellung von Zentralbeamten.

Bethle-Berlin schildert nochmals in großen Zügen seinen Standpunkt und verwahrt sich energisch gegen die Unterstellung, als trage er Unfrieden unter die Berliner Kollegen.

Wiesbach-Berlin polemisiert gegen Bethle und sagt, wenn die Berliner ihn und andere nicht mehr wollten, dann könnte man sie ja abfangen. Besondere Aufforderungen dazu halte er für ungeschön. Zur Sache selbst sagt er, er stehe auf dem Standpunkt, nicht allzu lange Streiks zu führen. Auch in Frankfurt hätte früher abgebrochen werden müssen.

Drahe-Berlin meint, auch sie (die Steinbildhauer) seien schon mit dem Zentralvorstand in Konflikt gewesen; aber sie hätten sich auch wieder mit dem Zentralvorstand verständigt. Das sollte auch Bethle tun und nicht immer das Feuer schüren.

Frihe-Hamburg sagt, die Hamburger Lohnbewegung habe gezeigt, daß das Unternehmertum eine ganz neue Taktik in Anwendung bringe. Daraus müssen wir lernen und unsere Vorbereitungen danach treffen. Er nimmt Bezug auf einen Artikel in der „Bildhauer-Zeitung“ und meint, daß man mit der Veröffentlichung solcher Artikel doch vorsichtig sein sollte.

Knoll-Berlin widerspricht der Auffassung, als ob Streiks von längerer Dauer (über sechs Wochen) abgebrochen werden müßten. Da müsse doch ein Unterschied gemacht werden zwischen den einzelnen in Betracht kommenden Branchen. Besonders müsse beachtet werden, ob eine Streiklausel besteht und die Taktik besetzt werden, den Behörden die Streiklausel abzugewöhnen. Das bedinge allerdings manchmal längere Streiks wie sechs Wochen, wie er aus Erfahrung mitteilen könne; deshalb solle man sich bei Streiks nicht auf eine bestimmte Zeitdauer festlegen.

Dorn-Leipzig nimmt die Elberfelder gegen verschiedene Vorwürfe in Schutz. Die dortige Bewegung zur Erreichung des Achtstundentages war sehr vorsichtig eingeleitet. Wenn sie unglücklich ausging, so liegt das an unglücklichen Zufällen, die nicht vorausgesehen waren.

Inzwischen ist eine Resolution Heyel und Genossen eingegangen:

Die Generalversammlung erklärt die Taktik der Berliner Verwaltungsstelle bezüglich der letzten Holzbildhauerbewegung zwecks Erreichung des Achtstundentages grundsätzlich für verfehlt. Lohnbewegungen von so weitgehender Natur ohne genügende Vorbereitung und ohne Berücksichtigung der von den in Betracht kommenden Instanzen angeordneten Maßnahmen sollten überhaupt nicht zur Abstimmung gebracht werden, noch dazu am allerwenigsten in einer öffentlichen Versammlung.

Wiesbach-Fladung beantragt die Annahme folgender Resolution:

Die Generalversammlung erklärt, daß bei Ansjenerierung von großen Streiks, mehr als es bisher geschehen ist, alle leitenden Instanzen davon verständigt werden müssen und diese nicht, wie vorgekommen, vor vollendete Tatsachen gestellt werden dürfen.

Heyel-Stuttgart wünscht, daß im Kartellvertrag festgelegt wird, daß von verwandten Berufen keine Streitarbeit gemacht werden darf. In Stuttgart habe es böses Blut gemacht, daß feinerzeit 15 Steinarbeiter den Steinbildhauern in den Rücken gefallen sind. Der Streik in Frankfurt sei zwar verloren worden; aber auch für die Unternehmer dürfe er ein Denkmal sein, den sie sich lange merken werden.

Dupont-Berlin sagt, daß man bei der geistigen Besprechung mit der hiesigen Leitung dazu gekommen sei, Lüttich-Leipzig den Abschluß eines Kartellvertrages aufzutragen, und zwar unter dem von Heyel betonten Gesichtspunkte. Auch mit den Statutenuren wird es notwendig sein, einen Kartellvertrag abzuschließen. Allerdings wird es dazu noch der Ueberwindung verschiedener Schwierigkeiten bedürfen. Ueber die Taktik langdauernder Streiks kann man verschiedener Meinung sein. Wesentlich werden solche Streiks von der Finanzlage abhängen. Bei Beurteilung der Berliner Verhältnisse müsse man die Schwierigkeiten in Betracht ziehen, die heute in allen wirtschaftlichen Kämpfen zu überwinden sind. Dabei polemisiert Dupont scharf gegen Bethle und weist ihm nach, welche Schwächen er vorgekommen hat.

Was den Antrag der Bezirkskonferenz Berlin betrifft: Kartellverträge auf zentraler Basis anzustreben, so mache er darauf aufmerksam, daß solche Verträge nur mit Kenntnis des Zentralvorstandes abgeschlossen werden dürfen.

Der Antrag Leipzig mit dem Antrage der Bezirkskonferenz Berlin:

„Den Zentralvorstand zu beauftragen, mit den unserm Zentralverein verwandten Organisationen zweckentsprechende Kartellverträge abzuschließen, und zwar auf zentraler Basis,“ wird hierauf einstimmig angenommen. Im weiteren wird der Resolution Wiesbach-Fladung einstimmig zugestimmt, ebenso der Resolution Heyel, gegen die sich zwei Stimmen erheben.

**Deutscher Naturforscher- und Aerztetag.**

Von den Referaten des letzten Verhandlungstages haben wir zwei hervor, die das Gebiet der Gewerbehygiene betreffen. Professor Dr. Lehmann-Würzburg behandelte das Thema: „Ueber die Aufnahmewege der Fabrikgifte.“ Er führte dazu aus:

Den belanntesten Weg der Giftaufnahme durch Mund und Magen hat der Vortragende nicht untersucht, weil er individuell enorm verschieden von Lebensgewohnheiten, Reinlichkeit usw. in höchstem Maße unabhängig und an Tieren überhaupt nicht zu studieren ist. Der erste Teil von Lehmanns Studien befaßt sich mit der Absorption giftiger Gase durch die Atmungsorgane. Es wurde nach vier verschiedenen Methoden an Tieren und Menschen der Gehalt der Inspirationsluft und Expirationsluft verglichen und Ammoniak, Salzsäure, schweflige Säure, Essigsäure, Chlor, Brom, Schwefelwasserstoff und Schwefelkohlenstoff in den Kreis der Untersuchung gezogen. Ueber die Resultate wurde an Hand einer großen Tabelle berichtet. Hier sei hervorzuheben, daß von den in Wasser leicht löslichen Gasen der Mensch bei den in Fabriken etwa vorkommenden Dosen 85 bis 100 Proz. absorbiert, Tiere etwas weniger, doch ist dies letztere Resultat wohl auf die höheren Dosen, die den Tieren zugemutet wurden, und zum Teil die Versuchsanordnung zurückzuführen. Die Absorption findet sehr vollständig in Mund und Nase statt, bei kleineren Dosen gelangt kaum etwas über den Kehlkopf hinaus. Züchtet man aber die giftigen Gase durch eine Luftschicht in die Lunge direkt zu, so ist die Absorption deshalb nicht geringer, also auch die tieferen Teile des Respirationssystems absorbieren begierig Gase. Vom Schwefelkohlenstoff wurden etwa 20 Proz. aufgenommen. Für die Praxis folgt aus der starken Aufnahme der giftigen Gase die erste Verpflichtung, dieselben möglichst vollständig vom Menschen abzuhalten. Im zweiten Teil des Vortrages behandelte der Vortragende die überaus wichtige Aufnahmefähigkeit der unverletzten menschlichen Haut für viele organische Farbstoffe, namentlich Anilin und Nitrobenzolderivate. Von einem festen kristallisierenden Körper, dem Paranitrochlorbenzol hat Lehmann mit Dr. V. Müller die quantitative Aufnahme durch die Haut an Kanarienvögeln festgestellt. Es konnte aus Tieren, die mit dem Gifte bestrichen, in Hestpflaster eingewickelt, gestorben waren, wertvolle Mengen des Giftes aus den inneren Organen gewonnen werden. Es ist also der Reinlichkeit der Haut, der Haare, der Arbeitskleidung in Fabriken, die mit derartigen Giften arbeiten, die höchste Sorgfalt zuzuwenden.

Einen insbesondere für Messinggießer sehr lehrreichen Vortrag hielt derselbe Redner sodann über das sogenannte „Gießfieber“. Dem Vortragenden ist es gelungen, die ganz rätselhafte, bisher noch nie experimentell untersucht, wichtige und häufige Gewerbekrankheit der Messinggießer einen Schritt weiter aufzuklären. Einige Stunden nach dem Gießen erkrankten Messinggießer an Schüttelfrost, Fieber, Reiz und Entzündungserscheinungen in Brusthöhle und auf der Lunge. Dazu kommt Mattigkeit, Muskelschmerzen, Kopfschmerz. Der Zustand dauert einige Stunden, dann findet unter Schweißausbruch Erholung statt. Schon vor einigen Jahren hat Vortragender mit Hohmann gezeigt, daß alles dafür spricht, in den Verbrennungsprodukten des im Messing enthaltenen Zinks, dem in dichten Nebeln auftretenden Jintogeb, die Hauptursache zu suchen. Das Freibleiben der Jintogehier, während die Messinggießer erkranken, konnten Lehmann und Hohmann dadurch erklären, daß bei Jintogeb das Zink nur auf etwa 400, beim Messingguss auf etwa 1000 Grad erhitzt wird — erst bei hohen Temperaturen verbrennt aber genügend Zink, um Krankheits Symptome zu machen. Lehmann konnte neuerdings durch Verbrennen von reinstem Zink an einem Gießereiarbeiter, an sich und drei Mitarbeitern typisches Gießfieber erzeugen. Damit ist dargetan, daß im Gegensatz zu den Anschauungen sehr vieler Autoren, die Kupfer, Arsen, Cadmium, Kohlenoxyd und dergleichen als Ursache des Gießfiebers ansahen, wolle, reines Zink zur Erkrankung vollkommen ausreicht. Bei der Unmöglichkeit, die Krankheit bisher an Tieren hervorzubringen, müssen Versuche zur Entschärfung der interessanten Frage bezogen werden, ob das Zink selbst die Krankheit hervorbringt oder etwa ein bisher unbekannter Begleiter des reinsten Zinks. Interessant waren auch die Angaben über die große Häufigkeit der Krankheit in manchen Betrieben, über den experimentellen Nachweis der Unmöglichkeit, sich durch feuchte Schwämme, Wasser und Lächer zu schützen, während kräftige Ventilation oder Gießen unter Abzügen eine gewaltige Verringerung der Verhältnisse hervorbringt.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband.**

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer Nr. 15:

**Sitzung der Ortsverwaltung.**

**Einsetzer!**

Die Auszahlung der Unterstützung vom Extrafonds findet bis auf weiteres im Gewerkschaftshaus Sonnabendabend zwischen 7 und 8 Uhr statt. Der Obmann.

**Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer**

(E. H. Nr. 2 Hamburg. — Centralverwaltung Berlin.)

Freitag, den 28. Sept., abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Engel-Ufer 15 (Saal IV):

**Mitglieder-Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
1. Bericht von der Generalversammlung.  
2. Wahl der örtlichen Verwaltung.

259/17 Der Vorstand. B. H.: Richard Schröder, Tilitzerstr. 82.

**Achtung Vergolder!**

Die Kollegen, welche ihre Bücher noch nicht zum Umschreiben abgegeben, werden ersucht, dies umgehend zu tun. Die Bücher, welche bis vorigen Sonnabend, den 22. ds. Mts. abgegeben waren, können vom Sonnabend, den 29. September er. ab in der Zahlstraße Annenstr. 1 bei Helge in Empfang genommen werden.

**Matinee**

(Horsts Norddeutsche Sänger)  
Die Ortsverwaltung der Filiale Berlin.  
B. H.: Emil Oehlert,  
Langestr. 38 II.

**Tischler-Verein (E. H. 89)**

Sonnabend, den 29. September, abends 8 1/2 Uhr, Reichstr. 15:

**Versammlung.**

Tages-Ordnung:  
Vortrag des Herrn Julius Kallist, Vereinsangelegenheiten, Ausgabe der Billets zum Stiftungsfest.

**Bekanntmachung.**

Hierdurch bringen wir ergebenst zur Kenntnis, dass wir am 1. Oktober dieses Jahres auf dem Eiswerkgrundstück in Tegel, Uferstraße, eine

**eigene Niederlage**

eröffnen und durch dieselbe mittelst eigener Gespanne unser allgemein bekanntes

**Faß- und Flaschenbier**

in täglich frischer Füllung in Tegel und Umgegend zum Versand bringen werden. Die Niederlage hat den Fernsprechschiuß: Amt Tegel Nr. 223.

Wir bitten um geneigtes Wohlwollen und zeichnen  
Hochachtungsvoll  
Brauerei Gswald Berliner,  
Berlin N 31, Brunnenstr. 141/143.

**Diskutierklub „Königstadt“**

Sonnabend, 29. September, abends 8 1/2 Uhr: Vortragsabend in Bordes Festsaal, Neue Königstr. 7.

Thema: „Kritische oder freie Gewerkschaften.“ Referent Ritter.

1694b Gäste willkommen.

**Fahrräder! Billig!**

Landmaschinen ... 1.30, 2.50, 3.50  
Leuchtmotoren ... 1.00, 2.00, 3.00  
Fahrräder ... 0.80, 1.20, 1.50  
Motorräder ... 1.50, 2.00, 2.50  
Zusatzteile ... 0.50  
REPARATUREN billig, schnell, sauber.  
Bismarckstraße 9  
Fahrradstraße 127  
gratis und franco. Vertreterkreise haben.  
W. H. Hausscherr  
Berlin 127, Alte Jochenstraße 95.

Vorkaufspreis p. Bld. 1.20 Bld. 3.40.  
Berlin N., Brunnenstr. 190. 298/11

**Pittich-Pianino, erstklassig!**

Retto Kasse Franzstr. 10, d. 9 Uhr abds.  
Schnellg. vert. Gerichtsstr. 32, d. Hochpart.

**Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein**

Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

**Vereinstour**

Vormittags 8 Uhr nach Hoppegarten bei Röhnsberg.  
Rückm. 2 Uhr nach Kaulsdorf.  
Start: Röhnsbergplatz.  
Die Abteilungen starten 1/2 Stunde früher an den Abteilungs-Starts.

Heute abend: Fahrtraktierung bei Schnarnke, Wiedrichstr. 60. 27/19

NB. Auf dem Stiftungsfeste am 22. September in der „Neuen Welt“ wurden gefunden: ein Trauring, ein Uhrgehör, verloren: ein Vincenz.

Verlierer resp. Finder wollen sich an R i t t e r, Christenstr. 33, wenden.

**Arbeiter-Radfahrer-Verein „Rette“**

Tegel (H. d. H. H. H. H.)  
Sonnabend, 29. September, abends 8 Uhr, in Wilhelm Krapp's Festsaal, Tegel, Bahnhofstraße 1: 6. Stiftungsfest, verbunden mit Rekruten-Abschiedsfest, bestehend in Ball, Reigenfahrten u. Kunstfahrten. Große Verlosung. Radfahrerpantomime und Uebervorgänge. — 1 Uhr: Kaffeepause. — Musikalische Aufführungen. 1005b Entree 50 Pfennig.

Die Berliner Arbeiter-Radfahrer-Bundesabteilung ist hiermit eingeladen.

**Eggersdorf.**

Gochwald-Vaußellen.  
Quadratstr. 10 Markt 5 Minuten vom Bahnhof Strassberg, mitten im Walde. Herrliche, gesunde, stille Lage. Verkäufer täglich am Teetisch.

Otto Jörn, Vaußelo, 1619b  
Elsafeldweg 10.







Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

28. Sitzung vom Donnerstag, den 27. September 1906, nachmittags 5 Uhr.

Der Vorsteher Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung um 5 1/2 Uhr mit einem von der Versammlung stehend angehörten Nachruf für den verstorbenen unbeforderten Stadtrat Heller.

In den Ausschuss für die Erörterung der Frage der Verwendung des städtischen Anteils an den Erträgen der Jagow-Stiftung ist auch der Stadtv. Dr. Arons (Soz.) gewählt worden.

Mit der Abänderung der Fluchtlinien zur Abstumpfung der Ede Garten- und Invalidenstr. mit dem Erwerb des Grundstücks Gartenstr. 93 zu diesem Zwecke für 75.000 Mark und mit dem Austausch von 37 Quadratmeter von dem Grundstück Invalidenstr. 18, die ebenfalls dazu gebraucht werden, gegen 82 Quadratmeter Restland von Gartenstr. 93 (wofür der Besitzer des Grundstückes noch 10.000 Mark zu zahlen hat) hat sich der eingeleitete Ausschuss einverstanden erklärt. Gleichzeitig hat er aber einstimmig empfohlen, durch eine Resolution den Magistrat zu ersuchen, die Freilegung des Straßenlandes vor Gartenstr. 92, welches dann allein noch über die Stadtlinie vorbringt, event. im Wege der Enteignung herbeizuführen und der Versammlung eine entsprechende Vorlage zu geben zu lassen. Das Referat über die Ausführanträge erstattete Stadtverordnete Rast (A. L.); die Versammlung beschließt danach ohne Debatte.

Gegen die Richtigkeit der Gemeindevählerlisten sind in diesem Jahre während der Einspruchsfrist 32 Einwendungen erhoben worden. Der Wahlprüfungsausschuss hat die Reklamationen und das vom Magistrat mit vorgelegte Material geprüft. Die Eintragung in die Liste war unterblieben, weil 5 der Reklamanten nicht staatsangehörig, 16 Schlafbrüder, 4 Empfänger von Armenunterstützung, 1 Steuerrentant, 1 steuerfrei veranlagt sein sollten; 5 waren irtümlich nicht aufgenommen. Die vom Wahlbureau angefertigten Nachtrahen haben in allen Fällen bis auf zwei die Unfähigkeit der angeführten Hinderungsgründe ergeben. In den übrigen 30 Fällen wird die nachträgliche Aufnahme in die Wählerliste beantragt. Ohne Diskussion tritt die Versammlung den Ausschussvorschlügen bei.

Stadtv. Busch (Fr.) berichtet über die Ausschussverhandlungen wegen der Errichtung des Schulgebäudes für die III. (Königsstädtische) Oberrealschule auf einem für diesen Zweck anzukaufenden Grundstück in der Pasteurstr. Die Vorlage ist nach hartem Kampfe (sie wurde in der ersten Lesung abgelehnt) schließlich mit sieben gegen drei Stimmen angenommen worden.

Stadtv. Hing (Soz.): Wir erneuern unseren Antrag, den Platz G an der Danzigerstr. zur Errichtung der Anstalt zu benutzen, den der Ausschuss abgelehnt hat. Wir meinen, dieses Terrain eignet sich viel besser dazu als die nur 18 Meter breite Pasteurstr., wo sich überdies der zu erbauende Anstalt gegenüber bereits ein Gemeindefachgebäude befindet, dazu kommt, daß der Preis von 1500 M. für die Rute doch erheblich hoch ist. Erst vor wenigen Jahren hat man in dortiger Gegend, aber näher der Stadt zu, also günstiger gelegen, nur 1080 M. für die Rute gezahlt. Die Bedenken in bezug auf die Nähe des Asyls und der Gasanstalt können nicht durchschlagend sein. Schließlich sind die Verbindungen nach der Danzigerstr. viel besser, als diejenigen nach der Pasteurstr. Es ist doch etwas eigenartig, daß man uns zumutet, 1/2 Million auszugeben, während wir an dem Platz G ein so vorzügliches Terrain brach liegen haben. Die Bebauung der Umgebung des Platzes schreitet stetig fort; also auch daraus kann nichts gegen unseren Vorschlag hergeleitet werden.

Eine weitere Debatte wird nicht beliebt. Für den Antrag der sozialdemokratischen Mitglieder stimmen nur die Antragsteller; die Magistratsvorlage gelangt mit erheblicher Mehrheit zur Annahme.

Die Vorlage betreffend a) Festsetzung von Fluchtlinien für eine neue Straße 69d in Abteilung X<sup>2</sup> des Bebauungsplanes nördlich der Behlenerstr. zwischen Kolonie- und Stockholmerstr., b) den Verkauf eines Schulgrundstückes an der Behlenerstr. hat der eingeleitete Ausschuss einstimmig abgelehnt. Nach dem Referat des Stadtv. Söfeland (A. L.) beschließt die Versammlung ohne Debatte in demselben Sinne.

Die Vorlage wegen Anlegung einer Privatstr. auf dem Berlin gehörigen Gasanstaltsgrundstücke an der Augsb. burgerstr. in Charlottenburg führt zu einer Diskussion, in der Stadtv. Sonnenfeld (A. L.) die Interessen Berlins Charlottenburg gegenüber in dem abgeschlossenen Vertrage nicht genügend gewahrt findet. Stadtrat Kamslau bemüht sich, seine Bedenken zu zerstreuen; Stadtv. Sonnenfeld beharrt jedoch bei seinem Antrage auf Ausschussberatung. Die Versammlung verweist die Sache an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern.

Der Bürgersteig vor dem Gelände der alten Ahrens'schen (jetzt der Aktiengesellschaft Papenhof, Friedrichshöhe, gehörigen) Brauerei an der Turnstr., Ede Stromstr., soll endlich verbreitert und der Wert des von der Gesellschaft sofort zur Verfügung gestellten Terrains freigesetzt von 337 Quadratmeter im Wege der Enteignung festgestellt werden.

Am 20. September haben die Stadtv. Dr. Arons u. Gen. (Soz.) folgenden Antrag eingebracht:

„Die Versammlung ersucht den Magistrat, die Verfügung vom 17. August 1906, betreffend die Beschränkung der Urlaubsberechtigten unter den städtischen Arbeitern, schleunigst aufzuheben.“

Die angezogene Verfügung lautet:

„Unter Bezugnahme auf die Verfügung vom 6. Januar 1904, wonach allen städtischen Arbeitern, die sich fünf Jahre lang in städtischen Diensten befinden, jährlich ein Urlaub von einer Woche unter Fortzahlung des Lohnes zu gewähren ist, bestimmen wir hiermit, daß den Arbeitern, die in der laufenden Urlaubsperiode bereits wegen Krankheit längere Zeit beurlaubt gewesen sind, ein besonderer Erholungsurlaub nicht zu gewähren ist, wenn die Art der Krankheit, welche die Dienstverhinderung veranlaßte, eine Schwächung des körperlichen Gesamtzustandes nicht zur Folge hatte, sondern, wie bei geringeren körperlichen Verlegungen, bei katarrhellen, Abzügen, Ausschlägen usw. noch eine Erholung gestattete.“

Stadtv. Kassel (A. L.) beantragt Ausschussberatung.

Stadtv. Dr. Wehl (Soz.): Der Erlass des Magistrats ist nach unserer Auffassung geeignet, den Erholungsurlaub der städtischen Arbeiter in der kleinlichsten Weise zu verkleinern. Der von dem Bürgermeister Reide unterm 17. August erlassene Ullas hat in den Kreisen der Beteiligten große Erbitterung hervorgerufen. Auch in einer Reihe politischer Tagesblätter bürgerlicher Richtung ist hervorgehoben, daß die Verfügung „außerordentlich schlimm“ und „geeignet“ sei, „Ungerechtigkeit hervorzurufen“; so das „Tageblatt“ und die „Vorgespott“. Wir verurteilen diese Verfügung aufs entschiedenste. Was ist denn eigentlich geschehen, daß nach 27 Jahren plötzlich diese eigenartige Verfügung notwendig wurde? Es hat verlautet, daß einzelne „böswillige“ Elemente Mißbrauch mit der Maßnahme von 1904 durch Simulation getrieben haben. Aber es ist doch keineswegs zulässig, auf diese Weise Gerechtigkeit und Ungerechtigkeit zu lassen, den Kampf gegen das Simulationsvergehen zu einem Kampf gegen alle Arbeiter auszuweiten. Die Parallele mit den städtischen Beamten kann man auch nicht als maßgebend gelten lassen. Schon jetzt sind eine ganze Reihe von Arbeitern durch die Verfügung getroffen worden, und schließlich wird der größte Teil der Arbeiter davon betroffen werden, die überhaupt für den Urlaub in Betracht kommen. Die Verfügung widerspricht nach unserer Auffassung der Städte-

ordnung und ist daher nicht rechtsverbindlich, denn nachdem diese Urlaubsordnung festgelegt ist und die Zustimmung der städtischen Behörden erhalten hat, kann der Magistrat sie nicht einseitig ändern. (Zustimmung.) Es handelt sich auch nicht bloß um eine Ausführungsverordnung. Wir sind ja freilich einverstanden daran gewöhnt, daß die Verfügungen, welche die Unterherrschaft des Bürgermeisters Reide tragen, der Reversverbindlichkeit unterliegen, ich erinnere nur an die Frage der Zeitungsgeselle. Weiter haben wir formelle Bedenken gegen die Verfügung. Sie ist nicht klar und eindeutig gehalten; sie öffnet der Willkür und der Laune der unteren Beamten Tür und Tor. Was heißt „längere Zeit“? Sind das Wochen oder Monate oder was sonst? Wer soll ferner darüber entscheiden, ob eine Krankheit eine Schwächung des Gesamtzustandes zur Folge hat? Weiter haben wir große sozialpolitische Bedenken gegen die Verfügung, welche die schon an sich sehr problematische Gestaltung des Erholungsurlaubes von 1904 noch weiter jährenlich verkleinert. Mit einer so engberzigen Sozialpolitik wird der Magistrat den Ruf der Stadt Berlin, eine sozial moderne Stadt zu sein, nicht beschützen; er bereut wohl längst, diese kleine Konzession überhaupt gemacht zu haben, und sucht jetzt auf diesem Wege möglichst viel daran abzuhacken. Leute, die einmal krank gewesen sind, benötigen doch erst recht einen Erholungsurlaub; um das zu wissen, braucht man nicht einmal Arzt zu sein. Wenn die Arbeiter krank geschrieben sind und deshalb keine Arbeit tun, kann doch von einem Erholungsurlaub keine Rede sein. Also auch vom hygienischen Standpunkt aus ist diese Verfügung so engberzig, daß sie nicht länger bestehen kann. Der Oberbürgermeister hat ausdrücklich befunden, daß die Arbeiter für ihre Beschwerden alle Zeit ein gerechtes Ohr bei dem Magistrat finden werden; wie reimt sich mit dieser Falschheit diese Verfügung? Wir appellieren an Sie, unseren Antrag zum Beschluß zu erheben! (Beifall.)

Stadtrat Kamslau: Die Voraussetzungen des Vorredners sind völlig unzutreffend. Wir haben nur eine Direktive an die Verwaltungen gegeben aus Anlaß vielfacher Rückfragen, die immer wieder von den Verwaltungen an uns ergingen. Der Erholungsurlaub wird nach wie vor bewilligt. Was ist aber ein „Erholungsurlaub“? Hat ein Arbeiter einen Erholungsurlaub unter der Firma eines Krankheitsurlaubes gehabt, dann soll ihm dieser angerechnet werden. (Gelächter.) Sie scheinen mich gar nicht verstanden zu haben; ich will Ihnen einige Fälle angeben. Wenn ein Arbeiter mit einer Verletzung am Mittelfinger 3 Monate keine Arbeit tut und 6 Wochen davon unter Fortzahlung des Gehalts, dann wieder in die Arbeit tritt und nach 8 Tagen seinen Erholungsurlaub verlangt, ist das nicht geradezu eine Karikatur? (Zustimmung und Widerspruch.) Ein anderer Arbeiter hatte eine Kopfschmerzen, mit der er umherlief, er erhielt einen Krankheitsurlaub von 6 Monaten, verlangte aber trotzdem kurze Zeit nach seinem Wiedereintritt den Erholungsurlaub. Den muß man ihnen doch verweigern. Ein Mann, der Rückenbeschwerden hatte und schon in den frühesten Morgenstunden auf der Straße munter zwei Monate herumging, hat doch keinen Erholungsurlaub auf unsere Kosten schon gehabt! Ich bestreite, daß in den Arbeiterkreisen eine allgemeine Erbitterung vorhanden ist; die übergroße Mehrheit sieht die Berechtigung unseres Vorgehens vollständig ein. Die Urlaube unserer Beamten kosten uns kein Geld, denn die Beamten haben sich gegenseitig zu vertreten; außerdem haben sehr zahlreiche Beamtenkategorien auch nur eine Woche oder zehn Tage Urlaub.

Stadtv. Kassel (A. L.): Zu meinem Bedauern sind unsere schwereren Bedenken gegen die Verfügung durch diese Ausführungen keineswegs beseitigt, im Gegenteil wird sie mir durch die angeführten wenigen Fälle gänzlich unverständlich. Diese wenigen Fälle haben mit einer solchen allgemeinen Verfügung gar nichts zu tun. Ob einer, der Rückenbeschwerden hat, dabei ganz vergnügt umherläuft, weiß ich nicht, denn ich bin kein Arzt (Heiterkeit), aber ich weiß aus Erfahrung, daß man sehr leiden kann, ohne daß der Arzt Bettruhe usw. vorschreibt. Auch die Sache mit dem Mittelfinger ist mir gar nicht klar. (Erneute Heiterkeit.) Der Magistrat hätte jedenfalls in diesen einzelnen Fällen das Nötige vornehmen können; die allgemeine Verfügung aber ist geeignet, zu vielfachen Irrtümern und Mißgriffen zu führen. (Zustimmung.) In ihrer etwas dilettantenhaften Generalisierung. Ich glaube ja auch, daß es nicht die Absicht des Magistrats war, die wohlthätige Einrichtung des Urlaubs abzuschwächen; man hat eben wegen jener Einzelfälle diese wenig geschickte Verfügung erlassen, und dazu aus einem Anlaß, wo es sich nur um wenige Pfennige handelte. Der Beschluß dieses Erholungsurlaubes ist von uns einstimmig gefaßt worden; etwaige Mißbräuche müssen zunächst einmal klar gestellt werden. Auch meinerseits muß ich dem Magistrat die formale Berechtigung zu dieser Verfügung bestreiten. Der Magistrat ist in seinem Beschluß von 1903 im Januar 1904 getreten. Wenn er uns auch keine besondere Vorlage machte, so ist mit dem Beitritt doch ein Gemeindecentschluß zustande gekommen. Da von Ausnahmen nirgends die Rede gewesen ist, kann der Magistrat auch nicht wegen etwaiger Mißbräuche einseitig Remedur schaffen; dazu ist er nicht befugt. Darum müssen wir die Angelegenheit in einem Ausschuss gründlich auch nach der rechtlichen Seite hin beraten; aber auch deshalb können wir an der Sache nicht vorbeigehen, weil der Magistrat hier ganz ohne Rot den Herrn Dr. Wehl und seinen Freunden Gelegenheit gegeben hat, ihm Tendenzen nachzusagen, die jetzt gar nicht vorhanden sind.

Stadtrat Kamslau: Ich bestreite gar nicht, daß ein Gemeindecentschluß vorliegt; der Magistrat meint nur, daß in der erwähnten Form des Krankheitsurlaubes ein Erholungsurlaub schon mit gewährt ist.

Stadtv. Koscow (A. L.) befaßt, daß auch nach seiner Kenntnis in den Arbeiterkreisen große Unzufriedenheit über den Erlass herrscht. Die Versammlung habe seinerzeit keine Ausnahmen oder Vorbehalte an ihren Beschluß geknüpft. Ein Krankheitsurlaub existiert doch gar nicht; der Arbeiter werde krank geschrieben und dürfe nicht arbeiten. Sollte der Krankheitsurlaub durch die Urlaubsentziehung noch extra bestrast werden? Die Kranken unterliegen doch auch der Kasernenkontrolle. Es müsse unbedingt das Bedauern ausgesprochen werden, daß eine solche Verfügung habe ergehen können, die die soziale Tendenz Berlins in nicht schönem Lichte erscheinen lasse. Mißbräuche lasse sich auf anderem Wege energisch begegnen. Dem Antrag auf Ausschussberatung stimmt Redner zu.

Stadtv. Dr. Friedemann (Soz.-fortsch.) hält Ausschussberatung nach der vom Magistrat gegebenen „Rechtfertigung“ eigentlich nicht mehr für nötig. (Sehr gut!) Der Beschluß von 1904 sei vom Magistrat evident verlegt worden. Einen „Krankheitsurlaub“ bekommt doch der Erkrankte so wie so, auch wenn er noch nicht fünf Jahre im Dienste sei; letzteres ist aber doch die Vorbedingung für Bewilligung des Erholungsurlaubes. Die Verfügung habe die Stadt Berlin in sozialpolitischer Hinsicht arg diskreditiert. (Zustimmung.)

Stadtv. Dr. Wehl verzichtet.

Der Antrag geht an einen Ausschuss.

Die Vorlage betreffend den Erwerb einer zur bebauungsplanmäßigen Anlegung des Nordufers erforderlichen Fläche von 49 Quadratmeter vom Grundstück Nordufer 2 geht auf Antrag Hing an einen Ausschuss, nachdem der Antragsteller darauf hingewiesen hat, daß es an jeder Gegenleistung der Eigentümer für die Lösung der grundbuchlich eingetragenen Baubeschränkungen fehle, wie der Magistrat sie konzedieren wolle.

Der spezielle Entwurf für das auf dem Waisenhandgrundstücke zu errichtende Verwaltungsgebäude für die städtischen Gaswerke (Kostenschlag 1718.000 M.) wird auf Antrag Wallach mit der Modifikation genehmigt, daß die Kosten nicht aus dem Grundbuchentwertungsfonds, sondern aus den eigenen Mitteln der Gaswerke entnommen werden sollen.

Schluß der öffentlichen Sitzung 8 Uhr

Gewerkschaftliches.

Politische Aktion und Gewerkschaften.

Brüssel, 25. September. (Fig. Ver.)

Die Frage: neutrale oder sozialdemokratische Gewerkschaften beschäftigt augenblicklich auch die belgischen Parteigenossen, und demnächst wird auf Wunsch der Gewerkschaftskommission der Generalrat der Partei wohl über diesen Gegenstand beraten.

Den Anlaß zu der gegenwärtigen Problemstellung bietet das Syndikat der Diamantarbeiter Antwerpens — einer neutralen Gewerkschaft —, deren Neutralitätsauffassung auf eine Loslösung der sozialdemokratischen Gewerkschaften von der politischen Partei hinausläuft. In einem kürzlich im „Peuple“ erschienenen Artikel tritt Auguste Dewinne dieser Auffassung und insbesondere dem Risikofaktor der Diamantarbeiter mit ziemlicher Schärfe entgegen. Er verweist u. a. auf die Wandlung der englischen Trade-Unions, die sich nach einem Jahrhundert neutraler Gewerkschaftsbewegung zum Parlamentarismus und zum Klassenkampf bekennen. Die Diamantarbeiter hätten am eigenen Leibe die Vorteile der Einheit von Partei und Gewerkschaften erfahren, als sie bei ihrem letzten Streik trotz ihrer bedeutenden internationalen Organisation nur dank der Mithilfe der belgischen Arbeiterpartei siegen konnten. Die belgische Arbeiterpartei, schließt Auguste Dewinne, wird niemals zugeben, daß man ihre Gewerkschaften „neutralisiere“. Das hieße, ihr die Seele herausreißen, sich selbstmorden. . . Nicht an den sozialdemokratischen Gewerkschaften sei es, sich zu neutralisieren, sondern an den neutralen, sozialistisch zu werden. In diesem Sinne werde die belgische Arbeiterpartei die Frage lösen.

Zwei Instanzen haben in diesem Sinne bereits entschieden. Am 16. September hat, wie schon mitgeteilt, der nationale Kongress der Metallarbeiter in einstimmigem Beschluß die Notwendigkeit des Klassenkampfes betont und die Aufrechterhaltung der Verpflüchtung der Eingliederung aller seiner Gruppen in die sozialdemokratische Partei ausgesprochen. In der ausführlichen Motivierung wird gesagt, daß die gewerkschaftliche Organisation nicht Zweck sei, sondern Mittel zur Befreiung der Arbeiterklasse vom kapitalistischen Joch und daß die gewerkschaftliche Propaganda im sozialistischen Sinne auf dem Boden des Klassenkampfes zu führen ist.

Ebenso klar hat sich der Kongress des Antwerpener Arrondissementes gegen die Neutralisierung der Gewerkschaften ausgesprochen. Der Kongress fordert die Arbeiter auf, die neutralen Gewerkschaften in das Strombett des Sozialismus zu leiten. . . Der diesbezügliche Beschluß wurde mit allen gegen eine Stimme gefaßt.

Im Anschluß an die obigen Ausführungen mögen einige Zahlen über das Kräfteverhältnis der Gewerkschaften Platz finden, die wir dem kürzlich erschienenen Bericht der Gewerkschaftskommission für das Jahr 1905 entnehmen.

Von den 1.265.000 industriellen Arbeitern Belgiens (970.000 Männern und 295.000 Frauen) sind organisiert:

In sozialdemokratischen Gewerkschaften 94.151 Personen; in katholischen 17.814 Personen; in neutralen 34.853 Personen; in liberalen 1685 Personen. Zu den neutralen Gewerkschaften ist zu bemerken, daß wohl die Mehrzahl ihrer Mitglieder Sozialisten sind, die durch ihre Mitgliedschaft in einer sozialistischen Genossenschaft oder in einer politischen Organisation mit der Partei verbunden sind. Die Typographen sowohl wie die Diamantarbeiter Antwerpens, die ihnen zugehören, haben ihre Vertretung in der Gewerkschaftskommission. Zu den neutralen Gewerkschaften gehören auch die Glasarbeiter von Charleroi und die Weber von Berviers. — Was die katholischen wie die liberalen Arbeiterorganisationen betrifft, so kommen sie als ernsthafte Kampforganisationen der Arbeiter überhaupt nicht in Betracht. Sie verdanken ihre Entstehung dem Bestreben bürgerlicher Politiker, den Kampf der Arbeiter gegen das Unternehmertum zu schwächen oder überhaupt unmöglich zu machen.

Berlin und Umgegend.

„DEGEA“.

Die Angestellten der Firma Auer, Alle Jakobstr., kamen am Mittwochabend zu einer Besprechung der Mißstände in dem Betriebe der Auer-Gesellschaft zusammen. Der Metallarbeiterverband hatte die Versammlung nach den „Mitterfälen“ einberufen; Referent war O. Mahle. Der Verband hat sein Bestreben darauf gerichtet, die bei Auer zahlreich beschäftigten (etwa 300) und sehr schlecht bezahlten Mädchen für die Organisation zu gewinnen, und die Versammlung war auch in überwiegender Zahl von Arbeiterinnen besucht. Die Direktion sieht diese Bestrebungen sehr ungern. Einem eifrigen Agitator wurde kürzlich erst von einem Direktor gesagt: „Laßt doch nur unsere Mädchen zufrieden, seid froh, daß ihr selbst organisiert seid!“ — Mahle deckte in seinem Referat die Ausbeutung der Mädchen und viele Mißstände auf. In der „Spitzgiberei“-Abteilung ist der Stundenlohn 20 Pf. Dann gibt es Brämien: 32 Pf. für 1000 Fäden. Oftmals erzielt die Arbeiterin keinen höheren Lohn wie 11 M. die Woche. In der Abteilung für Ausschmelzerei wird etwa 15 M. verdient. Erwähnt werden die Arbeiten durch die Lieferung von schlechtem Material und schlechtem Werkzeug. Viel geklagt wird über die mangelhaften sanitären Einrichtungen, über die Betriebskrankenkasse und über die Behandlung der Mädchen durch die Meister. In der Entlassung eines Elektromonteurs unter einem nichtigen Vorwand sehen die Angestellten eine Maßregelung des Betriebsinhabers, dessen eifrige Tätigkeit für den Verband bekannt war. In einer Resolution erklärten die Versammelten, dahin wirken zu wollen, daß die genannten Mißstände beseitigt werden und daß die Angestellten dem Metallarbeiterverbande beitreten. Eine Kommission von 4 Mitgliedern wurde gewählt, welche die Klagen der Angestellten der Direktion vorzutragen sollen, damit Abhilfe geschaffen werde.

Deutsches Reich.

Die Errichtung eines neuen Gewerkschaftshauses plant die Düsseldorf organisierte Arbeiterschaft. Das jetzige Gewerkschaftshaus, welches die dortigen Genossen nur gemietet haben, entspricht schon lange nicht mehr den Anforderungen, die man an ein Volkshaus zu stellen berechtigt ist. In nächster Nähe des alten Gewerkschaftshauses sind den Genossen jetzt eine Anzahl Grundstücke angeboten worden, welche sich vorzüglich zur Errichtung eines großen Volkshauses eignen. Die Grundstücke nebst den aufzuführenden Neubaus würden die Summe von einer Million Mark überschreiten. In den nächsten Tagen wird endgültig Beschluß gefaßt und wird dann sofort mit den Vorbereitungen begonnen.



### Ein arbeitswilliger Schuhmann.

Die Polizei „schützt“ nicht nur Streikbrecher, sie läßt sich auch gelegentlich selbst zu Arbeitswilligendienst herbei. In Zürich in Bayern, wo eben die Schallenscheinere in einen Streik eingetreten sind, hat ein von der Stadt angestellter Schuhmann in seiner dienstfreien Zeit sich im Geschäft seines Bruders als Arbeitswilliger betätigt. Der Deutsche Holzarbeiterverband richtete deshalb an Magistrat und Gemeindefolkolium eine Eingabe, worin er die beiden Kollegen aufforderte, zur Sache Stellung zu nehmen. Im Gemeindefolkolium wurde mitgeteilt, daß der Magistrat dem Schuhmann bereits verboten habe, Streikarbeit zu machen und daß auch die übrigen Schuhleute in der Instruktionssunde entsprechend belehrt worden seien. Aus diesem Grunde und weil der Magistrat die vorgesehene Behörde der Schuhmannschaft ist, lehnte es das Folkolium unter dem Widerspruch der sozialdemokratischen Mitglieder ab, zur Sache selbst Stellung zu nehmen.

### Christliche Richtungsigkeiten.

Am Sonnabend tagte die Siebenerkommission; worauf besonders Gewicht gelegt werden muß, ist die Erklärung, daß in allen Fragen Einmütigkeit herrsche. Eine neue Lohnbewegung ist also eingeleitet. Am Sonntag fanden nun wie üblich eine größere Zahl Bergarbeiterversammlungen statt. Die Redner des Verbandes trugen der Lage Rechnung und vermieden alles, was die christlichen Kameraden hätte verletzen können. Anders aber die Christen. Sie erklärten, von einer Sitzung und von Beschlüssen der Siebenerkommission nichts zu wissen. Die Lohnfrage und die allgemeine Lage kümmere sie nicht, sie protestierten gegen die von sozialdemokratischer Seite ausgehenden Einigungsbestrebungen. Sie schimpften in der wütendsten Weise auf die Sozialdemokratie, und ein Herr Gewerkschaftssekretär Jmbusch glaubte zum Schluß einen besonderen Trumpf auszuspielen mit der Erklärung, daß er nicht vom Affen abstamme. So also beginnen die Christenbrüder einen Lohnkampf! Unsere Genossen bewachten trotz aller Beschimpfungen die Ruhe und erklärten, daß jetzt Höheres auf dem Spiele stünde, sie darum auf die Schimpfereien nicht erwidern würden. Es muß gesagt werden, was verschiedene christliche Redner sich am Sonntag geleistet haben, ist offener Verrat an der Arbeiterschaft. Wenn übrigens solche niederträchtige Gesellen nicht vorhanden wären, wäre die Einigkeit der Bergleute schon längst eine vollendete Tatsache.

### Ausland.

Prinzipielle Gegensätze zwischen der niederländischen und der deutschen Maurerorganisation wurden auf der neunten Jahresversammlung des Niederländischen Maurerverbandes berührt. Die Anfang dieser Woche in Amsterdam stattfand. Es wurde dort mitgeteilt, daß der deutsche Verbandsvorsitzende Böhmeburg im Jahre 1902 dem niederländischen Bruderverband einen jährlichen Beitrag von 1000 M. zur Unterstützung der Agitation in den Grenzorten in Aussicht gestellt hätte, daß diese Summe im Jahre 1904 richtig eingetroffen sei, im folgenden Jahre aber nur 500 M. Auf Anfrage in Hamburg lief ein Brief ein, worin die Zurückziehung der Unterstützung hauptsächlich mit den prinzipiellen Gegensätzen zwischen den beiden Verbänden begründet wurde. Die wichtigste Stelle lautete:

„Ihr wißt, daß wir auf dem Boden der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung stehen. Eure Organisation, wenigstens die Zeitung, steht auf dem Boden des Anarchismus und läßt demzufolge nicht nach, die sozialdemokratische Bewegung zu bekämpfen. Dadurch würden wir mit unseren finanziellen Beiträgen für eure Agitation, also mit unseren eigenen Mitteln, die Bekämpfung unserer eigenen Ansichten unterstützen. Das ist unmöglich.“

Die niederländischen Verbandsleiter antworteten, daß sie keine Anarchisten, sondern revolutionäre Sozialisten seien. Der deutsche Verbandsvorsitzende habe sich keine Ansicht wohl auf Grund von Verträgen holändischer „revisionistischer Demokraten“ gebildet. Uebrigens werde man dessenungeachtet auch in Zukunft die wirtschaftlichen Kämpfe der deutschen Maurer wie die eigenen ansehen und danach handeln.

Gegen diese Antwort protestierte ein Delegierter, der die Ansicht vertrat, daß der Verband doch auf anarchischem Standpunkt stehe.

Die Jahresversammlung beschloß ferner mit Anträgen zum Austritt aus dem Nationalen Arbeitersekretariat. Aus prinzipiellen Gründen sich vom Sekretariat loszusagen, wurde gegen zwei Stimmen abgelehnt. Für einen Antrag des Hauptvorstandes, finanzieller Gründe wegen vorläufig auf ein Jahr auszutreten, stimmten drei, dagegen ebenfalls drei Ableisungen des Verbandes, während sich vier der Stimme enthielten. Urabstimmung soll jetzt darüber entscheiden. Ein Antrag auf Anschluß an den neuen Verband der niederländischen Gewerkschaften wurde gegen die Stimme des Antragstellers, der Abteilung Hilversum, abgelehnt.

Ein verräterischer Streich der Christlichen. Bekanntlich haben die Arbeiter im Baugewerbe von Nürnberg-Fürth den seit drei Monaten geführten Streik abgebrochen, um ihn bei gelegener Zeit wieder aufzunehmen. Dies haben die Christlichen dazu benützt, um etwas im Trüben zu fischen. Einige Tage nach dem Abbruch des Streiks traten sie mit der Veröffentlichung hervor, daß sie mit den Unternehmern einen Tarifvertrag auf drei Jahre abgeschlossen hätten. Der Zweck dieses Vorgehens ist durchsichtig genug: die freien Gewerkschaften sollen talggestellt werden, man will ihnen den christlichen Tarif aufzwingen. Den Schwankenden und Indifferenten soll demonstriert werden, daß nur bei den Christlichen etwas zu erreichen ist. Die frommen Brüder feiern den Tarif als einen großen Erfolg ihrer Organisation; dabei sind die darin festgesetzten Löhne zum großen Teil schon vor dem Streik gezahlt worden, während an der Arbeitszeit überhaupt nichts geändert wird! Dem ganzen Vorgehen liegt anscheinend ein von den Christlichen mit den Unternehmern vereinbarter Plan zugrunde, dafür spricht auch wohl der Umstand, daß die Unternehmer jetzt bekannt machen lassen, daß sie die Streikenden und Ausgesperrten nur dann wieder einstellen, wenn sie den christlichen Tarif anerkennen. Die Rechnung hat aber ein großes Loch: die Christlichen sind in Nürnberg zu unbedeutend, als daß es ihnen gelingen würde, ihren Tarif den freien Gewerkschaften aufzuzwingen.

## Aus Industrie und Handel.

Die empfindlichen Bodenreformer. Die „Deutsche Volksstimme“ schreibt in ihrer Nr. 18 vom 20. September:

„Eine verkaufte Domäne. Unsere Notiz unter dieser Ueberschrift (siehe „Deutsche Volksstimme“ S. 468-469) hat in der Presse eine weite Verbreitung gefunden. Die meisten Zeitungen begnügten sich mit zustimmendem Abdruck. Die „Deutsche-sozialen Blätter“ z. B. schreiben:

„Man sollte kaum glauben, daß in der preussischen Domänenverwaltung noch so altertümliche Anschauungen in Bezug auf die Bodenreform, diesen wichtigsten Teil der ganzen sozialen Frage herrschen.“

Anders der „Vorwärts“. Er antwortet auf unsere Frage, die wir an jene bedauerliche Tatsache knüpften, wie folgt:

Die Regierung, deren Sprecher den Kapitalisten zurück: „Reine Herren, wir arbeiten ja nur für Sie!“ wird die Frage mit Ja beantworten. Der Staat weiß doch, was er dem Kapitalist schuldig ist. Wir stellen die Frage: Muß das so bleiben? Und antworten: Nein! Je schneller die Erkenntnis wächst, daß die kapitalistische Gesellschaft durch die sozialistische abgelöst werden muß und die Forderung des Kapitals mit aller Energie auf die Umgestaltung hinarbeiten, desto eher wird mit der Ausbeutung aufgehört. Mit elegischen Stoßseufzern und Moralisererei wird nichts geändert.“

Eine planmäßige Auffklärungsarbeit, wie die unsere, als „Moralisererei und Stoßseufzerei“ zu bezeichnen, ist ebenso bequem als unzureichend. Aber vielleicht überlegt der „Vorwärts“ einmal in der Stille, auf welchem Gebiete der Sozialreform in den letzten zehn Jahren die größten Fortschritte in der Theorie und auch in der Praxis gemacht worden sind. Sich selbst wird er das Jugendsündnis wohl machen, daß sie auf dem Gebiete der Bodenpolitik geschehen sind, auf dem er wahrhaftig wenig genug geholfen hat.

Die Fortschritte, die gemacht wurden, hindern nicht ein ständiges Anschwellen der Grundrente und der Wohnmieten. Was kleine Reformen vielleicht gutmachen konnten, wird durch Reformen großen Stils à la Zolltarif jehnfach wieder verdorben. Was nützen uns Reformen, die durch Gegenreformen mehr wie ausgeglichen werden?

### Wirtschaftlicher Sieg der Japaner über die Russen in der Mandchurie.

Man schreibt uns: Die wirtschaftliche Lage der Russen in Ostasien ist seit einiger Zeit derart im Niedergang begriffen, daß der in besonderer Mission im fernem Osten weilende General Grodelow soeben dringend nach Petersburg berufen wurde, wofür er schon in den nächsten Tagen eintreffen dürfte, um an den diesbezüglichen Konferenzen teilzunehmen, und auf Grund der von ihm an Ort und Stelle gesammelten Erfahrungen sein Urteil über die Durchführung der von der russischen Regierung in Aussicht genommenen Maßnahmen in Bezug auf den fernem Osten abzugeben. Diefem Niedergang der wirtschaftlichen Lage der Russen geht das unaufhaltsame Vordringen der Japaner im fernem Osten parallel, so daß man schon von einem wirtschaftlichen Sieg der Japaner über die Russen in der Mandchurie sprechen kann. Der ganze Handel in Harbin, besonders aber der Weizenhandel, ist so durch hohe Prozente und großen Profit verwißt, daß er der amerikanischen und japanischen Konkurrenz nicht wird standhalten können. Es scheint überhaupt, als ob Rußland nicht in der Lage ist, den Handel und die eigene Handelsflotte in geeigneter Weise zu entwickeln, da bis jetzt noch keine regelmäßige Fahrt der russischen Schiffe weder nach den chinesischen noch nach den japanischen Häfen eingerichtet worden ist. Die Japaner, die den ganzen Handel in Jolow beherrschen, bemächtigen sich jetzt auch des Marktes in Tschifu, mit dem Wladiwostok stets in enger Beziehung stand. Da der Krieg aber die Finanzen Japans beträchtlich vermindert hat, und das Kapital durch die große Anzahl der Handelsunternehmungen verringert worden ist, so haben sich die Japaner im voraus die Unterstützung der europäischen Kapitalisten gesichert und zu diesem Zweck die englisch-japanische Bank und den Verband der japanisch-englischen Finanziers gegründet. In Japan gibt es bekanntlich mehr Bankgeschäfte wie sonst wo, aber die Hauptaufgabe der neuen Bank, mit einem Kapital von 20 Millionen Yen besteht darin, die Anleihen für die Handelsunternehmungen in Japan, der Mandchurie und Korea abzuschließen. Das zweite Unternehmen, der Verband der Finanziers, wozu Kapitalisten von Belgien, Frankreich und Schottland gehören, hat auch nur den Zweck, ausländisches Kapital für die Handelsunternehmungen im fernem Osten zu gewinnen. Die Japaner gehen zielbewußt vor und sichern sich täglich mehr die mandchurischen Märkte.

## Soziales.

### Kampf gegen die Selbstverwaltung der Krankenkassen.

Die Arbeiter der Firma B. u. Co., Graphische Kunstanstalt, haben es verstanden, die Interessen der Arbeiterschaft und der Ortskrankenkasse für Heerd und Wäberich wirksam zu vertreten. Die Besetzung der Generalversammlung in den Jahren 1900-1901 entsprach den Wünschen des Scharfmachertums. Bei der nächsten Wahl gingen die Arbeiter der Firma B. u. Co. geschlossen zum Wahllokal und wurden sämtliche in Vorschlag gebrachten Arbeiter der Firma auch gewählt. Damit setzte auch anderes Leben in der Ortskrankenkasse ein. Spätere Wahlen, vor allem die im Vorjahre, zeigten, daß die Arbeitervertreter nicht geschlafen hatten. Mit großer Majorität wurde in einer von 500 Mitgliedern besuchten Wahlversammlung die Liste der freien Gewerkschaften, auf der sich wieder drei Namen von Arbeitern der Firma B. u. Co. befanden, gewählt, ein Zeichen, daß man mit deren Arbeit zufrieden war. Dieser Ausgang, dazu die vorgenommenen Reformen, Verbeibaltung der Familienversicherung, Statutenänderung zur Erhöhung der Leistungen usw. paßte den weisen Stadtvätern mißamt dem Herrn Bürgermeister, dem die gewisse Strömung schon lange wieder den Strich ging, nicht in den Stram, und der gefesundige Gemeinderat stellte in geheimer Sitzung den Antrag, die Firma B. u. Co. zu veranlassen, eine Betriebskasse zu gründen, um die „Koten“ aus der Ortskasse los zu werden. Der Gemeinderat unterbreitete der Regierung den Antrag, der Firma B. u. Co. aufzugeben, eine Betriebskrankenkasse zu gründen. Und was tut nun die Regierung? Die Regierung verfährt demgemäß!

Was aber sagt das Krankenversicherungsgesetz im § 60? „Die Anordnung von Betriebskrankenkassen kann erfolgen, wenn ein Betrieb durch besondere Krankheitsgefahr die Kasse belastet.“ Wer ist nun berechtigt, derartige Anträge zu stellen? Die Gemeindevertretung bei Gemeindekrankenkassen und der Kassenvorstand bei Ortskrankenkassen.

Man verfügt aber einfach diktatorisch die Gründung einer Betriebskasse, obwohl der Unternehmer wie auch die Arbeiter nichts von einer Betriebskrankenkasse wissen wollen. Eine stark besuchte öffentliche Versammlung der Mitglieder der Ortskrankenkasse protestierte ganz entschieden gegen diese Vergevaltigung und drückte somit den Vertretern der Generalversammlung ihr vollstes Vertrauen aus. Die Anregung, gegen jeden Versuch, die Ortskasse zu zersplittern, energisch Front zu machen und in dem betreffenden Betriebe eventuell mit Arbeitseinstellung zu antworten, wurde mit Beifall aufgenommen. In vielen kleineren und mittleren Betrieben befürchtet man eine Schwächung der Kasse, was einen Wegfall der mühsam erzwungenen Verbesserungen zur Folge haben würde. Bemerkenswert ist noch, wie die Regierung oft schnell zu arbeiten vernag. Der Antrag der Gemeindevertretung war in kurzer Zeit durch die Regierung erledigt worden, aber eine schon im April beantragte Statutenänderung ist heute noch nicht genehmigt.

Am verfloffenen Mittwoch fand eine außerordentliche Generalversammlung der Kassenvorsteher statt, welche den Kassenvorstand beauftragte, gegen die Verfügung der Regierung unverzüglich Beschwerde zu erheben. Auch hat die Firma Beschwerde eingereicht.

Etwas Untes hat die Gemeindevorstellung aber doch bewirkt: sie zeigt den Indifferenten, was sie von ihrem Gemeinderat zu halten haben. Die organisierten Arbeiter und Genossen wissen nun, daß sie bei den bevorstehenden Wahlen mehr denn je ihr Interesse der Krankenkasse zuwenden müssen, damit ihnen die eroberte Position nicht geraubt wird.

## Aus der Frauenbewegung.

### Kindarbeit.

„Kinderarbeit! — Dem steigen nicht beim Lesen dieses Wortes die empfindlichsten Bilder aus der modernen Phantasie auf? Wer denkt nicht an die kröselnden Knaben und zitternden Mädchen, die bei Wind und Wetter in den frühesten Morgenstunden durch die Straßen huschen, mit ihren starren Fingern den Frühstücksbeutel und Zeitungspack umklammernd? Wer denkt nicht an die Kinder mit den freudlosen, bleichen Gesichtern, die beim ersten Morgengrauen vom „Regelaufsehen“ nach Hause kommen? Wer denkt nicht an die großen Heere von Kindern, die sich mit Beschäftigungen aller Art befassen müssen, um mit dem geringen Erlös, den sie daraus ziehen, die drückenden wirtschaftlichen Verhältnisse ihrer Eltern etwas zu verbessern?“

Die Jugend soll die köstlichste Spanne Zeit im Menschenleben sein. Dem Kinde soll die Erde als ein Paradies erscheinen, und noch dem Greise soll der Himmel winken, wenn er an seine ferne Jugend denkt.

Aber ach, wie wenigen Proletariatskindern ist es vergönnt, sich einer einigermaßen schönen Jugendzeit zu erfreuen? Die Jugend des Volkes muß darben und entbehren, muß sich in den Dienst des Kapitals stellen, um williges Ausbeutungsobjekt zu sein.

Der Mensch soll arbeiten — aber er soll sein willenloses Werkzeug in der Hand raubgieriger Kapitalisten sein. Schon dem Kinde soll die hohe Bedeutung der Arbeit geläufig werden, darum fordern die Sozialisten, daß der Arbeitsunterricht in den Lehrplan der Schule aufgenommen werden soll — aber das Kind soll nicht, aller Menschlichkeit zum Hohn, für bettelarmen Profitabwerbende Arbeiten vertrieben, die es körperlich und geistig auf das schwerste schädigen. — Wie der Mensch, der einmal die Fäden hatte, für sein ganzes Leben die Spuren dieser Krankheit zurückbehält, so sind auch die Proletariatskinder, die schon in ihrer Jugendzeit als Kapitalistendienste dienen mußten, mit Merkmalen versehen für immer. Auf ihren Gesichtern steht eine lange Leidensgeschichte geschrieben.

Der Kapitalismus, der zuerst die Männer in die Fabriken zog und sie ausbeutete und der, als die Maschinen die Anwendung großer Muskelkräfte entbehrlich machten, die Frau auf die Schaubühne des Lebens stellte, um ein billigeres Arbeitsgeschöpf zu haben, er zwang auch die Kinder in seine Dienste, um aus ihrem Arbeitsschweiß Gold zu pressen. Eine schrankenlose Kinderausbeutung hat Platz gegriffen. Im Jahre 1839 wurde der erste schädierte Versuch gemacht, die Kinderarbeit durch gesetzliche Bestimmungen ein wenig einzubäumen. Dem Gesetze von 1839 folgten in Zwischenräumen von Jahrzehnten noch andere Gesetzesbestimmungen, die die Kinderarbeit immer mehr beschränkten; aber durchgreifend wirkten diese Gesetze nicht, denn unendlich viele Ausbeuterrechte wurden dem Arbeitgeber nach wie vor zugestanden, während die winzigen Rechte, die man den Proletariatskindern gewährte, in den meisten Fällen nur Papierrechte blieben, weil die Arbeitsstätten nicht genügend inspiziert wurden.

Eine etwas wirksamere Reform brachte erst das neue Kinder-schutzgesetz, das am 1. Januar 1904 in Kraft trat; aber auch dieses weißt noch große Mängel auf. Zwar sind den Kindern vor Beendigung ihrer Schulpflicht eine Reihe gefährlicher Betriebe verschlossen, zwar dürfen Kinder bei fremden Arbeitgebern erst vom 12. Jahre ab und auch dann nur 8 Stunden täglich beschäftigt werden, aber den eigenen Kindern wird durch das Gesetz nur ein sehr geringer Schutz gewährt, und die in der Landwirtschaft und im Gewerbe beschäftigten Kinder sind überhaupt nicht berücksichtigt worden.

Auch das neue Gesetz erlaubt also die schrankenlose Ausbeutung einer großen Schar von Kindern, die teils als landwirtschaftliche Arbeiter den Reichtum der Junker mehren, teils als Heimarbeitende den Kapitalisten dienen. Dazu kommt noch, daß viele Rechte, die den Kindern durch das Gesetz gewährleistet worden sind, in der Wirklichkeit arg beschnitten werden.

Es sei nur daran erinnert, daß nach wie vor eine große Anzahl Kinder vor dem Vorkursusunterricht (was gesetzlich nicht gestattet ist) mit dem Austragen von Zeitungen und Ladwaren beschäftigt wird.

Zwar geben wir zu, daß nicht Eigennutz, sondern die Not die Eltern dazu treibt, ihre Kinder zum Witterwerden anzuhalten — und dennoch müssen wir sagen, daß das die schlechteste Art ist, die Not lindern zu wollen.

Mütter! Arbeiterinnen! Helft, die Kinderarbeit abschaffen! Sorgt dafür, daß keines Eurer unmündigen Kinder durch Erwerbsarbeit ein körperlicher und geistiger Schwächling wird. Sorgt dafür, daß keines Eurer Kinder, indem Ihr es dem Ausbeuter überliefert, zu Eurem Schmutzkonkurrenten wird.

Werden die spärlichen Einnahmen des Familienhaushalts verringert, indem das Geld, daran die Töchter unglücklicher Kinder leben, fortfällt, so müssen die Löhne der erwerbenden Frauen und Männer verbessert werden.

Löhnerhöhungen können erzielt werden, wenn jeder Arbeiter und jede Arbeiterin Mitglied einer gewerkschaftlichen Organisation wird, die mit den Unternehmern um bessere Arbeitsbedingungen kämpft. Aber nicht nur Glied einer Gewerkschaft soll der Arbeitende werden, sondern auch an dem politischen Kampfe soll er teilnehmen. Der gewerkschaftliche Kampf hat den Zweck, die in unserem heutigen Kapitalistentaate bestehenden fürchterlichen Mißstände zu lindern, während es Aufgabe des politischen Kampfes ist, den ganzen Kapitalistentaat umzugestalten, eine neue bessere Gesellschaftsordnung zu errichten zu lassen. Und erst eine neue Wirtschaftsordnung wird dem Proletariatskind eine schöne Jugendzeit geben und die Gewähr, zu einem sittlich hochstehenden, körperlich und geistig starken Menschen herangebildet zu werden.

Mütter, Arbeiterinnen! Ihr konntet oftmals darben und hungern um Eurer Kinder willen, so habet nun auch Kampfesmut und Kraft zu Ruh und frommen Eurer Kinder.

### Mutterschaftsversicherung.

Ueber die „Mutterschaftsversicherung“ verbreitet sich die Genossin Lily Braun in einer kürzlich erschienenen Broschüre. Sie geht von der Anschauung aus, daß die Erwerbsarbeit der betheiligten Frau in ihrer jetzigen Form das Familienleben untergräbt, andererseits in bedenklicher Weise den Organismus des weiblichen Körpers vielfach schädigt, so daß selten ganz gesunde Kinder von Arbeiterinnen zur Welt gebracht werden. Durch lange Arbeitszeiten und schwere, dem Zustande einer schwangeren Frau nicht dienliche Beschäftigungsarten, entziehen die Frauen der Geselechtsorgane und folgen Frühgeburten in horrenden Zahl. Giftige Gase dringen bei der Handlung mit Quecksilber, Nitroin, Phosphor in den Körper der Arbeiterin ein, so daß deren Kinder schon krank und elend, an Tuberkulose leidend, das Licht der Welt erblicken oder später das Gift aus der Mutter Brust trinken. Hierzu kommt noch, daß die Mutter meistens — der Not gehorchend — viel zu früh die Arbeit wieder aufnimmt, damit nicht nur den eigenen Körper ruiniert, sondern dem Kinde auch die nötige Pflege und vor allem die Muttermilch entzieht. Lily Braun weist nach, daß die vermehrte Säuglingssterblichkeit mit der Zunahme der Frauenarbeit in sehr engem Zusammenhange steht. So starben im Säuglingsalter: In Bezirken der englischen Textilindustrie 22 Proz., in Bezirken der deutschen Textilindustrie 38 Proz. und in der Berliner Papierindustrie 48 Proz. Die Verfasserin untersucht dann, wie dem beschriebenen Uebel abgeholfen sei. Die Frauen sollen, so fordert sie, eine bestimmte Zeit vor und nach der Entbindung nicht arbeiten dürfen, um sich und ihr Kind pflegen zu können, und zwar bedürfte es dazu viel längerer Zeit, als wie heute gesetzlich vorgeschrieben ist. Sie müßten selbstverständlich auch für die Dauer dieser Arbeitsunfähigkeit unterstützt werden. Die Krankenkassen, wie sie heute sind, wären dazu allerdings nicht imstande, auch ist die Versicherungspflicht noch lange nicht auf alle Arbeiterinnen ausgedehnt. Sie kommt daher zu dem Schluß, daß es notwendig sei, eine ausgiebige Mutterschaftsversicherung den Krankenkassen anzuschließen. Schon von verschiedenen bürgerlichen Seiten ist die Gründung selbständiger Mutterschaftsversicherungen empfohlen worden. Genossin Braun wendet sich — unserer Meinung nach mit Recht — dagegen. Es wäre aber ganz unmöglich, durch eine weit ausgedehnte Mutterschaftsversicherung den Krankenkassen noch eine bedeutende Rechtsbelastung aufzubürden, ohne ihre weitere Einnahmequellen zu erschöpfen. Genossin Braun beschränkt deshalb eine Reorganisation des gesamten Versicherungswezens. Sie empfiehlt eine organische Verbindung der Kranken- mit der Invalidenversicherung, ferner eine Zentralisation der Krankenkassen. Die Versicherung der Mutterschaft gehört naturgemäß in den Rahmen der Krankenversicherung; ist es doch nicht allein Aufgabe der Krankenkassen, bestehende Krankheiten zu beseitigen, sondern überhaupt zu verhüten. Und gerade mangelnde Wochenpflege ist es, welche die Frauen dauernd krank macht, nicht zum Vorteil der Kassen. Aber wie soll eine Rechtsbelastung der Krankenkassen ermöglicht werden. Genossin Braun schlägt vor, die Mittel durch einen Aufschuß des Staates zu decken. Der Staat könnte sich selbst die Quelle dafür öffnen durch Einführung einer progressiven Einkommensteuer. Sie hält diese Forderung nicht für undurchführbar. Schon aus dem Grunde nicht, weil der Staat bei der Frage eminent interessiert sei, weil es ihm darauf ankommen müsse tüchtige, brauch-



häre Soldaten zu erhalten. Für und hat die Forderung natürlich eine viel eminentere soziale Bedeutung.

Die weitere Forderung geht dahin, allen schwangeren Arbeiterinnen und Wöchnerinnen — verheirateten und unverheirateten — auf die Dauer von 4 Monaten eine Unterführung zuzulassen zu lassen, die stets die volle Höhe des Lohnes, in besonderen Fällen die Hälfte darüber hinaus erreichen müßte. Körperliche Pflege und die Dienste der Hebamme müßten den Schwangeren und Wöchnerinnen durch die Kasse gesichert werden, ebenso eine Hauspflege, so lange die Mutter nach ärztlichem Befund außerstande ist, ihr Hauswesen selber zu besorgen. Wo Schwangeren und Wöchnerinnen die nötige Ruhe, gute Luft und Sorgfalt in der eigenen Hauslichkeit nicht zu teil werden kann, soll Aufnahme in Wöchnerinnenheimen und Entbindungsanstalten erfolgen. Die Mutter soll auch, wenn sie nach Ablauf von 18 Wochen auf ihre Arbeitsstelle zurückkehrt, den Nachweis erbringen, daß ihr Kind während ihrer Abwesenheit entweder privat oder in einem Säuglingsheim gut untergebracht ist. Um allen arbeitenden Müttern die Wohlfahrt zu sichern, soll die Krankenversicherung zwingungsweise auf sämtliche Arbeiterinnen ausgedehnt werden, auch auf solche nichterwerbstätigen Frauen, deren Einkommen nicht 3000 Mark jährlich beträgt. Die Verfasserin bemerkt, daß alles Angedachte nur schrittweise zu erreichen sei. Der bisherige Gang der ganzen Arbeiterbewegung bürgt schon dafür, daß Reformen sich nicht überstürzen. So sehr wir von der gerechten Forderung: „Schutz für Mutter und Kind!“ überzeugt sind, ebenso gut wissen wir auch, daß es noch harter Kämpfe, vieler Anstöße bedarf, um einen Broden nach dem anderen zu bekommen. Die idealen Zustände, welche Lily Braun anstrebt, werden in der heutigen Gesellschaftsordnung wohl eine Utopie bleiben. Erst wenn die sozialistische Gesellschaft die kapitalistische ablöst, wird die vollständige Durchführung derartiger berechtigter Forderungen möglich sein.

**Vorsigwalde-Teget.** Mittwoch, den 3. Oktober, abends 9 1/2 Uhr, bei Kube in Vorsigwalde. Vortrag, Fräulein Krauß: „Einiges aus der französischen Revolution.“

## Gerichts-Zeitung.

**Zwei Urteile.** Die Düsseldorf Strafkammer fällte zwei Urteile, welche nebeneinander gestellt zu werden, Kommentator zu bringen, ist überflüssig, weil sie für sich selbst sprechen. Eine arme Frau hatte, um für 25 Pf. Waren geborgt zu erhalten, einen falschen Namen benutzt; Strafe drei Monate Gefängnis.

Der Kaufmann Louis Hahn hatte eine „großartige“ Pleite gemacht und sich nun wegen liederlicher Führung der Geschäftsbücher, wegen Nichtziehung von Bilanzen, wegen Schädigung seiner Gläubiger durch Verschwendung und wegen Schiebungen zum Nachteil seiner Gläubiger vor Gericht zu verantworten. Es wurde festgestellt, daß Hahn schon jahrelang mit Unterbilanz gearbeitet hatte, trotzdem aber flott darauf losgelebt und für sich pro Jahr mindestens 28 000 M. brauchte. Das lustige Leben setzte er während des Konkurses noch fort und schied ganz kaldbütig dem Konkursverwalter die Rechnungen. Hahn hat überhaupt in einer Weise gewirtschaftet, daß seine Gläubiger nur einige Prozent erhielten. Der Konkursverwalter erklärte, Hahn sei ein Mensch, der nur beabsichtige, auf Kosten der Lieferanten gut zu leben. Das Gericht verurteilte diesen Schwindler ebenfalls zu drei Monaten Gefängnis.

### Schadenersatz für verspätet erhaltenes Zeugnis.

Eine wichtige Entscheidung bezüglich der Schadenersatzpflicht des Prinzipals im Falle eines verspätet ausgestellten Zeugnisses fällte gestern die dritte Kammer des Kaufmannsgerichts. Der Kläger Karl W. war von dem Geschäftsführer der hiesigen Filiale der Rohstoffabrik von Karl Lehmann, die ihren Hauptsitz in Bremen hat, als Buchhalter und Reisender für das Berliner Zweiggeschäft engagiert worden. Ende Februar kam es zwischen dem Filialleiter und dem Kläger zu Mißverständnissen, die schließlich dazu führten, daß dieser am 8. März aus der Firma austrat und gegen eine Abfindungssumme auf weitere Ansprüche verzichtete. Beim Austritt wurde ihm auch sofortige Zusendung des Zeugnisses versprochen, er erhielt es jedoch trotz inzwischen erfolgter Wohnung erst am 15. März zugesandt. Der Kläger behauptet nun, daß es ihm infolge des fehlenden Zeugnisses zur Unmöglichkeit gemacht wurde, eine geeignete Stellung zu finden, und beansprucht für den Ausfall eine angemessene Entschädigung. Der Beklagte wendet dagegen ein, daß sich die Verzögerung dadurch erkläre, daß erst eine Korrespondenz mit dem Stammhaus stattfinden mußte, da die

Zeugnisse stets von diesem ausgestellt würden. Eine absichtliche Verschleppung sei vom hiesigen Zweiggeschäft keineswegs beabsichtigt gewesen.

Das Kaufmannsgericht erachtete ein Verschulden der beklagten Firma für vorliegend und erkannte dem Kläger 49 M. als Entschädigung für 9 Tage, und zwar vom 8. bis 15. März zu. Es sei die Pflicht des Prinzipals, den Angestellten umgehend in den Besitz seines Zeugnisses zu setzen, damit ihm nicht die Möglichkeit geraubt werde, sich sofort um Stellung zu bemühen. In Anbetracht dessen, daß im vorliegenden Falle das Stammhaus außerhalb liege, sei vom Gericht eine Kesselfrist von drei Tagen als ausreichend erachtet worden. Da der Kläger am 3. März austrat, so sei es der Beklagten sehr wohl möglich gewesen, ihn bis zum 6. März in den Besitz des Zeugnisses zu setzen, so daß an diesem Tage die Regreppflicht der Firma einsetzt.

Um einen gemeingefährlichen Diebespezialisten, vor dessen Treiben seinerzeit öffentlich gewarnt wurde, handelte es sich in einer Strafsache, die gestern die zweite Strafkammer des Landgerichts III beschaffte. Wegen schweren und einfachen Diebstahls sowie Anstiftung zum Diebstahl in einem weiteren Falle war der aus der Haft vorgeführte Monteur Paul Linke angeklagt. — Im Juni dieses Jahres wurden mehrere Wohnungsinhaber durch zwei mit einem neuartigen Trick arbeitenden Diebe in teils sehr erheblicher Weise betrogen. In den vornehmen Stadtvierteln in „Berlin W.“ und in Charlottenburg erschienen zwei Personen in blauen Monteurkitteln und mit verschiedenem Handwerkszeug versehen in den Wohnungen und gaben sich je nach den Umständen als Angestellte des Elektrizitätswerkes oder der städtischen Gasanstalt aus, die beauftragt wären, die Leitungen zu revidieren. Von besonders vorichtigen Wohnungsinhabern wurde nach der üblichen Legitimationsfrage, so daß die angeblichen Monteure unberührter Sache wieder abziehen mußten. In anderen Fällen wurde den dreisten Dieben sogar bereitwillig alles geöffnet. Während einer von ihnen den Wohnungsinhaber an einer anderen Stelle in Anspruch zu nehmen wußte, brach der Komplize in aller Hast Spindeln und Kisten auf und entwendete alles Wertvolle. — Eines Tages erschienen die beiden Pseudomonteure in der Villa des Bankiers Fuhrmann in der Berlinerstraße 26. Es waren dies der Angeklagte und der Hilfsmonteur Paul Böhm. Unter der Angabe, sie wären Leitungsexperten der städtischen Elektrizitätswerke, gelang es ihnen, sich Eintritt in die Wohnung zu verschaffen. In einem unbedachten Augenblick öffnete der Angeklagte ein auf dem Toiletentisch stehendes Kästchen mit einem Nachschlüssel und entwendete daraus zwei Brillantringe und eine goldene Halskette im Werte von über 700 M. Die Beute wurde geteilt, jeder von ihnen erhielt einen Ring, die Kette wurde zerrissen und von Linke bei einem Goldarbeiter in der Aderstraße versilbert. Einige Tage später wurde der Wohnung des damaligen Legationsrats v. Vilgrin-Baltag, jetzigen Ministerpräsidenten in Gattinje (Montenegro), am Kurfürstendam 23, ein Besuch abgestattet. Der Angeklagte gab sich auch hier als Angestellter des Elektrizitätswerkes aus und wurde von dem Herrn v. B. selbst in der Wohnung herumgeführt und auf verschiedene Mängel aufmerksam gemacht. Als v. B. den Angeklagten dann auf wenige Minuten allein ließ, öffnete dieser mit einem Dietrich einen Schrank und entwendete zwei silberne Geldbörsen mit einem Inhalt von 380 M. Diese Geldbörsen sollten später zu Veräutern werden. Der Angeklagte hatte ein dieser wertvollen Taschen und einen der Brillantringe seiner Frau geschenkt. Der Besitz dieser wertvollen Gegenstände fiel bei dem Raub auf. Auf diese Weise kamen die Diebstähle zur Entdeckung. Der mitbeteiligte Böhm wurde später aus der Haft entlassen und hat es nunmehr vorgezogen, sich in Amerika weitere Beschäftigung zu suchen. — Der Staatsanwalt hielt es für angebracht, dem Angeklagten mit Rücksicht auf sein offenes Geständnis mildere Umstände zuzubilligen und beantragte ein Jahr sechs Monate Gefängnis. Rechtsanwalt Bahn plädierte auf Zuerkennung einer erheblich milderen Strafe mit Rücksicht auf die bisherige Unbescholtenheit des L., zumal auch dem Bestohlenen kein Schaden erwachsen, sondern sämtliche Gegenstände zurückgegeben seien. Der Gerichtshof erkannte in Anbetracht der Gemeingefährlichkeit derartiger Diebstähle auf ein Jahr Gefängnis.

## Versammlungen.

Mißstände in städtischen Betrieben wurden am Freitag in einer Versammlung der bei den Revier-Inspektionen der städtischen Gaswerke beschäftigten Arbeiter erörtert. Die Klagen, welche da vorgebracht wurden, bezogen sich hauptsächlich auf das 11. und das

22. Revier. Vereinzelt würde auch über andere Reviere geklagt und betont, daß Mißstände, wie sie vom 11. und 22. Revier vorgebracht wurden, auch in anderen Revieren bestehen, es habe sich nur keiner gefunden, der die Beschwerden hier zum Ausdruck brachte. Andererseits wurde aber auch bemerkt, daß es Reviere gibt, wo die gerügten Mißstände nicht anzutreffen sind, was darauf zurückgeführt wird, daß sich die Arbeiter dieser Reviere eben nicht jede willkürliche Handlung ihrer Vorgesetzten ruhig gefallen lassen, sondern darauf halten, daß sie nach Recht und Billigkeit behandelt werden. — Was nun die in der Versammlung vorgebrachten Klagen selbst betrifft, so bezogen sich die meisten derselben auf ein in manchen Revieren herrschendes System der Antreiberei. Es wurde angegeben, daß man den Arbeitern, welche den Stand der Gasmesser aufnehmen, die Gasmesser revidieren und die Selbstkosten des Gasanomotoren holen, ein bestimmtes Arbeitspensum vorschreibt. In einem Arbeitstage von 10 Stunden soll ein Arbeiter den Stand von 130—150 Gasmessern aufnehmen, ja in einem Revier werden 150 Aufnahmen sogar als das Mindestmaß dessen bezeichnet, was ein Arbeiter zu leisten habe. Etwas weniger fertig, so werde er als faul bezeichnet. Ein Pensum von 120 bis 150 Aufnahmen könne unmöglich geleistet werden, wenn die Arbeit gewissenhaft, wie es die Arbeitsordnung vorschreibt, ausgeführt werden sollte. Wenn unter günstigen Umständen wirklich ein solches Maß von Aufnahmen ausgeführt werde, dann könne man sicher erwarten, daß viele falsche Aufnahmen mit unterlaufen. Die Aufnahme des Standes der Wassermeßer erfolge durch Beamte, die täglich nur 27 Aufnahmen machen, die aber nicht als faul bezeichnet werden. Was über die Standaufnahmen gesagt wurde, das gelte auch für die Gasmesserrevisionen, deren täglich 70 verlangt werden und für die Entleerung der Automaten, wofür ein Pensum von 50 pro Tag festgesetzt sei. Auch das seien Arbeitsleistungen, die bei gewissenhafter Arbeit nicht ausgeführt werden können. — Auch über das Strafsystem wurde lebhaft geklagt. Es ist den Arbeitern verboten, ihre Frühstück- und Vesperpause in einem Schanklokal zu verbringen. Wenn jemand dabei betroffen wird, daß er zur Vesperzeit eine Tasse Kaffee in einem Lokal zu sich nimmt, so wird er mit einer Strafe von 1 M., in einem Revier sogar mit 4 M. belegt und in manchen Fällen wird der Besuch eines Schanklokals sogar mit der Kündigung bestraft. Diese Strafen sollen nicht in der Arbeitsordnung festgesetzt sein, sondern der Willkür der betreffenden Inspektoren entspringen. — Ferner wurde darüber geklagt, daß die festgesetzte Lohnkala nicht immer eingehalten wird und daß Arbeiter, nachdem sie 4 bis 6 Wochen krank waren, entlassen werden. — Von einem Revier wurde mitgeteilt, daß der Inspektor, als Arbeiter gebraucht wurden, nicht den Arbeitsnachweis benutzte, sondern nach einer Herberge in der Auguststraße schickte, um von da Arbeiter zu bekommen, die geeigneter seien wie die bisher Beschäftigten. — Auch dadurch fühlen sich die Arbeiter benachteiligt, daß sie bei Sonntagsarbeiten auf dem Revierbureau Reinigungsarbeiten und andere Verrichtungen besorgen müssen, die nicht gerade am Sonntag vorgenommen werden brauchen. — Auf einem Revier dient den Arbeitern ein Kellerraum von 7 Meter Länge und 4 Meter Breite als Aufenthaltsort für 60 Personen, auch über fehlende Waschgelegenheit beklagten sich die Arbeiter desselben Reviers. Vom 22. Revier wurde berichtet, daß dort einer der Schreiber mit Bier handelt, während ein anderer Bücher und Schriften, wie „Illustrierte Zeitung“, „Nimm mich mit“ und dergleichen vertreibt, und daß die Arbeiter, welche nicht zu den Kunden der handeltreibenden Schreiber gehören, im Bureau nicht gut angesehen sind. — Schließlich wurde aber auch betont, daß das Bestehen von Mißständen der erwähnten Art zum Teil von den Arbeitern mitverschuldet sei, welche die Pflicht der Solidarität vernachlässigen und sich nicht um ihre Organisation kümmern.

## Eingegangene Druckschriften.

**Deutscher Arbeiter-Notizkalender für das Jahr 1907.** 12. Jahrgang, Preis 72 Heller. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung Ignaz Brand.  
**Paul Zwerendach.** Der Zusammenbruch Preußens im Jahre 1806. Mit 100 Illustrationen und Beilagen nach zeitgenössischen Darstellungen. Preis 8 M., geb. 8 M. Verlag von Eugen Diederich, Jena 1906.  
**Gutenachtliche Sammlung.** Nr. 14. Preussische Gesele. Kommunalabgabengesetz. J. Gutenacht, Verlagbuchhandlung, Berlin 1906.  
**Paul Kampfmeyer.** Das moderne Proletariat. Preis 1 M. Im Abonnement (10 Hefte) 80 Pf. Pan-Verlag, Berlin W. 35.

**Theater.**  
Freitag, 28. September.  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Obernhaus, Margarete.  
Schauspielhaus. Die Journalisten.  
Weiten, Gasparone.  
Vorabend, Fra Diavolo.  
Deutsches. Ein Sommernachts-  
traum.  
Anfang 8 Uhr.  
Jelling, Rosmerholm.  
Berliner. Sherlock Holmes.  
Schiller O. (Wallner-Theater.)  
Donna Diana.  
Schiller N. (Friedrich Wilhelm-  
städtisches-Theater.) Die Hoffnung  
auf Segen.  
Neues. Der bürgerliche Edelmann.  
Der Stammgast.  
Komische Oper. Hoffmanns Er-  
zählungen.  
Reifen, Triplepatte.  
Varietehaus. Die von Hochstetel.  
Central. Tausend und eine Nacht.  
Kleines. Ein idealer Gatte.  
Deutsch-Amerikanisches. Im  
wilden Westen.  
Thalia. Wenn die Bombe platzt!  
Luisen. Der Goldentel.  
Trianon. Der Hansfreund.  
Walhalla. Spezialitäten.  
Metropol. Der Teufel laßt dazu.  
Wald. Berlin im Dampfbad. Spe-  
zialitäten.  
Kajino. Alexander der Große.  
Folies Caprice. Der General-  
Konjunktur. Sünden der Väter.  
Wintergarten. Spezialitäten.  
Vasage. Spezialitäten.  
Reichshausen. Berliner Sänger.  
Urania. Tausend und eine Nacht.  
Abends 8 Uhr: Die Mosellande  
und ihr Weinbau.  
Sternwarte, Invalidenstr. 67/62.

**Ferdinand Bonn**  
**Berliner Theater.**  
Heute und folgende Tage:  
**Sherlock Holmes.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Neues Theater.**  
Anfang 8 Uhr.  
**Der bürgerliche Edelmann.**  
**Der Stammgast.**  
Sonnabend, Sonntag: Der Jubiläums-  
brunnen.  
**Kleines Theater.**  
Zum 89. Male:  
**Ein idealer Gatte.**  
Lord Goring. Harry Balden.  
Anfang 8 Uhr.  
Sonnabend: Man kann nie wissen.  
Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachtschl.  
Ab. 8 Uhr: Man kann nie wissen.  
**Komische Oper.**  
Heute abend 8 Uhr:  
**Hoffmanns Erzählungen.**  
Sonnabend: Carmen. Sonntag  
nachm.: Hoffmanns Erzählungen.  
Abends: Carmen.  
**Lovzing-Theater**  
Beilsteinstr. 7/8.  
Freitag, den 28. Septbr., 7 1/2 Uhr:  
**Fra Diavolo.**  
Abonnements gültig.  
Morgen Sonnabend, nachm.  
3 Uhr: Kabale und Liebe. Abends  
7 1/2 Uhr: Der Barbier von Sevilla.  
**Rixdorfer Theater**  
Bergstr. 147. Bürgerstr. Bergstr. 147.  
Leitung: Julius Türk.  
Vorabend, den 30. September:  
1. Vorstellung. Gastspiel des Fräulein  
Adèle Werra: Helmat.  
Schauspiel in 4 Akten von Hermann  
Sudermann.  
Kasseneröffnung 6 1/2, Anfang 7 1/2 Uhr.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Wallner-Theater).  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Donna Diana.**  
Aufspiel in 3 Aufzügen von Moreto.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Das Lumpengesindel.**  
Sonntag, nachm. 3 Uhr:  
**Maria Stuart.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Die Räuber.**  
Schiller-Theater N. (Friedr. Wilhelm-  
Th.).  
Freitag, abends 8 Uhr:  
**Die Hoffnung auf Segen.**  
Schiller-Drama in 4 Akten von  
Hermann Heijermans jun.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
**Frau Inger von Oestrot.**  
Sonntag nachm. 3 Uhr:  
**Web' dem der lügt.**  
Sonntag, abends 8 Uhr:  
**Die Hoffnung auf Segen.**  
**Zirkus Busch.**  
Abends 7 1/2 Uhr:  
**Aus der Puffta.**  
Original-Pantomime des  
Fictus Busch.  
**Die größte Tiger- und  
Löwengruppe**  
mit dem bisher noch nie gezeigten  
Kampftanz zwischen dem  
Dompteur **Willy Peters**  
und zwei wilden Tigern.  
**Mlle. Léris Loyal.**  
Ferner Auftreten sämtl. neu-  
engag. Künstler u. Künstlerinnen.  
**Residenz-Theater.**  
Direktion Richard Alexander.  
Heute und folgende Tage Anf. 8 Uhr:  
**Triplepatte.**  
Schwanz in 5 Akten v. Tristan Bernard  
und André Gide.  
Sonntag, 30. Sept., nachm. 3 Uhr:  
**Seine Kammerzofe.**  
**Folies Caprice**  
Linienstr. 132, Ecke d. Friedrichstraße.  
Direktion Felix Berg.  
**Der Generalkonsul** und  
**Die Sünden der Väter.**  
Ferdinand Grönecker im Solotell.  
Dienstag, den 2. Oktober:  
Premiere:  
**Das Provinzmädel** und **Das Modell.**  
Unter persönlicher Anwesenheit  
von Sorenassimus August XXVI.  
Vorverkauf von 10—2 Uhr und  
bei Wertheim.  
Anfang 8 Uhr.

**Zirkus Alb. Schumann.**  
Heute abend prächtige 7 1/2 Uhr:  
Das großartige Sportprogramm, u. a.:  
**Die größte Novität!**  
**Die fliegenden Menschen.**  
Les Rixfords  
Mr. Henrickssens einzig dastehende  
**größte Tiger-Gruppe.**  
Hier noch  
**Wilde Dressur.**  
Emir, das musikal. Wunder-  
tier, dressiert von  
Signor **Luigi Rossi.**  
**Auf der Puffta,**  
vorgef. v. Dir. **Alb. Schumann.**  
Mons. Guichonnet, Oberbetreuer seiner  
Majestät des Keren.  
Ferner sämtl. Spezialitäten, Clowns  
und Angiste.  
Sonntag, den 30. d. Sept., nachm.  
3 1/2 Uhr (ein Kind frei) und abends  
7 1/2 Uhr: 2 große brillante Gala-  
Vorstellungen.  
**Volks-Theater des Westens.**  
Spichernstr. 3, am Nürnbergerplatz.  
Freitag:  
**Die Waise aus Solwood.**  
Sonntag: **Einakter, Kabarett.**  
**Hasemanns Töchter.**  
**Trianon-Theater.**  
Heute und folgende Tage:  
Anfang 8 Uhr.  
Sonntag nachmittag 3 Uhr: Loulou.

**Urania.**  
Wissenschaftliches Theater.  
Heute im Theater 8 Uhr:  
**Die Mosellande und  
ihr Weinbau.**  
**ZOOLOGISCHER  
ZGARTEN**  
Täglich ab nachmittags 5 Uhr:  
**Großes  
Militär-Doppel-Konzert.**  
Jeden Abend 8 Uhr:  
Zum Gastspiel Ad. Philipp.  
**38. Im wilden  
Westen.**  
Male:  
Sonntag nachm. 3 Uhr halbe  
Preise: „Uebere großen Teich.“  
**Berliner Prater-Theater**  
Kastanien-Allee 7/8.  
Heute Freitag, 28. September,  
abends 7 1/2 Uhr:  
Premiere: **Deborah.**  
**Theater des Westens.**  
Station Zoolog. Garten, Kanstr. 12.  
Freitag 7 1/2 Uhr:  
**Gasparone.**  
Sonnab. 7 1/2 Uhr: Zar und Zimmer-  
mann. Sonntag nachm. 3 Uhr (halbe  
Preise): Der Waffenschmied. Abends  
7 1/2 Uhr: Der Zigeunerbaron

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr: Wiederauftreten von  
Franz Schenfeld.  
**Die von Hochstetel.**  
**Luisen-Theater**  
Reichendergitz. 34.  
**Der Goldentel.**  
Sonnabend: Die Hochzeit v. Volent.  
Sonntag nachm.: Frau v. Orleans.  
Abends: Goldentel.  
Montag: Eine Nacht in Berlin.  
**Bernhard Rose-Theater**  
früher **Carl Weiß-Theater.**  
Große Frankfurterstr. 182.  
Sonnab., 29. Sept.: Großm.-Vorstellg.  
**Der Millionenbauer.**  
Vollständ. m. Bes. in 4 Akten v. Kreßer.  
Anf. 8 Uhr. Sonntag u. folg. Tage:  
Dieselbe Vorstellung. Sonntag 3 Uhr  
zu 11. Preisen: **Eine Gefallene.**  
Blutvetterverbot täglich u. 10—2 Uhr  
und von 4—6 Uhr an der Theaterkasse.  
**W. Noacks Theater.**  
Direktion: Rob. Oll. Drummenstr. 16.  
**Maria Magdalene.**  
Bürgerl. Schauspiel in 3 Akten v. Hebel.  
Anf. 8 Uhr. Entree 30 bis 75 Pf.  
Sonnabend: Extra-Vorstellung:  
Um Nancy, oder: Was Gott zusammen-  
fügt, soll der Mensch nicht scheiden.  
**Kasino-Theater**  
Köthingerstr. 37. Täglich 8 Uhr  
**Alexander der Große**  
von Emil Thomas und Adolf Selig.  
Vorher das Eröffnungsprogramm.  
**Fröbels Allerlei-Theater**  
Schönhauser Allee 149.  
Neben Sonntag und Donnerstag:  
Stets erhellende Spezialitäten.  
Nach der Vorstellung: **Gr. Tanz.**  
Langleitung: **B. Sachse.**  
Anf. Sonntag 5, Donnerstag 8 Uhr.



# Metropol-Theater

Zum 6. Male:  
**Phila Wolff a. D.**  
**Der Teufel lacht dazu.**  
 Große humoristische Jahresrevue in 8 Bildern von Julius Freund. Musik von Viktor Hollaender. In Szene gesetzt vom Direktor Richard Schultze.  
 1. Bild: Die Sünde von Berlin.  
 2. Bild: Des Teufels Autofahrt (Kinematographische Reise).  
 3. Bild: Im sündigen Berlin.  
 4. Bild: Am Potsdamerplatz.  
 5. Bild: Des jungen Zöllern-Prinzen Bilderbuch.  
 6. Bild: Nach Algociras.  
 7. Bild: Von der Marokkokonferenz.  
 8. Bild: Die Tageszeiten (Ballett).  
**Anfang 8 Uhr.**  
 Ranchen in allen Räumen gast.

# Apollo-Theater

8<sup>45</sup> **Der Affe als Jockey.**  
 Original-Dressurakt.  
 9<sup>30</sup> **Die Seldoms**  
 plattische Darstellungen  
 1 Dame und 3 Herren.  
 10<sup>00</sup> **Berlin im Omnibus.**  
 Sonntag, 30. Sept., nachm. 3<sup>15</sup> Uhr.  
 Solbe Besche. Gr. Vorstellung mit dem vollständigen Spezialitäten-Programm.

# WINTERGARTEN

Letzte  
 Vorstellungen des glänzenden  
**Eröffnungs-Programms.**  
**Robert Steidl, Humorist.**  
 Das Erntefest, engl. Bollostaxone.  
 Benhair Gregory, Akrobat-Truppe.  
 Mia Werber, Sängerin.  
 Ida Fuller, Fantasie-Tänzerin.  
 Chung Ling Soo, chin. Zauberkünstler.  
 De Witt Burns und Torrance,  
 amerikanische Exzentriks.  
 Die Pissutti, Reftakt.  
 Ferry Corway, musikal. Clown.  
 Price u. Toledo, Kontorsionisten.  
 Der Biograph.

# Walhalla-Variété-Theater

Weinbergsweg 19/20  
 am Rosenthaler Tor.  
 Täglich: Große Vorstellung.  
**Chevalier Thorn**  
 im Traumlande.  
 Das fesche Damen-Regiment  
 S Germanias.  
 Adola Moran, Hans Hauser  
 die lustig. Katterin mit sein. neuert.  
 der Sahara, Schlägerin,  
 u. die übrig. Interess. Attraktionen.  
 Anf. 8 Uhr. Ranchen überall gefl.

# Colosseum

Dresdenerstr. 97.  
 15 erstklassige 15  
 Spezialitäten  
 Täglich: Konzert- u. Volks-  
**Kabarett.**  
 (Ohne Weinzwang.)

# Passage-Theater

Gastspiel  
**Josefine Dora**  
 in der Komödie  
**„Riecke“**  
 mit dem Schlager  
 „Emil du bist eene Pflanze“.  
 Außerdem  
 14 erstklassige Spezialitäten!

# Palast-Theater

Burgstr. 24, 2 Min. v. Bahnhof Börse.  
 Täglich 8 Uhr. Entree 50 Pf.  
**Das Riesen-September-Programm**  
 Vauvau, Deffur, Daymora, Itcob  
 Franz Gorré, Leopard Truppe,  
 Mandita, Hse und See,  
 Carmanelli Duo sowie  
**8 erstkl. Nummern 8**  
**Der Sommerleutnant.**  
 Familienferien, zum halben Stufen-  
 preis gültig, in Barber-, Friseur- und  
 Bazarangehörigen gratis zu haben.

# Buggenhagen

Moritzplatz.  
**Populäres Konzert**  
 unter pers. Leitung **Gustav**  
**Gottschalk.**  
 Eintritt 10 Pf. — Bands gelien.

# Zentralverband der Töpfer Deutschlands Filiale Berlin.

Morgen Sonnabend, den 29. September:  
**Ausflug ins Riesengebirge.**  
 Treffpunkt: abends 8 Uhr in der „Neuen Welt“, Hasenheide 108-114.  
 Unter anderen:  
**Schützenfest** in Rutendorf.  
**Zillerthaler Jodler** in der Schlef'schen Baude.  
**Volkskabarett** unter Leitung des Konferenziers **Signor Sobanski.**  
**Aufzug** am Kachelfall.  
**Begrüßung** durch den Oberbürgermeister **v. Pippenjere.**  
**Erscheinen** des Berggeistes **Rübezahl.**  
**Konzert, Tanz** und **Volksbelustigungen** aller Art.  
**Reigenfahrten**, ausgeführt v. Mitgl. d. Arbeiter-Radsfahrerb. „Solidarität“ 24.  
 Kollegen und Genossen von nah und fern sind hierzu freundlichst eingeladen.  
 Teilnehmerkarten a Person 0,50 M. sind in den mit Plakaten belegten Geschäften und in unserer Jahreshalle beim Gastwirt Erbe, vis-a-vis der „Neuen Welt“, Hasenheide 7-8, zu haben.  
**Das Komitee.**  
 Das Kassieren der Beiträge fällt am Sonnabend, den 29., und am Sonntag, den 30. d. M., aus. Das Bureau wird am Sonnabend abends 6 Uhr geschlossen. Der Vorstand. 201/20

## Zum Umzuge

empfiehlt es sich, betreffs der Neuanschaffungen ein bekannt grosses und leistungsfähiges Möbelspezialhaus aufzusuchen. Daher erbitten wir Ihnen werten Besuch zwecks Besichtigung unserer mehrere 1000 q mtr. grossen Ausstellungsräume. Bei uns finden Sie über 100 kompl. Einrichtungen und

## werden Sie überrascht!

zweitellos angenehm

von der Vielseitigkeit unserer Auswahl. Wir führen alles vom einfachsten bis zum vornehmsten Genre. Bei uns ist jeder Gegenstand mit 2 festen Preisen ausgezeichnet. 1 Cassa- und 1 Teilzahlungspreis. — Streng reelle Bedienung.

Berlin's neuestes und vornehmstes Spezial-Möbel-Haus

# M. L. N.

M. Luckhardt Nachfolger, Spandauerstrasse 36-39  
 vis-a-vis dem Rathaus  
 Nur 1 Minute vom Volkemarkt.

Komplette Einrichtungen von 300-20000 M.

**Reichshallen.**  
 Täglich:  
**Stettiner Sänger**  
 Anfang  
 Hochentags  
 8, Sonntags  
 7 Uhr.

**Bernhard Rose-Theater**  
 Gehlendamm, Badstraße 63.  
**Die Rose von Avignon.**  
 Roman. Schauspiel in 4 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.  
 Stoffeneröffnung 7 Uhr. Anf. 8 Uhr.  
 Billetvorverkauf von 10-1 Uhr an der Tageskasse im Theater.

**Welt-Ausstellungs-Biograph (St. Louis)**  
 Theater lebender Photographien mit abwechselndem Abnormalitäten-Programm.  
 Verbindung mit größter Filmfabrik Frankreichs, daher täglich neueste Bilder.  
 ♦ Don ganzen Tag Vorstellung. ♦  
**Otto Pritzkow, Münzstr. 16.**

**Gustav Behrens Theater, Berlin O., Frankfurter Allee 85.**

**Sanssouci, Kottbuser**  
 Direction Wilhelm Reimer.  
 Sonntag, Montag, Donnerstag.  
**Hoffmanns Nordd. Sänger**  
 Stets neues hochinteressantes Programm.  
 Sonntag Beginn 5 Uhr, Hochentags 8 Uhr.  
 Jed. Dienst.: Theaterabend (Löwe-Ensemble.)

**Oderbrucher Gänse** Pfd. 65  
 auch ausgeschlachtet plundweise.  
**Gänserrümpfe** von 3 M. an.  
 Linsen und Lebern.  
 von 40 Pf. an.  
**Hirschfleisch** Blatt 60 u. 70.  
 Jg. Enten, Tauben, Fett-Suppenhühner.  
**A. Ritschl, Dresdenerstr. 61.**

**Kolossaler Erfolg**  
 des sensationellen neuen  
**September-Programms.**  
 22 Nummern.  
 Anfang 7<sup>15</sup> Uhr, Sonntags 5<sup>15</sup> Uhr.

**Dr. med. Karl Reinhardt**  
 Spezialarzt für Wasserheilverfahren etc.  
 jetzt Neanderstraße 12.  
 Sprechstunden für Privat- und Kassenpatienten  
 1/2-7. — Sonntags 10-11.  
 1614b

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
 für den  
**3. Berliner Reichstags-Wahlkreis.**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Genosse, Schneidermeister  
**Hermann Andrecht**  
 Müllerstraße 3  
 nach kurzem schwerem Krankenlager in 37. Lebensjahre verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute Freitag, den 28. September, nachmittags 5 Uhr, von der Halle des neuen Jakobikirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße, aus statt.  
 Um zahlreiche Beteiligung ersucht  
 211/5 Der Vorstand.

**Turnverein „Fichte“**  
 Mitglied des  
**Arbeiter-Turner-Bundes.**  
 Am Dienstag, 25. September, verstarb unser Turngenosse  
**Hermann Andrecht.**  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute nachmittags 5 Uhr von der Leichenhalle des neuen Jakobikirchhofes, Rixdorf, Hermannstraße aus statt.  
 Um zahlreiche Beteiligung bittet  
 1602b Der Vorstand.

**Todes-Anzeige.**  
 Allen Verwandten, Freunden und Genossen die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, Vater, Sohn, Bruder, Schwager und Onkel, der Tischler  
**Richard Kruschinsky**  
 im Alter von 48 Jahren am Sonntag, den 23. September, früh 4 Uhr plötzlich verstorben ist.  
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 29. September, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Freiwilligen Friedhofes, Pappelallee aus statt.  
 Die trauernde Witwe 1611b  
 Fr. Selma Kruschinsky geb. Doppe,  
 Frau Jahns, Schwägerin.

**Sozialdemokrat. Wahlverein**  
 I. d. A. Berl. Reichstagswahlkreis  
 (Landsberger Viertel).  
 Bezirk 181e.  
**Todes-Anzeige.**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Tischler  
**Richard Kruschinsky**  
 gestorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 29. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Freiwilligen Friedhofes in der Pappelallee aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 262/11 Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Tischler, Kollege  
**Richard Kruschinsky**  
 am 23. September plötzlich verstorben ist.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 29. September, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Freiwilligen Friedhofes, Pappel-Allee, aus statt.  
 Um rege Beteiligung ersucht  
 93/15 Die Ortsverwaltung.

**Stenographie System Arcus.**  
 Neuer Kursus in der deutschen Volkstanzschulung beginnt am  
 4. Oktober, abends 7<sup>15</sup> Uhr, im Restaurant Liebr. Grenadierstraße 35. Unterricht wochentlich. Lehrmittel 2 Mark. Dauer des Unterrichts 10 Stunden.  
 Damen und Herren werden höflich eingeladen.  
**Deutscher Arbeiterstenographenbund (Mitgliedschaft Berlin).**  
**PATENT**  
 Anm. v. Patentl. in-a. Bureau  
 Ausl. Verwerf. Finanzler, 1 Ref. Cou. Bedingung.  
 10-Tu. 4-8, Sonn. 11-11.

**Hermann Tischer!**  
 Zu Deinem 62. Geburtstage gratulieren Dir Deine Freunde aus der zweiten Abteilung. 1592b  
 Leb' glicklich! Ocker Bauer!

**Zentral-Verband der Steinarbeiter.**  
 Berlin I.  
 Am 22. September nach unerholter  
 Krankheit  
**Georg Kwasigoh**  
 infolge eines Baunfall.  
 Ehre seinem Andenken!  
 Die Beerdigung findet heute Freitag, den 23. d. Mts., nachmittags 3<sup>15</sup> Uhr, vom Leichenhaus, Hermannstraße aus, nach dem Gärtners-Richhof in der Müllerstraße statt. 18077  
 Zahlreiche Beteiligung empfiehlt  
**Der Vorstand.**

Allen Freunden, Verwandten und Bekannten die traurige Nachricht, daß meine liebe, gute Frau  
**Amanda Gimbel**  
 nach langen schweren Leiden am Dienstagabend 10<sup>15</sup> Uhr gestorben ist.  
 Die Beerdigung findet am Sonnabend nachmittags 1<sup>15</sup> Uhr vom Krankenhaus Bethanien aus nach dem Gärtners-Richhof statt.  
 1001b C. Gimbel, Raurer.

**Danksagung.**  
 Für die vielen Beweise inniger Teilnahme und die zahlreichen Krampenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes und unseres Vaters, des Arbeiters 1607b  
**Hermann Schmidt,**  
 lagen wir allen Verwandten, Freunden und Bekannten, besonders den Genossen des 536. Bezirks des sozialdemokratischen Wahlkreises des 6. Berliner Reichstagswahlkreises unsern herzlichsten Dank.  
**Witwe Emilie Schmidt nebst Kindern.**  
 Allen denen, die meinem lieben Mann die letzte Ehre erwiesen, dem Handelsreisendenverband und dem Kollegen der Wirtschaftsoffenschaft herzlichsten Dank. **Auguste Jentsch.**

**Danksagung.**  
 Freunden und Bekannten, insbesondere dem Verein der Zimmerer Berlins und Umgegend, sage für die rege Beteiligung und Krampenden bei der Beerdigung meines geliebten Mannes, unseres guten Vaters, meinen aufrichtigsten Dank. 24102  
 Die trauernde Witwe **Frau Bala** nebst Kindern.

**Dr. Simmel, Prinzen**  
 Str. 41,  
 Spezialarzt für 137/13  
**Haut- und Harnleiden.**  
 10-2, 5-7, Sonntags 10-12, 2-4.

**Charlottenburg.**  
 Anfertigung feiner  
**Herren-Garderoben** n. Maß.  
 Gr. Stofflager in engl. u. deutsch. Stoffen nur erstklass. Fabrikate.  
 Garantie guter Sitz. Solide Preise.  
**Karl Ehring,**  
 Schneidormeister, [2331L\*]  
**Lehnizstr. 75, parterre,**  
 nahe der Kantstraße.

**Cigarren**  
**Reinhard Hellmich**  
 Berlin N. 24,  
**Friedrichstraße 108 I.**  
 Zigarren in jeder Preislage von 25 Mark pro Millo an.  
 Verkauf nur in Original-Kisten von 100 resp. 50 Stück an.  
**Kein Laden.**

**Spezial-Möbel-Halle**  
**Harry Goldschmidt**  
 59 Moritzplatz 59  
 Ecke Stallschreiberstraße.  
 Nicht zu vergleichen mit Abzahlungs-Geschäften, welche Garderobe usw. führen.  
**Extra-Abteilung**  
 verliehen gewesener Möbel.  
 Wöchentliche oder monatliche Teilzahlung gestattet!

**Berliner Consum-Verein.**  
 1. Michaelkirchplatz 4  
 2. Krautstraße 7  
 3. Liebigstraße 7  
 4. Bornsdorferstr. 62  
 5. Havelbergstr. 6  
 6. Postdorferstr. 20  
 7. Emdenerstraße 50.  
 8. Rummelsburg: Türckschmidtstr. 6  
 9. Berlin-Stralau: Stralauer Allee 20A  
 10. Frankfurter Chaussee 103 } Friedrichsberg  
 11. Kronprinzenstraße 1 } Lichtenberg.  
**Heute neu eröffnet:**  
 12. Verkaufsstelle: **Erasmusstr. 5.**  
 13. **Roperniusstr. 33.** 200/20



Partei-Angelegenheiten.

An die Parteigenossen von Berlin, Teltow-Beeslow, Nieder-Barnim, Potsdam-Osthavelland!

Zu der im Oktober erscheinenden Lokalliste ersucht die Lokalkommission, alle Änderungen resp. Neuaufnahmen an die nachverzeichneten Kommissionsmitglieder bis spätestens Dienstag, den 2. Oktober etc., gelangen zu lassen:

Für den I. Wahlkreis an den Genossen Jakob Ege, Köhlerstr. 23.

Für den II. Wahlkreis an den Genossen Heinrich Schröder, Kreuzbergstraße 15.

Für den III. Wahlkreis an den Genossen Karl König, Jahnstraße 24.

Für den IV. Wahlkreis an den Genossen Karl Kott, Strahmannstraße 29.

Für den V. Wahlkreis an den Genossen Friedrich Kausch, Wilschstraße 12.

Für den VI. Wahlkreis an den Genossen Richard Henjchel, Wollinerstraße 51.

Für Teltow-Beeslow an den Genossen Karl Kohn, Rixdorf, Selchowstr. 22.

Für Nieder-Barnim an den Genossen Robert Nied, Rummelsburg, Kanitzstr. 22.

Für Potsdam-Osthavelland an den Genossen Karl Linz, Spandau, Mittelstr. 13.

Für alle übrigen Orte an den Obmann der Kommission. Wir ersuchen die Parteigenossen dringend, die Einreichung der Mitteilungen möglichst zu beschleunigen, damit wir in der Lage sind, eine Liste herauszugeben zu können, die auch allen Anspruch auf Vollständigkeit machen kann.

Den Kommissionsmitgliedern in den Orten der ländlichen Kreise zur Kenntnis, daß dieselben vor Herausgabe jeder neuen Liste sofort einen Bericht an den Obmann ihres Kreises einzuwenden haben, gleichgültig, ob Veränderungen vorgekommen sind oder nicht. Orte, aus denen ein Bericht nicht eingeht, werden in Zukunft in der neuen Liste nicht aufgeführt.

Alle nach dem 2. Oktober einlaufenden Mitteilungen können nicht mehr berücksichtigt werden.

Bei dieser Gelegenheit weisen wir auch wiederum darauf hin, daß alle Zuschriften, Mitteilungen, Anfragen usw. stets durch die oben angegebenen Kommissionsmitglieder an den Obmann der Kommission zu richten sind und nicht, wie es leider noch sehr häufig geschieht, direkt an die Redaktion des „Vorwärts“, da hierdurch nur unnötige Verzögerungen eintreten, welche eine eventuelle Publikation der betreffenden Mitteilungen illusorisch machen können.

Der Obmann der Lokalkommission: Richard Henjchel, N. 28, Wollinerstraße 51 II.

Zur Lokalliste. Am Samstag, den 29. d. Mts., veranstaltet der Lotterieverein „Gemütlichkeit“ in dem neueröffneten Lokal „Grand-Hotel Rordischer Hof“, Zwickauerstr. 125/26, sein drittes Stiftungsfest. Wir weisen die Parteigenossen darauf hin, daß uns das genannte Lokal zu Versammlungen nicht zur Verfügung steht und ersuchen, dies genau zu beachten.

Die Lokalkommission.

Sechster Wahlkreis. Sonntag, den 30. September, bei Fritz Wille, Brunnenstr. 188, Versammlung. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Davidsohn über: „Ursprung und Ziele der Arbeiterbewegung.“ Anfang 6 Uhr. Nach dem Vortrage gemütliches Beisammensein.

Graf-Becken und Umgegend. Am Sonntag, den 30. September, nachmittags 2 Uhr, findet im Gasthof zur „Palme“ eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen statt. Genosse Wable-Berlin wird über die neuesten Steuern und die Aufgaben des arbeitenden Volkes referieren. Die Wichtigkeit der Themas erfordert zahlreichen Besuch der arbeitenden Bevölkerung. Nach der öffentlichen Versammlung findet Wahlvereinsversammlung statt.

Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Aus der Stadtverordnetenversammlung.

Ist Krankheit ein Vergnügen? Der Berliner Magistrat ist geneigt, diese Frage unter gewissen Voraussetzungen zu bejahen. Gestern verkündete er es durch den Mund des Stadtrats Ramslau, daß wenigstens für Gemeindeglieder ein Krankheitsurlaub vollwertiger Ersatz für den ihnen zustehenden Erholungsurlaub sein könne.

Die Leser des „Vorwärts“ kennen die Verfügung, durch die der Magistrat dreißig das Recht der Gemeindeglieder auf Erholungsurlaub zu beschränken versucht hat. Ein Antrag der sozialdemokratischen Fraktion schlug der Stadtverordnetenversammlung vor, vom Magistrat die schleunigste Aufhebung dieses skandalösen Ukas zu fordern. Unter Genosse Wenzl, der den Antrag begründete, geißelte nach Gebühr die Engherzigkeit und Kleinlichkeit, aus der die Verfügung hervorgegangen ist. Er zeigte, daß durch sie das bisherige Urlaub, das vor einigen Jahren für die Gemeindeglieder erreicht wurde, seitdem wieder verflümmert wird. Seine Vermutung, dem Magistrat tue es wohl leid, daß damals das Recht auf Urlaub überhaupt zustande gekommen ist, dürfte das Richtige getroffen haben.

Stadtrat Ramslau hatte den Mut, den Ukas zu verteidigen; unferes Redners Appell an das Gerechtigkeitsgefühl war ohne Eindruck auf diesen Mann geblieben. Herr Ramslau bestritt sogar, daß in den Kreisen der Gemeindeglieder Erbitterung über dieses Attentat auf das Urlaubsrecht herrsche. Offenbar wußte er nicht, daß die sonst fast immer unentwegt magistratsstreu „Alte Linke“ diesmal dazu gelangt war, den Sozialdemokraten beizustimmen; andernfalls würde er wohl die Vorsicht gebraucht haben, sich etwas weniger forsch ins Zeug zu legen. Herr Cassel versicherte, daß auch er die Verfügung bedenklich finde. Er beantragte Einsetzung eines Ausschusses, in dem man den Magistrat um noch eingehendere Auskunft ersuchen werde. Uebrigens machte er kein Geheimnis daraus, warum ihn die Verfügung so sehr verdrieß. Ganz ohne Not, so sagte er, habe hier der Magistrat den Sozialdemokraten Gelegenheit gegeben, wieder einmal die Verwaltung anzugreifen. Dieses Geständnis des Vorkämpfers der „Alten Linke“ zeigte, wie unbehagen die Kritik unseres Genossen dem Stadtfreisinn ist und wie sehr ihre Mitarbeit an der Gemeindeverwaltung als Schutzwehr gegen Uebergriffe wirkt.

Außer dem Magistratsvertreter wagte kein Redner, die Verfügung zu verteidigen. Auch Herr Rosenow tabelte sie. Wir haben das besonders hervor, weil gerade er vor

drei Jahren in dem Streit um den Urlaub mit Eifer dafür gesprochen hat, daß man den Gemeindegliedern nur ja nicht zuviel gewähre. Man sieht, wie die Furcht vor der Sozialdemokratie auf den Freisinn wirkt. Uebrigens läßt sich an Herrn Rosenow und seiner Stellung zur Urlaubsfrage demonstrieren, wie sehr die gesamte Arbeiterbevölkerung daran interessiert ist, daß die Arbeits- und Lohnverhältnisse der Gemeindeglieder möglichst günstig gestaltet werden. Vor drei Jahren warnte Rosenow, den Gemeindegliedern zu viel zu gewähren, weil das Beispiel der Stadtgemeinde auf die Privatindustrie zurückwirken werde. Er meinte das gute Beispiel, das damals die sozialdemokratische Fraktion der Stadt zumuten wollte. Aber auch ein böses Beispiel, wie die Stadt es jetzt wieder gibt, pflegt vorbildlich zu wirken.

Die von uns gerügte Verzögerung der Beratung der Willkür- und Lustbarkeitssteuerordnung gibt der „Voss. Zeitung“ Veranlassung zu einigen Bemerkungen, auf die wir zurückkommen möchten, da wir erst nachträglich auf die Notiz aufmerksam wurden. Unsere Darstellung der Sachlage wird von der „Vossischen“ als richtig anerkannt, nur wird betont, daß die Abhebung dieses Gegenstandes von der Tagesordnung der gestrigen Sitzung auf Wunsch des Genossen Singer geschähe sei, und zwar mit Rücksicht auf den Umstand, daß er und andere sozialdemokratische Mitglieder der Stadtverordnetenversammlung an diesem Tage nicht in Berlin sein können, aber ein Interesse haben, an dieser Debatte teilzunehmen. Deshalb sei ersucht worden, die erste Lesung nicht am letzten Sitzungstage im September, sondern am ersten Donnerstag im Oktober vorzunehmen. Was hier die „Vossische Zeitung“ sagt, ist richtig, damit wird aber unsere Klage nur unerheblich beeinträchtigt. Die sozialdemokratische Fraktion hat in der letzten Sitzung vor den Ferien, also Ende Juni, in welcher die Willkür- und Lustbarkeitssteuerordnung auf der Tagesordnung stand, ganz entschieden die Erledigung dieser Vorlage gefordert. Das geht auch ganz deutlich aus dem stenographischen Bericht hervor. Der Vorsitzende hatte damals vorgeschlagen, den Buntl abzugeben. Tagesgenosse Singer: Meine Herren, ich möchte bitten, dem Vorschlage des Herrn Vorsitzenden keine Folge zu geben. Ich habe die Ueberzeugung, daß es im Interesse der Bürgerschaft, der mit Recht erfolgte großen Beunruhigung gegenüber dieser Vorlage dringend notwendig ist, diese Sache so schnell wie möglich zu erledigen. Wenn es nach meinem persönlichen Wunsche ginge, den meine Freunde teilen, so würde eine sofortige schnelle Abhebung in allen Teilen das Einzige sein, was man dieser Vorlage gegenüber tun kann neben dem Bedauern darüber, daß eine solche Vorlage überhaupt möglich ist. Man kann das nur dadurch erklären, daß die Steuerpolitik, die im Reiche eingeführt ist, auf Berlin abgefärbt hat.

Langerhans: (Unterbricht). Singer: Diese Vorlage ist meiner Ansicht nach nicht eines Ausschusses noch einer längeren Beratung würdig. Ich würde glauben, daß wir die Interessen der Bürgerschaft dadurch am besten wahren, daß wir in die Diskussion eintreten und die Sache heute erledigen. Jedenfalls werden meine Freunde und ich gegen die Abhebung der Vorlage von der Tagesordnung stimmen. Kommissen: für Vertagung. — Jacobi: für Vertagung. Ewald: Ich möchte Sie bitten, meine Herren, die Vorlage heute nicht abzulegen, sondern zu beraten. Versuchen Sie sich in die Lage der Gastwirte, die jetzt ihre Stutz aufstellen sollen, die jetzt geschäftliche Abschlüsse für den Winter machen! Diese Leute wissen nicht, was sie nehmen und wie sie ihre Geschäfte einrichten sollen. (Zuruf.) Sie können doch darüber nicht urteilen, das müssen diejenigen wissen, die sachverständig sind. Kommissen: für Vertagung. Wird beschloßen.

Hätte man damals unserm Verlangen auf Beratung stattgegeben, so läge für uns heute kein Grund vor, über Verzögerung zu klagen. Wenn Genosse Singer wünschte, die Beratung der Vorlage nach der wiederholten Abhebung nicht in dieser Woche, sondern erst in der nächsten vorzunehmen, so nur deshalb, um bei einem voll besetzten Saale die wirkliche Meinung der Stadtverordnetenversammlung festzustellen.

Wie man Jugendliche als Gefinde nach Ostpreußen verschickt. Der „Verein zur Besserung der Strafgefangenen“ vermittelt Arbeit nicht nur den entlassenen Strafgefangenen, sondern gelegentlich auch unbestraften Personen, die in ihrer Not sich an ihn wenden. Auch jugendliche Unbestrafte bringt er in Arbeit. Unter 4335 männlichen Personen, denen der Verein im Jahre 1905 Beschäftigung nachweisen konnte, waren 4370 Erwachsene und 465 Jugendliche, 4614 Peinstraft und 221 Unbestrafte. Welcher Art die nachgewiesene Beschäftigung war, das wird in dem Jahresbericht nur für die Gesamtheit der Unterbrachten angegeben, ohne daß auch hier zwischen Erwachsenen und Jugendlichen oder zwischen Bestraften und Unbestraften unterschieden wird. Von den 4335 überhaupt unterbrachten männlichen Personen wurden allein 3890, also nahezu vier Fünftel aller, als „Landarbeiter, Aechte, Hofgänger“ verschickt.

Ueber die Grundzüge, die der Verein bei der Verschickung von Jugendlichen befolgt, haben wir aus Anlaß eines Spezialausflusses uns zu unterrichten gesucht. Was war bekannt geworden, daß das Arbeitsnachweibureau auch einen siebenzehnjährigen Jungen, der seinem in Rixdorf wohnenden Vater entlassen war, als „Hofgänger“ nach Reddenburg verschickt hatte. Der Vater hatte dem Jungen, der zum Bummeln neigte und manchmal erst sehr spät in der Nacht nach Hause kam, diesen Lebenswandel unterzogen. Da dem Jungen das nicht passte, so ging er auf und davon. Der Vater ließ ihn durch die Polizei suchen, doch blieb der Junge verschollen, und er wurde dann vorchristlichgemäß abgemeldet. Das war im Sommer 1905. Erst nach Verlauf eines vollen Jahres fand sich der Sohn wieder bei dem Vater ein und erzählte, was er inzwischen erlebt hatte. Ein Vierteljahr hindurch habe er auf Schlepplandspieren als Heizergehülfe die Spree und Havel befahren, Ende Oktober sei er dann zum „Verein zur Besserung der Strafgefangenen“ gegangen und habe durch ihn eine Stelle als „Hofgänger“ in Reddenburg erhalten.

Dem Vater schien das nicht recht glaubhaft — und uns auch nicht. Als ungläubig erschien es uns deswegen, weil wir meinten, daß Rinderjährlinge, die in Gesindedienst treten, hierzu der Erlaubnis des Vaters (oder seines Vertreters) bedürfen. Da im Direktorium des Vereins zahlreiche Leuchten der Rechtsgelehrtheit sitzen — der Präsident des Vereins ist Oberstaatsanwalt am Kammergericht, sein Stellvertreter ist Strafsanktionsdirektor und Amtsrichter a. D., der Schriftführer ist Gerichtsassessor, unter den Beisitzern finden wir den Minister des Innern, den Polizeipräsidenten von Berlin, den Präsidenten des Landgerichts I Berlin, einen vorragenden Rat im Ministerium des Innern, einen vortragenden Rat im Justizministerium usw. usw. — so wollten wir nicht annehmen, daß in dem Arbeitsnachweibureau dieses Vereins gesetzliche Vorschriften unbeachtet gelassen seien. Im übrigen verstand sich bei all diesen hochansehenreichen Herrschaften von selber, daß die Familie, die ja von dort so oft als Fundament der bestehenden Gesellschaftsordnung gepriesen wird, ihnen heilig sein mußte. Das war ein Grund mehr, den Angaben des wiedererfundnen Ausreißers mit Rührungen zu begegnen und daran zu zweifeln, daß das Bureau ihn ohne Einwilligung des Vaters als „Hofgänger“ vermittelt habe.

Auf unseren Rat schrieb der Vater zunächst mal nach Reddenburg, und da wurde ihm dann durch den Gutsinspektor unter dem

der „Hofgänger“ gearbeitet hatte, allerdings bestätigt, daß die Sache ihre Richtigkeit hatte. Der Inspektor schrieb auch, der Junge sei ihm als Unbestrafter überwiesen worden. Hiernach ging der Vater zum Arbeitsnachweibureau und führte Beschwerde darüber, daß man ohne sein Wissen über seinen Jungen verfügt habe. Doch der Sekretär Rohlmann belehrte ihn, der Junge habe ja ein Arbeitsbuch vorgezeigt, das genüge doch. Da wollte es nun uns wieder nicht recht glaubhaft scheinen, daß Herr Rohlmann das als „genügend“ ansehen könnte. War es etwa klandestiner Brauch beim Arbeitsnachweis dieses Vereins, Rinderjährlinge über die Köpfe der Eltern hinweg zum Gesindedienst nach den Gesilden Ostpreußens zu verschicken, sofern nur ein Arbeitsbuch vorgezeigt wurde?

Wir beauftragten einen Mitarbeiter unseres Blattes, auf dem Bureau um Auskunft zu bitten. Wieder erzählte Sekretär P., der Junge habe ja ein Arbeitsbuch gehabt, und er fügte hinzu, beim Verein sei es Brauch, das als genügend anzusehen. Herr P. ist in dem Bureau seit circa 20 Jahren beschäftigt, er kann also wissen, was dort Brauch ist. Da er verwundert fragte, was denn dabei sei, so erbat unser Mitarbeiter sich die Erlaubnis, auf diese Frage mit einer Darlegung seiner eigenen Meinung antworten zu dürfen. Als er die Ansicht aussprach, daß es doch unter allen Umständen — auch wenn man sich rechtlich zu nichts anderem verpflichtet glaubte — eine sittliche Pflicht gewesen sei, den Vater zu benachrichtigen, versicherte Herr P.: „Der Vater hat sich ja nicht um ihn gekümmert.“ — „Woher wissen Sie das?“ fragte unser Mitarbeiter. — „Aun, der Junge hat es doch erzählt!“ — „Das hat Ihnen genügt? Da haben Sie es nicht für nötig gehalten, Erkundigung einzuziehen? Und daraufhin beschimpfen Sie jetzt den Vater?“

Unsere Leser werden dieses Vergehen voll würdigen können, wenn wir ihnen sagen, daß der Junge auf dem Bureau, wie dort unser Mitarbeiter erzählt, seine Personalien richtig angegeben hatte. Es wäre also wirklich kein so schwieriges Auskunftsgewesen, zunächst den Vater auszuforschen, wenn man das gewollt hätte. Indes, so viele Umstände muß sich wohl ein sozialdemokratischer Zeitungsschreiber machen, wenn er Rührungen aufdecken und dem Unrecht wehren will, aber nicht das Arbeitsnachweibureau eines Vereins zur Besserung der Strafgefangenen, wenn es einen siebenzehnjährigen Jungen, der seinem Vater entlieft, nach Reddenburg verschicken will. Uebrigens wollen wir nicht verschweigen, daß der jetzige Vorsitzende des Vereins, Herr Kedes, der erst im Frühejahr 1906 eingetreten ist, unserem Mitarbeiter eine etwas andere Auskunft gab. Er versicherte, man sei wenigstens nach Kräften bemüht, bei Vermietung Rinderjährlinge die Einwilligung der Eltern herbeizuführen, indem man die Rinderjährlinge anweise, zunächst diese Einwilligung zu beschaffen. Aber auch er befähigte, auch ohne Einwilligung der Eltern würden Rinderjährlinge vermittelt, wenn nach ihrem Aussehen angenommen werden müsse, daß sie schwer oder gar nicht zu beschaffen sei.

Kar hebt, daß selbst hiernach das Verfahren, das das Bureau bei Verschickung von Jugendlichen befolgt, noch als eine öffentliche Gefahr bezeichnet werden muß. Wenn's einem Jungen zu Hause nicht paßt, laßt er zum „Verein zur Besserung der Strafgefangenen“ und läßt ihn etwas vor über die Schlechtigkeit seiner Eltern, die „sich nicht um ihn kümmern“. Er darf dann hoffen, auch ohne ihre Einwilligung in das ostpreussische Paradies der Landarbeiter verschickt zu werden, auf daß er mithilfe, unferer noch billigen Arbeitskräfte scheidenden Landwirte vor dem „Untergang“ zu bewahren.

Von der „städtischen Polizeiverwaltung“.

„Bericht der städtischen Polizeiverwaltung“, so nennt der Magistrat jetzt zum erstenmal seinen Bericht über die Verwaltung der städtischen Straßenpolizei, der nun für das Verwaltungsjahr 1905 vorliegt. In der Einleitung weist der Bericht darauf hin, daß im letzten Jahre der Bereich der der Stadtgemeinde übertragenen Polizei eine Erweiterung erfahren hat. Durch Statutenänderung vom 18. Februar 1905 wurde, wie wir damals gemeldet haben, die Ausübung der polizeilichen Aufsicht über die Ent- und Benutzungsanlagen der Grundstücke in Berlin der Stadtgemeinde übertragen. Die Verwaltung der Straßenpolizei, die ja der Stadtgemeinde schon seit 1876 zusteht, wurde hieron infomeren besonders berührt, als ihr jetzt die polizeilichen Funktionen für die öffentlichen, zugleich der Strafenentwässerung dienenden Kanalisationsleitungen übertragen wurden. Aus diesem Anlaß wurde auch im Frühjahr 1906 eine einheitliche Amtsbezeichnung aller Zweige der städtischen Polizeiverwaltung herbeigeführt. Die bisherige „Verliche Straßenbau-Polizeiverwaltung, Abteilung I und II“ firmierte von nun an: „Städtische Polizeiverwaltung, Abteilung I (Straßenbau) und Abteilung II (Grundstücke- und Entwässerung)“. Gleichzeitig wurde für die Verfolgung der Schulverhältnisse, die 1900 vom Polizeipräsident auf die Stadtgemeinde übertragen ist, die Amtsbezeichnung „Städtische Polizeiverwaltung, Abteilung III (Schulpolizei)“ eingeführt. Diese drei Bezeichnungen für die drei Zweige der „städtischen Polizeiverwaltung“ erschienen zum erstenmal im Entwurf des Stadthaushaltsplans für 1906. Mehr Polizeibeamtete hat man der Stadt Berlin bisher noch nicht eingeräumt. „Wem, aber aus gutem Herzen“ — nicht wahr? So sehr viel mehr will übrigens der Magistrat samt der freisinnigen Stadtverordnetenmehrheit ja selber nicht haben.

Die städtische höhere Weberschule unterhält einen Fortbildungskursus in der Weberei, Färberei, Aurbelstiderei und anderen Fächern, der für die Interessenten von erheblichem Vorteil ist. Es ist für den Aurbelstider von Nutzen, die Konstruktion und die Handhabung der Maschinen der verschiedenen Systeme kennen zu lernen, da den Lernenden in den Lehrstellen nur ein, höchstens zwei Systeme zur Verfügung stehen. Daneben besteht aber noch ein Tageskursus in der Aurbelstiderei. Während in den anderen Fächern nur gelernter Arbeiter der Branche den Unterricht benutzen können, werden in diesem Tageskursus junge Leute als Aurbelstider oder Stidierinnen angelehrt. Wer diesen Tageskursus besuchen will, muß seine frühere Beschäftigung an den Nagel hängen, da die Unterrichtsstunden so gelegt sind, daß die Lernenden nicht in der Lage sind, nach einer Beschäftigung nachgehen zu können. Der Unterrichtskursus muß bezahlt werden und der Lernende muß ein halbes Jahr auf seine Kosten leben können. Der Verband der Textilarbeiter macht nun darauf aufmerksam, daß die Lage der Branche durchaus nicht derart ist, daß die großen Opfer in irgend einem annehmbaren Verhältnis zu dem später zu erwartenden Verdienst stehen. Im Winter und Sommer je 6-7 Wochen Saison, das ist die Zeit, in der so viel verdient werden soll, um das ganze Jahr leben zu können. Wenn der halbjährliche Kursus in der Weberschule zu Ende ist, ist auch die Saison beendet, und so helfen diese Ausgelernten nur das Heer der Arbeitslosen vergrößern. Und der Verdienst selbst? Ein Stundenlohn von 50-60 Pf., das ist die scheinbar glänzende Lage der Aurbelstider.

Genug perfekte Stidier und Stidierinnen liegen arbeitslos auf der Straße, genug tüchtige Arbeiter kehren aus der Branche zu ihrer früheren Beschäftigung zurück, weil sie in der Stidierbranche zu viel vom Sterben und zu wenig zum Leben verdienen. Der Schuhmacher lehrt ruhig zum Leisten, der Weber zu seinem Webstuhl zurück.

Von diesen Gesichtspunkten aus betrachtet, sollte es sich ein jeder, der die Aurbelstiderei erkennen will, gründlich überlegen und sich eventuell an die zuständige Organisation, den Deutschen Textilarbeiterverband, Bureau O. 27, Androsstr. 61, wenden und näheren Aufschluß über die Lage in dieser Branche verlangen.

Die Berliner Feuerwehr erhält in den nächsten Tagen zwei Automobile, und zwar eine Dampfsautomobilreihe und ein



**Elektrautomobilsprihe**, mit denen dann umfangreiche Versuche und Probefahrten gemacht werden sollen.

**Die preussischen Minister und die Berliner Droschkenfutscher.**

Die Berliner Droschkenordnung vom 18. Februar 1905 bleibt bestehen. Die Eingaben und Beschwerden der Droschkeninteressenten dagegen sind nunmehr auch von der höchsten Instanz zurückgewiesen worden. Der Minister des Innern hat gemeinsam mit dem Handelsminister und dem Minister der öffentlichen Arbeiten dem Verband deutscher Lohnführer-Unternehmer auf seine Eingabe ein Antwortschreiben überfandt, in dem auf die einzelnen Beschwerdepunkte eingegangen ist. Die geforderte einheitliche Regelung für Berlin und die Vororte (Freizügigkeit der Droschken) lasse sich deswegen nicht durchführen, weil nach der Generalsanordnung das Droschkenwesen der ortspolizeilichen Regelung unterliege. Das Scheuklappenverbot könne nicht aufgehoben werden, weil bisher infolge des Verbots noch keine Pferde in Berlin ausdangiert worden seien; der Polizeipräsident habe vielmehr schon in einzelnen Fällen die Scheuklappen bei solchen Pferden zugelassen, die nachweislich nicht ohne dieselben gehen können. Die im Interesse der Fahrgäste vorgeschriebene Verkürzung der Velocine könne man nicht als Menschenquälerei bezeichnen, da in vielen Orten den Kutschern das Tragen von Velocinen überhaupt nicht gestattet sei. Die Erhöhung der Altersgrenze der Kutscher von 18 auf 21 Jahre habe zwar im Anfang einige Schwierigkeiten gebracht, sei aber im Verkehrsinteresse, sowie zum Schutze des Publikums notwendig. Uebrigens sei mit dem Inkrafttreten der neuen Droschkenordnung sogar eine Vermehrung der ausgegebenen Fahrausweise eingetreten. — Den Schulknechten gebe die neue Droschkenordnung nur da Recht zur vorläufigen Abnahme des Fahrausweises, wenn ein Kutscher in trunkenem Zustand im Betriebe betroffen wird. Der Polizeipräsident habe jedoch angeordnet, daß in solchen Fällen der Schulumann den Kutscher erst zur nächsten Polizeiwache zu bringen und die Abnahme des Fahrscheins dem Reviervorstand zu überlassen hat. — Auch im übrigen, so schließt das ministerielle Schreiben, „hat uns eine eingehende Prüfung der Bestimmungen der Droschkenordnung, deren wohlwollende Handhabung der Polizeipräsident den ihm unterstellten Beamten wiederholt zur Pflicht gemacht hat, zu Aufstellungen oder Bedenken keinen Anlaß gegeben; wir sind daher nicht in der Lage, eine Abänderung der Droschkenordnung anzuordnen.“

Nun wissen es die Droschkenfutscher, welcher Art das „Wohlfühlen“ ist, das man ihnen entgegenbringt.

Für die Automobilomnibuslinien sollten, wie schon früher gemeldet, feste Haltestellen, wie bei den Straßenbahnen, eingerichtet werden. Solche wurden während des Versuchsbetriebes durch Kösten der Omnibusgesellschaft markiert und ausgeprobt. Die Verkehrspolizei hat den ihr von der Gesellschaft unterbreiteten Plan genehmigt, der nun dem Magistrat zur Zustimmung vorliegt. Um die Bürgerfreigeist nicht mit noch mehr Tafeln usw. zu belasten, sollen die Haltestellen der Automobilomnibusse an den Laternenpfählen bezeichnet werden, wie dies durch Tafeln für die Straßenbahnen schon geschehen ist. Mit der Angelegenheit wird sich daher die städtische Gasdeputation demnächst beschäftigen.

Von einem Sonntagjäger schwer verletzt wurde der Wüdnersohn Marx, der gestern in die königliche Klinik eingeliefert wurde. Ein auf der Rehbühnerjagd befindlicher Berliner Kaufmann traf, als er nach einem aufsteigenden Volke schuß, den auf dem Acker beschäftigten M. so unglücklich, daß ein Schrotkorn dem Wüdnersohn in das linke Auge flog. Auf Veranlassung eines Arztes wurde der junge Mann nach der königlichen Klinik übergeführt, woselbst sofort eine Operation vorgenommen werden mußte, um eine völlige Erblindung des M. zu verhindern.

Der letzte Ausweg. In der christlichen Herberge zur Heimat in der Oranienstraße versuchte in der verflochtenen Nacht der 33jährige Monteur Kurt Diebe sich das Leben zu nehmen. D., welcher in der Mühlen- und Maschinenbauanstalt von Gebrüder Sedl in Dresden in Stellung war, kam gestern abend nach der christlichen Herberge zur Heimat, um dort zu übernachten. Heute morgen wurde er besinnungslos auf seinem Lager aufgefunden. Auf dem Stuhl vor seinem Bette stand eine leere Flasche, welcher ein scharfer Geruch entströmte. Ein sofort hinzugerufener Arzt stellte Phosphorvergiftung fest und veranlaßte die Leberführung des D. nach dem Krankenhaus am Urban. Das Motiv zu dem Selbstmordversuch ist nicht bekannt. Der Monteur hatte nur eine Mark in barem Gelde und mehrere Rechnungen der Sedl'schen Maschinenbauanstalt bei sich.

Vater und Kind verunglückt. Gestern nachmittag wollte der Gärtner Glaube, sein zweijähriges Töchterchen auf dem Arm tragend, den Fahrweg am Haleschen Tor überschreiten. Indem G. einem Straßenbahnwagen auszuweichen versuchte, lief er gegen das Pferd eines im Schritt vorbeifahrenden Geschäftswagens und wurde zu Boden gerissen. G. und das Kind wurden nach der Unfallstation am Tempelhofer Ufer gebracht, wo der Arzt bei beiden nur ungeschädliche Kontusionen feststellte. Vater und Kind wurden mittels Droschke nach ihrer in der Bülowstraße belegenen Wohnung gebracht.

Lebensdig verbrannt ist am 25. d. M. der 16jährige Schiffsbauernlehrling Herzog, der einzige Sohn einer Witwe, bei einem Brande, der nachts in der Stadt Britzerbe in der Habel ausbrach. Herzog stand am Fenster und rief in herzerweichender Weise um Hilfe. Nachdem er vergeblich längere Zeit gerufen hatte, obgleich das ganze Städtchen auf den Weinen war, suchte er sich rückwärts in dem schon brennenden Gebäude einen Rettungsweg und ist dabei in den Flammen umgekommen. Erst nachdem das Gebäude vollständig niedergebrannt war, fand man den total verkohlten Leichnam. Auf die Feuerfahrscheinheit von Britzerbe wirft dieser Vorfall kein günstiges Licht, wenn man erwägt, daß sämtliche Häuser nur zwei Stock hoch sind.

Opfer ihres Berufs. Zwei folgenschwere Abfälle werden vom gestrigen Tage gemeldet. Nachmittags verunglückte der 53jährige Dachdecker Gottfried Ring, Grüner Weg 78 wohnhaft. R. hatte auf dem Dache eines Gebäudes der Anhalter Güterbahn Reparaturarbeiten ausgeführt, tat dabei einen verhängnisvollen Fehltritt und stürzte in die Tiefe. Er zog sich schwere innere Verletzungen zu und wurde in fast hoffnungslosem Zustande in das Krankenhaus am Urban eingeliefert. — Bei einem Sturz aus der dritten Etage erlitt der Zimmergeselle Albert Bege aus Schöneberg lebensgefährliche Verletzungen. Er war auf dem Neubau Forststr. 75. In dem dritten Stockwerk mit dem Verlegen von Balken beschäftigt, verlor während der Arbeit plötzlich das Gleichgewicht und stürzte auf den Hof hinab. Der Verunglückte mußte ebenfalls mit schweren inneren Verletzungen dem Krankenhaus zugeführt werden. — Durch ein rollendes Faß schwer zu Schaden gekommen ist gestern nachmittags der Kutscher Wilhelm Hinz aus der Logofstr. 75. H. hatte gefüllte Biertonnen auf dem Grundstück der Schöneberger Schloßbrauerei von der Halle nach dem Wagen transportiert, stolperte plötzlich und fiel zur Erde. Das schwere Faß rollte ihm über die Unterschenkel hinweg, sodaß H. einen komplizierten Beinbruch erlitt.

Der Berliner Konsumverein, Zentralverwaltung Krautstr. 7, teilt mit, daß er heute seine 12. und 13. Verkaufsstelle eröffnet. (Nächstes Inserat.) Der Umsatz betrug im Juli 44 214 M. und im August 45 543 M. Auch in diesem Jahre soll eine Rückvergütung von 5 Proz. zur Verteilung kommen.

Der Verkauf von Straßenbahnabonnementskarten pro Monat Oktober d. J. findet in den Zeiten von 7,70 M., 10,20 M. und 20,40 M. außer bei den in Frage kommenden Dienststellen der Großen Berliner Straßenbahn auch wiederum in familiären Gesellschaften der Firma A. Jandorf u. Co., insbesondere auch in deren

neuestem Warenhaus am Kolonnenweg 1/2 vom 28. d. M. ab statt.

Jungen gesucht. Am 17. November 1905, abends zwischen 7 und 8 Uhr, erlitt die Witwe Ida Seefeld aus Belken einen Unfall, als sie aus dem von Oranienburg nach Berlin fahrenden Zuge auf der Station Schönholz ausstieg. Sie glitt auf dem Trittbrett eines Wagens dritter Klasse aus und fiel auf den Bahnsteig. Personen, die diesen Unfall der greifen Frau Seefeld wahrgenommen haben, werden gebeten, sich bei Herrn Rechtsanwalt Dr. Hermann Berg zu Berlin, Kommandantenstr. 22, zu melden.

Das Verbandsbuch Nr. 365 190, auf den Schlosser Ernst Lehmann, Berlin, Tiedstr. 24, lautend, ist gestern gestohlen worden. Es wird ersucht, dasselbe im Falle der Vernehmung anzuhalten.

Feuerbericht. Gestern, nachts um 2 Uhr, hatte der 3. Zug in der Rutzbuscherstr. 41 zu tun, wo Fußböden, die Balkenlage und anderes brannten. Um an den Brandherd zu gelangen, mußte die Wehr das Zwischengebäl aufreißen. Fast gleichzeitig mußte der 17. Zug in der Lindenstr. 60/61 einen ähnlichen Brand, der in einem Badezimmer ausgebrochen war, löschen. Ein Schaufensterbrand beschäftigte die Wehr in der Reinholdsdorferstr. 2. Nicht weit davon, in Müllerstr. 182, brannte eine Badestube. Ferner wurde die Wehr nach der Brenzlauerstr. 13, Auglerstr. 5, Schleißerstr. 46 und anderen Stellen gerufen.

**Vorort-Nachrichten.**

**Schöneberg.**

Die Wahlvereinsversammlung vom 25. September im Obfischen Lokale nahm zunächst ein Referat des Genossen Arbeitersekretär Ad. Ritter über das Thema „Deutsche Kulturbilder“ entgegen. Redner erinnerte in seinem Vortrage an das Wort, nach welchem angeblich „Deutschum — Freiheit und Kultur“ ausmache. Die augenblicklich in Preußen-Deutschland auf politischem wie wirtschaftlichem Gebiet herrschenden Zustände, meinte Redner, seien nicht dazu angetan, jenes Wort unbefleht als den Tatsachen entsprechend hinzustellen. Das Proletariat habe die unerschütterliche Ueberzeugung, daß erst durch die Umgestaltung der bestehenden Wirtschaftsordnung in eine sozialistische die Verwirklichung des Wortes: „Deutschum ist Freiheit — Deutschum ist Kultur!“ garantiert werde. — Redner schloß seinen beifällig aufgenommenen Vortrag mit einem Hinweis auf die Notwendigkeit energischer Aufklärungs- und Organisationsarbeit. — Diskussion fand nicht statt. — Den Bericht von der letzten Kreis-Generalversammlung erstattete Genosse Methfeld. Redner beschäftigte sich eingehend mit den dort mit Bezug auf die Tagesordnung des Parteitag's gemachten Ausführungen und mit der Besprechung der verhandelten Anträge zum Parteitag. — Genosse Wölling rügte, daß häufig dieselben Parteigenossen vom Kreise aus zum Parteitag delegiert würden. Seinen in diesem Sinne gestellten Antrag zog er zurück, nachdem ihm Genosse Ritter auseinandersetzte, daß er sich mit seiner Behauptung in einem Irrtum befinde. Unter „Verschiedenes“ machte der Vortragende eine Reihe von Mitteilungen. Zunächst wies er auf die mit dem 1. November in Kraft tretende Reueinteilung der Bezirke hin, zu der alle Vorbereitungen abgeschlossen seien. Durch die vorgenommene Verkleinerung der Bezirke werde einmal allen Mitgliedern die Möglichkeit gegeben, allmonatlich in nächstbeteiligten Lokalen zu den üblichen Zahlabenden zu erscheinen. Außerdem war die beschlossene Reueinteilung notwendig im Interesse zweckmäßiger, schlagfertiger Aktionsbereitschaft bei allen in Frage kommenden Organisations- und Wahlarbeiten. Diese Reorganisation werde uns neue Erfolge bringen. — Weiter erwähnte er die Genossen, in ihren Erholungsstunden vor dem Besuch bürgerlicher Lokaleitäten dem alten Obfischen Parteilokal den Vorzug zu geben. Der Verkehr in demselben stehe leider in einem Mißverhältnis zu der Stärke der Organisierten am Orte. — Ferner findet am 27. Oktober ein Lichtbildvortrag des Herrn Baage über das Thema: „Der Reich und seine Entwicklung“ statt, über den noch in den Oktober-Zahlabenden näheres zu erfahren ist. — In der „Urania“ wird am Sonntag, den 2. Dezember, „Der jüngste Ausbruch des Vesuv“ für die Mitglieder des Wahlvereins gegeben; Willetto hierzu a 65 Pf., einschließlich Garderobe, sind ebenfalls in den Oktober-Zahlabenden zu haben. — Der Arbeiterverein „Apollo“ hält diesen Sonnabend bei Obst ein Vergnügen ab. Da dieser Verein häufig bei unseren Vereinsvergügen mitwirkt, regte der Vortragende zur Unterstützung desselben den Besuch des Vergnügens an. — Zum Schluß wies Genosse Ritter noch kurz auf die am 30. September bei Obst stattfindende Versammlung der Zeitungsfrauen hin. Ebenso forderte er zu starker Beteiligung an der Anfang Oktober stattfindenden Flugblattverbreitung und zu zahlreichem Besuch der Oktober-Vereinsversammlung auf, in welcher der Bericht vom Parteitag erstattet wird.

**Niederlehme-Königsbühnenhanfen.**

„Was wollen die Sozialdemokraten?“ lautete das Thema eines Vortrages, den Genosse Emil Böste-Rizdorf in Niederlehme in der öffentlichen Volksversammlung am letzten Sonntag hielt. Der Referent verstand es in 1 1/2stündiger Rede, die Ziele der Sozialdemokratie den Anwesenden treffend vor Augen zu führen. Eine Diskussion fand nicht statt. Nach einer Aufforderung des Genossen Kaiser, kräftig zu agitieren, fand folgende Resolution einstimmige Annahme: „Die heute im Lokal von Garisch tagende Volksversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten, Genossen Böste, einverstanden und verspricht, in Zukunft mehr für die Ideen des Sozialismus einzutreten, vor allen Dingen sich auch der politischen Organisation anzuschließen.“

**Spandau.**

**Verunglückte „Christliche“ Werbearbeit.**

Unsere lieben Gewerkschaftsbrüder „in Christo“, die in Berlin trotz aller Agitation und Protektion auf seinen grünen Zweig kommen können, haben es gegenwärtig auf die Arbeiter der königlichen Militärwerkstätten in Spandau abgesehen. Mit richtigem Instinkt spekulieren sie auf die wohlwollende Fuldung der christlichen Gewerkschaften seitens der Staatsverwaltungsverwaltung, weil diese bekanntlich in ständiger Vorforderung lebt, daß die „Staatsarbeiter“ trotz aller Disziplin und aller Vorsichtsmaßnahmen bezw. Maßregeln nach und nach wohl sämtlich der modernen Arbeiterbewegung gewonnen werden könnten, eine Voraussetzung, die in den tatsächlichen Verhältnissen durchaus begründet ist. Es ist daher erklärlich, daß man von „oben“ trotz aller inneren Abneigung gegen jede Arbeiterorganisation den Christlichen in der Agitation für ihre Gewerkschaften momentan einen ziemlich weiten Spielraum läßt. Natürlich nutzen die guten „reichs- und kaiser-treuen“ Christenmenschen die Situation nach Kräften aus, um in den Staatswerkstätten mit ihrer Organisation festen Fuß zu fassen. Wie weit nun die „königlichen Arbeiter“ den christlichen Gewerkschaftsbewegungen Sympathie entgegenbringen, das zeigte sich recht drastisch in einer Versammlung, die am Dienstag im „Noten Adler“ zu Spandau stattfand, oder besser gesagt, stattfinden sollte. Einberufen war die Versammlung von den Christlichen. Auf den Ankündigungszetteln stand in hervorragendem Druck der bezeichnende Vermerk: „Zurechtwahl findet in dieser Versammlung nicht statt; ebenso sind Sozialdemokraten und freiorganisierte ausgeschlossen.“ Es waren denn auch zurecht 300 Arbeiter der Staatswerkstätten erschienen. Gedulbig ließen sie ein Referat des christlichen Gewerkschaftssekretärs Vanger aus Berlin über sich ergehen. Daß dieser gute Mann den üblichen Unsinn über die sozialdemokratischen Gewerkschaften verappte, war selbstverständlich. Kacheljuchend und mit der nötigen Würdigkeit ausgedrückt, nahm die Versammlung jene Ausfälle hin. Um so unverständlicher erschien es den Anwesenden aber, als der Referent dazugener suchte, daß es ein fundamentaler Irrtum der Spandauer Militärarbeiter sei, wenn sie glaubten, ihre Hoffnungen auf Inzeratenteil veranlagt. Th. Glöck, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Druckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW,

die sozialdemokratischen Gewerkschaften oder auf irgendwelche sozialdemokratische Vertretung setzen zu können. Sozialdemokratische Bestrebungen könne und werde die königliche Werkstättenleitung nicht dulden. Vor allem sei hier in Spandau durch Streiks nichts zu erzielen. Ein wohlwollendes Entgegenkommen den berechtigten Wünschen der Arbeiter gegenüber sei von der Verwaltung nur zu erwarten, wenn sich die Arbeiter fromm und ergeben den christlichen Gewerkschaften anschließen würden. Ungläubiges Stöpfchütteln der Anwesenden begleitete diese Ausführungen, obwohl ein anderer christlicher Redner dieselben noch extra zu bekräftigen suchte. Die Spandauer Arbeiter haben eben das Wohlwollen der Militärwerkstättenverwaltung seit Jahren in recht eigenartlicher Weise zur Genüge kennen gelernt. Diesen Empfindungen wollte darauf auch der zweite Bevollmächtigte „Handlle vom Metallarbeiterverband aus Berlin wörtlichen Ausdruck verleihen, der im Vertrauen auf die vielgerühmte „christliche Toleranz“ ebenfalls zu der Versammlung gegangen war. Die tapferen christlichen Obermänner aber, denen nicht nur die seltliche geistliche Kitzelung in Gestalt eines Pfarrers, sondern auch ein gewichtiger politischer Schatz in Gestalt eines Kommissars und mehrerer Schupleute zur Seite stand, waren wohl offenbar der Meinung, daß ihnen durch den Genossen Handlle das Konzept ihrer christlichen Werbearbeit verborgen werden könne. Sie ließen Toleranz Toleranz sein und verweigerten ihm die Worterteilung, weil die Versammlung nicht für sozialdemokratische Gewerkschaftler einberufen sei. Jetzt war es mit der Geduld der Anwesenden allerdings zu Ende. In heller Entrüstung protestierten sie gegen eine derartige Toleranzübung, und als das nichts half, da verließ der größte Teil von ihnen kurzerhand den Saal. Nur der Herr Pfarrer mit seinem Stabe und etwa 30 christliche Schächten blieben verdußt „allein auf weiter Flur“ zurück. Ihnen stand es jetzt frei, nach Herzenslust auf die sozialdemokratischen Gewerkschaftler zu schimpfen und „süße“ Betrachtungen darüber anzustellen, wie weit die Spandauer „Staatsarbeiter“ bereits von dem sozialdemokratischen Gift infiziert sind. Recht mißvergnügt schaute aber auch der Herr vom „Noten Adler“ drein, denn da dies Lokal für die modernen Arbeiterorganisationen gesperrt ist, so hatte die Mehrzahl der anfangs erschienenen Versammlungsbesucher auf die Befüllung von Getränken von vornherein fremdblickt verzichtet. Nur die Christlichen tranken und spülten später mit Todesverachtung ihren Kerger über ihre verunglückte Werbearbeit hinab.

**Vermischtes.**

Das gestohlene Geld. Der Rest des aus der Münze in München gestohlenen Geldes wurde im Englischen Garten verstreut gefunden. Der verhaftete Mechaniker König hat, vom dem Münzarbeiter Ruf angestiftet, den Diebstahl allein ausgeführt.

**Eisenbahnunfall.**

Kattowiz, 27. September. Beim Besteigen eines fahrenden Zuges glitt gestern auf Station „Friedensgrube“ der Eisenbahnsekretär Schramm aus Kattowiz aus und geriet mit dem linken Bein unter die Räder, wobei der Fuß abgetrennt wurde. Der Verletzte wurde nach Kattowiz ins Krankenhaus gebracht und verstarb heute morgen infolge Blutverlustes.

Feuersbrunst. Aus Bresl wird berichtet: Im Bengalkafen ist vorgestern eine Feuersbrunst ausgebrochen, welche großen Schaden anrichtete. Truppen und Matrosen mußten zur Löschung des Feuers aufgebieten werden. Eine Zeitlang waren die Material- und Pulvermagazine bedroht, sodah umfassende Maßnahmen zu ihrem Schutze getroffen werden mußten. Das Feuer ist an zwei verschiedenen Stellen ausgebrochen, welche fünfzig Meter voneinander lagen. Die öffentliche Meinung beschuldigt einen schwachsinnigen Einwohner der Brandstiftung.

Eine Ruhrepidemie ist, wird aus Toulon gemeldet wird, unter den Mannschaften von fünf Kriegsschiffen, wahrscheinlich infolge des Genusses von schlechtem Trinkwasser, ausgebrochen. Drei Matrosen des Panzerschiffes „Jena“ sind bereits der Krankheit erlegen.

**Briefkasten der Redaktion.**

Die juristische Sprechstunde findet wochentäglich von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Gedruckt 7 Uhr. Sonntags beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrage ist ein Vorkauf und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antworten wird nicht erteilt.

Kreuz. Daß Konsumvereine zusammengebrochen sind, ist richtig, aber beweist nichts gegen die Konsumvereinsbewegung in ihrer Gesamtheit. — S. 10. Ihre Kollegen sind im Recht. — M. G. 7. Der Rodeltransporter und der betreffende Arbeiter sind schadenlos. — Sommer. Die Kriegsgefangene steht Ihnen nicht zu. — Juidan A. 1000. Eine Klage wäre andächtig. — M. S. Greuner. Ja. — Kirchensteuer A. Da Sie im Jahre 1904 aus der Kirche getreten sind, so haben Sie seit Schluß des Jahres 1905 persönliche Kirchensteuer nicht mehr zu zahlen. — G. D. 100. Ein Zimmer genügt; die christlichen baptistischen Vorschriften sind entscheidend. — S. P. Vahrenberg. 1. Ja. 2. und 3. Gehdruck ist strafbar, wenn wegen des Ueberschusses die Ehe geschieden und von dem schuldlosen Teil Antrag gestellt ist. — W. 53. Eine Klage gegen den Besizer des größeren Boots hätte in Ihrem Fall wenig Aussicht auf Erfolg. — G. P. 19. Sie können nur auf Zahlung klagen und dann auf Grund eines Zahlungsbefehls Forderung vornehmen. — W. A. u. G. P. 100. Es ist ohne Kenntnis des Barlaufs unmöglich, über Rechte und Pflichten aus Verträgen, Willen, Testamenten usw. Auskunft zu geben. — G. B. 99. Da Ihr Mann nicht angestimmt hat, ist der Vertrag ungültig; eine Klage Ihres Mannes auf Ungültigkeitserklärung des Vertrages ist aussichtslos. Ihre Tochter hat auf Verlangen Ihres Mannes die Stellung zu verlassen. — H. P. 160. Wenden Sie sich an den Vorstand des Verbandes der Buchbinder. — Geküsd. 1 u. 2. Ja. 3. Die Firma könnte Schadenersatz verlangen. — B. B. A. Sind Sie Danlungsbegünstigte — Ihre Anfrage läßt sich darüber nicht aus — so ist das Gehalt zu zahlen. — S. A. 26. 1 u. 2. Nein. — A. 1. Durch Darlegung der wahren Sachlage. 2 u. 3. Lesen Sie das Programm und die Erläuterungen zum Programm von Schoenland und Kaustiz, besuchen Sie die Zahlabende und die Vereinsversammlungen. — G. 88. Eine Klage auf Zahlung des Lohnes für den Monat und etwa 1 Mark tägliche Entschädigung für Verlastigung hat Aussicht auf Erfolg. Zuständig ist das Amtsgericht. — M. D. 64. 1. Nein. 2 u. 3. Ja. 4. Nein. — Chr. Eisenacherstr. 71. Ja. — G. P. 107. Offensbare Krankheitsfälle für Frauen und Mädchen. Meldungen: Ringenstr. 66 bei Hinz. — W. D. 999. 1 u. 2. Nein. — S. 100. 1. Zur Lösung des Vertrages ist Zustimmung des Birtes erforderlich. 2. Die unentbehrlichen Sachen dürfen nicht einbehalten werden. 3. Die Uebelnahme ist durch einen Anwalt beim Landgericht anzustellen. Der Klage muß ein Sühnevertrag beim Amtsgericht vorangehen. — G. 26. Wenden Sie sich an das dortige Standesamt. — G. S. 111. Der Referent würde Ihnen am besten Auskunft erteilen können. — C. H. 1. Es handelt sich dort um Inkassieren der Bergbauarbeiter. Sie will erst nach Genehmigung des Ortsrats in Kraft. 2. Wenden Sie sich an die Kirchenbehörde: die Höhe der Steuer ist örtlich verschieden, wie femer die Höhe der Kirchensteuer der einzelnen Orte nicht. — S. D. 62. Eine Klage hat Aussicht auf Erfolg.

**Witterungsbericht vom 27. September 1906, morgens 8 Uhr.**

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in Grad C
Entenrode	773,8	SW	2 mäßig	11	Daprantha	767,0	SW	6 bedeckt	-9
Qamburg	756,8	SW	2 mäßig	8	Petersburg	771,9	SW	1 mäßig	-0
Berlin	773,3	SW	mäßig	9	Seibitz	775,0	SW	3 heiter	13
Frankfurt	777,0	SW	2 bedeckt	7	Aberdeen	776,8	SW	1 mäßig	3
München	776,8	SW	5 bedeckt	7	Genève	777,0	SW	2 mäßig	5
Wien	774,8	SW	2 heiter	5					

Weiter-Prognose für Freitag, den 28. September 1906. Etwas wärmer, zeitweise heiter, aber veränderlich mit leichten Regenfällen und lebhaften südwestlichen Winden. Berliner Wetterbureau. Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer & Co., Berlin SW,